Heft 9 September 1993 8,– DM

C 12027 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- UNfrieden, die neue Weltkriegs-Ordnung
- Soziale Ernte 93: »Jetzt sind die Menschen reif«
- Volkes Stimmgabel: Regine Hildebrandt
- Spielbergs Tanz der Dinosaurier
- Papst. Kuba. V-Mann. Homo-Gen. López. Joyce.

in konkret September 1993

von Konkret

an konkret

Volker hört die Signale von Hermann L. Gremliza

»Jetzt sind die Menschen reif« von Thomas Ebermann, Rainer Trampert
Nach Wiedervereinigung, Volksmusik auf allen Kanälen, Pogromen, Tiraden wider die »schmarotzende« Parteiendemokratie und allerlei Kriegsübungen erwischt die Restauration Deutschlands jetzt jene, die die vorhergegangenen Etappen jubelnd, schunkelnd, billigend bis anfeuernd, politikverdrossen und doch an der Seite unserer uniformierten Jungs mitgegangen waren. Was – als Reaganomics oder Thatcherismus – der Fluch nicht so tüchtiger Ausländer zu sein schien, zieht jetzt auch hierzulande ein

»Stamokap ist...« von Otto Köhler
Unheimliche Begegnung der gewöhnlichen Art: Im Kalibergwerk Bischofferode ist dem thüringischen Ministerpräsidenten Vogel (CDU) »die häßliche Fratze des Kapitalismus« erschienen

3 Mann und 1 MG von Winfried Wolf
Über den Enkel Piëch, den Würger López und ihren mißlingenden Versuch, das Erfolgsrezept »Kraft durch Freude« neu aufzulegen

Volkes Stimmgabel von Gerhard Henschel
Ungeschminkt, aufdringlich und niederschmetternd – die brandenburgische Sozialministerin Regine Hildebrandt

»Jeder ist uns der Nächste«XIX von Archiv für Sozialpolitik
Neunzehnter Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Desolate Verfassung von Oliver Tolmein
Über den V-Mann Klaus Steinmetz, sein Wiesbadener Umfeld und das Interesse der Medien an ihm

Chinas Kick fürs Kapital von Wolfgang Müller
»Rote Mandarin-Diktatur oder realer Peripheriesozialismus?« lautet die Überschrift der Ankündigung einer KONKRET-Reise, die im Oktober durch China führen soll. Wer mitfährt, wird feststellen, daß die Alternative falsch gestellt ist. Zwar konnte die Linke vor 10-15 Jahren zu Recht noch vom chinesischen Peripheriesozialismus sprechen. Heute aber ist China auf demselben Weg wie andere ostasiatische Schwellenländer auch – in Richtung auf einen vom Staat diktatorisch durchgesetzten Brutalkapitalismus

Revolutionäre Sachen von Christian Eggers
Kuba, gebeutelt vom jahrzehntelangen US-Embargo, sieht in der Wiedereinführung des Kapitalismus »unter fortbestehender revolutionärer Führung« seine letzte Chance

Les idiots nationaux von Bernhard Schmid
Allianzen von Parteikommunisten und organisierten Faschisten kommen in Mode. Zum Beispiel in Frankreich

Die neue Weltkriegs-Ordnung von Karl Held

Wie eine Inter-Nationale der Völker Recht erkämpft

Das Ende der Uno von Jürgen Elsässer

Dem deutschen und japanischen Einmarsch in den Weltsicherheitsrat steht nichts mehr im Wege. Damit ist die Involution der Uno abgeschlossen: von einer Grande Alliance gegen die Achsenmächte zu einem Big Stick in ihrem Auftrag

Geschichtshaß und Gespensterlehre von Stefan Ripplinger

»Von der unergründlichen Dummheit der deutschen Geschichte habe ich viele lehrreiche Proben miterlebt und vor Augen gehabt: einen Bildersaal voll von Betrügern und Betrogenen, geltenden Strohpuppen, brüllenden Bullen, hohlen Nichtswissern.« – Vor 60 Jahren ist der Philosoph und Schriftsteller Theodor Lessing in seinem tschechischen Exil von Nazis ermordet worden

Ein bißchen Tugend von Georg Fülberth

Kaum haben sie die »Zivilgesellschaft« kreiert, sind sie mit ihr schon nicht mehr zufrieden: Seit knapp zwei Jahren propagieren auch hierzulande linke Intellektuelle die Botschaft der angloamerikanischen »Kommunitaristen«, die eine Antwort suchen auf die Frage, was denn die zerfallenden westlichen Gesellschaften noch zusammenhalten könnte. Der Papst, möglicherweise?

»Dies ist ein schwules Ei« von Günter Grau

Schwule kommen aus den Schlagzeilen nicht raus. Erst die Homo-Ehe, dann der Homo-Paragraph und jetzt das Homo-Gen. Lieferten in den ersten beiden Fällen bornierte Politiker den Medien die Schlagzeilen, so im letzteren bornierte Wissenschaftler

Unerlaubte Töne?Fetisch Politik von Manfred Dahlmann

»Allgemeinplätze, die jedem selbstverständlich sein müßten« – »mickriger Botho-Strauß-Ersatz« – »ekelerregende Forderung nach würdevollen Abschiebungen«: Christoph Türckes Vortrag »Die Inflation des Rassismus«, den KONKRET im letzten Heft dokumentierte, hat, ebenso wie seine Kommentierung durch Ingrid Strobl, Bettina Hoeltje und Hermann L. Gremliza, kontroverse Stellungnahmen provoziert. Drei von ihnen – sie stammen von Manfred Dahlmann, Wolfgang Pohrt und Jan Lam – erscheinen in diesem Heft. Weitere werden folgen. Da am Ende dieser Debatte genauer darüber wird nachzudenken sein, wie unter Linken Texte gelesen und über sie gestritten wird, hat sich die Redaktion entschlossen, weder falsche Zitate zu korrigieren noch böswillige Mißverständnisse auszuräumen

Unerlaubte Töne?Black or White von Wolfgang Pohrt

»Allgemeinplätze, die jedem selbstverständlich sein müßten« – »mickriger Botho-Strauß-Ersatz« – »ekelerregende Forderung nach würdevollen Abschiebungen«: Christoph Türckes Vortrag »Die Inflation des Rassismus«, den KONKRET im letzten Heft dokumentierte, hat, ebenso wie seine Kommentierung durch Ingrid Strobl, Bettina Hoeltje und Hermann L. Gremliza, kontroverse Stellungnahmen provoziert. Drei von ihnen – sie stammen von Manfred Dahlmann, Wolfgang Pohrt und Jan Lam – erscheinen in diesem Heft. Weitere werden folgen. Da am Ende dieser Debatte genauer darüber wird nachzudenken sein, wie unter Linken Texte gelesen und über sie gestritten wird, hat sich die Redaktion entschlossen, weder falsche Zitate zu korrigieren noch böswillige Mißverständnisse auszuräumen

Unerlaubte Töne?Ein deutscher Idealist von Jan Lam

»Allgemeinplätze, die jedem selbstverständlich sein müßten« – »mickriger Botho-Strauß-Ersatz« – »ekelerregende Forderung nach würdevollen Abschiebungen«: Christoph Türckes Vortrag »Die Inflation des Rassismus«, den KONKRET im letzten Heft dokumentierte, hat, ebenso wie seine Kommentierung durch Ingrid Strobl, Bettina Hoeltje und Hermann L. Gremliza, kontroverse Stellungnahmen provoziert. Drei von ihnen – sie stammen von Manfred Dahlmann, Wolfgang Pohrt und Jan Lam – erscheinen in diesem Heft. Weitere werden folgen. Da am Ende dieser Debatte genauer darüber wird nachzudenken sein, wie unter Linken Texte

gelesen und über sie gestritten wird, hat sich die Redaktion entschlossen, weder falsche Zitate zu korrigieren noch böswillige Mißverständnisse auszuräumen

Buch des Monats von Ingrid Strobl

Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Argon Verlag, Berlin 1993, 3 Bände, zus. 1914 Seiten, 148 Mark

»Finnegans Wake«, plattgemacht von Friedhelm Rathjen

17 Jahre lang hat der Siegener Autor Dieter H. Stündel an seiner Übertragung des als unübersetzbar geltenden Spätwerks von James Joyce gearbeitet. Vertane Zeit, meint der Übersetzer Friedhelm Rathjen, der Stündel vorwirft, »einen der dümmsten Schildbürgerstreiche der Übersetzungsgeschichte« begangen zu haben

Versteinert von Dietmar Dath

»Es ist geglückt. Es ist großartig geglückt. Zwei Stunden lang.« – Über Steven Spielbergs Saurier-Film »Jurassic Park«

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Aus einem fremden Land von Hermann Peter Piwitt

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 09/93, S. 4

von Konkret

Seit Juni letzten Jahres stellen Abonnentinnen und Abonnenten von KONKRET immer öfter fest, daß sie ihr Heft von der Post erst erhalten, wenn es schon einige Tage am Kiosk liegt. Porto und andere Versandkosten haben sich seitdem um 16 Prozent erhöht, die Zustelldauer freilich hat sich erheblich verlängert. Obwohl das Pressepostamt die Zustellung zwei Tage nach Auflieferung garantiert, erhält fast ein Drittel aller Abonnentinnen und Abonnenten KONKRET frühestens sieben Tage nachdem wir die Hefte zur Post gebracht haben. Dieses September-KONKRET liefern wir der Post am 24. August. Wenn es bei Ihnen **nach dem 26. August** eintrifft, informieren Sie bitte umgehend unseren Versandbeauftragten, Herrn Blümel, **Telefon 040-760 90 25, Fax 040-760 69 32.** Die nächsten Termine: KONKRET 10/93 bringen wir am 21. September, 11/93 am 19. Oktober und 12/93 am 15. November zur Post.

Die Wirklichkeit ist wirklich noch viel doofer als man denkt, vor allem wenn sie sich immerwiedermal nicht entblödet, die Satire zu bestätigen. In KONKRET 2/92 hatte Eckhard Henscheid im Zusammenhang mit dem unbegreiflichen Heine-Preisträger R.v. Weizsäcker der Stadt Düsseldorf vorgeschlagen, z.B. mit Wolf Biermann und Joachim Kaiser könnte es noch bescheuerter weitergehen. Prompt schon beim nächsten Turnus war/ist es so weit. 1993 kriegt tatsächlich Biermann den Heine-Preis; Kaiser muß (aus der Hand Reich-Ranickis) mit dem offensichtlich deshalb eigens geschaffenen Frankfurter Börne-Preis vorlieb nehmen; ehe er dann vermutlich 1995 nach Düsseldorf beordert wird.

Die Materialien des KONKRET-Kongresses »Was tun? Möglichkeiten und Bedingungen linker Politik und Gesellschaftskritik«, der vom 11.-13. Juni in Hamburg stattfand, werden in drei Stufen erscheinen. Ab 4. Oktober wird als erstes die Videodokumentation erhältlich sein, die Angela und Karl Pawek erstellt haben. Das VHS-Band hat 120 Minuten Abspieldauer und kostet 49 Mark. Ende November erscheinen dann das Buch zum Kongreß mit den bearbeiteten Referaten (ca. 240 Seiten, 42,80 Mark) und, auf einer Computerdiskette, das komplette Wortprotokoll (120 Mark).

Alle zahlenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten automatisch das Buch; wer uns eine entsprechende Nachricht gibt, kann statt dessen auch die Videodokumentation erhalten.

Wer sich bei der Lektüre der Motti zu Jürgen Elsässers Artikel »Seit dem 14.5. wird zurückgeschossen« (KONKRET 8/93) gefragt hatte, welche Rote Zelle denn wohl im Pay-TV-Sender »Premiere« wirkt, dessen Hoffnungen müssen wir leider zerstören: Durch einen nicht mehr zu rekonstruierenden Fehler ist aus dem Text, den Jürgen Elsässer als Vorspann gemeint hatte, ein Motto mit der Quellenangabe »Meldung des TV-Senders ›premiere‹« geworden. Sorry.

Da die Rhein-Main-Area während der Lesereise von Hermann L. Gremliza im Mai 93 großzügig ausgespart wurde, hat der Verein »Wissenschaft & Sozialismus« nun die Initiative ergriffen. Während der Frankfurter Buchmesse wird der KONKRET-Herausgeber aus »Ein Volk gibt Gas« (KONKRET Texte 2, 16,80 Mark) und anderen Schriften lesen. Die Lesung findet statt am Donnerstag, dem 7. Oktober 1993, im Haus Gallus, Frankenallee 111, 60326 Frankfurt. Die Karte kostet 10 Mark und kann unter 069-67 66 30 vorbestellt werden.

Soeben erschienene neue Bücher von KONKRET-Autoren: Erwin Riess: *Kuruzzen. Ein Stück.* Literaturedition Niederösterreich 1993, 142 Seiten, 26 Mark/198 öS; Georg Seeßlen: *Volks Tümlichkeit. Über Volksmusik, Biertrinken, Bauerntheater und andere Erscheinungen gnadenloser Gemütlichkeit im neuen Deutschland.* Weißer Stein 1993, 144 Seiten, 20 Mark; Gerhard Henschel: *Das erwachende Selber. Eine Flaschenpost aus dem Wassermannzeitalter.* Mit Zeichnungen von Yvonne Kuschel. Weißer Stein 1993, 128 Seiten, 18 Mark; Günther Jacob: *Agit-Pop. Schwarze Musik und weiße Hörer.* Edition ID-Archiv 1993, 240 Seiten, 20 Mark.

Der Abdruck der zweiten Folge von Karl Rössels EG-Serie verzögert sich um eine weitere Ausgabe.

Konkret 09/93, S. 6

an konkret

Stalinistischer Rufmord

KONKRET 7/93: »Mr. Noam Chomskys Umwälzung der Medien« von Stefan Ripplinger

Die teils versteckte, teils offene Polemik gegen den »berühmtesten Intellektuellen« der USA (so die »New York Times« in ironischem Kontext in ihren Angriffen gegen Chomsky!) schlägt in dieselbe Kerbe, in die mit dem Dampfhammer der Verbalinjurie zu dreschen amerikanische Konservative seit langem pflegen. Wer von der »Schwächlichkeit chomskyanischer Weisheiten« statt schlechtestenfalls von logischen Schwächen seines Ansatzes spricht, wer Chomsky »soziologische Blindheit«, wer ihm obendrein wegen seiner bekannten libertären Haltung einen bilderstürmerischen »Antikommunismus« unterstellt, wer letztlich sich darauf versteift, Chomsky in die Nähe der »Gaskammer-Leugner« zu stellen, der diffamiert ja nicht nur den im radikalen Judentum Aufgewachsenen, sondern begeht eben den gewohnten stalinistischen Rufmord, den Chomsky (und beileibe nicht nur er) in seinen eigenen Angriffen gegen den dogmatischen Sozialismus, also in seinen Verteidigungsschriften für einen freien Sozialismus, immer wieder zu Recht angegriffen hat.

Damit gewinnt der Artikel Ripplingers aber zwangsläufig noch eine andere Dimension: Indem er Chomsky angreift, greift er alle diejenigen an, die der Auffassung sind, daß es in der linken Diskussion nicht darum gehen kann, den Leninismus und einen von oben aufgepfropften Klassenkampf zu predigen, sondern selbstständig aus den Verhältnissen zu lernen und in eigener Mündigkeit daraus Neues zu entwickeln.

Kurzum (es wäre ja viel mehr zu sagen): Der Artikel strotzt nicht nur von Halbwahrheiten und stalinistischen Hirngespinsten, er riecht verdächtig nach Gulag. Vielleicht sollte sein Autor in Zukunft ohne die mausgraue Brille der Ideologie lesen; möglicherweise verstünde er dann besser, welchen Unsinn er schreibt.

Klaus Haag

Chomsky-Übersetzer, Neulußheim

Marx' Konservative Revolution

KONKRET 8/93: Jost Müllers Rezension von Stefan Breuers »Anatomie der Konservativen Revolution«

In seiner Besprechung des Buches von Stefan Breuer: *Anatomie der Konservativen Revolution* meint Jost Müller, die Formulierung »Konservative Revolution« habe »eine eigenständige politische Tradition, die in der Weimarer Rechten ihren Ausgang nahm. Das Oxymoron mag als poetisches Bild oder als rhetorische Figur, wie Thomas Mann und Hugo von Hofmannsthal es in den zwanziger Jahren verwendet haben, und als synthetisierende Metapher wirkungsvoll sein, als wissenschaftlicher Begriff aber ist es ein Bluff.«

Faktisch stammt der Begriff von Marx, bei dem er eine ganz andere Bedeutung hatte. Er wandte ihn auf die englische Revolution von 1640 an und wollte mit ihm klar machen, daß diese Revolution den Kapitalismus in England vor den immer stärker wieder aufkommenden feudalen Kräften rettete, am Leben erhielt, den Kapitalismus also »konservierte«.

Jürgen Kuczynski

Berlin

Fahrlässig? Naiv?

KONKRET 8/93: »Inflation des Rassismus« von Christoph Türcke, »Nachschlag« von Hermann L. Gremliza

Gremliza, dem man für den Abdruck der Kontroverse und seinen differenzierten Beitrag dazu danken muß, irrt jedoch mit der Annahme, Türckes These »Jede Hautfarbe, Sprache, Kultur ist genehm, solange sie mit Wachstum und Wohlfahrt assoziiert ist« sei ein Fehler. Schon mal was von einem erschlagenen japanischen Investor gehört?

Thomas Reichenwallner

Regensburg

Sich gegen biologistische Ungleichheitsideologien zu wenden und auf der (sozialen, rechtlichen und politischen) Gleichheit aller Menschen zu bestehen, wurde bisher von den Rechten als »linke Gleichmacherei« verschrien. Bei HLG

liest sich das so: »Der gutgemeinte Versuch knüpft die Humanität an Bedingungen: Menschenrechte sind zu achten, weil der Andere ein Gleicher ist.« Nein, Gremliza, es ist umgekehrt: Menschenrechte sind zu achten, weil Menschen Menschen sind, dazu brauche ich nicht den »Beweis ... psychischer und geistiger Gleichheit« (ein Beweis, der im naturwissenschaftlichem Sinne übrigens so wenig zu erbringen ist wie das Gegenteil). Aber wer mit rassischen oder völkischen Kategorien Kollektive konstruiert, deren Mitglieder durch deren Zugehörigkeit zu so einem Kollektiv bis zu einem gewissen Grade geprägt sind, wer solchen Kollektiven unterschiedliche Begabungen und Charaktereigenschaften zuschreibt – und das alles tut Türcke – , läßt eine Hierarchisierung in mehr oder weniger begabte, überlegene und unterlegene Kollektive zu, läßt die Überlegung zu, wieso denn für so unterschiedliche Menschenarten dieselben Menschenrechte gelten sollen, ob es nicht von Natur so vorgegeben sein könne, daß die einen die anderen beherrschen...

Wenn Leute wie Gremliza und Türcke »Theorie« sagen, dann meinen sie offensichtlich »Nebenwiderspruch«, ein Phänomen, das aus der Patriarchatsdiskussion je hinreichend bekannt ist. »Es gibt viel theoriefeindliches Gerede zum Thema Rassismus, es gibt aber auch eine theorietrunkene Erklärerei, die alles entschuldigt.« Also: Entweder Theoriefeindlichkeit oder ökonomistische Täterentlastung, so stellt HLG die Alternative dar. Daß es auch Anstrengungen gibt, Rassismus und seine Funktionsweise theoretisch zu begreifen, ohne in die Falle der Täterentlastung zu treten, scheint an HLG völlig vorbeigegangen zu sein.

Toni Menninger

Würzburg

Bis zu Gremlizas Kommentar waren Beitrag und Debatte für mich ein ebenso trauriges wie leider auch alltägliches Zeugnis davon, daß der Abgrund zwischen linker Differenz-Debatte und rechter Ethnopluralismus-Konzeption nicht so breit ist, wie manche meinen oder hoffen.

Der besser »Tiefschlag« zu etikettierende Beitrag von Gremliza macht jedoch deutlich, daß nicht nur der Autor Türcke (von dem wohl nicht nur Ingrid Strobl bisher nichts gehört hat) diesen Sprung über den Abgrund vollzogen hat, sondern daß der Herausgeber von KONKRET gleich hinterhergesprungen ist. »Der (Text) aber ist nicht rassistisch, sondern zu größten Teilen richtig...« attestiert Gremliza. Er stellt sich damit auch hinter den problematischsten Punkt des Türcke-Beitrags, die Verdichtung der Vielfältigkeit sozialer, natürlicher und kultureller menschlicher Differenzen und Eigenschaften zum Begriff der Rasse, der zudem noch in letzter Instanz »natürlich« begründet wird: »Menschenrassen sind keine Erfindung des Rassismus, sondern ein Produkt der Naturgeschichte« (Türcke).

Noch in Kenntnis des Einwurfs von Bettina Hoeltje, »daß gerade antikapitalistische Momente und Argumentationsweisen durchaus bruchloser Bestandteil auch von faschistischer Agitation und Propaganda sein können«, wirbt Gremliza um Verständnis: »(Türcke) hat das nicht getan, weil er ... Rassist wäre, sondern weil er als radikaler Kritiker des Kapitalismus dem Objekt seiner Kritik, dem Imperialismus, dem Weltmarkt alles aufhalsen will...« Diese Argumentation ist schon nicht mehr nur fahrlässig oder naiv.

Gekrönt wird der Kommentar Gremlizas durch den Versuch, aus den Kritikern die eigentlichen Rassisten zu machen: Den Gegnern der Türcke-Position wird unterstellt, sie wollten Rechte nur Gleichen zugestehen (womit sie wiederum die eigentlichen Rassisten wären). Kein Beleg dafür außer der Konstruktion, daß Ablehnung des Rassenbegriffs und biologistischer Begrifflichkeiten insgesamt auch Ablehnung jeglicher Differenz heißen müsse. Das genau ist die Brücke, die in den rechten Sumpf des Ethnopluralismus führt.

Nur gut, daß Türcke im Nachhinein noch einen »Fehler« gemacht hat, der Gremliza die Möglichkeit gibt, den Kommentar kritisch zu beenden und damit auch den antinationalistischen Lesern einen Brocken hinzuwerfen: Türcke will den Deutschen den gleichen unbeschwerten Umgang mit dem Rassenbegriff erlauben, wie er ihn in den USA wahrzunehmen glaubt. Das aber geht nun wirklich zu weit. Rasse als eine Kategorie der Politik ja, aber doch bitte nicht in einer für Deutsche instrumentalisierbaren Weise, das ist offenbar die neue Linie des KONKRET-Herausgebers: »Sind Auschwitz und der Mord an Martin Luther King zu Ereignissen gleicher Qualität erklärt, läßt sich in Deutschland über Rassen reden wie in den USA, kann Rassenkunde den Rassismus ablösen«, versucht er pointiert die von ihm kritisierte Logik Türckes zusammenzufassen. Das darf doch nicht wahr sein: »Rassenkunde« als neue Empfehlung von KONKRET für die Welt, mit Ausnahme Deutschlands versteht sich?

Ernst-Christoph Stolper

Duisburg

Konkret 09/93, S. 9

Hermann L. Gremliza

Volker hört die Signale

Wir nähern uns dem Menschheitstraum eines Systems kollektiver Sicherheit.
Florian Gerster, sozialdemokratischer Landesminister

Die Überzeugung, daß das einzelne Menschenleben einen unübersteigbaren Wert darstellt, war noch nie so weit verbreitet wie heute. Und sie ist weiter auf dem Vormarsch: lauter kleine Schritte auf Kants oft blamierten Weltfrieden hin.
Thomas Schmid, alternativer Claqueur

Früher war alles schlechter: der Minister hieß Kriegsminister und führte Krieg. Nachdem der erste große Krieg verloren war, wurde es ein bißchen besser: der Minister hieß Reichswehrminister und führte Bürgerkrieg. Nach dem zweiten großen Krieg wurde es schon sehr viel besser: der Minister durfte sich Verteidigungsminister nennen. Richtig gut aber wird es erst jetzt, vor dem letzten Weltkrieg: aus dem Verteidigungsminister, der nichts zu verteidigen hat, wird übers Jahr, wetten?, der Bundesfriedensminister werden, der, wie es der sozialdemokratische Geschäftsführer Verheugen verlangt, »nicht über die Beteiligung der Bundeswehr an Kriegen reden«, sondern immer »im Rahmen der Friedensmissionen bleiben« wird; der nichts als Frieden schafft, Frieden bewahrt und die Menschenrechte schützt.

Nichts braucht die Welt dringlicher. Schon unter Einsatz nur weniger Millionen Mark und einiger tausend Agenten hat der Bundesnachrichtendienst jüngst herausgekriegt, was einer seiner Experten, könnte er lesen, von dieser Seite vor vier Jahren hätte abschreiben können: daß der Zusammenbruch der alten Weltordnung nicht Kants Weltfrieden bringen, sondern »die Entwicklung in den weltweiten Krisenregionen immer gefährlicher« machen würde. BND-Vizepräsident Münstermann, der dies Geheimnis jetzt enthüllte, konnte sogar Klarnamen nennen: die frühere Sowjetunion, Naher und Mittlerer Osten, Indien, Pakistan, Nordkorea, Kambodia, Nordafrika, die Südafrikanische Republik, Angola, Nigeria, Mosambique. Das Genfer Menschenrechtszentrum der Uno meldet derweil einen »dramatischen Anstieg« von Verletzungen der Menschenrechte. Obwohl die Uno Nahrung, Arbeit und Bildung zu Menschenrechten erklärt hat, werden 150 bis 200 Millionen Kinder in mehr als fünfzig Ländern zu Kinderarbeit mißbraucht, leben 1,4 Milliarden Menschen in absoluter Armut, sterben jährlich 14 Millionen Kinder an Hunger und Seuchen, sind 700 Millionen Menschen erwerbslos. Die Zahl der Staaten, die von Amnesty International der Verfolgung, der Folterung und Ermordnung politischer Gegner beschuldigt werden, wächst von Jahresbericht zu Jahresbericht, die BRD gehört (wegen ihrer Asylpolitik und den Haftbedingungen politischer Gefangener) ebenso dazu wie die USA, deren »linker« Präsident Clinton für häufigere Anwendung der Todesstrafe eintritt, weil zwar dadurch keiner der jährlich weit über 20.000 in seinem Staat begangenen Morde zu verhindern, aber die Stimmung des Mobs preisgünstig zu heben ist.

Begründete die Bedrohung von Menschenleben oder die Verletzung von Menschenrechten die militärischen Interventionen der sogenannten Staatengemeinschaft, könnte sich höchstens ein Dutzend Staaten vor solch ungebetenen Gästen sicher fühlen. Tatsächlich fühlt sich ein Dutzend sicher, aber es ist ein ganz anderes Dutzend, nämlich jenes, das die militärischen Interventionen gebietet, und aus ganz anderen Motiven als der Sorge um das Leben und die Rechte ferner Menschen. Wäre es anders, hätte das Beispiel Somalia den Eifer der Friedensmissionare dämpfen müssen. Wie es aussieht, wird es nämlich nach der Friedensschaffung mittels Vergeltungsschlägen, Tötung einiger tausend Somalier und Bombardierung ihrer Hauptstadt dort schlimmer zugehn als zuvor. Keines der Süppchen, das die Invasoren auf dem Feuerbefehl des Sicherheitsrats gekocht haben, hat auch nur einen Somalier satt gemacht. Zehnmal mehr haben die Menschenfreunde für den Einsatz ihrer Truppen ausgegeben als für die Ernährung der hungernden Somalier. Unvergessen der Besuch des deutschen Friedensministers Volker Rühe, der die nötigsten Hilfsgüter mitbrachte: deutsches Bier gegen den Durst der Soldaten und je ein druckfrisches Exemplar der »Welt am Sonntag« gegen den Hunger nach Berichten von der Bundesliga.

Was also von jeder Wiederholung hätte abschrecken müssen, hat gerade bei denen, die den Marschbefehl der deutschen Expedition nach Somalia mit skeptischen Kommentaren bedacht hatten, stürmisches Verlangen nach Zugaben hervorgerufen. Täglich dreimal beteuern die Herren Scharping, Klose und Voigt, sie wollten alles tun, damit von deutschem Boden ab sofort jederzeit und überall Friedensschaffung ausgehen könne. Es scheint, als habe die somalische Erfahrung ihnen die Sorge genommen, die militärischen Einsätze könnten irgendwelchen humanitären, altruistischen (internationalistischen, am Ende bolschewistischen?) Zwecken dienen, und als seien sie erleichtert, daß der Frieden, der geschaffen und gewahrt werden sollte, nur ein anderes Wort war für Krieg pur.

(Seit ein Dichter für die Atommülldeponie das Wort »nuklearer Entsorgungspark« fand, hat es keine aufregendere Kreation gegeben als die einer »mission defense«, die den Friedenstruppen das Recht gibt, ihren Frieden mit Bomben und Granaten

herzustellen – ein Einfall, auf den das Reichspropagandaministerium, als es die Tätigkeit des Generals Paulus in Stalingrad beschrieb, noch nicht gekommen ist: Hätten die Russen die Wehrmacht nicht an der Erfüllung ihres Auftrags gehindert, hätten die Deutschen auch Moskau ganz gewaltlos besetzt. Was dem »Völkischen Beobachter« zum semantischen Endsieg gerade noch gefehlt hat, steht jetzt in der »Frankfurter Allgemeine«: Deutsche Soldaten, die »helfen sollen, müssen sich verteidigen können gegen diejenigen, die sich oder anderen nicht helfen lassen wollen«.)

Krieg nämlich ist, was auch die Sozialdemokraten, sollten sie je wieder mitregieren dürfen, brauchen werden, und nötiger als Kohl und Rühe. Nicht zum Zweck der Eroberung oder des Beutezugs freilich, denn Beute hat der Weltmarkt nirgendwo zurückgelassen, und was wäre noch zu erobern? Die legendären Kornkammern der Ukraine? Um auch dort Prämien für den Verzicht auf Getreideanbau auszusetzen? In seltenen Fällen mag der Zugriff auf einen Rohstoff der Friedenschaffung einen materiellen Sinn geben, in der Regel ist die Unterstellung ökonomischer Kriegsziele («Im Ölrausch nach Somalia«) ein unfrommer Wunsch verträumter Materialisten.

Der Krieg, den sie Frieden nennen, ist der letzte Ausweg einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, deren Spiel zwischen den *Chicago boys* und den *Keynes brothers*, zwischen *austerity* und *deficit spending*, mit dem sie den Zyklen der Konjunktur zu begegnen pflegte, ausgespielt ist. Am Ende der *austerity*, des brutalsten Abbaus sozialer Leistungen unter Reagan/Bush und Thatcher/Major, sind die USA und Großbritannien zahlungsunfähig. Für das *deficit spending*, das jetzt dran wäre, ist kein Dollar da und kein Pfund. Nicht anders wird es Waigel und Blüm gehen. Schon wissen sie, daß Schulden und Arbeitslosigkeit selbst dann steigen werden, wenn der Staat die ärmsten seiner Bürger enteignet und das Sozialprodukt wächst. Nominal vier, real sechs Millionen Landsleute werden nächstes Jahr arbeitslos sein.

Welch glückliches Zusammentreffen, daß die Politik durch das Verschwinden der sozialistischen Staaten jenes andere Mittel zurückgewonnen hat, mit dem sie sich einstmals fortführen ließ, wenn die Herrschaftszeiten ungemütlich wurden: den Krieg. Krieg, zur Ablenkung des malträtierten Pöbels, Krieg als Konjunkturprogramm, Krieg als Werbung für Dienstleistungen Made in Germany: pünktlich, gründlich, schnell. Krieg vor allem aber zur Hebung des eigenen politischen Gewichts in jenen Clubs (Siebenergipfel, Sicherheitsrat, WEU, Nato, EG, Gatt), in denen die imperialistischen Konkurrenten die Rahmenbedingungen der globalen Ausbeutung aushandeln. Wer dabeisein, wer auf- und ernstgenommen werden will, muß zeigen, daß er anderen seinen Willen aufzwingen kann, und sei es der zu Kants ewigem Frieden unter Somalias Wüstensand.

Konkret 09/93, S. 10

Thomas Ebermann, Rainer Trampert

»Jetzt sind die Menschen reif«

Nach Wiedervereinigung, Volksmusik auf allen Kanälen, Pogromen, Tiraden wider die »schmarotzende« Parteiendemokratie und allerlei Kriegsübungen erwischt die Restauration Deutschlands jetzt jene, die die vorhergegangenen Etappen jubelnd, schunkelnd, billigend bis anfeuernd, politikverdrossen und doch an der Seite unserer uniformierten Jungs mitgegangen waren. Was – als Reaganomics oder Thatcherismus – der Fluch nicht so tüchtiger Ausländer zu sein schien, zieht jetzt auch hierzulande ein

»Wir müssen die Krise jetzt nutzen, denn jetzt sind die Menschen reif.«
Tyll Necker, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie

Im September wird Kanzler Kohl eine Diskussionsvorlage zur Sicherung des Standortes Deutschland »als Grundlage für Erörterungen eines Pakts zwischen Parteien, Unternehmensverbänden und Gewerkschaften« (»FAZ«) vorlegen, die im Oktober ins Parlament soll. Die parlamentarische Diskussion werde dabei nicht auf ökonomische Daten begrenzt sein, sondern »Fragen der für den wirtschaftlichen Erfolg wichtigen Erziehung (Sekundärtugenden) in die Betrachtung einbeziehen«, wie es im Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung hieß.

Parteien, Gewerkschaften, Institutionen und was sonst noch Rang und Namen hat in der Gesellschaft folgt der Losung des Wirtschaftsführers Necker: »Wir wollen und müssen erstklassig bleiben« und zu diesem Zweck »die gesamte Gesellschaft entschlacken«. Entschlackung bedeutet die Beerdigung des gesellschaftlichen Modells »Versorgung gegen Wohlverhalten«, das während der langen Prosperitätsphase produktive Dienste geleistet hatte. Heute steht es der Regeneration der Profitrate im Weg und kann leicht entfernt werden, weil keine Klasse so verächtlich auf »Sozialismus« und »Internationalismus« blickt wie die proletarische, die sich damit jede ideologische Basis für eine kämpferische Verteidigung sozialer Standards genommen hat.

Als Ehrengast beim »Grundsatzforum« der CDU wies Necker jene in die Schranken, die noch immer vom Wert des sozialen Friedens faseln wollten. Leistungskürzungen dürften nicht dadurch in Frage gestellt werden, daß man »den sozialen Frieden um jeden Preis zu einer Monstranz« mache. Angesichts des »riesigen Produktivitätsschubes, den wir in den nächsten 2 bis 3 Jahren bekommen werden«, meint Lothar Späth, sei die zentrale Frage, »ob die Menschen stabil genug sind, um einen Bruch, wie wir ihn in der Nachkriegsgeschichte noch nie erlebt haben, zu überstehen«. Überleben werde nur, wer »statt zum Arbeitsamt in die Küche von Mc Donalds« gehe.

Die Stimmung für die notwendige Operation, den Fall der Profitrate durch neue Produktionstechnik, Produktionszerschlagung, Lohnsenkung und Staatsentschuldung zu stoppen, ist längst hergestellt: Bereits 81 Prozent der Bundesbürger sind zu der Meinung gebracht worden, sie hätten über ihre Verhältnisse gelebt, zwei Drittel sind bereit, weniger Urlaub zu machen, und teilen die Ansicht, daß Deutschland zur Lösung all seiner Probleme »in erster Linie einen starken Mann an der Spitze« brauche (»Forsa«- und »Infas«-Umfragen). Die eigene Gewerkschaft wirft den hungerstreikenden Kali-Bergarbeitern Nötigung der Marktwirtschaft vor, die IG Metall bietet den Metallindustriellen einen Krisenpakt an, und alle Parteiführer finden den Vorschlag, eine Art Arbeitsdienst einzuführen, äußerst konstruktiv.

Die herrschende Klasse will viel. Ihr CDU-Wirtschaftsrat lud Helmut Kohl zum Rapport und ließ ihm vom Arbeitgeberpräsidenten Klaus Murmann die Marschtabelle geben: »Ich bin ein deutscher Unternehmer und wünsche mir nichts mehr, als daß wir wieder ein Umfeld schaffen, in dem ein deutscher Unternehmer nirgendwo so gerne investiert wie in Deutschland«, aber »Kapital ist ein scheues Reh«, das sich von einer Anspruchsgesellschaft verscheuchen läßt. Helmut Kohl versprach »aus guter Kameradschaft« dem »lieben Herrn Murmann« und seinen »alten Freunden Alfons Horten und Philip von Bismarck«, daß »ich entschlossen bin« zum eisernen Sparen und zur Anpassung der »Leistungskraft unserer Volkswirtschaft« an eine veränderte Welt. Das Wohl unseres Landes habe er auf seiner Reise durch Asien entdeckt: »Wir sollten uns ein Beispiel daran nehmen.« Um dahin zu kommen, müsse aber »ein ungewöhnlich triviales Verständnis des Begriffs Selbstverwirklichung« ausgemerzt und ersetzt werden »durch Gemeinsinn«, denn »ohne Tugenden hat das Land keine Zukunft: Treue zu Sachen und Personen, Zuverlässigkeit, Fleiß... Pflicht-Erfüllen und Dienen-Können ist eine Grundvoraussetzung«, die »sehr viel mit der ökonomischen Lage des Landes zu tun« habe, »denn Sie (lieber Herr Murmann) können ohne geistig-moralische Grundlagen auf Dauer keine... Marktwirtschaft gestalten«.

Wenn die Deutschen erst den Traum vom Selbstverwirklichen begraben und sich als dienendes Gefolge der gestaltenden Wirtschaftsführung vollständig unterworfen haben, können auch viele Ausländer aus der Produktion wieder verschwinden. Denn »wir haben sie geholt, weil wir uns Arbeitszeiten und andere Regelungen erlaubt haben, die ein Bruttosozialprodukt in dieser Höhe gar nicht mehr möglich machen würden, wenn wir diese Ausländer nicht bei uns hätten«.

Da es keinen Gedanken des Kanzlers gibt, den sein Gegenspieler nicht kopieren würde, ist auch für den SPD-Vorsitzenden Scharping kulturelle Vielfalt nur eine »beliebte ideologische Wagenburg«. Von Einwanderern müsse verlangt werden, daß sie sich »politisch und emotional mit ihrem neuen Gemeinwesen identifizieren«. Auch Scharping will »Pflichterfüllung und Selbstdisziplin« wieder zum wichtigsten Maßstab erheben. Als bloße Partei »des Verteilens« habe die SPD keine Zukunft. Sie brauche »politische Kraft« für »die Wertschöpfung« und müsse deshalb den Menschen auch »unangenehme Tatsachen« sagen. Dabei bleibe die SPD Interessenvertreterin der kleinen Leute »angesichts wachsender Alltagskriminalität«. Weniger Geld und mehr Polizei – eine schlechte Nachricht für die notwendig wachsende Zahl derer, die angesichts ihrer Armut mit beschaffungskrimineller Kompensation liebäugeln. Eine Fixierung der Wahlkämpfe auf »innere Sicherheit« kann aber auch für Demokraten, die Bahnsteigkarten lösen, zur Qual werden: Noch heute wird zu den großen Leistungen Hitlers in jeder Gesprächsrunde, die seine »Verdienste« nicht durch seine »Fehler« verschüttet sehen will (die vor laufenden Kameras auch »Verbrechen« heißen), neben der Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsdienst auch das strenge Regiment von Zucht und Ordnung gepriesen.

Vielleicht ist Helmut Schmidt ja deshalb der in Umfragen ermittelte Wunschkanzler der Deutschen, weil er sich als Liebhaber dieser Tugenden bekennt. In dem Bestseller »Ein Manifest«, das er gemeinsam mit Gräfin Dönhoff, Wolfgang Thierse und anderen herausgegeben hat (siehe KONKRET 1/93), klagt er »wichtigeres... im Leben der Nation« ein als materielle Bereicherung, etwa »Heimat, Vaterland, Treue« und eine Bereitschaft zu Opfern, »die jeder im Falle eines Krieges selbstverständlich auf sich nimmt«. Für jugendliche Banditen gibt es »ein Pflichtjahr, in dem Gemeinschaftsdienst geleistet wird«. Der größte Fehler Ludwig Erhards sei der Import von Ausländern gewesen: »Man kann aus Deutschland mit immerhin einer tausendjährigen Geschichte... nicht nachträglich einen Schmelztiegel machen«, erklärte Schmidt in einem Interview der »Frankfurter Rundschau«, »dann entartet die Gesellschaft.« Gegen die Entartung des Deutschtums aber gebe es jetzt nur ein Mittel: »Derjenige, der aus Bosnien oder aus Rumänien kommt, (muß) wissen: Er kommt ins Lager.« Die Erlösung naht, wenn »das Gemeinwohl wieder an die erste Stelle« tritt gegen »Raffgesellschaft... und egoistischen Bereicherungstrieb«. Daß diese wunderbaren deutschen Tugenden von den Nazis »mißbraucht und pervertiert« worden seien, könne sie nicht entwerten.

Der neue Konsens der deutschen Eliten wäre nicht komplett ohne Richard v. Weizsäcker, dessen Spezialität es ist, die von den Nazis bloß mißbrauchten Werte auf ihren weniger verdächtigen preußischen Ursprung zurückzuführen: »Pflicht und Disziplin, Ordnung und Sparsamkeit werden als Eigenschaften angesehen, die Preußen groß gemacht haben. In unserer Zeit besteht keine Gefahr eines Übermaßes an Disziplin, Pflichtgefühl und Gemeinsinn. Eher das Gegenteil ist der Fall.« Dies müsse jetzt aber anders werden, und »das schließt die Bereitschaft ein, sich selbst nicht zu wichtig zu nehmen und das Gemeinwesen nicht zu überfordern«.

Was das heißt, steht etwa im neuen Arbeitszeitgesetz: Die wöchentliche Arbeitszeit kann auf 60 Stunden ausgedehnt werden; Sonn- und Feiertagsarbeit ist zulässig, wenn »chemische, biologische, technische und physikalische Gründe einen ununterbrochenen Fortgang (der Arbeit) erfordern« oder »die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland wegen längerer Betriebszeiten oder anderer Arbeitsbedingungen unzumutbar beeinträchtigt würde«. Gab es früher Arbeitsbedingungen, die den Arbeitern nicht zuzumuten waren, so beschreibt das neue Gesetz nur Arbeitsbedingungen, die dem nationalen Kapital nicht mehr zuzumuten seien.

Bei dem Versuch, die Akkumulation wieder anzuschieben, stören der Anteil des Staatsetats am Sozialprodukt und die Staatsschuld: Sie entziehen der Profitwirtschaft Mittel für deren Akkumulation, und Staat wie Privatwirtschaft geraten in die Klemme. »Diese sinkende Profitabilität enthüllt sich in der anwachsenden Staatsschuld, die wiederum den Niedergang der privaten Kapitalbildung... anzeigt« (Paul Mattick). Für Deutschland kommt erschwerend hinzu, daß der eroberungsbedingte Keynesianismus – Staatskonsum für die neuen Bundesländer – diesen Prozeß beschleunigt hat. Also muß der staatlich induzierte Konsum zugunsten der Akkumulationsmasse gesenkt werden. Deshalb wird der Staatsanteil am Sozialprodukt auf allen Sektoren runtergefahren: Privatisierung von Post, Bahn, Müllabfuhr, Verkehrsbetrieben, Gas- und Wasserwerken; Schließung von Postämtern, Schwimmbädern, Theatern und öffentlichen Toiletten; Kürzung der Schul- und Studienzeiten; Streichung der Lernmittelfreiheit. Das alles ist schon in Arbeit, aber der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt, wie der grüne Sparkommissar in Frankfurt, Tom Koenigs, prophezeit: »Die meisten Betroffenen, die gegen ein Sparprogramm demonstrieren würden, glauben doch, daß anderswo nicht gespart wird. Ich kann hier (in der »taz«, d.V.) versichern: Unter Koenigs wird auch anderswo gespart werden.«

Das neue Sparpaket der Bundesregierung, das unter dem Strich aus der sozialen Versorgung etwa acht Milliarden Mark holen wird, mutet dagegen bescheiden an und ist – verglichen mit der Staatsschuld – weniger als der Tropfen auf den heißen Stein. Es hat hauptsächlich andere Motive. Bei dieser ersten massiven Maßnahme des Sozialdumpings geht es um die Vorbereitung eines strategischen Angriffs auf die Kosten für lebendige Arbeit, dessen Ausmaß für den prosperitätsverwöhnten deutschen Arbeiter noch unvorstellbar ist. Necker droht wegen des Einkommensgefälles zwischen West- und Osteuropa mit einem »Exodus von Firmen aus der Bundesrepublik«, und Murmann erläutert: »Wir bekommen... sehr viel mehr Zulieferungen als früher aus dem Ausland. Der importierte Anteil an unseren Produkten wächst ständig. Die,

wenn man so will, Wohlstandsgrenze nach Osten wird dazu führen, daß immer mehr Zulieferbetriebe oder -funktionen nach Polen, Ungarn, in die Tschechische Republik und in die Slowakei verlagert werden, ja bis nach Rußland hinein. Das ist eine völlig neue Perspektive unseres industriellen Arbeitsmarktes, und darauf müsssen die Tarifparteien und die Politik unbedingt reagieren.« Der Präsident des deutschen Außenhandelsverbandes rechnete vor: »Es ist leider so, daß man für die Kosten eines deutschen Arbeitnehmers zehn Ungarn, 17 Tschechen, 18 Polen, 38 Bulgaren oder 70 Russen beschäftigen kann.« Wenn die Arbeiter der Ex-DDR unerwähnt bleiben, hat das seinen Grund darin, daß man von ihnen nur zwei für den Lohn eines Westdeutschen bekommt.

Es geht um die Ausschöpfung der Siegprämie im niedergemachten Osten, um den Zugriff auf die Rohstoffe in »internationaler Verantwortung«, also mit deutschen Soldaten, und um die Erschließung billiger Arbeitskraftreservoire vor der Haustür im Osten, so wie Japan sich sein fernasiatisches Arbeitsparadies geschaffen hat. Es geht aber gleichermaßen um Erpressung, denn die BRD war und ist auch mit ihren hohen Lohnnebenkosten durchaus wettbewerbsfähig. Ein Exodus aus allen Produktionsbereichen ist nicht denkbar. Den hohen Kapitalansammlungen in den Zentren droht nicht die Auflösung, weil sich ihre Produktivität nicht überwiegend am Lohn mißt. Für sie steht das Modell USA: Maschinennutzung rund um die Uhr und an jedem Wochentag, bei gleichzeitiger Senkung der Lohnnebenkosten zu Lasten der Renten, der Arbeitslosenversorgung und des Gesundheitswesens.

Nach Lothar Späths Ansicht wetteifern zwei Optionen miteinander: »Entweder wir verringern die Produktionstiefe und verlagern immer mehr ins Ausland, oder wir automatisieren so, daß am Ende der Personalaufwand auf die Lohnstückkosten nicht mehr so durchschlägt.« Das nahe Ziel sind US-amerikanische Arbeitsverhältnisse: keine Arbeitszeitbeschränkungen, industrielle Saisonarbeit, die Rückführung des Tarifsystems auf die »50er Jahre« (Murmann), als es nur »echte Mindestbedingungen« gab, und weitgehende Privatisierung der Lohnnebenkosten.

Erst im Zusammenhang mit einem totalen Angriff auf die Bezahlung der menschlichen Arbeit macht der Kabinettsbeschluß der Regierung Sinn, Langzeitarbeitslose über die Sozialhilfe in die Familienhaftung zu stoßen, Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe zu kürzen, um das sogenannte Abstandsgebot zu erhalten. Einer, der arbeite, sagt Finanzminister Waigel, müsse mehr Geld verdienen, als einer, der nicht arbeite, und durch die Unterversorgung der Erwerbslosen wolle man der arbeitenden Bevölkerung »jetzt endlich das Gefühl vermitteln, daß sich Arbeit wieder lohnt«.

Niemand käme auf die Idee, daß die Sozialhilfe-Empfängerin heute nicht genügend Abstand zum Industriearbeiter hielte. Dabei wird es aber nicht bleiben, und wenn dann der gebeutelte Arbeiter im Urlaub auf Mallorca einem fröhlichen beschäftigungslosen Kollegen begegnete, könnte dies seine Arbeitswut dämpfen. Solange Geld noch zentraler Anreiz für die Arbeitsdisziplin ist, es also noch nicht durch das preußisch-nationalsozialistische Prinzip der dienenden Gefolgschaft ersetzt ist, muß der Erwerbslose im Elend hausen und Niederträchtigkeiten über sich ergehen lassen, sonst verliert sein Beispiel die pädagogische Wirkung. Schon 1884 – bei Einführung der Sozialgesetzgebung – beschrieb der Sozialexperte Adler den Abschreckungseffekt: »Der Gedanke, daß Müßiggang etwas Schönes sei, soll nicht Boden gewinnen, und deshalb darf die Unterstützung nur das Existenzminimum gewähren; der Arbeiter, der bei voller Gesundheit untätig ist, soll Entsagung üben.«

Mit der Disziplinierung der Beschäftigten ist ein weiteres Problem allerdings noch nicht bewältigt. Die Bereinigung der Krise hinterläßt ein Heer von Arbeitslosen in Europa, das möglicherweise mit dem von 1929 konkurrieren kann. Schon jetzt sind in Deutschland real 6,5 Millionen Menschen arbeitslos, und dabei wird es nicht bleiben. Im Kapitalismus sind Arbeitslose eine überschüssige und kostspielige Menschenhalde, die ohne Gegenleistung konsumiert und manchmal sogar frech wird, wie Riots und Bandenbildung in den USA zeigen. Die Prävention auf diesem Problemgebiet zielt auf Arbeitsdienst und innere Sicherheit, deren unmittelbare Umsetzung in einer Großen Koalition ansteht. Der Arbeitsdienst taugt nicht nur zur Nutzbarmachung von Ressourcen und zur staatlich kontrollierten Zwangsbefriedung einer Risikogruppe, mit ihm wird eine als gerecht erscheinende Strafexpedition zelebriert. Je härter die Maßnahmen gegen Arbeitslose, desto wohler fühlt sich der Kretin bei der Arbeit. Die Härte gegen jene ist ihm Beweis dafür, daß er einen Wert in der Gesellschaft hat und seine Unterwürfigkeit sich auszahlt.

Murmanns Hauptgeschäftsführer, Fritz-Heinz Himmelreich, schlug vor, statt Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen »deutlich schlechter bezahlte Gemeinschaftsarbeit für Arbeitslose« einzuführen. Die Sozialdemokratin Anke Fuchs fand die Idee sogleich »konstruktiv und ermutigend«. Der nordrhein-westfälische DGB-Vorsitzende Dieter Mahlberg war begeistert von diesem »zweiten Arbeitsmarkt... unter Tarif«. Der Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Jagoda, ebenfalls: »Je geringer der Lohn, um so mehr Menschen könnten von ABM profitieren.« Daß es keineswegs um die Hilfe für Menschen geht, sondern um die Steigerung des Sozialprodukts und die Senkung des gesamten Lohnniveaus, erläuterte der Wirtschafts-Staatssekretär Johann Eekhoff: »Da gibt es die heruntergekommenen Wohnungen in Ostdeutschland, die verkommenen Gebiete, aus denen die Russen abziehen. Aber wir haben ein Kartell auf dem Arbeitsmarkt... Das legt fest, wieviel jemand verdienen muß... Selbstverständlich entsteht (durch den Arbeitsdienst) ein Wettbewerb zu anderen. Aber es entsteht auch mehr Sozialprodukt... Sozialhilfeempfänger, die diese zusätzliche Arbeit leisten, können dann auch etwas mehr bekommen,

als sie heute erhalten, nur nicht so viel wie in hochproduktiven Bereichen.« Beschlossen wurde, ihre Sozialhilfe um drei Mark pro Arbeitstag aufzustocken.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer plauderte die allen gemeinsame Ideologie aus: »Diese Gruppen – ältere oder solche, die den gestiegenen Ansprüchen nicht standhalten – dürfen nicht nutzlos dahinvegetieren.« Deshalb möchte sie mit ihnen »Aufgaben in Angriff nehmen, die... privatwirtschaftlich nicht rentabel sind.« Jene nutzlos dahinvegetierenden Wesen entwickelten, so Norbert Blüm, in ihrer vielzuvielen Freizeit eine »Raffinesse, den Sozialstaat auszunützen«, und »scheuen den Umweg, über Arbeit« zu Geld zu kommen.

Die Marktwirtschaft legt in der Krise ihr Wesen frei: die Übertragung des Darwinismus auf die menschliche Gesellschaft. Alles Untüchtige ist von vornherein gebrandmarkt. »Die Krankhaften sind des Menschen große Gefahr... Die von vornherein Verunglückten, Niedergeworfenen, Zerbrochenen – sie sind es, die Schwachen sind es, welche am meisten das Leben unter Menschen unterminieren..., unser Vertrauen... am gefährlichsten vergiften« (Nietzsche). Der Nationalsozialismus war die konsequente Vollstreckung dieses Denkens. In ihm ist der Arbeitsdienst noch eine Auszeichnung der für die Produktion Tauglichen. Den Untauglichen drohen Fortpflanzungsverbot und Euthanasie. »Diejenigen am Leben zu halten, die ihren Nutzen für sich und die Gesellschaft verloren hatten, hieß, den Willen zur Arbeit und die Güter der gesunden und produktiven Leute zu verschwenden« (George L. Mosse, »Die Geschichte des Rassismus in Europa«). Im Betriebsalltag soll zunächst einmal »die Gesundheitsvorsorge am Arbeitsplatz künftig durch Untersuchungen auf Erbkrankheiten verbessert werden« (Referentenentwurf aus dem Blüm-Ministerium), und nicht zufällig entdeckte kürzlich »Die Zeit« die Aktualität des Bevölkerungstheoretikers Malthus, der sich Anfang des 19. Jahrhunderts vehement gegen die Unterstützung der Armen gewandt hatte, weil die dazu verführt würden, Kinder in die Welt zu setzen. Die »Zeit«: »Die Armengesetze produzierten damit genau die Armut, die sie lindern sollten.«

Wer das Gemeinwesen durch das Unnütze bedroht sieht, macht den Profit zur uneingeschränkten moralischen Norm. Jede Abweichung von ihr wird bald als undeutsch verunglimpft werden. In seiner Abhandlung »Der Arier und seine Bedeutung für die Gemeinschaft« entwickelte de Lapouge 1939 die These, daß der Arier der einzige verläßliche Arbeiter in der modernen Industriegesellschaft sei, weil ihm die Vorstellung von Müßiggang fremd sei. Immer definierte sich die »Herrenrasse« auch als die produktivere.

Die Zeiten, da man mit Blick auf die Müllabfuhr oder auf besonders durch Hitze, Lärm oder Gift belastete Arbeitsplätze darauf verwies, die Ausländer würden Tätigkeiten verrichten, zu denen sich kein Eingeborener bereitfände, gehen zu Ende. Und wer meint, gegen ein Einwanderungsgesetz, das nach den Wünschen der Industrie auf dem Weltmarkt Arbeitskräfte rekrutiert, gebe es kapitallogisch keinen ernsthaften Einwand (Fischer, Geisler, Kinkel), dem hält Stoiber entgegen, künftige Defizite – etwa bei den Rentenfinanzen – könnten »leicht durch eine längere Lebensarbeitszeit der Deutschen« ausgeglichen werden. Bei zeitweiligen Engpässen könnten zudem »jederzeit Arbeitskräfte aus Osteuropa gewonnen werden«. Der Rassismus der Unterklassen liefert der Herrschaft schon einige nützliche Argumente, ihnen die Lebensarbeitszeit zu verlängern. Da das die Zahl der Rentner verringert und natürlich deren Alimentierung entsprechend der Bezahlung der Beschäftigten sinken wird, könnte in Kombination mit industrieller Saisonarbeit tatsächlich ein Einwanderungsgesetz überflüssig werden.

Zurück zu Helmut Kohls Rapport vor den Industriellen. Er versprach ihnen nicht nur eisernes Sparen, sondern forderte sie auf, mit dem Staat gemeinsam Rußlandhilfe zu leisten, und zwar nicht nur deshalb, weil dort auch Kernkraftwerke repariert werden müßten, nein, »ich könnte fortfahren, wenn ich z.B. an die Versorgung mit Gas oder Öl denke. Mit einem Wort: Es geht mir darum, daß wir fähig sind, über den eigenen Tellerrand hinaus internationale Verantwortung zu übernehmen.« Es hat sich wohl herumgesprochen, daß »internationale Verantwortung« die moderne Bezeichnung für Krieg ist. Und daß die neuen Bundeswehr-Richtlinien nicht nur UN-Einsätze meinen, wenn in ihnen von der Durchsetzung »deutscher Wertvorstellungen und Interessen« die Rede ist, liegt auch auf der Hand.

Das Ziel der deutschen Militärs: »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt«, so meinte Ende Juli sogar ein Autor der »Zeit«, »hätte man früher rundheraus als ein imperialistisches Programm bezeichnet.« Vielleicht ist ihm mulmig geworden, weil er noch auf Hedonismus und Selbstverwirklichung programmiert war und spürte: Beides verträgt sich nicht mit Opfern für den Standort Deutschland und mit Opfern auf dem Schlachtfeld. Das Land braucht keine Redakteure mehr, die sich öffentlich als konsumfreudige Citoyens bekennen, und keine Politiker, die, auf nachdenklich gestylt, mit Literaten Kamingespräche führen und mit ihren Häusern in der Toskana protzen. Das Land braucht Preußen, keine Yuppies. Es braucht eine symbolträchtige Senkung der Diäten im Bundestag. Oder reicht doch ein Tag, an dem »ganz Deutschland Eintopf ißt«?

Rainer Trampert und Thomas Ebermann schrieben in KONKRET 8 und 10/92 über die »Komitees für Gerechtigkeit«

Konkret 09/93, S. 14

Otto Köhler

»Stamokap ist...«

Unheimliche Begegnung der gewöhnlichen Art: Im Kalibergwerk Bischofferode ist dem thüringischen Ministerpräsidenten Vogel (CDU) »die häßliche Fratze des Kapitalismus« erschienen

Es war Ostersamstag, als in den Dörfern um Leuna der Postbote mit vielen Einschreiben kam: Grund und Boden seien zu verkaufen, der Preis werde noch festgelegt, wer nicht verkaufe, werde zwangsenteignet. Diese Expropriation der Bauern geschah am 23. April 1916 im Ehemaligen Kaiserreich, mehr als drei Jahrzehnte vor dem Entstehen der Ehemaligen DDR. Während die Bauern, die Grundstücke in und um Leuna besaßen, irgendwo in Ost oder West unter Trommelfeuer im Dreck der Schützengräben lagen und glaubten, sie könnten dort das Land verteidigen, das ihnen gehört, griff die BASF aus Ludwigshafen wie in einem Blitzkrieg an. Drei Tage nach der Enteignungsverfügung rückten die ersten Räumfahrzeuge vor. Es war Raub, es war Erpressung: Wer nicht die eine Mark nahm, die es schließlich für den Quadratmeter besten Ackerbodens gab, bekam – so war's angekündigt – gar nichts. Der Boden war in Wahrheit mindestes das Fünffache wert. Sechs Millionen Quadratmeter Bauernland griff sich die BASF um Leuna und Merseburg zum Spottpreis zusammen. Ein Genehmigungsverfahren unter Militärrecht: Die BASF hatte durchgesetzt, daß die vielen behördlichen Genehmigungen und die Enteignung der Grundstücke nicht auf normalem zivilrechtlichen Weg, sondern völlig umstandslos durch militärischen Befehl erteilt wurden. Der Kommandierende General in Magdeburg mußte damals alle Enteignungswünsche des Chemiekonzerns durchsetzen.

Es ist also nicht das erste Mal, daß die BASF in unser heutiges Anschlußgebiet einfällt und die Menschen dort aus ihrem Eigentum entfernt. Und schon damals stellte sich der Staat dem nicht entgegen, sondern leistete willig Beihilfe. Der Unterschied: Das Kaiserreich bekam eine üppige Gegenleistung. Leuna verstärkte nachhaltig die Produktion von Oppau bei Ludwigshafen: Die BASF lieferte den Ersatzstoff für den durch die englische Blockade blockierten Chile-Salpeter. Ohne diesen Ersatz wäre die Produktion von Munition und Sprengstoff unmöglich gewesen. Deutschland hätte seinen Krieg schlicht einstellen müssen, und Millionen Menschen hätten nicht getötet werden können.

Den zweiten Weltkrieg hatte die BASF innerhalb des IG-Farbenverbandes entscheidend mitvorbereitet, aus ihrer Zentrale in Ludwigshafen stammte Carl Krauch. Der hatte schon als engster Mitarbeiter des BASF-Chefs Carl Bosch die Rüstungsfabrik aus dem geraubten Boden der Bauern von Leuna gestampft, er war als Gebechem, als Generalbevollmächtigter für Fragen der chemischen Erzeugung, der entscheidende Mann in Görings Vierjahresplanbehörde, die den zweiten Krieg vorbereitete. Dieser BASF-Mann bestimmte aus seiner Behörde heraus für die IG Farben den Standort Auschwitz.

Aber auch das ist ein Unterschied zwischen damals und heute: Es geht nicht mehr so ungeordnet und undiszipliniert zu, wie etwa bei Hitlers Einfall in Polen, als die dicht hinter den deutschen Truppen einmarschierenden Vertreter der Konzerne – bereits als amtlich bestellte Treuhänder – sich gegenseitig auf die Füße traten und sich um ihren Anteil am Industrievermögen des Feindes stritten.

Heute gibt's die Treuhand, die beim Plündern und Plattmachen der Konkurrenz die Koordination übernommen hat. In ihren Verwaltungsrat traten die Vertreter der wichtigsten bundesdeutschen Konzerne ein, um das Ehemalige Volksvermögen der Ehemaligen DDR erst überzeugend auf Null zu rechnen – und dann gerecht unter sich aufzuteilen.

Das hat viel Mühe gemacht, das hat manchen Ärger gegeben, aber es lief ohne Aufstände, ohne größere Unruhen. Und jetzt – ausgerechnet Bischofferode im tiefkatholischen Eichsfeld, in dem die christlich-demokratische Partei Traumergebnisse bis nahe 90 Prozent erzielte.

»Darf Politik erpreßbar sein?«, fragt mit Blick auf die hungerstreikenden Kali-Kumpel das »Hamburger Abendblatt« und gibt gleich selbst die Antwort: »Sie darf es nicht.« Das Springer-Blatt meint, die Bergleute seien die Erpresser. Sie setzten sich, so warnt das Blatt, »über die Realitäten hinweg«. Realität ist, was Treuhand und BASF im engen Einvernehmen mit der Bundesregierung entschieden haben, nämlich: daß von Bischofferode keine Konkurrenz für die BASF ausgehen darf. Und dafür sorgt die fest vereinbarte Konkurrenzausschlußklausel, die vorsieht, daß keiner der Kalibetriebe im Osten an einen anderen Bewerber als die BASF bzw. ihre Kasseler Tochter Kali + Salz übereignet werden darf.

Dabei hat es für die Kali-Grube in Bischofferode etwa vierzig Bewerber gegeben. Der nicht konzerngebundene Unternehmer Johannes Peine hielt sein Angebot monatelang aufrecht, bis er endlich aufgab. Sicherlich ungern, denn unabhängige Wirtschaftsexperten wie der mit der Prüfung beauftragte Schweizer Diplomökonom Peter Arnold sagen der Kaligrube in Bischofferode eine – wenn's die den gäbe – gute Zukunft voraus, weil ihr Produkt begehrt ist. Ebendarum muß sie weg. Denn die BASF bringtmit ihrer Tochterfirma Kali + Salz AG in Kassel ebenfalls Kali auf den Weltmarkt – ein etwas anderes Kali. Das Ost-Produkt ist besonders gut geeignet für das sogenannte Mannheimer Verfahren zur Herstellung von Dünger. Ein Großteil der europäischen Konkurrenz der BASF arbeitet nach diesem Verfahren, und so konnte Bischofferode nach dem Fall der Mauer seinen Absatz steigern und seinen Kundenkreis erweitern. Die BASF-

Tochter Kali + Salz aber arbeitet nach dem Kieserit-Verfahren und kann deshalb das Kali aus Bischofferode nicht brauchen.

Deshalb hat die BASF über ihre Tochter Kali + Salz die Mitteldeutsche Kali AG übernommen, zu der die Grube in Bischofferode gehört, will sie ausgliedern und zum Jahresende stillegen lassen. Wenn das Kali aus Bischofferode so vom Weltmarkt verschwindet, hat dies für die BASF einen zusätzlichen günstigen Effekt. Die Hauptkonkurrenz der BASF-Tochter, die skandinavischen Konzerne Norsk Hydro und Kemira Oy, müssen ihre Verfahren umstellen und geraten so ins Hintertreffen. Gut für die BASF, die ein enttäuschendes Jahr hinter sich hat – der Gewinn vor Steuern sank 1992 um 41 Prozent; »BASF vor schwierigen Zeiten«, titelte schon die »Welt«. Trotzalledem verkündete im März, als die BASF ihren Kali-Deal mit der Treuhand gemanagt hatte, Vorstandschef Jürgen Strube zuversichtlich: »Wir werden auch mit dem Abschwung fertig.«

Zu solchem Optimismus in ansonsten schwerer Zeit hat dem BASF-Chef die Treuhand allen Grund gegeben. Denn die Beschlußvorlage für die Sitzung des Verwaltungsrates der Treuhandanstalt vom 9. Dezember 1992, durch die die Mitteldeutschen Kaliwerke der BASF-Tochter Kali + Salz zugeführt wurden, ist darauf ausgelegt, die BASF auf Kosten der Steuerzahler aus Ost und West zu sanieren. Die Mitteldeutschen Kali-Werke gehen nur zu 51 Prozent in die Hände der BASF-Tochter über, 49 Prozent bleiben bei der Treuhand.

Das Schönste an der Konstruktion: Das BASF-Unternehmen Kali + Salz bringt seine Kali-Aktivitäten in die Mitteldeutsche Kali AG ein, es schlüpft also in deren ostdeutschen Mantel und wird in dieser Verkleidung zum Vorzugspatienten der Treuhand. Verluste, die das gemeinsame Unternehmen machen wird, werden aber nicht im Beteiligungsverhältnis 51 Prozent für die BASF und 49 Prozent für die Treuhand aufgeteilt. In den ersten drei Jahren trägt die BASF-Tochter nur 10, die Treuhand aber 90 Prozent der Verluste, und noch 1996 und 1997 muß der Steuerzahler über die Treuhand 85, bzw. 80 Prozent der Verluste des BASF-Unternehmens tragen, und zwar, das ist eine selbst im hiesigen Wirtschaftsleben unglaubliche Klausel: »unabhängig von der Ursache« der Verluste. Das ist ein Blankoscheck, ja eine Gelddruckmaschine für die BASF. Der Konzern kann beispielsweise die Produkte der Tochter zu Schleuderpreisen erwerben. Für die dabei entstehenden Verluste muß der Stuerzahler aufkommen. Und das Ganze läuft dann unter dem Titel »Aufbauhilfe Ost«, statt Subventionen West.

Gewiß, der Pressesprecher von Kali + Salz in Kassel erklärt heute, daß das Zahlenverhältnis bei der Verlustzuteilung so nicht endgültig in den Fusionsvertrag aufgenommen worden sei. Doch der Vertrag ist streng geheim, und er kann sich für die Ostdeutschen gegenüber der Beschlußvorlage nicht verbessert haben. Die thüringische Landesregierung stimmte noch im Dezember dieser Beschlußvorlage zu. Inzwischen aber, nachdem der Landesregierung weitere Einzelheiten bekannt wurden, lehnt sie den Fusionsvertrag ab, ja selbst ihr aus dem Westen importierter Ministerpräsident Bernhard Vogel spricht jetzt vor dem Landtag von einer »häßlichen Fratze des Kapitalismus«, die ihm in Bischofferode offenbar geworden sei.

Der Deutsche Bundestag übernahm willig die Rolle, die ihm zugedacht war: Die Mitglieder des Treuhandausschusses haben den Fusionsvertrag passieren lassen, ohne ihn überhaupt zu kennen. Erst als Bischofferode Schlagzeilen machte, forderte die Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth, den Fusionsvertrag offenzulegen. Das setzte für sie sofort einen Tadel aus dem Kanzleramt, den die BASF verlangen konnte wegen – wie Helmut Kohl selbst vor drei Jahren formulierte – »meiner persönlichen Verbundenheit mit der BASF«. Schließlich steht Kohl von Kindesbeinen an in einem unverbrüchlichen Treue- und Gefolgschaftsverhältnis zum Ludwigshafener Weltkonzern. Schon im Ehemaligen Dritten Reich, als die Tochter in Auschwitz von Ludwigshafen aus betreut wurde, züchtete der ahnungslose Pimpf Seidenraupen für die BASF – 20 Mark gab es für ein Kilo Kokons, denn Fallschirmseide tat not für den weltweiten Einsatz der Wehrmacht. Nach dem Währungsschnitt sammelte der Schüler aus dem noch nicht völlig verseuchten Rhein Flußkrebse für die BASF-Kantine. Dann war er drei Jahre als Werkstudent in der BASF tätig, und danach vertrat der junge Referent des Verbandes der Chemischen Industrie als Ludwigshafener Stadtrat so umsichtig und gewissenhaft die örtlichen Grundstücksinteressen der Firma, daß er aus diesem verantwortungsvollen Volksvertreteramt erst sieben Monate nach seiner Übernahme der Ministerpräsidentschaft von Rheinlandpfalz entlassen werden konnte. Und als dann endlich der Anschluß bevorstand, da trat der getreue Kanzler im April 1990 vor die Jubiläumsversammlung zum 125jährigen Bestehen der BASF und meldete die bevorstehende Heimholung ins neue Reich: »Und drittens komme ich als Bundeskanzler zu Ihnen: Unser Land steht vor den größten Herausforderungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Jetzt gilt es die deutsche Einheit zu vollenden.«

Natürlich muß der Fusionsvertrag, der die Einzelheiten der Liquidation der Bischofferoder Kali-Grube regelt, streng geheim bleiben. Das sind über tausend Seiten, sagt mir der Pressesprecher von Kali + Salz, Helmut Ernst, zuviel Lektüre für die Kumpel im Osten. Wozu auch den Vertrag veröffentlichen? »Der Finanzminister hat ihn gesehen«, versichert der Sprecher der BASF-Tochter, auch »der Wirtschaftsminister hat ihn gesehen« – und mittlerweile sogar Einspruch dagegen erhoben, daß der Vertrag der deutschen Kartellbehörde vorgelegt wird.

Stamokap ist, so belehrt mich Meyers Enzyklopädisches Lexikon, die Abkürzung für »staatsmonopolistischer Kapitalismus«, siehe dort. Dort lese ich, Stamokap sei »nach marxistisch-leninistischer Auffassung das Entwicklungsstadium des Kapitalismus, in dem sich die entwickelten westlichen Staaten heute befinden und das durch die Verbindung (bzw. Verschmelzung) der Macht der Monopole mit der Macht des Staates zu einem einheitlichen Machtmechanismus gekennzeichnet ist«. »Kritisiert wird«, so heißt es weiter, »die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, deren Rezeption durch Teile der Jungsozialisten in den 1970er Jahren zu heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen führte, u. a. mit dem Hinweis auf die Möglichkeiten parlamentarischer Kontrolle in westlichen Demokratien...«

Otto Köhler schrieb in KONKRET 8/93 über die Nazi-Wehrmacht in Jugoslawien

Konkret 09/93, S. 16

Winfried Wolf

3 Mann und 1 MG

Über den Enkel Piëch, den Würger López und ihren mißlingenden Versuch, das Erfolgsrezept »Kraft durch Freude« neu aufzulegen

»The highway's blocked, is this my end

to follow a Mercedes-Benz?

Hey Mitsubishi and Toyota, who said that the war was over?«
Ray Davies, The Kinks, 1989

Der Fall López sei »in der bisherigen deutschen Wirtschaftsgeschichte einmalig« – so eine Mitteilung des Bundes der deutschen Arbeitgeberverbände (BdA). Einmalig ist ohne Zweifel, wenn uns ein Prämonstratenser-Pater namens Heinrich Graf Henckel von Donnersmarck in der »Wirtschaftswoche« belehrt: »Wenn López Schule macht, ist das eine mittlere Katastrophe, dann haben Sie das Faustrecht im Kapitalismus eingeführt.« Worauf der Jesuitenschüler und Anhänger des Ignatius von Loyola, José Ignacio López de Arriortúa, auch »der Würger« und »der Gnadenlose« genannt, antwortet: »Von einem katholischen Priester hätte ich gegenüber einem Christen Menschlicheres erwartet.«

Einmalig ist, wenn Betriebsräte zweier Konzerne, hier von VW und Opel, in einer gemeinsamen Erklärung ihre Bosse auffordern, die kriegerische Tonlage zu mäßigen und sich wieder »wie Geschäftsleute« zu benehmen. Einmalig ist, daß in diesem Wirtschaftskrimi VW sich als vaterlandsloser Konzern erweist und den Ausbau seines Werks in Mosel bei Zwickau zurückstellt zugunsten einer neuen Autofabrik im baskischen Amorebieta, während der größte Konzern der Welt, das US-Unternehmen General Motors (GM), demonstrativ sein Engagement im größeren Deutschland unter Hinweis auf das neue GM-Werk in Eisenach herausstreicht und zum neuen VW-Chef anmerkt, dieser verfüge nicht einmal über einen deutschen Paß.

Einmalig ist auch die Dummheit eben dieses Österreichers Piëch, der den gnadenlosen Sanierer López bei GM für 30 Millionen abwarb und sich nicht damit zufriedengab, daß dieser dabei ein so gewichtiges Papier wie seine Broschüre »Nahrung für den Geist des Kriegers« mitnahm, in der die Auszubeutenden ermahnt werden, kein Fleisch und keine Kartoffelchips zu essen und vor 24 Uhr zu Bett zu gehen. Piëch, der derlei Weisheiten als neue Betriebsphilosophie bei VW einführen möchte, nahm zumindest billigend in Kauf, daß López und seine Krieger kistenweise eher harmlose, aber gerichtsrelevante Papiere (u.a. mit Angaben zur Windschlüpfrigkeit des Opel-Vectra-Nachfolgemodells oder über das intime Verhältnis, das zwischen GM/Opel und deren Zulieferindustrie besteht) zu VW verbrachte, um u.a. im Gästehaus von VW neue Formen des Papier-Recyclings zu erproben.

Schließlich sei angemerkt, daß es heutzutage zwar nicht mehr einmalig, aber doch bemerkenswert ist, wenn der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD), dessen Land ein Fünftel der VW-Aktien hält, die Meinung äußert, er könne an Piëch und López »nichts entdecken, was ein Sozialdemokrat nicht mittragen kann«.

Doch bei all den einmaligen und bemerkenswerten Aspekten diese Affäre müßten auch dem BdA geschichtliche Parallelen aufgefallen sein. In den dreißiger Jahren stellte der Bau des Volkswagenwerks auf der grünen Wiese bei Fallersleben, dem heutigen Wolfsburg, die aggressive, industriepolitische und militärische Antwort auf die strukturelle Unterlegenheit der deutschen Industrie im allgemeinen und der deutschen Autoindustrie im besonderen gegenüber der internationalen, vor allem der US-Konkurrenz dar. Zuvor war die Weltwirtschaftskrise reinigend genutzt und das faschistische Regime errichtet worden. Der NSDAP-Aktivist Ferdinand Porsche lieferte die grundlegende Konzeption für einen »Volkswagen«, der zunächst »Raum für drei Mann, ein MG nebst Munition« und später »Raum für drei Erwachsene und ein Kind« bieten sollte. Dieser »Volkswagen« war eine Waffe im militärischen Krieg, den Deutschland verlor, und wurde zur Waffe im Wirtschaftskrieg, in dem Deutschland bereits viele Schlachten gewann und für den es zum Endsieg rüstet.

Nun erleben wir erneut eine weltweite tiefe Wirtschaftskrise. Bundesregierung und Bundesbank setzen in dieser auf einen aggressiven Kurs, um ihre Vormachtstellung in Europa auszubauen; Überbleibsel wie die des zu Bruch gegangenen Europäischen Wirtschaftssystems und der brüchig gewordenen Achse Bonn-Paris werden dabei beiseite geschoben bzw. in Kauf genommen. Der Volkswagenkonzern, laut »Financial Times« das »Symbol für die Wirtschaftsmacht Nachkriegsdeutschlands«, erlebt in dieser Situation seine größte Krise. Im ersten Halbjahr 1993 sackte der Absatz europaweit um 20 Prozent und in den USA auf die Hälfte ab. General Motors und die GM-Töchter Opel, Vauxhall und Saab haben aufgeholt und mit VW gleichgezogen. Vor allem aber schreibt GM in Europa schwarze Zahlen, wohingegen die VW-Bilanz in tiefroter Farbe geschrieben ist und für 1993 den größten Verlust der Konzerngeschichte ausweisen wird.

In dieser Situation entschieden sich die Kapitaleigner dafür, den Porsche-Enkel Ferdinand Piëch als neuen VW-Chef einzusetzen. Dieser suchte mit der Abwerbeaktion von López und seinen Kriegern gezielt die Konfrontation mit GM. Er

verlangt von López, den er gewann, indem er ihm ein neues VW-Werk in seinem Heimatort im Baskenland versprach, einen »neuen Volkswagen«. Piëch und López sprechen offen von »Krieg«. Beide setzen sie auf die Waffe des Rassismus. Piëch beschwor einen »internationalen Wirtschaftskrieg, um VW kaputtzumachen«, den »Kampf zweier Automobilfirmen vor dem Hintergrund eines Wirtschaftskriegs« und »eine Verschwörung eines amerikanischen Unternehmens gegen VW«. López erklärte, er fühle sich »Europa verpflichtet« und fügte hinzu: »Wir haben wissenschaftliche Methoden, die Japaner nur Intuition. Wer hat denn das Auto erfunden? Das waren zwei Deutsche.« Piëch wiederum trommelte für nationale Solidarität, indem er sein Schicksal mit dem vermeintlichen Schicksal der gesamten Nation verknüpfte: »Mit dem Abgang des Gespanns Piëch/López würde in Deutschland die englische Krankheit ausbrechen. Nicht nur bei VW. Die Gegner hätten erreicht, was sie wollten. Sie hätten den Krieg gewonnen.«

Es ist nicht der Krieg, aber es ist eine Schlacht, die VW und Piëch verloren haben. Anders als Porsche stand Ferdinand Piëch kein starker Staat zur Seite. Wirtschaftsminister Rexroth wollte zwischen GM und VW nur vermitteln; Daimler und BMW halten Piëchs Dilettantismus für geschäftsschädigend. Anders als in den 50er und 60er Jahren unter dem VW-Boß Nordhoff kann ein betriebswirtschaftlich sinnvolles Ziel für VW in den neunziger Jahren nicht ein »neuer Volkswagen« sein. Was Piëch, López oder auch GM anstreben, ist vielmehr die generelle und massenhafte Akzeptanz des Zweitwagens. Den Schlüssel hierfür liefert die Trennung der Mobilitätsfunktionen des Pkw: ein Shopping car für Stadt und Einkauf, ein Touring-Wagen für Familie und Urlaub, ein Geländewagen für Freizeit und Marlboro-Country. Und anders als zu Zeiten eines Ferdinand Porsche bringt es nichts, von einem »Volkswagen« lediglich zu schwafeln und realiter Kübelwagen zu produzieren, die mit staatlicher Profitgarantie abgenommen werden. Noch ist VW auf die kaufkräftige Nachfrage der Massen angewiesen. Diese wird allerdings durch die Krise, durch die Politik der Bundesregierung im allgemeinen (Solidarpakt) und durch die Politik der Konzerne im besonderen (Reduzierung der VW-Belegschaft 1993/94 um 20 Prozent) abgebaut. Weswegen Daimler-Benz, BMW, GM, Ford, Mitsubishi nach dem Ende des Kalten Krieges längst in die Sektoren Rüstung, Hightech, Elektronik und Weltraumtechnik umgestiegen sind.

Winfried Wolf schrieb in KONKRET 4/93 über die Krise der westdeutschen Ökonomie

Konkret 09/93, S. 17

Gerhard Henschel

Volkes Stimmgabel

Ungeschminkt, aufdringlich und niederschmetternd – die brandenburgische Sozialministerin Regine Hildebrandt

Unkaputtbar, nicht zu bremsen, kaum noch auf- und auszuhalten ist die brandenburgische Ministerin Regine Hildebrandt. »In einer Försterei, mitten im Wald« möchte sie am liebsten wohnen, ihre Hobbys sind Singen, Hausmusik, Fotografieren und Wandern, Äpfel sind ihr Leibgericht, und sie glaubt an Wunder. Regine Hildebrandt ist eine Hausfrau aus dem Volk; jedenfalls gibt sie sich wie Volkes Stimmgabel. Vom westlichen Klischee einer delikat kostümierten Politikerin mit Schirmherrschaft, Charme und raffiniertem Schmuckdesign hebt sie sich schroff ab, und wenn sie auftritt, erweckt sie den Anschein, als habe sie gerade erst das Treppenhaus gewischt, sich mit der Nachbarin gezankt und einen Zentner Kartoffeln geschält. So ist sie nun mal – sympathisch, natürlich, ungeschminkt, redselig, kregel, kämpferisch, renitent, verbissen, aufsässig, aufdringlich, aufrührerisch und niederschmetternd.

Ihre Popularität verdankt sie dem Anschein, daß sie eine sei, die endlich einmal sagt, wie es ist, weil sie es mit der Energie und dem durchdringenden Organ einer Krawallschachtel ausdrückt, die vom Reihenhausbalkon auf die Nachbarschaft einschreit.

Nachdem er ein Buch über Reinhold Messner geschrieben hatte, hat sich der Journalist Hans-Dieter Schütt nun Regine Hildebrandt gewidmet; auf den unerbittlich kraxelnden Übelmann ließ er »die kleine tapfere Ministerin« folgen: »Seit ich Regine Hildebrandt begegnet bin, weiß ich, daß es das Perpetuum mobile doch gibt. Und das menschliche ist durchaus ein technisches Wunder: Wie nur hält dieser Motor seine hohen Drehzahlen?« (Hans-Dieter Schütt: *Regine Hildebrandt: »Bloß nicht aufgeben!« Fragen an eine deutsche Sozialministerin (Brandenburg).* Dietz 1993, 188 Seiten, 14 Mark 80)

Im Sturm hat dieser motorisierte Dragoner die Herzen der Arbeitslosen, der Sozialhilfeempfänger und der Vorruheständler erobert, denn wer zu kurz kommt und vom Leben bestraft wird, scheint sich schon getröstet zu fühlen, wenn ein sozialdemokratisches Perpetuum mobile im Hauruckverfahren die Illusion erzeugt, es werde sich kraft Budenzauber und Tamtam schon alles noch einmal einrenken und zum besten wenden. Schütt berichtet: »In der Schwermaschinenbau AG Wildau begleite ich sie eines Morgens auf eine Belegschaftsversammlung in Halle 5. ›Helfen tut ‘se nich, aber wenigstens Trost gibt ‘se irgendwie‹, sagt einer hinter mir.« Früher ging, wer nicht ganz bei Trost war, in die Kirche; in Brandenburg hat Regine Hildebrandt deren Funktion übernommen. An den Rockzipfeln der Ministerin mit dem Waschküchen-Appeal hängt das gemeine Volk und weint sich aus. »Regine Hildebrandt sitzt auf einem Schleudersitz«, teilt Schütt mit. »Oder auf dem Pulverfaß. Das bezieht sich auf jedes ihrer Ressorts. Sie versucht zu vermitteln: zwischen marktwirtschaftlichem Erfordernis und dem menschlichen Recht auf soziale Würde. Sie ist eine Mahnerin. Sie lebt im Spagat.«

Das geht an die Substanz. Der Spagat zwischen Scylla und Schleudersitz, zwischen Pulverfaß und Charybdis, zwischen marktwirtschaftlichem Erfordernis (recte: Rausschmiß) und sozialer Würde (recte:Dach überm Kopf) macht die Stimme heiser und verzerrt die Züge. Ohne Punkt und Komma brummt der Rede rascher Sturzfluß aus dem fusslig geredeten Mundwerk. »Wenn Regine Hildebrandt spricht, bricht Sprache aus. In doppeltem Sinne. Sie bricht aus wie ein Brunnen, hell. Und ihre Gedanken brechen aus Zwängen aus« (Schütt). Die Annahme, daß mit den Mitteln sozialdemokratischer Rhabarber-Rhetorik Beelzebub und Teufel gleich gemeinsam aus der Welt zu jagen seien, ist konsensfähig, und deshalb hört und liest und bezahlt die Basis ihre Hans-Dieter Schütts, Walter Jense, Peter Härtlings, Wolfgang Thierses und Regine Hildebrandts. Sie verbreiten soziale Kuhstallwärme, Frieden, Freude, Schall und Rauch. Und es ist kinderleicht, bequem und einträglich, auf diesem Niveau mitzuknödeln und wie Schütt zu behaupten, daß Regine Hildebrandt »den Begriff des Politischen aus seiner traditionellen Verklammerung mit der üblichen Staatstätigkeit löst und seinen eigentlichen, vergessenen Rohstoff wieder ans Licht fördert: den Reichtum der Handlungsenergien, den Schatz der Erfahrungen und Phantasien so vieler Individuen«, die sich immer freuen, wenn sie endlich, von der Anstrengung des Gedankens befreit, aufatmen und die Ohren auf Durchzug stellen dürfen.

Ja, die Sehnsucht Regine Hildebrandts nach gestaltbarer Zukunft (um hier einmal nach Schema F weiterzuspinnen) erwächst aus der Erfahrung erlittener Geschichte. In tiefem Einklang mit sich selbst bündelt sie die Kräfte, die wir brauchen, um Erlebtes zu bewahren. Soziale Gerechtigkeit, Humanismus und der aufrechte Gang zum Sozialamt sind die Triebfedern, die Transmissionsriemen und Teilstücke ihrer konkreten Utopie, die der Entmündigung zappelnd entgegenwirkt. Als Politikerin steht Regine Hildebrandt in der praktischen Verantwortung; als dreifache Mutter, Kinderferienlagerbetreuerin und Ballettratte (Spezialität: Spagat) wurde sie 1991 vom Deutschen Staatsbürgerinnen-Verband zur »Frau des Jahres« gewählt. Ihre christlichen Wurzeln gewährleisten Bodenhaftung und versorgen sie mit vergessenen Rohstoffen, die wie aus einem Brunnen brechen, hell. Wo Gesetz gegen Herz steht, die Halsadern vor Empörung schwellen und im brandenburgischen Sozialministerium Entscheidungen von historischer Tragweite getroffen werden müssen, steht Regine Hildebrandt ihren Mann, und das heißt: ihre Frau. Der »fatalen Ehrgeiz-Pose, die zur Kolonisation tendiert« (Hildebrandt), setzt sie feinfühlige Kommunikation und Geblök entgegen. Bereitwillig verrät sie

Hans-Dieter Schütt, wie schön es war, als sie mit ihren Kindern Kastanien gesammelt, gebastelt und »bunte Herbstblätter zu wunderschönen Sträußen präpariert« hatte, wie sie mit Nichten und Neffen Buttercremetorten buk, und wie sehr sie den Frühling liebe, »gerade wegen der Blumen, ich bin ja schließlich Biologin. Die Frühblüher, das sind meine liebsten Blumen, also Leberblümchen und die Anemonen. Oder die Winterlinge!« Volkstümlich und bieder geht es zu bei Frau Hildebrandt zu Hause unterm Sofa, und sie wird nicht müde, davon zu erzählen: »Zu Ostern beispielsweise werden Ostereier gebatikt, mit Wachstechnik, die aus dem Spreewald kommt, wunderschöne Ostereier!«

Regine Hildebrandts Lebensinhalt bilden wunderschöne Ostereier, die deutsche Einheit, der Schutz der sozialen Würde und jene Wachstechnik, die aus dem Spreewald kommt. Und wenn es hart auf hart geht, bricht mit der Sprache aus dem dumpfen Brunnen auch die helle Freude über »nationale Gefühle« der Deutschen aus. 1990 teilte Regine Hildebrandt – grammatisch nicht ganz astrein, denn sie war wohl wieder einmal arg in Eile – der Zeitung »Die Andere« mit: »Ich hoffe, daß die Identifizierung mit dem Land – die Sachsen sagen jetzt schon wieder stolz Sachsen, und die in Mecklenburg-Vorpommern haben ja auch schon nationale Gefühle entwickelt – , wird sich weiter fortsetzen.«

Diese Hoffnung hat sich immerhin erfüllt.

Gerhard Henschel schrieb in KONKRET 7/93 über Friedrich Schorlemmer

Konkret 09/93, S. 18

Archiv für Sozialpolitik

»Jeder ist uns der Nächste«XIX

Neunzehnter Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Sonntag, 13.6. (Nachtrag) –

In Frankfurt/Main schießen Unbekannte mehrmals durch ein Küchenfenster der Wohnung einer Türkin, die mit ihrer achtjährigen Tochter seit drei Wochen in dem Haus wohnt. In der Küche finden sich zwei Rundkugelgeschosse mit Kaliber vier Millimeter. Verletzt wird niemand.

Dienstag, 15.6. (Nachtrag) –

Das Landgericht Göttingen verurteilt zwei 18 und 19 Jahre alte Arbeitslose aus Bad Lauterberg und Osterode, die Ende August 1992 einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Bad Lauterberg verübt hatten, wegen versuchten Mordes und Brandstiftung zu jeweils vier Jahren Jugendstrafe. –

Der Leiter des niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Knoche, stellt in Hannover den Verfassungsschutzbericht 1992 vor. Danach sind 1992 in Niedersachsen 604 Straftaten mit vermutetem oder erwiesenem rechtsextremistischen Hintergrund registriert worden; 345 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der organisierten Rechtsextremisten habe sich auf etwa 3.300 verdoppelt, von denen 2.400 der »Deutschen Volksunion« (DVU) angehören. Daneben werden 550 Personen der Skinhead-Szene zugeordnet.

Mittwoch, 16.6. –

In Achim bei Bremen verhindern die Bewohner eines von Ausländern bewohnten Hauses einen Brandanschlag. Jugendliche Bewohner des Hauses beobachten bei einem Streifengang um das Haus drei Skinheads hinter dem Gebäude, von denen einer einen brennenden Molotowcocktail in der Hand hält. Die Skinheads flüchten. –

In Soest gesteht ein syrischer Bewohner des Hauses, die Brandstiftung am 7. Juni verübt zu haben. –

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Essen gibt es »keinen vernünftigen Zweifel« daran, daß das Feuer in dem Hattinger Wohnhaus am 5. Juni von der im Haus befindlichen Türkin selbst gelegt wurde. Die Frau bestreitet, den Brand gelegt zu haben. –

Brandanschlag auf ein von acht türkischen Familien bewohntes Haus im Essener Stadtteil Kray. Unbekannte werfen einen Brandsatz durch ein offenes Fenster in der ersten Etage des Wohnhauses. Der Brand wird frühzeitig entdeckt und gelöscht. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Marsberg im Sauerland. Das Feuer wird frühzeitig entdeckt und gelöscht. Die Polizei nimmt einen 18jährigen und seinen 38 Jahre alten Onkel fest, die die Tat gestehen.

Donnerstag, 17.6. –

In Dülmen/Nordrhein-Westfalen wird ein 41jähriger Kurde von zwei unbekannten, offenbar deutsch sprechenden Männern an der Tür der Asylbewerberunterkunft erschossen. Die Polizei fahndet nach zwei etwa 20 Jahre alten Männern, von denen einer eine Glatze haben soll. –

In Regensburg überfallen drei Skinheads eine Frau auf offener Straße und verletzen sie mit zehn Schnitten im Gesicht. Sie hatten laut Polizei offenbar fälschlicherweise geglaubt, eine Ausländerin vor sich zu haben. –

Die Göttinger Kammer des Braunschweiger Verwaltungsgerichts weist den Antrag von zwei Hausbesitzern auf Baustopp für ein neues Asylbewerberheim der Stadt Göttingen ab. Die Kläger befürchten durch die Unterkunft erhebliche Störungen. –

Zweiter Brand in einem von Italienern, Deutschen und Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien bewohnten Mehrfamilienhaus innerhalb einer Woche. Es wird niemand der 24 Bewohner verletzt. Die Ermittler schließen Brandstiftung nicht aus.

Freitag, 18.6. –

Das Landgericht Schwerin verurteilt einen 18jährigen wegen Überfalls auf das Flüchtlingsheim in Bahlen/Mecklenburg im Juli 1992 zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten. –

Die Schwurgerichtskammer des Landgerichts Konstanz verurteilt vier zur rechtsradikalen Szene gehörende Männer wegen Friedhofsschändungen und Anschlägen auf Flüchtlingsheime. Der 27 Jahre alte Hauptangeklagte wird unter anderem wegen versuchter schwerer Körperverletzung, Brandstiftung und Störung der Totenruhe zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Ein 24jähriger Deutscher erhält eine Freiheitsstrafe von drei Jahren und neun Monaten. Ein 25jähriger

Angeklagter jugoslawischer Staatsangehörigkeit wird zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Ein vierter Angeklagter, der als Mitläufer gilt, erhält eine Geldstrafe von 6.000 Mark.

Samstag, 19.6. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Raisdorf bei Kiel. Ein Bewohner erleidet eine leichte Rauchvergiftung, ein zweiter verletzt sich bei der Flucht durch ein Fenster. –

Brandanschlag auf ein im Bau befindliches Asylbewerberheim in Rüsselsheim-Haßloch/Hessen. Es entsteht ein Sachschaden von über 100.000 Mark. –

Brandstiftung in einem Wohnhaus im Berliner Stadtteil Kreuzberg. Das Feuer wird im Keller unter einem kurdischen Lokal gelegt.Eine 29jährige Frau und ihr zweijähriger Sohn, beide deutscher Nationalität, ersticken beidem Versuch, durch das verqualmte Treppenhaus zu fliehen. Die Polizei geht nicht voneiner ausländerfeindlichen Tat aus, obwohleinige Tage vor der Brandstiftung ein Hakenkreuz auf den Asphalt vor dem von Deutschen und Ausländern bewohnten Haus gemalt wurde.

Sonntag, 20.6. –

In Premnitz/Brandenburg beschimpfen und verprügeln acht rechtsextreme Jugendliche einen türkischen Imbißbudenbesitzer. Vier 18 und 19 Jahre alte Jugendliche aus Sachsen-Anhalt werden festgenommen. –

Im Berliner Bezirk Tempelhof wird der 20jährige Hung Va Quang aus Vietnam von Unbekannten mit einem Kopfschuß auf offener Straße getötet. Ersten Ermittlungen der Mordkommission zufolge wurde aus einer Gruppe von mehreren Personen heraus geschossen. Die Hintergründe des Mordes sind unklar.

Montag, 21.6. –

In Wismar wird eine 35jährige Asylbewerberin von Unbekannten mit einer Luftdruckwaffe beschossen, als sie sich aus einem Fenster der Unterkunft lehnt. Ein Geschoß trifft sie in den Arm. –

Die Staatsanwaltschaft Koblenz erhebt Anklage wegen Volksverhetzung gegen den 24jährigen Texter und Sänger der Skinhead-Rockgruppe »Störkraft«, Jörg Petritsch. Zahlreiche Texte seien jugendgefährdend und stachelten offen zur Gewalt gegen Ausländerauf. –

Nach Angaben des »Spiegel« erhalten etliche Lehrer derzeit per Post ausländerfeindliche »Unterlagen für den Schulunterricht«. Die professionell aufgemachten »Unabhängigen Nachrichten« machen mit falschen Zahlen Stimmung gegen Ausländer. In einem Fallbeispiel werde vorgerechnet, daß eine sechsköpfige Asylbewerberfamilie sich im Vergleich zu einer »deutschen Facharbeiterfamilie« angeblich monatlich um genau 647,33 Mark besserstehe. Als Absender firmiert ein »Hans Clausert, Realschullehrer«, unter einer Bochumer Postfachadresse. Das Kultusministerium Nordrhein-Westfalen hat den Verfassungsschutz eingeschaltet.

Dienstag, 22.6. –

In Brückeberg/Niedersachsen sehen Mitarbeiter der Müllabfuhr am frühen Morgen Flammen aus einem Wohncontainer schlagen. Die Müllwerker wecken die zwanzig schlafenden Asylbewerber und helfen ihnen, sich in Sicherheit zu bringen. Die Ursache des Feuers ist unklar, Brandstiftung wird jedoch ausgeschlossen. –

Die Berliner Staatsanwaltschaft erhebt im Fall des im November 1992 auf einem Ostberliner U-Bahnhof erstochenen Hausbesetzers Meier Anklage gegen drei Jugendliche, die sich selbst als »Hooligans« bezeichnen. Der 16jährige Lehrling, der den 27jährigen Silvio Meier mit zwei Messerstichen ins Herz getötet hatte, muß sich wegen Totschlags verantworten. Einem 17jährigen Schüler, der einem Begleiter Meiers ein Messer in den Rücken gestoßen hatte, wird versuchter Totschlag vorgeworfen. Dem 16jährigen Auszubildenden, der den sterbenden Meier mit den Fäusten ins Gesicht schlug und ihm in den Magen trat, wird Beteiligung an einem Angriff mit Todesfolge zur Last gelegt.

Donnerstag, 24.6. –

Brandanschlag auf das Wohnhaus einer türkischen Familie in Hadamar/Kreis Limburg-Weilburg. Unbekannte werfen eine Fensterscheibe im Erdgeschoß mit einem Stein ein und schleudern brennbares Material hinterher. Drei der sieben Bewohner erleiden leichte Verletzungen. –

In München wird ein sechsjähriger jugoslawischer Junge an einer Bushaltestelle von 3 13-15jährigen Schlägern aufgefordert, ihnen die Schuhe zu küssen. Als der Junge dem nicht nachkommt, schlagen sie ihn bewußtlos und legen ihn an einer schwer einsehbaren Stelle hinter Sträuchern ab. Der Junge kommt nach drei Stunden wieder zu sich und wird am nächsten Morgen mit Blutergüssen und schweren inneren Verletzungen in die Kinderklinik eingeliefert. –

Das Bezirksgericht Cottbus verurteilt drei Rechtsradikale wegen eines Brandanschlags auf ein Asylbewerberheim in Alteno bei Cottbus im September 1992 zu Haftstrafen von je vier und viereinhalb Jahren. –

Das Bezirksgericht Potsdam verurteilt wegen zwei Brandanschlägen auf Asylbewerberheime in Brandenburg sieben junge Männer zu mehrmonatigen Freiheitsstrafen auf Bewährung und einen achten Mann zu zwei Jahren Freiheitsentzug. Das Gericht sieht es als erwiesen an, daß die 18 bis 23 Jahre alten Angeklagten im Oktober 1992 die Asylbewerberheime in Zehdenick und Neuholland mit Brandsätzen beworfen ha-ben. –

Markus Derling, Vorstandsmitglied des als Reaktion auf den Zusammenschluß von Grünen und Bündnis 90 neu gegründeten »Bürger-Bündnis«, tritt wegen seiner Unterschrift unter ein Thesenpapier mit rechtslastigen Äußerungen zurück. Dort heißt es unter anderem: »Vom Aufbau einer multikulturellen Gesellschaft zu sprechen, setzt voraus, daß völlig gesunde und leistungsstarke, voll belastbare Menschen in unser Land kommen.« »Eine kulturelle Überfremdung in Form einer ›multikulturellen Gesellschaft‹ anzustreben«, heißt es an anderer Stelle, »...kann nur von selbst entwurzelten und kulturlos gewordenen Personen gewünscht werden«.

Freitag, 25.6. –

Eine von Ausweisung bedrohte Libanesin erhängt sich in der Berliner Justizvollzugsanstalt Plötzensee. Die Frau war wegen Diebstahls zu vier Monaten Haft verurteilt worden und sollte voraussichtlich im August abgeschoben werden. –

Die Wochenzeitung »Die Zeit« berichtet von einem Interview der Demoskopin Elisabeth Noelle-Neumann (Allensbach-Institut) in der »International Herald Tribune«. Die Gewalt gegen Ausländer und den wachsenden Fremdenhaß erklärt Noelle-Neumann mit dem »anhaltenden Strom von Flüchtlingen«, der das Gefühl von Deutschen bestärkt habe, bedroht zu werden, nicht mehr zu Hause zu sein. Auf die Frage, warum gerade Türken die Opfer seien, antwortet sie: »Amerikaner werden sich schwerlich eine Situation vorstellen können, in der, beispielsweise, 1,5 Millionen Türken hier leben, aber nicht integriert werden möchten.« Der Vorschlag mit der doppelten Staatsbürgerschaft klinge schön, argumentiert sie, heiße aber, Deutscher werden zu wollen, ohne sich »deutschen Werten, deutschen Verhaltensweisen und deutscher Sprache« anpassen zu müssen. –

In Solingen treffen sich Rechtsradikale im Park am Weegerhof und beschmieren die Parkanlagen mit Hakenkreuzen.

Samstag, 26.6. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Parchim/Mecklenburg-Vorpommern. Der Brandsatz prallt unterhalb eines Fensters ab und fällt zu Boden, ohne Schaden anzurichten.

Sonntag, 27.6. –

Drei 24 bis 28 Jahre alte Männer attackieren in einer Berliner S-Bahn einen farbigen Fahrgast und stoßen ihn an einem Bahnhof aus dem Wagen. Dort greifen sie einen 24jährigen japanischen Touristen an, schlagen und treten ihn und rauben ihn aus. Bei der Festnahme durch die Bahnpolizei zeigen sie den Hitlergruß und rufen rechtsradikale Parolen.

Montag, 28.6. –

Zweiter Brandanschlag innerhalb von zwei Wochen auf das Einfamilienhaus einer marokkanischen Familie mit vier Kindern in Wegberg bei Mönchengladbach. An der Vorder- und Hintertür wird jeweils ein Brandsatz gezündet. Ein Bäcker, der auf dem Weg zur Arbeit ist, bemerkt das Feuer und alarmiert die Polizei. Der Familienvater ist bereits bewußtlos, als die Rettungsmannschaften eintreffen. Die Frau muß wiederbelebt werden und kommt mit einer schweren Rauchvergiftung ins Krankenhaus. –

Nach einem Streit mit einem Deutschen wird in Mühlhausen/Thüringen ein 26jähriger rumänischer Asylbewerber erstochen. Gegen einen 40 Jahre alten Tatverdächtigen aus Mühlhausen wird nach Angaben der Polizei Haftbefehl erlassen. Der Rumäne wird mit einem Rettungshubschrauber in die Universitätsklinik Jena gebracht, wo er einen Tag später an seinen Verletzungen stirbt. –

Die Jugendkammer in Aachen verurteilt einen 17jährigen Lehrling wegen mehrerer Brandanschläge auf Häuser, die von ihm für Ausländerwohnheime gehalten wurden, zu einer Jugendstrafe von vier Jahren. Im Herbst 1992 hatte der 17jährige mehrere Brandsätze auf Häuser geworfen, in denen kurz zuvor Ausländer gewohnt hatten. Verletzt wurde niemand. Das Gericht spricht ihn unter anderem der versuchten schweren Brandstiftung und der Sachbeschädigung für schuldig. –

Das Amtsgericht Schweinfurt verurteilt vier Männer im Alter von 17 bis 24 Jahren wegen versuchter schwerer Brandstiftung u.a. zu Freiheitsstrafen zwischen sieben Monaten und zweieinhalb Jahren. In zwei Fällen wird die Strafe zur Bewährung ausgesetzt. Die Täter hatten im Oktober 1992 einen Brandanschlag auf ein von Asylbewerbern bewohntes Haus in Bad Brückenau verübt.

Dienstag, 29.6. –

Generalbundesanwalt von Stahl lehnt es ab, gegen den Neonazi Sven Ruda und zwei Mitglieder seiner Wehrsportgruppe wegen des Verdachts auf Bildung einer terroristischen Vereinigung zu ermitteln. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder, an die der Vorgang nun zurückverwiesen wurde, hatte den Generalbundesanwalt eingeschaltet, da der von Ruda geführte »Kameradschaftsbund Deutschland« in den Wäldern der Frankfurter Umgebung bewaffnete Angriffe auf Personen übt. –

In Berlin überfällt eine Horde von etwa zehn Männern in einem Park zwei 19 und 20 Jahre alte Türken mit Knüppeln und Äxten. Sie fliehen, als die Polizei eintrifft. In ihrem Wagen werden weitere Waffen gefunden. Am Abend werden drei tatverdächtige Deutsche im Alter von 22, 24 und 26 Jahren festgenommen. –

Das Landgericht Schwerin verurteilt den früheren NPD-Kreisvorsitzenden im Bezirk Hagenow wegen Landfriedensbruchs, versuchter schwerer Brandstiftung und versuchter gefährlicher Körperverletzung zu drei Jahren Haft. Der 25jährige Angeklagte hatte im Sommer 1992 neun Jugendliche und Heranwachsende bei einem Angriff auf ein Asylbewerberheim angeführt. –

Das Landgericht Halle verurteilt sechs Jugendliche und Erwachsene wegen versuchten Mordes, schwerer Körperverletzung, besonders schwerer Brandstiftung und versuchter schwerer Brandstiftung zu Haftstrafen zwischen vier und siebeneinhalb Jahren. Die Täter hatten im September 1992 Brandanschläge auf Wohnungen von Vietnamesen in Halle verübt. Mehrere Personen waren verletzt worden. –

Die Bundesjugendministerin Angela Merkel (CDU) stellt in Bonn eine Studie von Trierer Sozialwissenschaftlern vor. Danach werden fremdenfeindliche Straftaten nicht von »irregeleiteten Einzeltätern«, sondern überwiegend von »informellen Cliquen und Gruppen« verübt. Über 90 Prozent der ausgewerteten Straftaten wurden als Gruppentat aktenkundig. Für die nicht repräsentative Untersuchung wurden 1.300 Ermittlungsakten aus neun Bundesländern und 53 Gerichtsurteile aus fünf Ländern mit 148 Tätern ausgewertet. Mehr als 70 Prozent der Täter waren 15 bis 20 Jahre alt, nur fünf Prozent älter als 30 Jahre. Es handele sich zumeist um spontane Aktionen, so Helmut Willems, einer der Forscher. Ein diffuses Gefühl einer generellen Benachteiligung der Deutschen gegenüber »den Ausländern«, insbesondere gegenüber Asylbewerbern sei ein wichtiges Tatmotiv. Ideologische und politische Gründe seien kaum ausschlaggebend. Der Bielefelder Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer warnt jedoch vor einer Überbewertung der Studie, da sie einzig auf Ermittlungsprotokollen der Polizei basiere. Wieviele politisch motivierte Täter es wirklich gebe, lasse sich nicht sagen.

Mittwoch, 30.6. –

In Erbendorf nahe Tirschenreuth werfen Unbekannte einen Brandsatz durch das Kinderzimmerfenster der Wohnung einer türkischen Familie. Zwei Personen werden verletzt. Es entsteht ein Sachschaden von 150.000 Mark. –

In Köln-Mülheim schlagen Unbekannte das Wohnzimmerfenster der Wohnung einer türkischen Familie ein, gießen Benzin aus und zünden es an. Der Vater der Familie kann sich zusammen mit seinen Kindern retten. –

Brandanschlag auf ein türkisches Lebensmittelgeschäft in Ludwigshafen. Die Polizei kann den Brand frühzeitig löschen. –

Das Koblenzer Landgericht verurteilt zwei heute 18jährige ehemalige Skinheads wegen der Ermordung eines 51jährigen Obdachlosen in Bad Breisig/Rheinland-Pfalz im August 1992 zu Haftstrafen von acht Jahren und drei Monaten beziehungsweise sechs Jahren und drei Monaten. Einen politischen Hintergrund schließt das Gericht aus, obwohl die beiden Täter unter Gröhlen von »Sieg Heil« durch den Ort gezogen waren. –

Das Landgericht Lübeck verurteilt fünf von insgesamt zehn beteiligten Jugendlichen wegen Brandanschlägen auf zwei Asylbewerberheime zu Haftstrafen zwischen zwei Jahren und vier Monaten und drei Jahren. Die übrigen Beteiligten erhalten Bewährungsstrafen.

Donnerstag, 1.7. –

Das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln teilt mit, daß im ersten Halbjahr 1993 neun Menschen von Rechtsextremisten getötet wurden. Bis Ende Juni diesen Jahres wurden 971 rechtsextremistische Gewaltdelikte registriert, darunter 195 Brandstiftungen, vier Sprengstoffanschläge, 361 Körperverletzungen und 364 Sachbeschädigungen mit Gewalt.

Freitag, 2.7. –

Brandanschlag auf ein vorwiegend von Türken bewohntes Haus in Gütersloh. Ein 21jähriger Deutscher wird kurze Zeit später als Tatverdächtiger festgenommen. Er legt bei den Vernehmungen ein Geständnis ab. –

Der Brandenburger Generalstaatsanwalt teilt mit, daß die Staatsanwaltschaft in Brandenburg im ersten Quartal dieses Jahres gegen fast 1.000 Verdächtige insgesamt 548 Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer Straftaten eingeleitet habe. Die verfolgten Delikte reichen von Hakenkreuzschmierereien bis hin zu Gewalttaten. Der Tatverdacht richtet sich in 221 Fällen gegen Jugendliche, in 453 Fällen gegen Heranwachsende und in 262 Fällen gegen Erwachsene.

Das Archiv für Sozialpolitik erstellt diese Chronik für KONKRET seit November 1991

Konkret 09/93, S. 21

Oliver Tolmein

Desolate Verfassung

Über den V-Mann Klaus Steinmetz, sein Wiesbadener Umfeld und das Interesse der Medien an ihm

»Die Bundesanwaltschaft ermittelt gegen den V-Mann« – diese nüchterne Meldung aus dem Nachrichtenticker hat Anfang August das erfreuliche Ende einer traurigen Karriere bekanntgemacht. Klaus Steinmetz hat den Staatssicherheitsbehörden gegenüber seither keinen Trumpf mehr in der Hand, er ist »verbrannt« – und mithin völlig ausgeliefert. Er wird aussagen und Leute belasten, wie die vernehmenden Beamten es wünschen. Die beiden neu auf die Fahndungslisten gesetzten Namen sind da erst ein Anfang. Steinmetz hatte schließlich nicht nur den Weg zu RAF-Mitgliedern gefunden, er hat in Wiesbaden z.B. auch das linksradikale Computer-Info-System »Spinnennetz« eingerichtet, er hat Datenbanken vernetzt und Kontakte in die Antifa-Szene aufgebaut. Er weiß also manches, wenngleich sicher auch der Staatsschutzapparat kein Interesse daran hat, das alles jetzt und sofort strafrechtlich relevant zu verwerten – viele der Informationen werden sich dafür gar nicht eignen, denn auch die radikale Linke handelt weniger verboten, als es die bisweilen demonstrativ konspirativen Umgangsformen vermuten lassen.

Gefährlicher als die wahren dürften deswegen die halb- und viertelwahren oder auch die schlicht erfundenen Geschichten sein – zumal die Medien die V-Mann-Informationen, die ihnen mit klugem Kalkül aus dem Apparat gesteckt werden, verbreiten, als handelten sie mit Tatsachen, und so der Desinformations-Taktik erst zum wirklichen Erfolg verhelfen.

Dennoch ist die Denunziation einzelner Personen und die Bestätigung des Staatsschutz-Konstrukts von der »legalen RAF«, die in die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung von Anschlägen eingebunden sein soll, politisch noch nicht einmal das größte Debakel. Die Einschleusung von V-Frauen und -Männern in linksradikale Gruppen, die Anwerbung von Verrätern hat vor allen Dingen auch einen enormen psychologischen Effekt. Gerade militante Organisationen, seit jeher schnell (und nicht immer zu Unrecht) mit dem Vorwurf konfrontiert, doch nur das Geschäft der Geheimdienste zu betreiben und diesen in die Hände zu spielen, müssen sich strikt und offensichtlich in der Wahl ihrer Methoden und Ziele von diesen unterscheiden. Das ist in der Vergangenheit, was die Wahl der Opfer und der Methoden betrifft, immer wieder folgenreich mißlungen. Erscheint es jetzt plausibel, daß die RAF der achtziger und neunziger Jahre entgegen ihrem Mythos auch mit Spitzeln und Verrätern zusammengearbeitet hat, ist das nicht nur aus Gründen der Selbsterhaltung fatal, sondern droht die für ihre Politik notwendige Integrität vollends zu zerstören.

Kein Wunder also, daß die Meldung, Steinmetz habe von dem sympathieträchtigen Weiterstadt-Anschlag gewußt, wilde Spekulationen nach sich gezogen hat: Sehen die einen bestätigt, was sie schon immer behauptet haben, daß nämlich, wo die RAF zuschlägt, der Verfassungsschutz mitbombt (Weiterstadt also ein gigantisches Celler Loch wäre), erkennen sich andere in Klaus Steinmetz selbst und schwelgen in gefühlsvollen Klischees über die Tätigkeit als »Doppelagent«: »Er hat sich nie vorbehaltlos für eine Seite entschieden. Ja, er fühlte sich bis zum Schluß der linken Szene, die seinen Alltag ausfüllte, stärker verbunden als den geheimen Schlapphüten« (»taz«). Eine Mär, die vom Verfassungsschutz und seiner der Einfachheit halber in den NDR verlegten Pressestelle dankbar gepflegt wird: Steinmetz, so die neueste Wundergeschichte aus Rheinland-Pfalz, soll nicht einmal vom geplanten GSG-9 Zugriff in Bad Kleinen gewußt haben.

Die Wirklichkeit wird sich voraussichtlich als weniger romantisch und doppelgesichtig erweisen – und das nicht nur, weil die neuesten Desinformationen aus dem Verfassungsschutz nicht zum angeblich geplanten Ablauf der Verhaftungsaktion passen, die ja eine geglückte Flucht und anschließend weitere Kontakte zwischen Steinmetz und der RAF vorgesehen haben soll. Steinmetz war überhaupt, nach allem, was man über ihn, seine Verhaltensweisen und sein Auftreten weiß, kein kreativer Superspitzel, keiner, der an Persönlichkeitsspaltung litt, der aus Skrupeln über die Ermordung des US-Soldaten Pimental sich den humanitären Kräften des VS anvertraut oder vordringlich ein Interesse daran hatte, ein Blutbad zu verhindern. Am plausibelsten und auch am ehesten mit dem in Übereinstimmung zu bringen, was Wiesbadener Linke erzählen, die viel, aber nicht allzuviel mit Steinmetz zu tun hatten, ist, was Birgit Hogefeld bemerkenswert schnell, überzeugend und klar zur »Vorgeschichte der Verhaftung in Bad Kleinen« (»taz« 22.7.93 oder »Angehörigen-Info« 124) schrieb: Der Spitzel wird darin als jemand charakterisiert, der kein Interesse an inhaltlichen Auseinandersetzungen zeigt, der keine eigenständigen Positionen vertritt.

Das Treffen in Bad Kleinen war demnach das zweite zwischen Hogefeld, Grams und Steinmetz – daß es weitere Treffen mit anderen RAF-Mitgliedern gegeben hat, erscheint eher unwahrscheinlich. Die von Antje Vollmer und anderen Journalisten behauptete enge und langjährige Zusammenarbeit von RAF und Steinmetz (erstes Treffen Oktober 91, dann mindestens drei weitere Treffen bis Juni 93) ist durch nichts belegt. Selbst der rheinland-pfälzische Innenminister Zuber, der Grund hat, die Zusammenarbeit von Steinmetz und RAF als möglichst eng erscheinen zu lassen, behauptet in seinem Rechenschaftsbericht nur, daß es insgesamt drei Treffen gegeben habe. Eine Einbindung von Steinmetz in die Vorbereitung von Anschlägen ist angesichts dessen unwahrscheinlich – und wird von Hogefeld bestritten. Unklar bleibt allerdings, was

Hogefeld und Grams bzw. die RAF von Steinmetz wollten, warum sie trotz des gespannten Verhältnisses tagelang zusammenblieben.

Ebenfalls rätselhaft bleibt, warum jemand wie Steinmetz zwar nach einigen Monaten seinen Job im Café Klatsch wegen fehlender Bereitschaft zu Arbeit und Auseinandersetzung im Kollektiv aufgeben mußte, ihm anderswo aber so viel Vertrauen entgegengebracht worden ist, daß er den Kadern der RAF empfohlen wurde. Die Leute, die diesen fatalen Fehler zu verantworten haben, halten sich bei der öffentlichen Aufklärung dieser Fragen bislang bemerkenswert zurück. Daß Teile der Wiesbadener Szene noch heute meinen, erst seit dem 20. Juli sei klar, daß es sich bei Steinmetz um einen V-Mann handele, daß zwei Monate nach den tödlichen Schüssen und der Verhaftung in Bad Kleinen gerade mal eine Stellungnahme »zu den ersten drei Wochen nach Bad Kleinen« erschienen ist, ein Gespräch auch mit KONKRET unter Hinweis auf allgemeine Enthaltsamkeit gegenüber der Presse verweigert wird, ist Ausdruck einer desolaten Verfassung, die nicht einmal mit der nach den tödlichen Schüssen an der Startbahn West am 2. November 1987 zu vergleichen ist. Damals wurde in zahlreichen Flugblättern, der Prozeßplattform und akribischer Arbeit in der Bewegung sehr zügig und nachvollziehbar versucht, den Ursachen der katastrophalen Entwicklung auf die Spur zu kommen und ihre Folgen in den Griff zu kriegen. Das sich heute abzeichnende Bemühen, die wirklich wichtigen Fragen doch lieber im kleinen Kreis zu klären, ist schon deswegen zum Scheitern verurteilt, weil Steinmetz und mit ihm die Staatssicherheitsdienste all das längst wissen, was da so vertraulich bewahrt werden soll.

Daß konspiratives Verhalten emanzipatorischer Politik keineswegs bei jeder Gelegenheit dienlich sein muß, sondern oftmals nur die Fortführung ritualisierter Militanz erleichtert, war übrigens auch 1987 ff. ein ausgiebig reflektiertes Thema, so wie schon damals eindringlich festgestellt worden ist, daß jene Genossen, die Konformität mit dem Szene-Mainstream dem bisweilen unbequemen Ringen um eigene Meinung und Analyse vorziehen, nicht notwendigerweise die zuverlässigsten sind.

Dennoch ist die Spitzelgeschichte nicht das wesentliche an der Verhaftung und Erschießung auf dem Bahnhof von Bad Kleinen. Daß sie in den bürgerlichen Medien einen so hervorragenden Platz einnimmt, hat neben den oben genannten Gründen sicher auch den, daß sie sich gut dafür eignet, das Thema RAF als Thema der Inneren Sicherheit in den Medien zu halten und gleichzeitig davon abzulenken, daß sich der Verdacht, Wolfgang Grams sei ermordet worden, keineswegs zerschlagen, sondern eher noch verdichtet hat. Die Informationen über den aus nächster Nähe abgefeuerten Bauchschuß und die gerichtsmedizinischen Feststellungen über den Schußkanal sind zuverlässige Indizien, gegen die die abgesprochenen Aussagen der verdächtigen GSG-9-Beamten kaum Bestand haben können. Aber statt darüber nachzudenken, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, daß der Staat gezielte Todesschüsse hinnimmt und durch einen Kanzlerbesuch bei der Terror-Truppe ausdrücklich billigt, statt über die Isolationshaftbedingungen bei Hogefeld zu berichten und die strukturellen Voraussetzungen dieses staatsterroristischen Einsatzes zu thematisieren, gefallen die Medien, die nicht an der Wahrheit, sondern an Details interessiert sind, sich und den Diensten in der Rolle des guten Gewissens, das die Illusion erzeugt, nichts könne wirklich vertuscht, aber auch leider nie etwas wirklich geklärt werden.

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 8/93 über die Staatsschutzaktion in Bad Kleinen

Konkret 09/93, S. 22

Wolfgang Müller

Chinas Kick fürs Kapital

»Rote Mandarin-Diktatur oder realer Peripheriesozialismus?« lautet die Überschrift der Ankündigung einer KONKRET-Reise, die im Oktober durch China führen soll. Wer mitfährt, wird feststellen, daß die Alternative falsch gestellt ist. Zwar konnte die Linke vor 10-15 Jahren zu Recht noch vom chinesischen Peripheriesozialismus sprechen. Heute aber ist China auf demselben Weg wie andere ostasiatische Schwellenländer auch – in Richtung auf einen vom Staat diktatorisch durchgesetzten Brutalkapitalismus

Im Februar unkte das amerikanische Nachrichtenmagazin »Newsweek«, daß die Wall Street-Banker allesamt entweder gerade auf dem Weg nach China oder erst kürzlich von dort zurückgekehrt seien. Auch hat es kaum einen Repräsentanten des deutschen Großkapitals gegeben, der nicht in den letzten 12 Monaten China besucht hat. Der Grund für diese Betriebsamkeit: Die chinesische Wirtschaft boomt mit weltweit einmaligen Wachstumsraten; im ersten Halbjahr 1993 ist Chinas Bruttosozialprodukt inflationsbereinigt um 12,6 Prozent gewachsen, die Industrieproduktion sogar um über 20 Prozent. Für das internationale Kapital sind nahezu alle Schranken gefallen: Freizügiger Kapitalimport und -export, die Beteiligung an chinesischen Unternehmen, die Etablierung 100prozentiger Tochtergesellschaften in China, Landkauf und Immobilienspekulation durch Ausländer, die bevorstehende Erlaubnis für internationale Bankrepräsentanzen, im Lande alle Bankgeschäfte zu tätigen, schließlich der weitgehend freie Export nicht nur von Investitions-, sondern auch von Konsumgütern auf den potentiell größten Markt der Erde – anything goes. Allein 1992 beliefen sich die Auslandsinvestitionen in China auf 11 Milliarden US-Dollar. Die Millionenstädte der chinesischen Ostküste – Kanton, Shanghai, Tianjin und das nahegelegene Peking sind riesige Baustellen; überall werden neue Hotelkomplexe, Bürohochhäuser, Stadtautobahnen, Gewerbeparks hochgezogen. In Kanton, Shanghai und Peking sind ganze Stadtviertel an Hongkonger Konzerne zur Sanierung und Erschließung verkauft worden.

Die Öffnung des scheinbar unbegrenzten Riesenmarkts China beeinflußt direkt die Entwicklungen auf dem Weltmarkt: Der durch Überkapazitäten verursachte drastische Einbruch bei den Stahlpreisen zum Beispiel ist nach Aussagen von Ökonomen allein wegen der rapide steigenden Nachfrage aus China noch nicht zum freien Fall geworden. Andererseits geht der reale Verfall der Preise für Massentextilien, Low-End-Computer oder Mountainbikes zum Großteil auf die Verlagerung von Produktion und Montage in die Niedrigstlohnzone China zurück. Fabrikarbeitermonatslöhne von umgerechnet 60 Mark sind auch in Asien konkurrenzlos.

Der jüngste Boom begann Anfang 1992 mit der Reise Deng Xiaopings vom kalten Peking ins subtropisch warme Shenzhen, zwischen Hongkong und Kanton gelegen. Deng, der 1989 den Befehl für das Tiananmen-Massaker gegeben hatte und der nach wie vor, ohne offizielle Ämter zu bekleiden, die chinesische Politik kommandiert, gab mit seinem Besuch der Sonderwirtschaftszone Shenzhen und dem dort florierenden schrankenlosen Kapitalismus seinen Segen. Shenzhen war Ende der 70er Jahre ein Fischerdorf und ist heute eine Millionenstadt – die verlängerte Werkbank der Hongkonger Kapitalisten, die ihre Textil-, Elektronik- und Spielzeugfabriken dorthin verlagert haben. Auch Weltkonzerne wie Canon, Fujitsu, IBM, Digital und Siemens lassen dort montieren. In Shenzhen liegen die Löhne um 90 Prozent unter denen von Hongkong, in Schichten wird sieben Tage rund um die Uhr produziert. Arbeitsschutz gibt es nicht, Gewerkschaften auch nicht, Kinderarbeit ist nach Berichten Hongkonger Zeitungen an der Tagesordnung. Shenzhen hat inzwischen auch eine Börse und Spielkasinos und ist durch Autobahn und Schnellbahn mit Hongkong und Kanton verbunden. Große Zäune und strenge Kontrollen trennen dieses Traumziel mittelloser arbeitssuchender chinesischer Bauern vom Hinterland.

Dengs Besuch in Shenzhen bewirkte ein Wunder: Kapitalisten aus Hongkong und aus den Metropolen des Imperialismus, die nach dem Tiananmen-Massaker furchtsam auf die Machtkämpfe in der Parteiführung geschaut hatten und in jeder Verhaftung mißliebiger Intellektueller einen bolschewistischen Anschlag auf die Freiheit des Kapitals witterten, begriffen endgültig, daß die KP Chinas und ihre Kader sehr wohl zu unterscheiden wissen zwischen zügelloser Freiheit für das Unternehmertum und den Freiheitswünschen von Studenten, Gewerkschaftern und Bauern, die die Bereicherung einiger weniger gefährden und deshalb unterdrückt gehören. Das Massaker war von den Investoren zwiespältig aufgenommen worden: Es hatte zwar die Entschlossenheit der Partei und des staatlichen Unterdrückungsapparates demonstriert, gegen Störungen der öffentlichen Ordnung und damit auch der Kapitalverwertung vorzugehen und Streiks wie im Polen der 80er Jahre unbedingt zu verhindern (nach einer kurzen Phase begeisterter Zustimmung, da gegen die Sowjetunion gezielt, waren die Aktivitäten der Solidarnosc in der Parteipresse nur noch als negatives Beispiel zitiert worden). Andererseits richteten sich das Massaker und die anschließende Repressionswelle teilweise auch gegen Chinas neue Unternehmer, die unter der Fahne der bürgerlichen Freiheiten vielfach mit den Aktionen der Studenten sympathisiert hatten. So mußte der Gründer der größten chinesischen Computerfirma Stone Corp., die heute Compaq-PCs für den chinesischen Markt montiert, nach Hongkong fliehen.

Vor allem die Anleger chinesischer Abstammung aus Hongkong, Taiwan und Südostasien, von denen etwa die Hälfte der Auslandsinvestitionen stammt, zeigten sich nach dem Tiananmen-Massaker irritiert. Als Auslandschinesen oft ohne Schutz ihrer jeweiligen Regierung, mußten sie befürchten, das in China angelegte Kapital durch die Willkür neidischer Parteibürokraten zu verlieren. Dengs Besuch in Shenzhen beseitigte da alle Zweifel: Ohne jede Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, allein aufgrund des psychologischen Effekts seines Auftritts an einem Ort ungezügelter Kapitalverwertung strömte binnen weniger Monate anlagewilliges Kapital in Milliardenhöhe ins Land. Die neuen Reichen in China, die Privatunternehmer und die Parteikader vom kleinsten Dorf bis zur Pekinger Zentrale nutzten die Gunst der Stunde und investierten und spekulierten, was das Zeug hielt.

Längst sind der dicht besiedelte ostchinesische Küstenstreifen von der koreanischen bis zur vietnamesischen Grenze, das Flußtal des Yangtse und Nordostchina (die frühere »Mandschurei«) in den Weltmarkt und die internationale Arbeitsteilung integriert. Vor allem an der Küste liegen die zahlreichen Wirtschaftssonderzonen, die nach dem Vorbild von Shenzhen florieren und mit Niedrigstlöhnen, Steuer- und Zollfreiheit sowie mit Aussicht auf Eroberung des chinesischen Binnenmarkts internationales Kapital anziehen. Im Umkreis dieser Freihandelszonen und der großen Städte sind auf dem Lande zahllose Sweatshops entstanden – im Besitz einzelner, von Genossenschaften oder auch Dorfgemeinschaften – , die als Zulieferer für die großen Staatsbetriebe, für die Joint Ventures oder die Filialen von Hongkong-Unternehmen arbeiten. Die staatliche Wirtschaftspolitik belohnt die Exportorientierung: Betriebe, die Devisen erwirtschaften, können ihre Gewinne auf Devisenkonten in China oder im Ausland abführen. Deshalb bemüht sich jeder Unternehmer und jeder Manager einer Staatsfirma, zu exportieren und Devisen einzusacken – möglichst an der Staatskasse vorbei und am besten auf Auslandskonten. Die Auslandsguthaben chinesischer Unternehmen wurden bereits für das Jahr 1991 auf mindestens 15 Milliarden Dollar geschätzt. Längst sind Kapitaleigner aus der VR China mit ihren legalen und illegalen Transaktionen die größten Anleger in Hongkong.

Kollaps oder weiche Landung?

Chinas Wirtschaftsboom weist inzwischen alle Zeichen einer spekulativen Überhitzung auf. Die offizielle Inflationsrate steht knapp unter 20 Prozent, und die Geldmenge nimmt weiter rapide zu. Kredite für spekulative Anlagen sind damit praktisch umsonst zu haben. Eine Untersuchung in einer Provinz ergab einen Anstieg des Kreditvolumens zwischen 1987 und 1991 um 1500 Prozent! Nach internen Schätzungen sind 40 Prozent aller von chinesischen Banken vergebenen Kredite faul. Vergeblich versucht die Zentralbank, die Kreditvergabe einzuschränken und die aufgeblähte Kreditsumme zurückzuführen. Die Freigabe des Kapitalverkehrs, die Auflösung des staatlichen Außenhandelsmonopols und das Vordringen von US-Dollar, Hongkong-Dollar und Yen als Zweitwährungen machen zentrale Planversuche lächerlich. Über 100 Unternehmen und Provinzregierungen dürfen ohne jede Beschränkung Auslandsanleihen aufnehmen. Vor allem die südlichen Küstenprovinzen, heute ökonomisch schon enger mit Hongkong und Taiwan als mit dem Rest der VR China verflochten, forcieren die Spekulation. Die chinesische Regierung hat inzwischen den Chef der Notenbank gefeuert, Vizepremier Zhu Rongji überwacht jetzt persönlich die Geldpolitik und soll für eine weiche Landung der Konjunktur sorgen.

Weil soviel Geld im Umlauf ist und – noch – die Aussicht auf einen schnellen Dollar besteht, haben Börsengeschäfte und Betrügereien Hochkonjunktur. Als die neue Börse in Shenzhen eröffnete und verschiedene Staats- und Privatbetriebe Aktien auflegten, setzten die Behörden Militär gegen eine Menge von einigen zehntausend potentiellen Anlegern ein, die keine Aktien mehr bekommen hatten und deshalb vor der Börse randalierten. Clevere Unternehmer und Chefs von Genossenschaften oder Staatsbetrieben betreiben mit der Ausgabe immer neuer, wertloser Phantasiepapiere die aktive Vernichtung von Ersparnissen. Vor kurzem haben die chinesischen Behörden den gefeierten Unternehmer Shen Taifu verhaftet, Chef der 1989 als Genossenschaft gegründeten Pekinger Elektrofirma »Große Mauer«; er hatte private Anleger mit einem Zinssatz von 24 Prozent für eine Anleihe geködert und sie dabei um etwa 300 Millionen DM erleichtert.

Die Masse der Investitionen geht nicht in die dringend nötige Verbesserung der Infrastruktur oder in die ländlichen Gebiete, wo 900 Millionen Menschen leben, sondern konzentriert sich in den Städten und dort vor allem in Immobilien. Hotelpaläste, Kongreßzentren, Supermärkte, Appartmenthäuser für die neuen Reichen und ihre ausländischen Berater wachsen überall aus dem Boden. Jeder Bürgermeister und Landkreischef läßt Hotels und Bürohäuser hochziehen – mit null Aussicht auf angemessene Auslastung. Die Eisenbahn dagegen, wichtigstes Transportmittel, ist längst an der Grenze ihrer Kapazität angelangt. Weil dringende Erneuerungen ausbleiben, liegt die diesjährige Beförderungsleistung bislang deutlich unter der des Vergleichszeitraums von 1992. Der Kollaps jeglicher Planung hat dazu geführt, daß die Produktionskapazität der chinesischen Farbfernsehindustrie binnen fünf Jahren von 10 auf 23 Millionen Geräte jährlich angeschwollen ist, weit über den aktuellen Bedarf; die jährlichen Kosten für importierte Einzelteile und Spezialmaschinen belaufen sich auf zwei Milliarden US-Dollar. Eine große Weberei, die letztes Jahr in Chongqing (Provinz Sichuan) Pleite machte, hatte ihren aus der BRD und der Schweiz importierten Maschinenpark weitgehend über Auslandskredite finanziert.

Bluten für die Akkumulation

In den letzten Monaten ist es nach Hongkonger Berichten in ländlichen Bezirken Chinas zu über 500 Protestaktionen der Bauern gekommen. Am spektakulärsten war die Revolte in dem Landstädtchen Renzhou in der Provinz Sichuan, wo Bauern aus Wut über eine neue Straßenbauabgabe die Ämter und die lokale Polizeistation stürmten und Angestellte und Parteikader als Geiseln nahmen. Erst mit dem Einsatz der Armee konnte die Erhebung niedergeschlagen werden. Die Auslöser für derartige Aktionen sind immer die gleichen: Genau wie kaiserliche Beamte und Steuereintreiber der chinesischen Vergangenheit sind heute die lokalen Parteikader immer erfindungsreicher in der Definition und im Eintreiben neuer Abgaben. Die Parteikader entscheiden über Wohl und Wehe der Bauernfamilien, indem sie die Landvergabe kontrollieren; wer nicht spurt und nicht zahlt, bekommt das schlechteste Land zugewiesen und einige zusätzliche Abgaben obendrauf. Aufgrund mangelnder Liquidität der öffentlichen Kassen und weil die lokalen Kader mit den eigentlich für den Ankauf der Ernte bestimmten Geldern lieber spekulieren, haben die Bauern in vielen Provinzen schon bei der letztjährigen Ernte statt Bargeld Schuldverschreibungen erhalten, die sie zu einem großen Teil bis heute nicht einlösen konnten. Es versteht sich, daß die Bauern dagegen Dünger, Saatgut und Landmaschinen bar und immer teurer bezahlen müssen. Die staatlichen Ankaufpreise für Agrarprodukte aber sind in den letzten Jahren nicht erhöht worden. Und wenn die Familienmitglieder, die in den Städten als Wanderarbeiter arbeiten, ihr Erspartes per Post auf die Dörfer schicken, bekommen ihre Angehörigen oft auch nur wertlose Schuldtitel ausgehändigt.

Noch im Frühjahr betonte der chinesische Parteichef Jiang Zemin, die Bauern stünden hinter der Partei. Dabei waren die Zeichen längst unübersehbar. Allein in den Tagen des chinesischen Neujahrsfests kamen jeweils mehrere hunderttausend Bauern auf der Suche nach Arbeit und einem besseren Leben in die Wirtschaftszentren Kanton und Shanghai. Das Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land ist in den letzten Jahren immer stärker geworden. Das war nicht immer so: Deng Xiaoping hatte seine Rückkehr an die Macht 1978/1979 mit Agrarreformen eingeleitet, die durch hohe staatliche Ankaufpreise für Getreide und andere Grundnahrungsmittel, durch Auflösung der Volkskommunen, durch Landvergabe an die Bauernhaushalte und durch Aufhebung aller Schranken für den privaten Landhandel zu einer drastischen Steigerung der Agrarproduktion und zunächst zu einer erheblichen Verbesserung der Lage der meisten Bauern führte. Bald feierte die chinesische Presse die »Millionenbauern«, meist auf Gartenbau oder Viehzucht spezialisierte Betriebe in der Nähe der großen Städte. Mitte der 80er Jahre hatten die Agrarreformen ihr Ziel erreicht: Plötzlich gab es Getreideüberschüsse und Schweinefleisch im Überfluß, China war nicht mehr auf große Lebensmittelimporte angewiesen. Seitdem aber bleiben die Preise für Agrarprodukte hinter den Preisen für Industrieprodukte zurück, und die Einkommen der Bauern sinken real.

Die lokalen Größen der Partei, die vor allem durch die Bauern an die Macht gekommen ist, unterliegen längst keiner Kontrolle mehr. Die kulturrevolutionären Ansätze basisdemokratischer Organisation waren schon in den frühen 70er Jahren auf der Strecke geblieben. Mit dem Einzug der Marktökonomie auf dem Lande eröffneten sich für die dortigen Parteikader ungeahnte Chancen. Gemeinsam mit den lokalen Chefs der Agrarbank, den Leitern der kleinen Dorfbetriebe, den neuen Privatunternehmern und den wenigen reichgewordenen Bauernfamilien bilden sie die neue Dorfelite. Auf dem Bahnhof von Kanton erzählten junge Bauern einem Reporter der Hongkonger Zeitschrift »Far Eastern Economic Review«, warum sie ihre Dörfer verlassen haben. Ein Bauer aus der traditionell armen Provinz Anhui berichtete von Mißhandlungen und Verhaftungen mittelloser Bauern, weil sie keine Steuern auf ihre alten Radios und Fernseher zahlen konnten. Eine alte Frau ertränkte sich in einem Teich, weil die Kader ihr das Fahrrad beschlagnahmten als Ersatz für unbezahlte Steuern.

Welche Sumpfblüten die Parteipropaganda, derzufolge Reichtum gut ist, mittlerweile hervorgebracht hat, zeigt Deng Xiaopings Musterdorf Daqiuzhuang, gelegen zwischen Peking und der Hafenstadt Tianjin. Der lokale Parteifürst hat es in den letzten zehn Jahren bestens verstanden, aus der zentralen Lage Kapital für sich und seine Getreuen zu schlagen. Die Landwirtschaft ist hochspezialisiert, und die meisten Dorfbewohner arbeiten inzwischen in kleinen Fabriken (Textil, Spielzeug, Elektronik). Die schwere körperliche Arbeit im Dorf wird von Wanderarbeitern – Bauern aus ärmeren Gebieten – verrichtet, die nur einen Bruchteil des Einkommens eines Dorfbewohners verdienen. Der Clou: Der plötzliche Wohlstand – in der Parteipresse jahrelang als Beleg für den Erfolg der neuen Wirtschaftspolitik gefeiert – stammt zum Großteil aus illegalen Geschäften oder direkt aus der Staatskasse. Als ein – »dorffremder« – Buchhalter den Unterschleif vor einigen Monaten aufdeckte, ließ der Parteifürst ihn umbringen. Anrückende Kriminalpolizei aus Tianjin wurde von bewaffneten Dorfbanden in die Flucht gejagt.

Städtische Armut

Schon seit Einführung der Privatbewirtschaftung auf dem Lande vor 15 Jahren breitet sich die Kinderarbeit in China wieder aus, geht die Schulbesuchsquote zurück und gibt es viele Anzeichen für den Verfall des Gesundheitszustandes der Kinder. In den letzten Jahren sind auch die meist von Parteikadern geführten Staatsbetriebe in der Leichtindustrie dazu übergegangen, in großem Ausmaß Kinder zwischen zehn und 15 Jahren zu beschäftigen. In der städtischen Privatökonomie, in Restaurants und Straßenläden, bei Schuhputzern etc. ist Kinderarbeit bereits an der Tagesordnung. Vertreter der ILO in Peking (die ILO ist eine UN-Organisation für Arbeitsschutz) bestätigen die Entwicklung, können aber

aufgrund der ›Zurückhaltung‹ der chinesischen Behörden keine Zahlen nennen. Die Verarmung immer größerer Teile der (Land-)Bevölkerung zwingt die Kinder in die Lohnsklaverei.

Deutlich sichtbar in den großen Städten ist das wachsende Heer der Wanderarbeiter, das auf 100 bis 200 Millionen Menschen geschätzt wird. Auf allen Baustellen in Peking arbeiten Wanderarbeiter aus der Umgebung, die als Tagelöhner für 5-10 Yuan (1-2 Mark) ohne jede soziale Absicherung 10-12 Stunden schuften und in Baracken oder im Freien schlafen. Wer überhaupt einen Job hat, kann sich glücklich schätzen, denn die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ist enorm. Alle Staatsbetriebe halten sich inzwischen solche Wanderarbeiter für die dreckigsten Arbeiten, als billige Reserve, die jederzeit auf die Straße gesetzt werden kann.

Noch hält sich unter den Angehörigen der städtischen Mittelschichten, den Angestellten, den Intellektuellen und den kleinen Beamten, die Vorstellung, daß es mit Hilfe der »sozialistischen Marktwirtschaft« allen besser geht. Theoretisch kann man in den Städten inzwischen alles kaufen. Die Hotelpaläste und die japanischen Kaufhäuser in den chinesischen Metropolen sind nicht mehr kapitalistische Enklaven in einer Subsistenzökonomie, sondern stehen jedem offen, der Geld hat. Und gut verdienende Mittelständler gibt es inzwischen genug. Bezahlt wird das Paulaner oder Becks Bier, der Hennessy Cognac und das Funktelefon in Renminbi (»Volksgeld«), Yen, Dollar oder mit Kreditkarte. Aber schon ein Sprachenlehrer kommt nur zurecht, wenn er drei verschiedene Jobs hat: an der staatlichen Schule, als Übersetzer für Verlage und als Repetitor für die Schüler und Studenten, die in dem auf Elitezucht getrimmten Bildungssystem auf der Strecke bleiben.

Die brutalste Form der Ausbeutung stellen gegenwärtig die Zwangsarbeitslager dar, in denen zwischen 1-2 Millionen Menschen – vom Regimegegner bis zum Taschendieb – vegetieren. Diese Lager bestanden schon unter Mao. Neu ist ihre direkte Integration in den Weltmarkt, die die Unterdrückung der Insassen zum Effekt des ökonomischen Kalküls macht. Die Provinzbehörden locken Investoren und ausländische Auftraggeber offen mit dem Preis und der Qualitäts- und Liefertreue der Fabriken in den Arbeitslagern. So geschehen etwa im Fall eines Auslandschinesen, der in den 70er Jahren in einem Lager gesessen hatte, später fliehen konnte, 1991 als Unternehmer zurückkehrte und nach einer garantiert streikfreien Umgebung für die Montage seiner Elektronikprodukte suchte. Die Behörden führten ihn in das Lager, in dem er inhaftiert war.

»Nur der Kommunismus kann China retten« (Mao)

Es spricht zur Zeit alles dafür, daß auch China zu jenen ehemals realsozialistischen Ländern gerechnet werden muß, die vor dem Kapitalismus kapituliert haben. Doch bleiben zwei Fragen zu klären: Warum scheint trotz des zunehmenden Elends China das desaströse Schicksal der aus der Sowjetunion hervorgegangenen Staaten jedenfalls vorläufig erspart zu bleiben? Was zieht ausländisches Kapital gerade nach China? Wird, und dies zum zweiten, die Entwicklung dem spekulativen Boom und der unweigerlich folgenden Krise zum Trotz im ganzen stabil bleiben?

China hat sich in weniger als 20 Jahren von einer Gesellschaft, die auf Basisinitiative und kollektive Anstrengung, Vertrauen auf die eigene Kraft, gleichmäßige Entwicklung, maßvolle Differenzierung der Einkommen setzte, zu einem in den Weltmarkt integrierten, kapitalistischen Schwellenland gewandelt. Die vollständige Eliminierung aller sozialistischen Ansätze unter Vermeidung eines gleichzeitigen Zerfalls der Gesellschaft ist nur mit der KP möglich gewesen. Die Partei hat diese Entwicklung systematisch organisiert – aber nicht im Sinne einer Verschwörung Deng Xiaopings und Konsorten, die vermeintlich mit ihrer Rückkehr zur Macht 1978 beabsichtigten, China zur kapitalistischen Großmacht zu modeln. Die gegenwärtige Verfassung der chinesischen Gesellschaft und ihrer Ökonomie ist vielmehr Resultat der schrittweisen, pragmatischen Anpassung der KP an das Wirken des Weltmarktes. Dabei agierte die Partei als die gesellschaftliche Kraft, die in dem Riesenland allein in der Lage war, den Übergang von der Planwirtschaft zur kapitalistischen Ökonomie zu organisieren und jeden Widerstand – von Arbeitern, Bauern, Studenten und nach Unabhängigkeit strebenden Ethnien – systematisch zu unterdrücken. Maos Diktum von der Notwendigkeit des Kommunismus benutzt die Parteiführung noch heute gern – als Warnung vor dem drohenden Chaos bei Einführung westlicher Demokratiestandards und als Appell an den chinesischen Nationalismus.

Ende der 70er Jahre hatte die Parteiführung damit begonnen, maoistisches Gedankengut aus dem öffentlichen Bewußtsein zu vertreiben. Unter der Devise »Jedem nach seiner Leistung« zog die Parteipresse gegen angebliche Gleichmacherei zu Felde. Die Privatisierung der Landwirtschaft, die ersten zaghaften marktwirtschaftlichen Reformen in der Staatsindustrie und die Hereinnahme von Auslandskapital wurden u.a. mit der sowjetischen Neuen Ökonomischen Politik (NEP) der frühen 20er Jahre begründet. Die Polemik gegen die »eiserne Reisschüssel«, aus der jeder – ob faul oder fleißig – essen könne, diente später der Begründung für Entlassungen aus Staatsbetrieben. In den 80er Jahren appellierte die Parteipropaganda dann direkt an Egoismus und Bereicherungstrieb: »Reich zu werden ist ruhmvoll. Wer arm bleibt, ist ein dummer Bär!« lautete ein Slogan. Wer noch falsch, d.h. »links« dachte, dem wurde die folgende Brücke gebaut: Damit alle zu Wohlstand kommen können, müssen erst einige reich werden. Die heute am häufigsten verwendeten Propagandabegriffe »Sozialistische Marktwirtschaft« und »Sozialismus mit chinesischem Antlitz« belegen den Tiefstand der Theoriebildung

und schüren gleichzeitig nationalistische Emotionen. Aber während vor 10-15 Jahren mancher Kommentar in der Parteipresse noch riesige Debatten auslöste, interessiert das heute niemanden mehr. Man sieht in den Städten ohnehin Hongkonger Fernsehsender, und Parteireden werden nur noch daraufhin geprüft, ob vielleicht eine Störung des wirtschaftlichen Laissez-Faire bevorsteht.

Auch sozial sind die Parteikader die wichtigsten Träger der kapitalistischen Umwälzungen. Aus den Reihen der Partei rekrutiert sich der größte Teil der neuentstandenen chinesischen Bourgeoisie. Das beginnt an der Parteispitze: Der in der Kulturrevolution zum Krüppel geschlagene Deng Xiaoping-Sohn Deng Pufang reüssierte in den 80er Jahren mit der von ihm geleiteten Stiftung für Behinderte, die innerhalb von wenigen Jahren zum zweitgrößten chinesischen Unternehmen aufstieg und an allen Börsen der Welt, vor allem aber in Hongkong, spekulierte. Spenden aus China und dem Ausland waren der Grundstock des Unternehmens. Monate vor dem Tiananmen-Massaker mußte Deng unter dem Eindruck der öffentlichen Kritik an der Korruption innerhalb der Partei seinen Sohn aus dem Verkehr ziehen. Der in der westlichen Presse gern als stalinistischer Hardliner verschriene Parteigreis Chen Yun hat ebenfalls einen Sprößling als Chef des größten chinesischen Konzerns Citic untergebracht. Die Hälfte der Citic-Umsätze stammt aus Auslandsunternehmen und Geschäften mit Auslandsimmobilien; die Firma ist auch an der Spielzeugfabrik in Thailand beteiligt, deren Brand vor wenigen Monaten 400 Arbeitern das Leben kostete. Die Citic wiederum ist eng mit den Spitzen der Hongkonger Großfinanz verflochten. Das gilt auch für andere chinesische Unternehmen, die mit den chinesischen oder britischen Kapitalgruppen der (Noch-)Kronkolonie zusammenarbeiten.

Die relative Stabilität der Partei, deren 40 Millionen Mitglieder den Übergang zur kapitalistischen Akkumulationsdiktatur organisiert und alle Ansätze einer gesellschaftlichen Demokratisierung unterdrückt haben, ist die entscheidende Bedingung dafür, daß China bislang nicht in sich bekämpfende Gruppen zerfallen ist und die Wirtschaft boomt. Wie in anderen asiatischen Schwellenländern auch, werden diktatorische Maßnahmen, die den zukünftigen Zusammenhalt der Gesellschaft bezwecken, in der Öffentlichkeit weitgehend akzeptiert – solange die Wirtschaft wächst und ansonsten jeder machen kann, was er will. Anders aber als zum Beispiel in Taiwan oder Südkorea gefährdet in dem Riesenland zunehmend die enorme Landarmut die Akkumulation, driften Chinas Landesteile ökonomisch immer weiter auseinander. Bislang ist nicht erkennbar, wie die KP diese Probleme lösen will.

Wolfgang Müller schrieb in KONKRET 8/89 über das Bild Deng Xiaopings in den westlichen Medien

Konkret 09/93, S. 26

Christian Eggers

Revolutionäre Sachen

Kuba, gebeutelt vom jahrzehntelangen US-Embargo, sieht in der Wiedereinführung des Kapitalismus »unter fortbestehender revolutionärer Führung« seine letzte Chance

Internationale Solidarität als Glücksspiel für einen guten Zweck: KONKRET veröffentlicht seit Mai 1992 eine Anzeige, deren Initiatoren wetten, daß die kubanische Revolution trotz aller Gefahren und Angriffe überleben wird. »1993 wird ein weiteres hartes Jahr für Kuba. Mehr denn je wird diese Insel der Menschlichkeit, der Vernunft und der Lebensfreude... unsere Solidarität brauchen. Diese versuchen wir auszudrücken, indem wir wetten, daß das kubanische Volk... am 1. Januar 1994 den 35. Jahrestag seiner Befreiung aus den Fängen des Imperialismus wird feiern können.« So der Wortlaut der Wette im Februar 1993. In der KONKRET vom August hat sich die Formulierung allerdings verändert: »Mehr denn je braucht diese Insel der Menschlichkeit und der Vernunft... jede Art von Solidarität. In diesem Sinne jetzt unsere Wette, daß das kubanische Volk am 1. Januar 1994 unter fortbestehender revolutionärer Führung den 35. Jahrestag seines Ausbruchs aus dem Hinterhof der USA wird feiern können.«

Die Feier zum Jahrestag der »Befreiung aus den Fängen des Imperialismus« scheint auszufallen. Dafür gibt es eine aus Anlaß des »Ausbruchs aus dem Hinterhof der USA«. Aber ausgesprochen lustig wird die wohl nicht werden, denn die »Lebensfreude« ist auch weg. Wie oft kann man den Wortlaut einer Wette ändern, um – egal, was passiert – immer recht zu behalten? Wahrscheinlich solange, wie man neue Interpretationen findet, um recht behalten zu können. Doch irgendwann ist Schluß mit lustig.

Fidel Castro gab Ende Juli die Legalisierung des Devisenbesitzes für die Kubanerinnen und Kubaner bekannt. Was aber bei oberflächlicher Betrachtung der aktuellen Situation Kubas zunächst wie ein bloßes Zugeständnis an die Realitäten erscheint, ist tatsächlich eine Katastrophe für die kubanische Revolution, deren Konsequenzen noch gar nicht gänzlich abzusehen sind. Sicher ist, daß die Bevölkerung fortan in Dollarbesitzer und solche, die keine haben, gespalten sein wird. Die Peso-Inflation wird steigen und der Schwarzmarkt aufblühen, da dollarbesitzende Kubaner, die nunmehr legal in Devisenläden einkaufen dürfen, die dort erstandenen Waren ihren weniger glücklichen Landsleuten für Pesos andrehen werden. »Ausbruch aus dem Hinterhof der USA«? Die kubanische Regierung hofft, daß in Zukunft mehr Dollars ins Land kommen, weil Exilkubaner nun ihre Verwandten auf der Insel mit den begehrten Devisen versorgen werden. Tatsächlich ist da einiges zu erwarten, aber der moralische und politische Preis ist enorm. Castro nannte die Maßnahme eine »bittere Wirklichkeit«; die kubanische Bevölkerung hätte »34 Jahre Opfer gebracht..., um schließlich zu einer Situation zurückzukehren, von der wir annahmen, daß sie ein für allemal beendet wäre«. Und die Zeitung des Kommunistischen Jugendverbandes Kubas, »Juventud Rebelde«, bezeichnete die Dollarfreigabe als einen der »schwersten Rückschläge« seit dem Sieg der Revolution.

Solche schweren Rückschläge gibt es viele. Alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen der kubanischen Regierung gehen weg vom haushaltsmäßigen Finanzierungssystem des Staates hin zu wirtschaftlicher Rechnungsführung und Selbständigkeit der Betriebe. Staat und Firmen forcieren ihre Bemühungen, kapitalistischen Unternehmen Beteiligungen – Joint Ventures – in sämtlichen ökonomischen Sektoren anzubieten. Das westdeutsche »Handelsblatt« bemerkte am 5. April triumphierend, die Kubaner böten »heute – aus schierer Verzweiflung – Bedingungen an, die jede sozialistische Orthodoxie entwerten und manchmal den neoliberalen Umbau auf dem kapitalistischen Festland Lateinamerika übertreffen. Dazu gehört auch ein völlig freier Transfer von Gewinnen.«

Im Sommer vergangenen Jahres veranstaltete die englische Zeitschrift »Euromoney« eine internationale Kapitalistenkonferenz über »Möglichkeiten für Geschäfts- und Handelsbeziehungen sowie Investitionen auf Kuba«. Sozusagen eine Wette in großem Rahmen. Die Versammlung begann im mexikanischen Cancún, wurde aber nach zwei Tagen dann doch gleich nach Havanna verlegt. Fünfundneunzig der 150 Teilnehmer kamen aus den USA, nicht wenige davon Exilkubaner aus Florida, denen zwischen15 und 40 Milliarden Dollar für mögliche Investitionen auf Kuba zur Verfügung stehen. Eine Realisierung solcher Investitionen setzt allerdings eine gründliche Umgestaltung der Beziehungen zwischen der Regierung in Havanna und der kubanischen Gemeinde in Miami voraus.

Daran wird – mit deutscher Hilfe – gearbeitet. Anfang Mai trafen sich auf Initiative der Hanns Seidel-Stiftung zum ersten Mal führende Vertreter der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) mit Exilkubanern aus Venezuela und Miami zu einem »Seminar über partizipative Demokratie« in Havanna. Die Exilkubaner waren durch die in Caracas ansässige Organisation »Pro Hombre«, die von der CSU-Stiftung unterstützt wird, auf der Veranstaltung vertreten. Organisiert wurde das Seminar vom »Studienzentrum für politische Alternativen« der Universität Havanna gemeinsam mit dem ebenfalls in der kubanischen Hauptstadt ansässigen »Zentrum für Europäische Studien«. Letzteres hat wiederum sehr gute Beziehungen zur Hanns Seidel-Stiftung und sogar einen Praktikanten in deren Münchener Büro. Laut »FAZ« vom 6. Mai wurde auf dem Seminar von Vertretern »beider Seiten« versichert, »daß diese Zusammenkunft nur ›ein erster Schritt‹ sein könne, um eine

politische Annäherung herbeizuführen... Das ZK-Mitglied Gomez-Barata anerkannte die Stärke des kubanischen Exils und sagte, ein ›bedeutender Teil‹ dieses Exils sei bereit, sich Kuba gegenüber ›konstruktiv‹ und auf der ›Grundlage einer gemeinsamen nationalen Idee‹ aufgeschlossen zu verhalten.« Der stellvertretende kubanische Außenminister Ramirez betonte auf der Veranstaltung, daß die unterschiedlichen Standpunkte »nicht notwendigerweise gegensätzlich sein müssen«, und Kuba bereit sei, »alle politischen Ideen zu prüfen«, wenn sie zu den »kulturellen Traditionen des Landes« passen würden. Weil's so schön war, organisierte die Hanns Seidel-Stiftung Ende Juli gleich eine Fortsetzung der Veranstaltung mit den »konstruktiven« Contras und schickte als deutschen Pfleger nationaler Ideen und Kulturen den Vizepräsidenten des Bundestages, Hans Klein, nach Havanna.

»Ausbruch aus dem Hinterhof der USA«? Wayne Smith, ehemaliger Chef der US-Interessenvertretung in Havanna, wettet zwar nicht, aber prognostiziert schon, daß Kuba in einigen Jahren »eine Regierung sozialdemokratischen Zuschnitts« haben werde. Die Entwicklung scheint dieser Interpretation – wenn nicht einer noch schlimmeren – Recht zu geben. Die nordamerikanische Blockade, die damit verbundene Frontstellung Kubas, die weltweite Kapitulation des Sozialismus und das Erbe von 500 Jahren Kolonialismus erzwingen eine Metamorphose, die durch Paternalismus, Intoleranz und Opportunismus vieler kubanischer Parteifunktionäre unterstützt wird. Zwar sagte Castro noch im Dezember 1989, der »Kapitalismus, seine Marktwirtschaft, seine Werte, seine Kategorien und Methoden können niemals die Instrumente sein, die dazu dienen können, dem Sozialismus aus seinen gegenwärtigen Schwierigkeiten herauszuhelfen«, und kurze Zeit später: »Ja, wir werden revolutionäre Sachen machen, wir werden revolutionäre Veränderungen vornehmen, von Mal zu Mal revolutionärer und revolutionärer sein, weil wir noch nicht revolutionär genug sind!« Carlos Lage, Wirtschaftsfachmann der PCC und Kopf der »Pragmatiker«, hingegen erledigt heute den Widerspruch zwischen revolutionärem Anspruch und prokapitalistischen Wirtschaftsreformen in wenigen Sätzen: »Es gibt keinen Widerspruch, sondern eine Ergänzung. Das sozialistische System ist mit Marktmechanismen vereinbar.« Ob er darauf wetten würde? Vielleicht zusammen mit Gorbatschow gegen Che Guevara, der sagte: »Es gibt keine andere für uns gültige Definition des Sozialismus als die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen... Wenn statt der Erreichung des Zieles, also der Beendigung der Ausbeutung, der Prozeß stagniert oder Rückschritte in diesem Bereich erfolgen, kann nicht einmal vom Aufbau des Sozialismus gesprochen werden.«

Das »kubanische Volk« wird am 1. Januar 1994 »unter fortbestehender revolutionärer Führung« feiern, wetten die Initiatoren der Anzeige in KONKRET 8/93. Wie revolutionär ist aber eine Führung, wenn sie keine revolutionäre, sozialistische Politik mehr machen kann?

Zwar gibt es auf Kuba, in der PCC und in den Massenorganisationen eine – wenn auch von den »Pragmatikern« sehr in die Defensive gedrängte – Linke. Eine Alternative zu dem nun eingeschlagenen Weg in den Kapitalismus, die geeignet wäre, die Krise kollektiv zu lösen, hat sie im Moment allerdings auch nicht anzubieten. So bleibt den kubanischen Revolutionärinnen und Revolutionären nur die Hoffnung, daß im Zuge der Umgestaltung wenigstens die sozialen Errungenschaften des Landes im Kern erhalten bleiben. Eine Hoffnung, die immer noch stark mit dem weiteren Verbleiben Fidel Castros – dessen positives Image aber schon angekratzt ist – an der Spitze des Staates verbunden ist.

Diese kubanischen Linken, deren militanter Internationalismus Kubas Ansehen in der Dritten Welt geprägt hat, haben Anspruch auf politische Solidarität, weil sie in Bedrängnis sind, weil ihre Politik in der Vergangenheit aus dem »revolutionären Prozeß eine Hoffnung für den Kontinent, eine Wette gegen alle Schemata, Determinismen und gegen die imperialistische Arroganz des Aggressors werden ließ«, wie der kubanische Journalist Eduardo Lopez Morales geschrieben hat.

Deutsche aber, die unter dem Slogan »bedingungslose Solidarität« Kuba-orientierten Ersatzpatriotismus predigen, sind genauso opportunistisch wie jene, die seit Jahren mit der Forderung nach »kritischer Solidarität« ihren Eurozentrismus offenbaren. Beide Gruppen treibt eine tiefe Vaterlandssehnsucht. Irgendwann, wenn dieses Gefühl in der Ferne ein bißchen zu oft frustriert worden ist, wird ihnen Deutschland näher liegen. Wetten?

Christian Eggers schrieb in KONKRET 11/92 über die maoistische Guerilla Sendero Luminoso

Konkret 09/93, S. 28

Bernhard Schmid

Les idiots nationaux

Allianzen von Parteikommunisten und organisierten Faschisten kommen in Mode. Zum Beispiel in Frankreich

»Rot-braun gemeinsam gegen die Demokratie« – es scheint, als wolle die Wirklichkeit ein weiteres Mal die Wahrheit reaktionärer Parolen erweisen: Allianzen aus abgehalfterten Parteikommunisten und organisierten Faschisten kommen in Mode, von Moskau über Dresden bis Paris. In Rußland schlossen sich bekanntermaßen Teile der ehemaligen KPdSU mit großrussischen Chauvinisten und faschistischen paramilitärischen Gruppierungen zur »Front der Nationalen Rettung« zusammen. In Dresden traf sich im Februar dieses Jahres die damalige stellvertretende Parteivorsitzende der PDS, Christine Ostrowski, mit dem Chef einer verbotenen militanten Nazigruppierung, der »Nationalen Offensive« (NO), um hinterher festzustellen: »Unsere sozialen Forderungen stimmen bis in den Wortlaut hinein überein.« Ungerührt bestätigte ihr Dresdner Parteiverband sie kurz darauf mit 85 Prozent als Vorsitzende, und im Juni 93 wurde sie zur stellvertretenden bundesweiten Präsidentin der »Komitees für Gerechtigkeit« gewählt. Einige Wochen später wird der nächste Fall einer (ex)kommunistisch-faschistischen Allianz bekannt, diesmal in einer westeuropäischen KP, die anders als im Fall der Sowjetunion und der DDR nie Staatspartei war und die deswegen noch als Rest-Organisation der Arbeiterbewegung betrachtet werden kann.

Es geht um die französische KP, und dies sind die Fakten: In ihrer Ausgabe vom 23. Juni 1993 hat die Satirezeitschrift »Le Canard enchaîné« erstmals eine breitere Öffentlichkeit in Frankreich mit der seit 1989 erscheinenden Monatszeitschrift »L(Idiot international« bekanntgemacht. Deren Herausgeber, Jean-Edern Hallier, der im Juli 1991 rechtskräftig wegen Aufstachelung zum Rassenhaß verurteilt worden ist, kann als Protegé von Teilen des KP-Apparats gelten. Er stand Roland Leroy und Pierre Zarka, dem Direktor und dem Vizedirektor der KP-Tageszeitung »L(Humanité«, nahe und wurde von der Leitung des Blattes bevorzugt beauftragt, Interviews mit Fidel Castro zu führen, den er bewundert. Franois Hilsum, Mitglied im Zentralkomitee der KPF und Chef des Parteiverlags »Messidor«, schloß 1990 mit Hallier einen Vertrag ab, der bezweckte, die im »Idiot international« erschienenen Hallier-Leitartikel in Buchform herauszubringen. Als Anzahlung wurden Hallier 500.000 Franc Honorar zugesagt, das ist das Zehnfache dessen, was andere Autoren des Verlags, der im übrigen vom Bankrott bedroht ist, erhalten. Hallier brachte jedoch nicht nur Ergebenheitsadressen für den KP-Chef Marchais zu Papier, sondern auch Huldigungen an den »Front National«-Führer Le Pen.

Was den »Canard enchaîné« nun zur Attacke veranlaßte, war ein Artikel in der Mai-Ausgabe des »Idiot international«. Dieser stammt von Jean-Paul Cruse, KP-Mitglied mit Aufsichtsrat-Mandat für die KP-nahe Gewerkschaft CGT und Mitglied der Redaktion von »Libération« – der großen Kusine der »taz«. Unter dem Titel »Hin zu einer nationalen Front« plädiert Cruse für eine »Allianz der Kommunisten mit der katholischen, nationalen, militärischen und maurassischen Rechten«; letzteres bezieht sich auf Charles Maurras, der 1905 die präfaschistische monarchistische »Action Franaise« gegründet hatte. Die Unterscheidung Links-Rechts sei historisch überholt, doziert Cruse: »Keiner der grundlegenden Konflikte, die den Geist der heute Lebenden schmiedeten, hat sich auf der Achse Rechts-Links abgespielt.« Schon im Vorspann zu seinem Beitrag heißt es: »Die Linke in Frankreich ist am Ende. Für immer. Und das ist gut.« Nachdem er »die Größe der Nationen« beschworen hat, zieht Cruse gegen den »internationalen Zionismus« vom Leder, über den wir lernen, daß er im Verein mit der Wall Street, der Frankfurter Börse und den »Zwergen von Tokyo« die Welt beherrsche. Cruse fordert »eine autoritäre Politik, um das Land wieder aufzurichten«, sowie eine »autoritäre Politik der Hilfe für die jungen starken Staaten der Dritten Welt«, damit diese »ihre Böden, ihren Glauben, ihre Sprachen und ihre Völker« besser schützen könnten. Dies sei die Grundlage, resümiert der Autor, auf der »Pasqua, Chevènement, die Kommunisten und die Ultra-Nationalisten einander näher sind« als Sozialdemokraten und Kommunisten. Ein illustrer Kreis, dessen Angehörige vor allem anderen ihren Nationalismus gemeinsam haben.

Pasqua ist seit ihrem Wahlsieg im März dieses Jahres Innenminister vom rechten Flügel der Konservativen, in dessen engster Umgebung auch Leute mit ausgeprägt neofaschistischen Karrieren sitzen. Chevènement ist ein Alt-68er und ehemaliger Kriegsminister der Sozialisten, der nach der Niederlage seiner Partei eine eigene Gruppierung, die »Bürgerbewegung«, vom kriselnden Parti Socialiste abspaltete, mit der er als »dritte Linke« zwischen Sozialisten und Kommunisten reüssieren will. Chevènement verkörpert wie kein anderer eine brisante Mischung aus sozialer Radikalität und Nationalismus; als ehemaliger Kopf des marxistischen PS-Flügels »Ceres« und geschulter marxistischer Denker hat er es verstanden, aus der Konkursmasse des PS die aufbegehrenden linken Überreste zu übernehmen, die Reste gewerkschaftlich orientierter Kerne sowie Trotzkisten, denen nach 60 Jahren Entrismus 1993 plötzlich einfiel, daß sie dringend den PS verlassen mußten. Gleichzeitig vertritt er einen strikt nationalen Kurs. Zwölf Tage nach Beginn des Golfkriegs trat er als Verteidigungsminister ab, da er zwar für französische Waffenlieferungen in die Golfregion, aber gegen den amerikanischen Krieg war. Beim Maastricht-Referendum im September 1992 verband den rechten Flügel der Konservativen und die Chevènement-Anhänger mit dem »Front National« (FN) das gemeinsame »Nein zu Maastricht« als Nein zum »Ausverkauf nationaler Souveränität«.

Positive Reaktionen auf den Cruse-Artikel kamen aus dem gesamten politischen Spektrum. »Legitime Wut« attestierte Cruse in der nächsten Ausgabe des »Idiot international« das »Kommunistische Kollektiv der Medienarbeiter – KPF« und dankte ihm. Auf derselben Seite begrüßte Basile de Koch alias Bruno Tellemme, Vertrauter des Innenministers Pasqua, den Artikel enthusiastisch und formulierte die Alternative: »Die Nation oder das mondialistische Chaos«. Damit benutzte er einen rechten, auch von Le Pen popularisierten Modebegriff, der vom französischen Wort für Welt (monde) abstammt; dieser Terminus ersetzt im neurechten Diskurs heute meist historisch belastete Wörter, wie etwa das klar antisemitisch konnotierte »kosmopolitisch«, und bezeichnet das Gegenprinzip zur korrekten nationalen Gesinnung.

Die Aufdeckung der rot-braunen Annäherungsversuche durch den »Canard enchaîné« wirbelte indes genug Staub auf, um es ihren Protagonisten ungemütlich werden zu lassen. »Le Monde« und »Libération« fingen an zu recherchieren. Die Kommunistische Partei jedoch zog es zunächst vor, in Verteidigungsstellung zu gehen. Am 24. Juni begnügte sich »L(Humanité« damit, eine »parteipolitische Operation« gegen die KP zu konstatieren: »Es existieren genügend Fakten, die beweisen, daß weder die KP, noch ihre Führung, noch die ›Humanité‹ jemals mit der extremen Rechten zusammengearbeitet haben...« Am 30. Juni dann ließ die »Humanité« sich zur Sache ein, verdammte jede Beziehung mit Rechtsextremen und gestand ein, daß es da wohl einzelne Kontakte gegeben habe, die jetzt vom politischen Gegner aber über Gebühr ausgeschlachtet würden. »L(Humanité« dokumentierte zwei Briefe von Oktober 92 und Mai 93, in denen Marchais dem Schriftsteller Daeninckx gedankt hatte, der wegen rot-brauner Tändeleien die Öffentlichkeit zu alarmieren suchte: »Was uns von der extremen Rechten trennt, ist das Blut, das in diesem Jahrhundert geflossen ist.«

Jean-Edern Hallier ging seinerseits zum Angriff über und erklärte am 29. Juni in einem Kommuniqué an die Nachrichtenagentur AFP, daß er sich von seinen beiden kommunistischen Mitarbeitern Cruse und Marc Cohen (Chefredakteur des »Idiot international« seit Juni 91) trenne. Hallier wusch seine Hände in Unschuld: Er sei nicht in der Lage gewesen, den redaktionellen Inhalt der letzten Nummern zu kontrollieren. Von seinem russischen Mitarbeiter Edward Limonow will er sich allerdings erst einmal nicht trennen, sondern dessen Rückkehr aus Rußland abwarten und dann »mit ihm zusammen entscheiden«. Limonow, 1974 als sowjetischer Dissident nach Frankreich übergesiedelt, fungiert dort als Vertreter der »Liberal-Demokratischen Partei Rußlands«, die zur extremen Rechten in Rußland zählt. Im März kandidierte er auf einem guten Listenplatz für die KP in Paris. In einem Interview mit dem »Front National«-nahen »Choc du mois« (Juli/August 92) hatte Limonow die Frage gestellt: »Wollen Sie, daß ich die rot-braune Fahne der nationalkommunistischen Bewegung (nach Frankreich) mitbringe?« In der nächsten Ausgabe (September 92) des faschistischen Monatsblatts berichtete er, wie er als russischer Milizionär mit der Kalaschnikow in der Hand am Krieg in Moldawien teilnahm. Im Januar 93 wiederum erzählte er stolz von seiner Beteiligung an »ethnischen Säuberungen« im ehemaligen Jugoslawien auf Seiten der Serben. (Unter den Organen des »Front National«-Presseimperiums ist es umstritten, ob man auf Seiten der serbischen oder der kroatischen »ethnischen Säuberer« zu stehen habe. Die Tageszeitung »Présent« ist eindeutig pro-kroatisch, zwischen »Hebdo national« und »Minute – La France« tobte zeitweilig ein Streit um die korrekte nationalistische Stellungnahme.) Originalton Limonow: »Der dritte Weltkrieg hat begonnen. Hier in Bosnien! Der Krieg zwischen Christentum und Islam.« Limonows erster Bericht aus Ex-Jugoslawien, »Reise nach 1941«, war am 17. Januar 92 in der kommunistischen Wochenzeitung »Révolution« erschienen; auf diesen Text wiederum machte der »Choc du mois« seine Leser aufmerksam.

Wenn man die publizistische Geschichte des »Idiot international« seit seiner Gründung 1989 verfolgt, wird klar, daß mit der Entlassung von Cruse und Cohen nur ein Bauernopfer gebracht werden soll und daß die »rot-braune« Annäherung tatsächlich kein Ausrutscher einiger Randfiguren, sondern die authentische Linie des Blatts und seines Herausgebers ist. In den Reihen der KP kann dies nicht unbemerkt geblieben sein. Im November 89 bereits hatte das Blatt auf Sei-te 1 »Die jüdische Feigheit des Elysée« (Sitz des Staatspräsidenten) angeprangert. Während des 2. Golfkriegs schrieb Hallier in seinem Blatt: »Der Zionismus wird vor dem Tribunal der Geschichte ein genauso schwerer Fehler wie der Nazismus oder der Stalinismus gewesen sein – und intellektuell noch abstoßender.« Ein ähnlicher Leitartikel brachte Hallier dann im Juli 91 die Verurteilung wegen Aufstachelung zum Rassenhaß ein. Etwa zur gleichen Zeit hieß es im »Choc du mois«: »Im Frankreich des Winter 90/91 begann sich eine non-konformistische Allianz zu bilden dank der Alchemie der gemeinsamen Opposition gegen den Golfkrieg. Die explosive Persönlichkeit eines Jacques Vergès (Anwalt, der 1987 Klaus Barbie vor Gericht verteidigte, B.Sch.) wurde ... eine Art Wortführer und Jean-Edern Hallier eine Art Federführer.« Gegenüber »Le Monde« (29.6.91) erklärte Hallier, nachdem kurz zuvor die FN-nahe Wochenzeitung »Hebdo national« über seine Sympathien für den »Front« berichtet hatte: »Le Pen vertritt viele Franzosen des wahren, tiefen Frankreich.« Und: »Man muß Doriot und Thorez versöhnen.«

Ein Satz, der Programm ist: Während Maurice Thorez KP-Chef in den 40er Jahren, also während der autoritärsten Phase der Partei, war, handelte es sich bei Jacques Doriot (1898-1945) um den prominentesten Überläufer vom Kommunismus zum Faschismus während der 30er Jahre. Doriot könnte somit das Vorbild für die Entwicklung des heutigen »Nationalkommunismus« abgeben. Nach dem 1. Weltkrieg war er der KP beigetreten, wurde zum 3. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale nach Moskau delegiert und war 1922 Generalsekretär der KPF-Jugendorganisation »Jeunes Communistes«. 1924 ging er als Abgeordneter in die Nationalversammlung und war später Bürgermeister der

Pariser Industrie-Vorstadt Saint Denis, der kommunistischen Hochburg par excellence. Seine Kritik am Führungsanspruch der sowjetischen KP in der internationalen kommunistischen Weltbewegung führte 1934 zu seinem Parteiausschluß. 1936 gründete Doriot den Parti Populaire Franais (PPF), der mit 250.000 Mitgliedern die einzige wirkliche faschistische Massenbewegung Frankreichs wurde, während die »Ligen« der extremen Rechten oft eher ein Sektendasein führten. Doriot, der mit dem Vichy-Regime kollaborierte, gründete die »Légion des Volontaires Franais contre le Bolchévisme« und kämpfte in deutscher Uniform an der Ostfront. Nach der Landung der Alliierten in der Normandie ging er nach Deutschland, lebte auf der Blumeninsel Mainau im Bodensee und starb 1945 bei alliierten Bombenangriffen in Sigmaringen.

Am 8. Februar 93 erklärte der »Nationalkommunist« Hallier in »France-Soir«: »Wenn heute Präsidentschaftswahl wäre, würde ich nicht wählen, weil ich Mühe hätte, mich daran zu hindern, ihn (Le Pen, B.Sch.) zu wählen. ... Wissen Sie, ich kenne alle französischen Politiker, von Marchais bis Chevènement, und ich habe letzten Sommer mit Le Pen ... zu Abend gegessen. Um drei Uhr morgens fing er an, unter dem Mond die ›Internationale‹ zu singen. Manchmal bedauere ich, daß er nicht in den Reihen der Kommunisten ist.« Außer Hallier, der nach den Parlamentswahlen vom März dieses Jahres endgültig rechtsaußen angekommen zu sein scheint, schwanken weitere Mitarbeiter seines Blatts zwischen links und rechts; Tierry Séchan beispielsweise erklärte im »Choc du mois« (Februar 93): »Ich habe eine Abneigung und eine absolute Verachtung für die Sozialdemokratie. Ich habe eine gewisse Wertschätzung für die Kommunisten, für die Monarchisten, für die würdigsten und nobelsten Leute der Rechten... Ich bin für Che Guevara... Und ich bin für Brasillach, der von den Gaullisten erschossen worden ist.« Maurice de Brasillach war ein faschistischer Schriftsteller, der 1942 in der Vichy-Zeitung »Je suis partout« geschrieben hatte: »Man muß die Juden en bloc loswerden und darf ihre Kinder nicht behalten.«

Was aber treibt Parteikommunisten derzeit wieder einmal zu derartigen Allianzen? Da ist zunächst ein diffuses Verlierer-Gefühl, das durch Identifikation mit einem starken Kollektiv kompensiert werden soll, wobei ›Klasse‹ und ›Nation‹ eine perverse Verbindung eingehen. Hinzu kommt, zweitens, der reaktionäre »Massen-« und »Volks«begriff vieler Parteikommunisten, der im felsenfesten Glauben an die Revolution als einem dem Geschichtsprozeß ganz von selbst entwachsenden Ereignis wurzelt. Im unverrückbaren Glauben, daß »die Massen nach links« wollen, werden Menschen nicht mehr als verantwortliche und entscheidungsbewußte Individuen gesehen, sondern als »Masse«, die gleichsam notwendig ihren wahren Interessen folgt. Ein weiterer immer noch prägender Faktor ist die vom Stalinismus angestrebte Homogenisierung von Partei und Gesellschaft – selbst in KPen, die Oppositions- und nicht Staatsparteien (gewesen) sind. Viertens hat in vielen Ländern, die von den Nazis besetzt waren, die Identifikation mit nationalen Idealen im Kampf gegen die deutschen Okkupatoren einen hohen Stellenwert gewonnen, der später nicht mehr in Frage gestellt wurde. So firmiert heute der autoritäre russische, serbische und türkische Nationalismus unter antifaschistischen Vorzeichen (letzterer auch innerhalb Deutschlands). Eine ähnliche Rolle spielte der Patriotismus historisch auch in der Résistance; er wurde später von der KP programmatisch übernommen. Fünftens kommt als französisches Spezifikum die jakobinische Tradition hinzu, die historisch die Idee der Revolution und der Nation gleichzeitig gebar – zu einer Zeit allerdings, da als revolutionäres Subjekt noch »das Volk« und nicht die Klasse galt.

Bernhard Schmid schrieb in KONKRET 5/93 über das Verschwinden der »Reform-Alternative« in Frankreich

Konkret 09/93, S. 30

Karl Held

Die neue Weltkriegs-Ordnung

Wie eine Inter-Nationale der Völker Recht erkämpft

Die Uno ist sehr aktiv. Erstens tagt dieser Verein, in dem nur Staaten Mitglied werden können, ständig. Er berät die Händel, welche einzelne seiner Mitglieder untereinander anzetteln, sobald deren Interessengegensätze in das Stadium kommen, wo es prekär wird. Manchmal auf Antrag der Konflikt-Parteien, bisweilen aber auch, weil sich Außenstehende für betroffen und zuständig genug halten, um einen Streitfall auf die Tagesordnung zu setzen, für den sie dann eine ihnen genehme Lösung vorschlagen. Im Idealfall erklärt die gesamte Staatengemeinschaft das Betragen eines Mitglieds für völkerrechtswidrig, unerträglich und schuldhaft. Der Abstimmung folgt eine Resolution auf dem Fuße, der die ins Unrecht gesetzte Regierung entnimmt, was die Herren anderer Länder mißbilligen und nicht dulden mögen. Damit steht die Nation, die das Völkerrecht verletzt hat, vor der Entscheidung, ob sie sich an die Resolution hält oder nicht – und ihre Richter müssen sich bei Nichtbefolgung ihres Schiedsspruchs überlegen, ob und wie sie ihn durchsetzen wollen. Dann wird es ernst, weil das Völkerrecht wie jedes Recht auch nur so weit reicht wie die Gewalt, die es vollstreckt und gültig macht.

Zweitens ist dieser Verein immer öfter unterwegs, um mäßigend auf stattfindende Auseinandersetzungen einzuwirken. Seine Abgesandten vor Ort tragen blaue Helme; was sie dürfen, ist minutiös geregelt – manchmal haben sie die Lizenz zum Schießen, manchmal sollen sie sich nur an Grenzen und Fronten aufstellen und ansonsten die Verteilung von Lebensmitteln eskortieren. Parallel zu ihrem Einsatz bemühen sich Diplomaten, welche die Uno auch noch aus dem Personal ordinärer Mitgliedsstaaten rekrutiert, um Zurückhaltung bei den politischen Chefs der streitenden Parteien. Ihnen gelingt dabei nicht nur die eindrucksvolle Widerlegung des geflügelten Wortes, nach dem sich Reden und Schießen ausschließen. Aus ihrer Sicht wird noch aus jedem Gemetzel in der Uno-betreuten Staatenwelt, mag es sich auch über Jahre hinziehen, ein »Friedensprozeß« – und die Kriegshandlungen der Uno-Soldaten selbst sind »friedenserhaltende« oder »friedensschaffende Maßnahmen«.

Drittens bewegt die Uno mit ihren »Missionen« die politisch denkenden Amtsträger und Menschen in den Nationen, die sich – wohl wegen der erwähnten semantischen Kunstgriffe – für zivilisiert halten. Ziemlich erregt werden da aus nationaler Sicht die Taten der Uno und ihre weiteren Vorhaben diskutiert, wobei die Beurteilung der Leistungen des Völkerbundes stets ein wenig darunter leidet, daß die diversen Nationalisten immerzu ihre Interessen im Kopf haben. Immer wieder fallen ihnen vorteilhafte Alternativen zum Vorgehen des Clubs ein, dem sie selbst angehören und aus dem sie nie austreten möchten. Die Einwände betreffen die Definition des »Problems«, dessen sich die »Völkergemeinschaft« annimmt, genauso wie die »Lösungen«, auf die sie hinarbeitet – durch ihre diplomatischen Schritte und durch ihre Präsenz vor Ort. Und die sich widersprechenden Linien pflegen allemal noch mit der Frage nach den Beiträgen vermischt zu werden, die die aufs Regeln und Eingreifen so erpichten Nationen der Gemeinschaft der Weltordner schuldig sind.

Dennoch ist es in den Ländern, die sich wie Deutschland so viel darauf zugute halten, eine politische Kultur zu haben, zu einem nicht gekommen: Zu einer Ablehnung der Uno und ihrer großen Mission, in der Staatenwelt nach dem Rechten zu sehen, bringt es die kritische Gemeinde nicht. Im Gegenteil – an der Kritik, die im Verlauf der makabren Aktionen in Jugoslawien und Somalia laut wurde, läßt sich studieren, in welcher Blüte der Fanatismus des Weltordnens steht. Auf der einen Seite wird der Doppelstrategie von Diplomatie und Blauhelmaufmarsch schlicht zur Last gelegt, sie sei ineffizient. Das Ideal des rücksichtslosen Aufräumens mit Regierungen, die einen unbotmäßigen Gebrauch von ihrer Staatsgewalt machen, läßt grüßen. Andererseits will man sich ausgerechnet beim Weltordnen den zutiefst humanen Charakter des Eingreifens, den schönen Schein eines Dienstes an den »Menschen« nicht nehmen lassen. So werden, wenn Maschinengewehrsalven der Uno ein paar Dutzend dieser Menschen vernichten, Zweifel laut, ob solche Einlagen von den Somalis als vertrauensbildende Maßnahme begriffen werden können. Denn ihren Zuspruch will die im Einsatz befindliche Streitmacht der Uno ja erwerben, wenn sie das Land in Ordnung bringt und den Menschen so etwas wie ein funktionierendes Gewaltmonopol importiert. Was überhaupt nicht in Zweifel steht, ist hingegen die Güte des Ideals – als ob die Herstellung einer staatlichen Ordnung justament am Horn von Afrika ohne ein gerüttelt Maß an Terror zu haben sei. Die ach so geschichtsbewußten Exporteure des Weltfriedens haben offenbar ganz vergessen, wie blutig die Ordnung in ihren eigenen Ländern zustandegekommen ist – und aufrechterhalten wird, sobald jemand gegen sie aufbegehrt.

Zur Sache...

...tragen die weltweit verantwortungsbewußten, also eingriffsbeflissenen Demokraten aber noch mehr bei. Bei ihren von Bedauern getragenen »Pleiten-und-Pannen«-Befunden ist ihnen auch eine Ursache geläufig dafür, daß nicht alles nach Wunsch geht: Sie beklagen die Uneinigkeit in der Gemeinschaft der Staaten, welche als »Vereinte Nationen« friedensstiftend zugange sind. Und dabei meinen sie nicht die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Staaten und Völkern, die blaubehelmten Besuch kriegen, und denen, die den Besuch angeordnet haben. Dieser Unterschied zwischen

Betreuungsfällen und Aufsichtsmächten gilt schließlich als selbstverständliche Geschäftsgrundlage der Völkergemeinschaft. Die Differenzen, auf die das Versagen der Uno immer mal wieder zurückgeführt wird, spielen sich zwischen Europa und den USA ab; sie betreffen die »Lösungen«, die Deutschlands Außenpolitiker für passend halten, obwohl sie den Amerikanern nicht genehm sind. Sie beziehen sich auf das Vorgehen, das ein US-Befehlshaber wählt und dem ein italienischer General nichts abgewinnt. Diese Differenzen haben im Betreuungsfall Jugoslawien dazu geführt, daß binnen Wochen Nationen gegen ihre eigenen Pläne für die Aufteilung von Land und Leuten gestimmt haben, daß Alternativen ins diplomatische Spiel gebracht wurden, von denen die beflissene Journaille gleich wußte, daß sie »nicht ernstgemeint« waren. Und dem Chef der US-Diplomatie ist nach Monaten eifriger Konsultationen zwischen den Metropolen des Weltfriedens ein ganz böses Argument gegen den Partner BRD eingefallen. Quasi als Antwort auf die Frage, wer denn der Gemeinschaft den nicht so recht beherrschbaren Krieg auf dem Balkan eingebrockt habe, hat die Weltmacht Nr. 1 die Schuld in der forschen Anerkennungspolitik der Deutschen ermittelt. Solch häßliche Töne waren zuvor nur aus einer ganz anderen Ecke zu vernehmen – die paar unverbesserlichen Kritiker des imperialistischen Aufbruchs Deutschlands hatten dessen Eifer bei der Umgestaltung der südöstlichen Landkarte bemerkt.

Daß die Bemühung, »Frieden zu schaffen«, gescheitert ist, zeigen diese Höhepunkte diplomatischer Verstimmung allerdings ebensowenig wie die Ablehnung der vielen »Friedenspläne« durch diejenigen, für die sie gedacht sind. Die zweijährige Geschichte der Jugoslawien-Diplomatie ist vielmehr ein eindeutiges Indiz dafür, daß es darum gar nicht geht. Da ist nicht das von sämtlichen Großmächten aus tiefem Herzen geteilte Projekt »Schluß mit dem Schießen« daran zuschanden geworden, daß sich diese Tröster aller Witwen und Waisen, diese notorischen Liebhaber muslimischer Glaubensgemeinden nicht recht darüber einig waren, was denn die überzeugendste Art der Übermittlung ihrer Friedensbotschaft sei. Vielmehr haben sich gewisse Nationen am Untergang einer alten Nation und an der Entstehung neuer Staaten interessiert gezeigt. Und das ist gleich in mehrfacher Hinsicht das schiere Gegenteil von der lieblichen Vorstellung vom »Frieden«.

1. Wenn die BRD, eingedenk ihrer Rolle als ökonomisch potenteste Nation in Europa, als Führungsmacht der EG zur Anerkennung zweier Teilrepubliken Jugoslawiens, in denen sich separatistische Neigungen breit machen, schreitet, dann erklärt sie von außen nichts Geringeres als das Gewaltmonopol des alten Jugoslawien für hinfällig. Sie ernennt zwei neue Souveräne in der Berechnung darauf, daß diese Staaten künftig als ebenso harmlose wie brauchbare Partner für das europäische Wesen zur Verfügung stehen – und gesteht ihnen mit diesem diplomatischen Akt das Recht zu, über Land und Leute, über Reichtum und Gewaltmittel des alten Jugoslawien zu gebieten. Dies ist – noch vor den ekelhaften ethnischen Zutaten der rassistisch betriebenen Sortierung der vormals jugoslawischen Völkerschar – die Eröffnung einer Tagesordnung, die aus lauter Gewaltfragen besteht. Der »Frieden«, der da nach deutsch-europäischer Maßgabe hätte herauskommen sollen, wäre nur zu haben gewesen, wenn sich die übrigen Erben Titos damit abgefunden hätten, daß die materielle Grundlage eines Staates, den sie regieren, einfach dezimiert wird und mit einem Schlag von minderer Qualität ist. Bloß – nach welcher Staatsraison ist solche »Verzichtspolitik« eigentlich üblich? Das friedliebende Deutschland ist schließlich auch nicht für Maßnahmen zur Verkleinerung seines »Standorts« bekannt.

2. Daß Deutschland als ehrenwertes Mitglied sämtlicher supranationalen Machtbastionen seinen Entschluß, Jugoslawien aufzumischen, quasi zur Angelegenheit der Völkergemeinschaft befördert hat, ist für die Nationalisten Jugoslawiens, die mit einem Male Serben waren, kein Grund gewesen, sich zu fügen. Sie setzen reichlich Gewalt ein, wie es sich für eine – natürlich in Konkurrenz zur Nachbarschaft abgewickelte – Staatsgründung gehört; die übrigen Erben Jugoslawiens tun es ihnen gleich, und die Uno bewacht keinen »Friedensprozeß«, sondern betreut einen Krieg. Dessen Grausamkeiten – die im übrigen nicht »unmenschlich« genannt zu werden verdienen, weil dergleichen nur Menschen mit ganz viel Rechtsbewußtsein und nationaler Ehre im Kopf fertigbringen – dienen der deutschen Politik zur Begründung ihrer Zuständigkeit. Das Argument »vor unserer Haustür« bekräftigt das deutsche Recht, darüber (mit) zu entscheiden, wie die Landkarte des Balkans auszusehen hat. So nimmt der politische Wille der BRD, sich in der Beaufsichtigung des Auslands neue Befugnisse zu verschaffen, die hübsche Gestalt eines Mandats an, dem sich in Bonn niemand entziehen kann. Auf das neudeutsche Schimpfwort »selbsternannt« verfällt schon deswegen bei diesem urdeutschen Auftrag niemand, weil eine ansehnliche Zahl mündiger deutscher BürgerInnen den ausgiebigen Reportagen über die Kriegsgreuel einen Sinn ablauscht. Ihre private Betroffenheit münzen sie in die Forderung an den deutschen Staat um, er solle mit aller Gewalt tätig werden. So blind macht eine gestandene Moral für die Politik der eigenen Nation, der der Kanzler schon bei der Wiedervereinigung und ganz ohne Vergewaltigungsberichte ein »größeres Gewicht« zu verleihen versprach.

3. Denn mit dem ach so harmlosen Akt, den Slowenen und Kroaten – deren Repäsentanten zu den feinsten Exemplaren des Menschenschlages der Politiker gehören – ihr »Selbstbestimmungsrecht« zu erteilen, haben die Deutschen eben dies getan: das »größere Gewicht« der Nation angemeldet. Wer sich anmaßt, die Grenzen anderer Nationen zu korrigieren; wer unter dem schönen Titel »Selbstbestimmungsrecht« die Rechte und Pflichten seiner Nachbarn definiert – und zwar in der grundsätzlichen und höchsten Frage des Gebrauchs der Staatsmacht: der der Verfügung über Land und Leute – , ist über die langjährig beklagte Statur des »politischen Zwergs« hinaus. Ein Deutschland, das den Serben vorschreibt, was sie unter dem »Selbstbestimmungsrecht« anderer zu achten haben, weil in Bonn seit neuestem Lizenzen für Staatsgründungen und -

auflösungen ausgefertigt werden, spielt – ganz selbsternannt – eine neue Rolle. Es gibt sich nicht mehr mit dem »Frieden« der alten Weltordnung zufrieden, in dem es zu einer führenden ökonomischen Macht geworden ist; in dem es unter dem Schutz des Nato-Bündnisses, zu dem es als potenter Partner gehört, seinen Reichtum auf Kosten der übrigen Geschöpfe des Weltmarkts flott vermehrte. Dieses Deutschland verläßt – das EG-Projekt zeugt ebenso davon – den Status einer »Wirtschaftsmacht«, die andere Nationen mit der Gewährung und dem Entzug von Vorteilen, des Marktzugangs, des Kredits auf sich orientiert und zur Kooperation zwingt. Von dieser Politik, die mit dem Namen Genscher und der Illusion verbunden war, sie sei das menschenfreundlichste an Außenpolitik, was je auf der Erde gesehen ward, verabschiedete der gelbe Pullover die BRD noch höchstpersönlich. Das neue Deutschland hält es für dringend geboten, aus seinen Interessen, die bisher unter dem Schutz der Allianz gediehen, dauerhafte Rechte zu machen – Rechte, deren Inanspruchnahme es durch eigene, europäisch erweiterte Aufsichtsmacht sichert, so daß der Bedarf an nützlichen Diensten des Auslands durch politische Überwachung bleibend zum Zuge kommt.

Dieser Übergang ist keiner von einem harmlosen Staat – der sich brav auf die Meistbegünstigungsklausel verläßt, Handel treibt, den Wohlstand mehrt und allen Völkern der Welt gönnt, was sie brauchen – zu einer neuerdings imperialistischen Bösartigkeit. Imperialistisch waren die Leistungen der BRD schon immer, und auf das Konto dieses Exportweltmeisters und Nato-Partners gingen schon Leichen genug. Vielmehr sind die Verwalter der deutschen Erfolge mit der politisch-militärischen Betreuung der Staatenwelt nicht mehr einverstanden, weil die nicht in ihren Händen liegt; sie entdecken mit dem – wg. »Sowjetunion tot« – Wegfall der antikommunistischen Solidarität einen Handlungsbedarf der höheren Art, der sich schlicht aus dem Anliegen ergibt, sich gegen die Konkurrenten, die die freien und westlichen Partner nun einmal sind, zu behaupten. Und mit der Etablierung einer Aufsicht über andere Nationen, die deren Botmäßigkeit dauerhaft erbringt, fangen sie in Europa an. Insofern ist die gewaltsame Aufteilung Jugoslawiens für sie nur ein Exempel – für ihre Version von der »neuen Weltordnung«. Die Interessen der Parteien vor Ort geraten deshalb zum Material für die Auseinandersetzungen um Zuständigkeiten, die sich ausschließlich zwischen der ersten Garnitur der Staaten abspielen, welche die Vereinten Nationen bevölkern.

Macht und Ohnmacht der Uno

Wenn in Bosnien eingeschlossene Menschen, deren Leben von Hunger und Geschossen ausgelöscht wird, von der Weltrechtsorganisation enttäuscht sind, so ist das noch verständlich – für sie wäre ja der Einsatz überlegener Gewalt gegen ihre Feinde tatsächlich eine Überlebenshilfe, zumindest die Chance auf ein Weiterleben. Wenn es Einwohnern von Somalia so vorkommt – ob Aidid-Anhänger oder nicht – , als hätten sie es mit einer Besatzungsmacht statt mit Helfern zu tun, so ist das auch nicht verwunderlich. Die von der Betreuung der Weltordnung betroffenen »Schutzobjekte« merken eben auf ihre Weise, daß es um sie nicht geht.

Ärgerlich jedoch ist es, wenn in den Metropolen mündige Bürger und Meinungsbildner Enttäuschung fingieren und, wie der »Spiegel«, mit gewisser Häme registrieren, wie »beschränkt« das gute Werk des Befriedens und Helfens ausfällt. Denn diejenigen, die da dem supra-nationalen Gewalt- und Verpflegungspool sein »Versagen« zur Last legen, wissen es besser. Als gestandene Nationalisten und (Be-)Kenner ihres Standorts sind sie schließlich selbst das ganze Jahr über keine Supra-Nationalisten, sondern eifrige Verfechter des nationalen Erfolgs, der sich aufKosten des Auslands einzustellen hat. Insofern ist ihr argwöhnisches Konstatieren der Ohnmacht, von der die Uno befallen wird, sooft sie zu ihren Großtaten aufbricht, die reine Heuchelei. Als wären sie Befürworter einer rückhaltlosen Unterstützung einer gemeinsamen Weltordnung, mit der die eigene Nation Geld und Gewalt selbstlos der Uno überstellt und ihre Souveränität »dem Frieden« opfert, berichten sie von der mangelnden Bereitschaft anderer, bestenfalls: aller Beteiligten, den Uno-Missionen zu einem alle zufriedenstellenden Ende zu verhelfen. Dabei sehen sie vom Ausgangspunkt ab, der für alle Aktionen charakteristisch ist und der allemal in nationalen Interessen liegt, mit denen sich eine Nation beim Kollektiv berechnend um Billigung und Unterstützung bemüht. (Umgekehrt kann der Vorstand der Uno keine Affäre zur Sache seiner Organisation machen, ohne daß die maßgeblichen Mitglieder des Vereins ein entsprechendes Interesse bekunden.) Und in der Fortsetzung sämtlicher Uno-Missionen mit ihren Abstimmungen und Beschlüssen, mit den Halbheiten, die die Idealisten eines weltweiten Gewaltmonopols beträhen, mit der bedingten Einsatz- und Zahlungsbereitschaft der potenten Vorstandsmitglieder, mit den Übergängen zum totalen Bombenkrieg wie zum zögerlichen Hängenlassen der weltweit vorgeführten Opfer, kommt immer dasselbe heraus: Die Uno ist nichts anderes als das Forum der Konkurrenz zwischen imperialistischen Nationen, das gerade deswegen, weil es mit nichts anderem befaßt ist als mit Aufsichtsfragen in der Staatenwelt von heute, immer öfter gebraucht – und das ist das Gegenteil von mißbraucht – wird.

Diese Hochkonjunktur verdankt das Institut dem enormen politischen Handlungsbedarf, der mit dem Ende der Konfrontation zwischen Ost und West eingerissen ist. In der »alten Weltordnung« gab es zwar auch auf allen Stufen der Hierarchie in der Staatenwelt den Willen, an dieser Hierarchie und den mit ihr verbundenen Nachteilen gewisse Korrekturen anzubringen, den Willen, durch den Einsatz von Gewalt die Leistungen des Standorts, über den große Demokraten und kleine Potentaten regieren, zu verbessern. Er war und wurde jedoch stets der großen Frage »Freiheit oder Sozialismus« untergeordnet, also bedingt genehmigt, angeheizt oder gebremst – die »Supermächte« mit ihren Bündnissen

taten da einiges, was in den meisten Fällen dann in die Kalkulation der nationalen Staatenlenker einging und zur festen Größe in der Einschätzung dessen wurde, was sie sich herausnehmen konnten. Alle großen und kleinen Auseinandersetzungen unter ihnen bekamen ihre Bedeutung wie ihre Grenzen, ihr Recht und ihr Maß zugeteilt – je nachdem, welchen Rolle sie für das weltweite Kräftemessen zwischen Ost und West spielten. Diese Weltordnung bewirkte insgesamt zwar eine Beschränkung der Souveränität; manche Regierung hat da unter der Einengung ihrer außenpolitischen Handlungsfreiheit gelitten. Aber umgekehrt hat unter dem Regime der Ost-West-Feindschaft auch eine ansehnliche Zahl von Souveränen der minderen Sorte eine Betreuung und Ausstattung erhalten, zu der sie mit ihren nationalen Mitteln der Konkurrenz nie in der Lage gewesen wären. Und die zweite Garnitur der westlichen Staaten, allen voran die BRD, ist in den Genuß gekommen, im Bündnis einen verläßlichen Schutz ihrer ökonomischen Interessen zu besitzen, was weidlich ausgenützt wurde.

Die große Wende hat da alles durcheinandergebracht. Mit dem Wegfall der »Bedrohung« tritt für die Nutznießer des »Schutzschirms« die Qualität der Unterordnung unter die »Pax americana« hervor – für die USA die Notwendigkeit, diese Unterordnung nicht aufweichen zu lassen. Daß die Gewalt entscheidet, wo Recht wider Recht steht, weiß man im Pentagon genauso gut wie in den Hauptstädten Europas. Weswegen alle angestrebten Veränderungen des Kräfteverhältnisses den Charakter eines Tests annehmen – eines Tests darauf, was sich die Partner, mit denen man in den überkommenen Bündnissen und Organisationen nach wie vor den Schein einer westlichen Gemeinschaft praktiziert, an Zuständigkeiten gefallen und abringen lassen. Insbesondere in bezug auf den Teil der Staatenwelt, der mit dem Ende seiner Instrumentalisierung für den Ost-West-Gegensatz seinerseits nach Grundlagen und Sicherheiten für die eigene Macht sucht oder – verfällt. Das ist das Szenario, das der Uno ihre aktuelle Bedeutung verleiht – eine Bedeutung, die mit der Errungenschaft eines supranationalen Gewaltmonopols, das in der »neuen Weltordnung« dem Guten, Wahren und Frieden zum Durchbruch verhilft, nicht das Geringste zu schaffen hat.

Denn die Anmeldung nationalen Handlungsbedarfs, der sich durchweg auf dem Gebiet der Zuständigkeit, der politisch-militärischen Kontrolle abspielt – in der Uno rechtet man nicht über Zölle und andere Gebühren – , bei den Vereinten Nationen ist die Form, in der die Korrekturen des Kräfteverhältnisses als für die Konkurrenten hinnehmbar verhandelt werden. Der Ordnungsanspruch einer Partei präsentiert sich als Notwendigkeit, die auch im Interesse der anderen maßgeblichen Mächte läge. Der Preis für dieses Vorgehen besteht darin, daß die anderen dann auch mitentscheiden, wie und wie weit die Interessen der Antragsteller zum Recht werden. Der Lohn, auf den spekuliert wird, besteht dann darin, daß die verfochtene Sache, das Mandat für nationale Aufsichtsmächte und Taten, die Wucht einer von allen wesentlichen Konkurrenten unterstützten Mission erhält. So kommt die Uno durch ihre dauernde Instrumentalisierung in den Genuß, plötzlich wie eine über den Nationen und ihrer Konkurrenz stehende Macht auftreten zu können – ein Schein, dem Charaktermasken wie Boutros-Ghali nach Kräften zu entsprechen suchen.

Der Erfolg dieser Großveranstaltung allerdings ist nur auf einem Felde sicher – auf dem der Moral. Seit dem Krieg der USA gegen den Irak weiß die Menschheit wieder, was ein gerechter Krieg ist. Und alles, was demokratisch vergeigte Gemüter zu ächten und zu verabscheuen gewohnt sind – »Einmischung«, Verletzung des »Selbstbestimmungsrechts«, »Völkerrechtsbruch« durch Gewalt etc. – geht in Ordnung, sobald es im Namen des Völkerrechts, von der Uno unterschrieben, als Kooperation der Machthaber auf dem Weltmarkt über die Bühne geht. Zweifel an der unwidersprechlichen Güte, die der Welle der Gewalt in dieser neuen Phase des Kampfes um die Aufteilung der Welt zugeschrieben wird, dürften aber auch wieder aufkommen. Denn in der Logik der famosen Uno-Missionen liegt es, daß die Kooperation mit Beschränkungen für die konkurrierenden Brüder verbunden ist, was die Durchsetzung ihres Friedens anlangt. Und die Beendigung dieser Ohnmacht führt dann eben auch im Verlauf von Uno-Aktionen zur Relativierung des schönen Scheins der Gemeinsamkeit. Dann hält sich der Wille, die eigene Kompetenz und das eigene Recht zum Weltordnen geltend zu machen, nur noch an die Grenzen, welche die eigene Fähigkeit setzt. Der Gebrauch der Machtmittel, die die Nationen so großherzig dem Gemeinschaftswerk zur Verfügung stellen, findet dann entweder ohne kollektiven Beschluß statt – oder nach einer Beratung, die leichte Züge der Unterordnung trägt und zu neuem Streit führt.

Dieses Muster der Eskalation des Völkerrechts, das zum Zwecke der »Hilfe« auf Reisen geht, stand in der Sache »Irak gegen USA« am Anfang. Wenn es nun in Jugoslawien und Somalia zum Zuge kommt, hebt sicher wieder ein großes Klagen an. Und ein falsches dazu. Weil wieder einmal der Zweck des Vorgangs an Leistungen gemessen wird – die »Menschen«, »Frauen und Kinder« – , die ihm nicht eigen sind.

PS. Zur Vermeidung von Mißverständnissen, die im Umkreis dieser Zeitschrift vorkommen, sei darauf hingewiesen, daß es kein Zynismus ist, den herrschenden und praktizierten Zynismus zu zitieren. Der Weltfrieden ist nicht das Anliegen des Autors. Er sieht ja, wie er geht.

Karl Held schrieb in KONKRET 4/93 über die »geheimen Protokolle« Gorbatschows

Konkret 09/93, S. 34

Jürgen Elsässer

Das Ende der Uno

Dem deutschen und japanischen Einmarsch in den Weltsicherheitsrat steht nichts mehr im Wege. Damit ist die Involution der Uno abgeschlossen: von einer Grande Alliance gegen die Achsenmächte zu einem Big Stick in ihrem Auftrag

Klaus Kinkels schwäbisches Englisch ist immer für eine Lachnummer gut. So wird es auch am 8. Juli diesen Jahres gewesen sein, als er beim G7-Gipfel in Tokio zusammen mit seinem japanischen Amtskollegen vor die Presse trat und mit der Erklärung aufwartete, Tschöhrmäny änd Tschäpähn strebten als ständige Mitglieder in den Weltsicherheitsrat der Uno und wollten künftig ihre diesbezüglichen Bemühungen koordinieren.

Das Lachen wird der versammelten Weltprominenz schnell vergangen sein: Am gleichen Tag brachte Kinkels neuer Bundesgenosse die G7-Resolution zur Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages zu Fall. Japan sei dagegen, so Außenminister Muto, weil es sich einer atomaren Bedrohung durch Nordkorea gegenübersehe und weil eine »nationale Debatte« zum Thema noch nicht abgeschlossen sei. Aus seinem Beraterstab hörte man Klagen, der Nichtverbreitungsvertrag sei »selbstsüchtig« und »unfair«, denn er schreibe die Privilegien der Nachkriegsordnung auf ewig fest und nehme die ständigen Sicherheitsratsmitglieder USA, Frankreich, England, Rußland und China von der Verpflichtung zur atomaren Abrüstung aus.

Ob Mutos Vorstoß mit Kinkel, wie zuvor von beiden verkündet, abgesprochen war? Die Deutschen begründen ihre Uno-Ambitionen jedenfalls weniger plump. Für die königlich-preußische Opposition klagte ihr Sprecher Verheugen, die bisherigen EG-Sicherheitsratsmitglieder England und Frankreich seien leider nicht bereit, ihre Mandate als »EG-Mandate« zu verstehen, also sich von Bonn dreinreden zu lassen. Die Regierung betonte, man sei schließlich der drittgrößte Beitragszahler der Vereinten Nationen. Mit diesem Köder und ähnlich süßen Argumenten wurde in den letzten zwei Jahren eine Lobby für den deutschen Sitz im Sicherheitsrat zusammengekauft: zunächst Ungarn, das schon seit langem am deutschen Tropf hängt (Januar 92), dann Generalsekretär Boutros-Ghali, der für seine ehrgeizigen Uno-Missionen auf die pünktlichen Schecks aus Frankfurt angewiesen ist (Februar 92); es folgte China, das Kinkel für seine Fürsprache noch etwas schuldig war (September 92); Rußland war wegen seiner bekannten Abhängigkeit von deutschen Care-Paketen von Anfang an kein Problem. Der Durchbruch kam mit einem zustimmenden Brief von US-Präsident Clinton im Juni 93. Frankreich und England äußerten zwar noch bis kurz vor dem Tokio-Gipfel Bedenken, knickten dort aber ein, als Kinkel und Muto ihre Forderungen zum ersten Mal gemeinsam präsentierten. Vermutlich wurde von den alten Achsenmächten mit Zuckerbrot und Peitsche gearbeitet: ein bißchen mit Atomwaffen und Handelskrieg winken, ein bißchen mit Gatt-Vereinbarungen und GUS-Krediten locken – schon war die Sache im Kasten.

Die Deutschen hat man entweder auf den Knien oder an der Gurgel – die Klugheit dieses Bonmots sollte sich in den folgenden Wochen erweisen. Bis zum G7-Gipfel hatte die Bonner Diplomatie nämlich katzbuckelnd und devot agiert, jedenfalls in der Öffentlichkeit: »Ich will es nicht«, erklärte Kohl zu Beginn der Kampagne. »Wir wollen auf keinen Fall die Initiative ergreifen«, balzte Kinkel letzten Herbst vor der Uno-VV, und selbst noch im Juni 93 beschwichtigte Kohl, man wolle nicht drängeln. Kaum waren die letzten Kritiker des deutschen Vorstoßes jedoch verstummt, sattelte die Bundesregierung drauf und verlangte ultimativ, das deutsche Sicherheitsratsmandat mit dem Veto-Recht auszustatten. Damit könnte die BRD unliebsame Beschlüsse, z.B. Sanktionen gegen ihr Ziehkind Kroatien, auch aus einer krassen Minderheitenposition heraus zu Fall bringen.

Langfristig reichen die Bonner Pläne jedoch weiter: Das Veto-Recht soll generell abgeschafft werden. Die »Privilegierung« der fünf »alten« Weltmächte im Sicherheitsrat wäre damit zu Ende, und seine künftig 21 Mitglieder könnten mit einfacher Mehrheit über Blockaden und Embargos, Peace-keeping und Peace-making entscheiden. Man muß kein Freund der demokratisch-imperialistischen Staaten sein, um angesichts der Vorstellung zu erschrecken, daß sich der Uno-Sicherheitsrat dann in eine Spielwiese von Gorilla- und Mufti-Dikaturen verwandeln würde: Uno-Militärschlag unter Führung der Türkei gegen Jugoslawien? Operation Wüstensturm unter Führung des Iran gegen Israel? Nichts wäre unmöglich. Deutschland selbst hätte von diesen Gangster-Mehrheiten nichts zu befürchten: Im Vergleich zu den klassischen Kolonialstaaten hat sich die BRD im Trikont kaum unbeliebt gemacht, ihr völkisch-antiwestlicher Nationalismus ist mit dem in der arabischen Welt und in Osteuropa durchaus kompatibel, und angesichts der Liquidität von Bundesbank und Großkonzernen müßten aufmüpfige Despoten nicht bekriegt werden, sondern man könnte sie einkaufen.

Auch ohne dieses Worst-case-Szenario bedeutet der Einzug Deutschlands und Japans in den Sicherheitsrat das Ende der Uno. Unter gleichem Label wird künftig eine Organisation arbeiten, die von den Zielen und Idealen ihrer Gründerväter weiter weg ist als die SPD von denen Karl Marx'. Roosevelt, Churchill und Stalin hatten am 1. Januar 1942 mit 23 weiteren Staatschefs die »Erklärung der Vereinten Nationen« verabschiedet, die das Ziel der »endgültigen Zerstörung der Nazityrannei« über den 2. Weltkrieg hinaus proklamierte. Die Jalta-Deklaration der »Großen Drei« präzisierte dann, was mit »endgültig« gemeint war: »Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu

zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrie-den zu stören. Wir sind entschlossen, alle deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen; den deutschen Generalstab, der wiederholt die Aufrichtung des deutschen Militarismus zuwege gebracht hat, für alle Zeiten zu zerschlagen.« Nie wieder... für alle Zeiten... In der Uno-Charta materialisierte sich dieser Antifaschismus in der sog. »Feindstaaten-Klausel«, wonach kriegerische Maßnahmen gegen die früheren Achsenmächte auch ohne Uno-Beschluß jederzeit möglich sind.

Man kann sich darüber streiten, ab wann das nur noch leere Versprechungen waren. Mit dem Tod von Roosevelt und der Entmachtung der Morgenthau-Boys? Mit der Remilitarisierung der BRD und ihrer Mitgliedschaft in der Nato? Mit der Wahl von Kurt Waldheim zum Generalsekretär der Weltorganisation? Andererseits wurden die beiden deutschen Staaten erst 1973 in die Uno aufgenommen und hatten dort bis Ende der 80er Jahre kaum etwas zu melden.

Wahrscheinlich brachte erst der Golfkrieg die Wende zum Schlechten. Amos Oz berichtet von kritischen Stimmen aus der israelischen Friedensbewegung, die Uno-Militärmaschine hätte eher gegen die deutschen Rüstungskonzerne losschlagen sollen als gegen ihre irakischen Filialen. Eine berechtigte Kritik, schließlich waren es die in die BRD hinübergeretteten Nazi-Trusts, die Saddams Vernichtungsphantasien gegen Israel überhaupt erst zu einer realen Gefahr gemacht hatten. Wann wäre die Anwendung der Feindstaaten-Klausel verständlicher gewesen als in jenen Wochen, als deutsche Experten daran arbeiteten, Jerusalem und Tel Aviv durch die Germanisierung von Scud-Raketen in die Reichweite von deutschem Giftgas zu bringen? Statt dessen begann mit scheinheiliger Unterstützung durch die BRD ein Ersatzkrieg – und deswegen war jener 16. Januar 1991 der Point of no return für die Uno, der Anfang vom Ende.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 8/93 über den Weg der Deutschen zu einer weltweit operierenden Militärmacht

Konkret 09/93, S. 35

Stefan Ripplinger

Geschichtshaß und Gespensterlehre

»Von der unergründlichen Dummheit der deutschen Geschichte habe ich viele lehrreiche Proben miterlebt und vor Augen gehabt: einen Bildersaal voll von Betrügern und Betrogenen, geltenden Strohpuppen, brüllenden Bullen, hohlen Nichtswissern.« – Vor 60 Jahren ist der Philosoph und Schriftsteller Theodor Lessing in seinem tschechischen Exil von Nazis ermordet worden

»der begriff hineingeboren als ausdruck äußerster idiotie.«
Ronald M. Schernikau

Da nun das Ringen um geistige Orientierung und sittliche Erneuerung immer gewaltigere und herrischere Züge annimmt, da die Errichtung von Schloß- und anderen Illusionsfassaden einen ersten Eindruck gibt von der Größenordnung der Schweinereien, die in ihrer Deckung begangen werden sollen und man von links bis rechts zur Linderung der schlimmsten Not den Glauben an den sauberen Staat und die Bibel empfiehlt, wird es Zeit, an einen Mann zu erinnern, der nicht daran glauben wollte, bis man ihn, vor 60 Jahren, am 30. August 1933, in den Hinterkopf schoß und er also, wie man so sagt, dran glauben mußte.

Der Meuchelmord an Theodor Lessing, von langer Hand vorbereitet, wurde von zwei sudetendeutschen Nazis in des Schriftstellers tschechischem Exil Marienbad ausgeführt. Auftraggeber war, wie der Biograph Lessings, Rainer Marwedel (»Theodor Lessing. Eine Biographie«, Darmstadt/Neuwied 1987), mitteilt, die SA. Weshalb man es bei einem, der weder Funktionär noch Agitator, sondern Philosoph und Feuilletonist war, so eilig gehabt hatte, erstaunt nur auf den ersten Blick.

»Exzellenz, ich spüre keine Sendung zum politischen Märtyrer«, schrieb Lessing dem Reichspräsidenten in einem offenen Brief (»Hindenburg«, 1925). Wie viele Male zuvor hatte es Lessing mit fast traumwandlerischer Sicherheit verstanden, sich in Deutschland unbeliebt zu machen. Sein im freundlichsten Tone dargebotenes Porträt Hindenburgs aber hatte die Kamarilla an ihrem empfindlichsten Punkt getroffen.

Es war sein mal lässig, mal pathetisch vorgetragener Unglaube an die geschichtlichen und insbesondere die deutschen Ideale, der den Einzelgänger schließlich in den Rang eines Staatsfeindes hob. Er hatte es nie sein wollen. Die Skandale, die er wie nebenbei, wie zufällig auslöste, schienen ihn selbst am meisten zu überraschen.

Schon dem ersten öffentlichen Eklat im Jahr 1895 eignete etwas Akzidentelles. Die Notwendigkeit, so lehrte er später, ist ein Sinn, den wir dem Geschehen im nachhinein beilegen. Als verkrachter Medizinstudent in die Kreise der Schwabinger Boheme geraten, redeten Zechkumpane auf ihn ein, er möge doch »zu Gunsten eines Gefährten, der in schlimme(r) Lage« sich befand, das Wort ergreifen. Oskar Panizza war wegen seiner blasphemischen Komödie »Das Liebeskonzil« vom Schwurgericht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. »Und so in derselben Nacht«, erinnert sich Lessing (»Einmal und nie wieder«, 1935), »trunken von Wein, Ehrgeiz und Zorn, setzte ich mich nieder und schrieb in wildem Furioso eine Verteidigungsschrift, ohne das verurteilte Stück überhaupt zu kennen.«

Um so merkwürdiger, wie genau Lessing, damals 23, den stirnerhaften Duktus Panizzas trifft, wenn er gegen das Urteil – »Vergehen wider die Religion, verübt durch die Presse« – vorbringt: »›Religion‹ – das ist ein *Wort*. Dies *Wort* kommt von dem lateinischen Worte *religare*, zu deutsch glauben. ›Vergehen wider die Religion‹ heißt also ›Vergehen wider das, was geglaubt wird‹. Ja, mein Gott – was wird denn nun *nicht* geglaubt? Es heißt, man solle nicht das verletzen, was einem anderen heilig sei, das sei Pflicht der Pietät gegen den Menschen. Nun, das heißt ganz einfach, man solle lebenslang überhaupt gänzlich das Maul halten. Denn wo giebt es einen haarsträubenden Unsinn, einen raffinierten, abominablen Blödsinn, der nicht Hunderttausenden heilig wäre?« (»Der Fall Panizza«, 1895)

Lessing kam für diesmal mit einer polizeilichen Haussuchung davon, Panizza aber wurde mit der Kerkerhaft zerbrochen. Erst unter höchst realen Verfolgungen leidend, quälten Panizza schließlich so heftige Verfolgungsängste, daß er sich in eine Irrenanstalt einweisen ließ und dort den Rest seines Lebens zubrachte. Lessing war, ohne es zu wissen, einem Verwandten begegnet, einem der bemerkenswertesten Desperados der Zeit, und er war ihm mit einem Pamphlet beigesprungen, das mehr vom Geist dessen, den er verteidigte, in sich trug, als er selber wahrhaben wollte.

Interessant ist der Text auch deshalb, weil in ihm Motive eines Geschichtshasses erscheinen, die erst in viel späteren Schriften philosophisch fundiert werden. Es bedurfte also keineswegs des Ersten Weltkriegs, um Lessing zu lehren, daß die gängige Geschichtsschreibung Popanze oder notorische Mörder als große Männer kostümierte, um über die endlosen Schlächtereien hinwegzutäuschen, für die sie standen. »Gewissenlose Verbrecher wie der bübische Konstantin, der schlaue Sachsenschlachter, oder gar Brudermörder Karl, bekommen den Ehrennamen ›der Große‹«, heißt es in der Panizza-Verteidigung, und in dem während des Ersten Weltkriegs geschriebenen Werk »Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen« (München 1983) führt er als »handelnde Schauspieler und Schauspielerinnen in dem großen Narrentrauerspiel, welches europäische Gelehrsamkeit Weltgeschichte nennt«, an: »Richtige und unbezweifelbare Narren, wie z.B. Englands Jakob I.

und Georg III., Preußens Wilhelm I. oder Sachsens August I.; ganz zu schweigen von all den zahllosen Voll- und Halbkretins wie Schwedens Karl XII., Dänemarks Gustav III., Neapels Ferdinand IV., Spaniens Karl IV. – Geniale Verbrecher und großartige Räuberhauptleute wie Rußlands Peter und Frankreichs Bonaparte. ... Bloße Kleiderständer und Nullen wie die deutschen Kaiser: Karl VI., Franz I., Franz II., Karl VII. Wüstlinge ... Gewissenlose Händler mit Menschenfleisch ...« Und so lustig weiter.

Nicht umsonst sieht er die Großen der Welt als Chargen in einem ewig währenden Schmierenstück – wie Marwedel aufgewiesen hat, ist für Lessings »Idolkritik« das Theater Metapher und Modell zugleich. Auf seinem Theater treten aber keine eigentlichen Personen auf, sondern geschichtsmächtige Figuren, Begriffe, Symbole. Alles, »was auf dem Theater erlebt wird, ist reines Symbol. Dinge und Ich in Form der Bühnenrealität lösen sich auf in Ketten unendlicher symbolischer Beziehungen« (Lessing).

Es ist der Zuschauer selbst, der in einem »Mitahmung« genannten Prozeß, d.h. in einer produktiven Nachbildung, die auf der Bühne der Gesellschaft auftretenden Symbole belebt. Ihr scheinhafter, ideologischer Charakter wird sich ihm deshalb nicht ohne weiteres – oder, um mit Lessing zu sprechen, *nicht ohne Not* – erschließen. Den Nukleus zu dieser dynamischen Idolkritik sehe man durchaus in dem jugendlichen »Religion – das ist ein *Wort*«.

Als er es niederschrieb, war er selber noch bestimmt von schwärmerischen Tendenzen, von romantischer Kulturkritik und Lebens-Metaphysik. Das Theater, das damals in München gespielt wurde, bot Stefan George als orakelnde Pythia und Alfred Schuler als kosmischen Erotiker, bot Séancen einer spätromantischen Mystik, in die sich bereits verklärte Deutschtümelei und ganz transzendentalistisch aufgeputzter Antisemitismus mischten. Lessing, unter dem starken Einfluß von Schopenhauer und Nietzsche stehend, wohnte dem Schauspiel immer angeekelter bei.

Zum persönlichen Bruch mit dieser Welt kam es, als der Jugendfreund Ludwig Klages, der sich damals Schulers »Blutleuchtenlehre« verschrieben hatte, Lessing mit der Bemerkung zurückstieß, er sei ein »ekelhafter, zudringlicher Jude«. Gewiß war der philosophische Bruch zwischen den »feindlichen Dioskuren« schon früher eingetreten, »deren einer zum Geist hin, deren anderer vom Geist fort wollte«, aber nun erhielt der Gegensatz noch jene persönliche Bedeutung, daß der »Geist«, von dem sie beide geglaubt hatten, er sei der »Parasit am Leben«, für Klages von Lessing verkörpert wurde. Klages' »antiintellektualistische Rausch- und Lebensphilosophie« setzte den »Geist« als das »gegenlebige, ja lebenfeindliche Prinzip (gleich) mit meinem, dem analytischen ›jüdischen‹ Geiste, welcher die Lieblingssohnschaft und Unmittelbarkeit des Lebens, daran Klages teil hatte, zu stören drohte.« (»Einmal ...«)

Lessings »Philosophie der Not« hingegen postuliert, daß es kein Zurück in die Unmittelbarkeit geben kann. Vom Pessimismus seiner Jugend rückt er nicht ab – Bewußtsein ist für ihn notwendigerweise aus Schmerz und Leiden entstanden – , vielmehr verschärft er ihn noch, indem er die romantische Illusion ausschließt, es könnte eine Aufhebung der Entfremdung möglich sein. Entfremdung schreibt er erkenntnistheoretisch fest, indem er Wirklichkeit (»réalité«) als bewußtseinsgebundene, notwendig geschichtliche und ideologische Sphäre scharf abgrenzt von vorbewußtem Leben (»vitalité«).

Intelligenz ist dem Leben abgewonnen, sie entsteht für ihn durch Schmerz und Not; Not könne daher Motor des Fortschritts sein. Doch gerade weil Intelligenz so schwer fällt, die Erkenntnis der eigenen Lage nur eine vermittelte sein kann, drängen sich immer wieder primitive Konstrukte (Vater-land, Religion, Geschichte) ins kollektive Denken. »Kommunismus«, schreibt er 1923, »ist nur Sache der Intelligenz. Intelligenz aber ist Unnatur. Die Menschen sind von Natur Patrioten. Darum kann man mit ihnen rechnen.«

Lessing war nicht der erste und nicht der letzte, der ein Unbehagen in der Kultur empfand und dem Weltgeist nicht das allergrößte Vertrauen entgegenbrachte, ohne deshalb Mystiker, Vitalist oder sonst ein Dummkopf zu sein. Und doch hängt ihm gerade das bis heute an: angeblich wider den heiligen Logos opponiert und dem Faschismus in die Hände gespielt, ja seine eigene Ermordung begünstigt oder gar selbst verschuldet zu haben. Es war Lessing, der die Tendenz des Täters wie des Opfers erkannte, die Schuld dem Opfer zuzuschreiben.

Als Arnold Zweig 1936 Anna Seghers einen Nachruf auf Lessing übersandte, in dem er die Frage aufwarf, ob die Nazis Lessing nicht aus Versehen ermordet hätten, dieser habe doch jenen vorgedacht, gestand er in einem Beibrief ein, daß er die Werke, auf die er abhob, ganz unzulänglich kannte. Er bat sie, ihm »Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen« zuzuschicken, da er es in Haifa nicht finden könne: »Sollte ich bei Durchsicht dieses Buches entdecken, daß Lessing nicht gegen, sondern für den Logos Stellung genommen hat, so werde ich Ihnen in den nächsten zwei Wochen eine Umarbeitung des Artikelschlusses schicken.«

Das ist, wie man von Marwedel erfahren kann, leider kein Einzelfall und setzt sich in einer Kette von Mißverständnissen fort, bis hin zu jenem, daß der Verlag Matthes & Seitz, der sonst Syberbergs Blut-und-Boden-Rehabilitation u.ä. verbreitet (vgl. KONKRET 10/1990), wichtige Schriften Lessings herausgebracht hat, weil der Verlag, wie die beigegebenen »vernunftkritischen« (und teils gröblich entstellenden) Kommentare beweisen, ihn für einen der Seinen hält.

Worauf die Blut-und-Boden-Ästhetik hinausläuft, hatte Lessing durch Klages zu spüren bekommen. Es war unter den vielen Verletzungen, die er in seinem Leben davontrug, wohl die schmerzhafteste. Und Lessing kannte jenen Apparat, der Ideologeme wie den Blut-und-Boden-Mythos fabriziert und verstärkt, von innen heraus. Von der eklen »Gefühls- und Geistes-Industrie von zwanzigtausend Schreibenden und Malenden«, für die er sein Leben lang arbeiten mußte, dieser »Klüngel- und Zunft-Wirtschaft von zweihundert Philosophen an vierzig Hochschulen« (»Dührings Haß«, 1922) fühlte er sich abgestoßen.

Es war kein Zufall, daß Lessing gerade den krassen Außenseitern wie Haarmann und Dühring einfühlsame Studien widmete. Denn so fern er ihnen stand – Haarmann war ein dumpfer Massenmörder, Dühring ein schäumender Antisemit – , er konnte sich doch, was eines betrifft, in ihnen wiederfinden: Auch er war unwiderruflich ein Ausgestoßener. »Der Ausgestoßene«, schreibt Hans von Hentig in einer originellen Untersuchung (»Der Desperado«, 1956), »steht allein in einer Welt, die von übermächtigen Naturkräften, Tieren, Feinden, ja hartherzigen Gespenstern erfüllt ist.«

Lessings hartherziges Gespenst hieß Hindenburg. Man bedenke, daß der alte Mauthner Bacons »De Idolis«, eine Schrift, der auch Lessing tief verpflichtet war, mit »Gespensterlehre« übersetzt hat. Gemeint war von Lessing nicht die Person Hindenburg, sondern das Gespenst, das Trugbild, die nationale Mythe. Sie zersetzt der »selbstanbohrende« Denker in einer für ihn typischen Weise: mit Hilfe einer Selbstanalyse. In Theodor Lessings Theater-Ästhetik ist ja der Zuschauer für die Eindrücke, die er von der Bühne der laufenden Geschichte empfängt, selber verantwortlich, er konstruiert sie selbst. Lessing geht nun daran, das Symbol »Hindenburg« in sich zu entdecken. »Ich kenne dies Antlitz und kenne sein Leben seit früher Jugend. Ich habe es oft mit Lächeln, oft mit Ehrfurcht, immer mit Rührung betrachtet.« Indem Lessing sein Kindheitsbild dieses »getreuen Eckart« und »treuen Bernhardiners« untersucht, arbeitet er den entscheidenden Punkt heraus: die entwaffnende Hohlheit des Mannes, die Leere des Symbols (daß es leer ist, heißt, es bietet sich zur Projektion an): »Wenn man gewöhnt ist, die ungeheuere Allseitigkeit und irre Buntheit des Lebens mit der Kraft wissenden Geistes zu bewältigen, dann blickt man mit der Rührung und dem Lächeln, mit dem man auf die Blume und den Vogel blickt, auch auf eine Mannesgestalt, die mit der ganzen Schönheit der Unwissenden durch Meere von Blut, durch Ströme von Galle, über Berge und Hinder-nisse kinderleicht hinwegschreitet ... Wel-cher Mensch eignete sich besser zum Fetisch, zur Statue, zum Symbol?« Der Aufsatz gipfelt in dem nur luzide zu nennenden Satz: »Leider zeigt die Geschichte, daß hinter einem Zero immer ein künftiger Nero verborgen steht.«

In Hannover, Lessings Geburtsstadt, der Stadt, die er immer gehaßt hatte und von der er doch nicht losgekommen war, druckt die Provinzpresse das im »Prager Tagblatt« (20.5.1925) veröffentlichte Hindenburg-Porträt in entstellter Form nach. Nun bricht eine Hölle gegen den an der TH lehrenden Professor los. Studenten stürmen seine Vorlesungen, belagern sein Haus, verfolgen ihn auf Schritt und Tritt, bedrohen ihn, rempeln ihn an, und, von der Professorenschaft und den Stadtoberen gedeckt, bildet sich ein »Kampfausschuß gegen Lessing«. Ein Disziplinarverfahren wird gegen ihn eingeleitet.

Zwar verhindert die Intervention des preußischen Kultusministeriums, daß ihm die Lehrerlaubnis entzogen wird. Doch nach einem Jahr der verzweifelten Gegenwehr muß er, ans Ende seiner Kräfte gekommen, die Lehrtätigkeit aufgeben. Die liberale Presse, Lessing wegen der Skandale zuvor, zuletzt seiner Berichterstattung vom Haarmann-Prozeß, nicht wohlgesonnen, hält sich vornehm zurück. Der Linken ist er, bis auf Ausnahmen, suspekt, ja, sie sieht Hindenburg von Lessing viel zu freundlich behandelt. Die Rechte führt eine auf Antisemitismen aufgebaute Schmutzkampagne gegen ihn. Auf dem Höhepunkt der Ausschreitungen schreibt Lessing: »Aber es handelt sich nicht um mich und um mein Werk. Es handelt sich um ... Symbolisches. Dies war die erste Kraftprobe des kommenden Deutschland. Jenes Deutschland, das auf den Staatsstreich hofft, auf die Militarisierung der Seelen und auf die Wiederkehr der ›großen Zeit‹. ... Ein Deutschland hoffnungsloser Verdummung; demutlosen Dünkels!« (»Massenwahn«; zit. n. Marwedel)

Es scheint, daß der Vorgang Lessing über die politische Bedeutung jener von ihm angestrengten Symbolanalysen aufklärte. Aus der Idol- wird Ideologiekritik. Nun vermag er die Geisterhand zu erkennen, die die Marionetten führt. Die Aufsätze der kommenden Jahre sind politischer, schärfer. Daß, wie er in »Der jüdische Selbsthaß« (1930) schreibt, »einzig der Klassenkampf, nie die heutige Politik der Nationalstaaten die entscheidende Lösung für das Menschengeschlecht bringen wird«, reift zur Überzeugung.

Denn selbstverständlich hat er nicht, wie einer seiner hartnäckigsten Mißversteher, der Literaturwissenschaftler Hans Mayer (z.B. »Außenseiter«, Ffm. 1975), behauptet, die Geschichtsrealität »philosophisch ignoriert«, sondern Lessing wollte zeigen, wie, zu unser aller Schaden, die »Übereinkunftslegende Geschichte« verfertigt, wie die »Illusionsfassade« aufgebaut wird und was dahinter verschwindet: die Not. Für den Haß, den er darüber hinaus gegen »Ge-schichte« und »Vaterland« hegte, gab es immer genügend Anlässe. Jedermann, der heute in Deutschland lebt, sollte ebensoviele finden.

Zu Lessings finstersten Alpträumen gehörte, daß die deutsche Geschichte – oder was sich dafür hält – das, was sie erst an den Rand spülte, in einer nachschwappenden Welle mit sich reißen könnte. 1931 schreibt er: »Ach, ich fürchte, wenn ich tot und ein Paragraph in den deutschen Lehrbüchern bin, dann gehöre ich endlich auch mit zum Inventar ›Deutsche Kultur‹, dann bin auch ich endlich ›Vaterland‹, um dessentwillen bei Lebzeiten die Leute mich und sich sinnlos gequält

haben.« Soweit ist es, dem Vaterland sei's gedankt, nie gekommen.

Hinweis: Die Lessing-Biographie von Marwedel ist, wie das Haarmann-Buch und eine Textsammlung (»Ich warf eine Flaschenpost ins Eismeer der Geschichte«, darin unter anderem das Hindenburg-Porträt), bei Luchterhand erschienen. Diverse theoretische Texte Lessings, darunter »Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen« und »Der jüdische Selbsthaß«, wie gesagt, bei Matthes & Seitz. Eine Sammlung von Aufsätzen, »Theodor Lessing. Wortmeldungen eines Unerschrockenen« (darin: »Dührings Haß«), gab 1987 Hans Stern bei Kiepenheuer, Leipzig, heraus.

Stefan Ripplinger schrieb in KONKRET 7/93 über den Linguisten und Medienkritiker Noam Chomsky

Konkret 09/93, S. 38

Georg Fülberth

Ein bißchen Tugend

Kaum haben sie die »Zivilgesellschaft« kreiert, sind sie mit ihr schon nicht mehr zufrieden: Seit knapp zwei Jahren propagieren auch hierzulande linke Intellektuelle die Botschaft der angloamerikanischen »Kommunitaristen«, die eine Antwort suchen auf die Frage, was denn die zerfallenden westlichen Gesellschaften noch zusammenhalten könnte. Der Papst, möglicherweise?

Aus der Neuen Welt

Vielleicht läßt sich, was hier zu verhandeln ist, am Beispiel von Aids erklären: Eine Gesellschaft, die allen ihren Mitgliedern das gleiche und unverkürzte Recht auf sexuelle Freizügigkeit einräumt, gilt in diesem Punkt als liberal. Partnerwahl und -zahl sowie die geübten Praktiken sind ins Belieben der einvernehmlich handelnden Individuen gestellt. Als aber die neue Krankheit kam, verband sich die bisherige Freude über das nahe Ende von Zwang und Diskriminierung (zum Beispiel der Homosexuellen) mit dem Aufruf zur Selbstzügelung. Das Wort Treue bekam bei einigen der gerade Befreiten einen neuen Klang.

Zweites Beispiel: Als vor etwa eineinhalb Jahrzehnten Konservative den »Mut zur Erziehung« forderten, stießen sie auf die Empörung derer, welche Schule und Familie als Orte der Unterdrückung kennengelernt hatten und nun dort nicht mehr Zucht und Ordnung exekutiert, sondern Emanzipation gestattet und geübt sehen wollten. Einige von ihnen sind inzwischen reuig geworden, besonders diejenigen, deren fünfundzwanzigjährige Söhne und Töchter immer noch nicht wissen, was sie machen sollen, und den freiheitlichen Eltern mit anklagendem Blick auf der Tasche liegen. Kritik trifft besonders häufig die Mütter: Haben sie sich vielleicht zu leichtfertig der eigenen Berufstätigkeit zugewandt, statt die Familie als sicheren Rückhalt für die Nachwachsenden auszugestalten? Und haben die Eltern als Dreißigjährige ihre Selbstbestimmung so weit getrieben, daß sie sich scheiden ließen, finden sie mit fünfzig, dies sei die Ursache dafür, daß die nächste Generation ihnen so wenig gefällt.

All dies hören wir neuerdings von Menschen, die früher das Gegenteil behaupteten. Sie sagen jetzt: Es genüge nicht, daß das Individuum frei sei, es müsse auch eine Orientierung haben. Doch woher nehmen und nicht stehlen? Der Staat scheidet als Stichwortgeber und Erzieher aus. Sein Ansehen ist zur Zeit besonders niedrig.

In dieser Situation erreicht uns die Botschaft der angloamerikanischen »Communitarians«. Sie erklären die »Gemeinschaften« zum Ort der Sittigung. Diese seien den Individuen vorgeordnet, die Einzelnen erfahren da, wo es langgeht. Die Frage, was »Gemeinschaft« sei, wird unterschiedlich beantwortet: Es kann sich um eine Glaubenskongregation handeln, aber auch um die Nation, und die Familie ist selbstverständlich auch nicht zu vergessen. Die universalistischen Freiheits- und Gleichheitsgarantien der Aufklärung, so erfahren wir, böten nur inhaltsleere Uniformität. In der Gemeinschaft erst werde Identität – als »Differenz« – möglich. Denkbar ist, daß ein Mensch verschiedenen Communities angehört und durch deren gut verarbeitete Pluralität seine höchst individuelle Prägung erhält. Nur: Ganz ohne geht es nicht. Die Binnenstrukturierung durch die Gemeinschaft macht aus der Gesellschaft mehr als einen Hohlraum, in dem alles erlaubt ist. Sie wird zur sinnerfüllten »Good Society«.

Die Debatte, die hierüber vor allem in den USA geführt wird, läßt sich inzwischen auch ausführlich auf Deutsch nachlesen: Im Winter 1991/92 veröffentlichte die »Frankfurter Rundschau« eine Serie zum Thema »Individualisierung und Gemeinschaft«, die inzwischen – um einige Beiträge ergänzt – auch als Buch erschienen ist. Seit Frühjahr 1992 folgten dann die »Blätter für deutsche und internationale Politik« mit mehreren Aufsätzen zum gleichen Thema. Im Mai desselben Jahres veranstaltete das Gründungssekretariat der Frankfurter Akademie der Wissenschaft und Künste, unterstützt von der Stadträtin Linda Reisch, einen Kongreß über »Gemeinschaft und Gerechtigkeit«. Die Rohfassungen der Vorträge, die dort gehalten wurden, veröffentlichte 1993 der Fischer Taschenbuch Verlag. 1992 kam die deutsche Übersetzung des Buches »Sphären der Gerechtigkeit« von Michael Walzer heraus. Der Verfasser ist in der BRD gegenwärtig wahrscheinlich der bekannteste US-amerikanische »Communitarian«. Im Winter 1992/93 widmete die Zeitschrift »Transit« ihr Heft 5 dem Thema »Gute Gesellschaft«.

Ganz offensichtlich ist hier transatlantischer Zeitgeist am Werk. Allerdings bewahrheitet sich die Botschaft von der Differenz auch dadurch, daß die neue Lehre in den verschiedenen kapitalistischen Ländern nicht auf gleichmacherische Art und Weise angewandt werden kann, sondern den jeweiligen Sitten und Gebräuchen anzupassen ist.

Die US-amerikanische Diskussion setzt die reiche Organisationswelt der dortigen ethnischen und religiösen Communities voraus. Deutschland dagegen hat eine teils staatskirchliche, teils ultramontane Tradition. Immigranten bleiben »Ausländer« oder werden unter Assimilations-Druck gestellt, haben also keine Chance, zugleich ihre soziokulturelle Identität beizubehalten und deutsche Staatsbürger zu sein. Es erweist sich überdies als schwierig, ein angemessenes Pendant zum englischen Wort »community« zu finden. »Gemeinschaft« wird leicht mit »Volksgemeinschaft«, »Betriebsgemeinschaft« und »Hausgemeinschaft« assoziiert. Diese Termini aber sind gerade bei der politischen Generation diskreditiert, deren

intellektuelle Wortführer sich jetzt teilweise für den »Kommunitarismus« interessieren. Sie sind ihrem Selbstverständnis nach ja nicht Rechte, sondern verstehen sich zumeist als links und verdolmetschen diese Richtungsangabe mittlerweile immer mehr durch das Adjektiv »liberal«. Der faschistische Gemeinschafts-Begriff bleibt für sie tabu. Zu ihren Schwierigkeiten gehört ohnehin, daß einige der Duftmarken, die sie jetzt so neugierig beriechen, längst von den Konservativen gesetzt wurden. »Geistig-moralische Wende«: Diese Kohl-Parole soll es gerade nicht sein, aber es fällt nicht immer leicht, den Unterschied klarzumachen. Auch ein Rückgriff auf den Soziologen Ferdinand Tönnies (1855-1936) und sein Werk »Gemeinschaft und Gesellschaft« von 1887 hilft wenig. Er war zwar persönlich ein Antifaschist und trat am Ende der Weimarer Republik der SPD bei, weil er die NSDAP bekämpfen wollte, aber die Nazis haben sich dann doch aus seiner Schrift bedient.

In den USA gibt es dieses Dilemma nicht. Dort wird die Debatte über »Gemeinschaft« zwischen Liberalen und Kommunitariern zugleich engagiert und entspannt geführt, denn keine der beiden Richtungen muß fürchten, in eine diskreditierte Nachbarschaft zu geraten. Die für deutsche Leser auffällige Höflichkeit des Diskurses ergibt sich wohl nicht nur aus angelsächsischer Tradition, sondern beruht auch darauf, daß man sich an einen gemeinsamen, als zivilisiert geltenden Adressaten wendet: die Massenschicht des akademisch ausgebildeten Mittelstandes, dem die »Communitarians« die Yuppie-Existenz als Abweichung von ihrem Ideal darstellen. Große soziale Schäden werden von ihr dann wahrgenommen, wenn sie ihr eigenes Wohlbefinden tangieren. Das Autorenteam des Buches »The Good Society« z.B. führt in sein Thema mit der Bemerkung ein, der Anblick von Obdachlosen könne einem den Einkaufsbummel verleiden. Eine Feministin, Susan M. Okin, die als Mittelweg zwischen abstrakter Gleichheit und von ihr befürchteter gemeinschaftlicher Dumpfheit einen »humanistischen Liberalismus« vorschlägt, demonstriert in »Transit« eine der Ungerechtigkeiten, die dabei zu beseitigen seien, am Beispiel »der kleinen, hochbezahlten Elite der Frauen, die als Rechtsanwältinnen in den angesehensten Rechtsanwaltskanzleien der Vereinigten Staaten arbeiten. Wenn diese Frauen Mütter werden und Zeit mit ihren Kindern verbringen, gleich wieviel, finden sie sich außerhalb der Laufbahn als Firmenteilhaberin wieder und statt dessen ohne Aussicht auf berufliches Fortkommen in der ›Mutti-Laufbahn‹.« Das wird verstanden.

In der Bundesrepublik ist der konsumfreudige Citoyen zwar bereits vor einigen Jahren als politisches Subjekt vorgestellt worden, er hat es aber noch nicht richtig geschafft, sich zum Spiegel der ganzen Gesellschaft zu machen. Die aktuelle Abdankung der Toscana-Fraktion in der SPD zeigt, daß er immer noch eher als Parvenu denn als moralische Instanz aufgefaßt wird.

Das »Gemeinschafts«-Thema hat also in Deutschland ein dreifaches Handicap. Erstens: Konkrete Community-Erfahrungen fehlen entweder ganz, oder sie sind von anderer Art als diejenigen, welche der anglo-amerikanischen Diskussion zugrundeliegen. Zweitens: Der neue Gemeinschaftsbegriff hat einen blamierten Vorgänger. Drittens: Die intellektuelle Schicht, in welcher seine moderne Version gegenwärtig propagiert wird, ist weniger selbstbewußt, als man es vor ein paar Jahren noch hätte annehmen können.

Immerhin versucht der in der BRD bislang nur akademisch angekommene Kommunitarismus-Diskurs, auf ein praktisches Erfordernis zu reagieren. Das Lektorat des Fischer Taschenbuch Verlags hat es in einer Bemerkung auf dem Vorsatzblatt des Bandes »Gemeinschaft und Gerechtigkeit« schlagend formuliert: »Die Verdrossenheit an der Politik und die Vereinzelung des Menschen provozieren die Frage danach, was eine Gesellschaft überhaupt zusammenhält.« Ja, was wohl?

Eine lange Geschichte

Folgende Weisheit muß unbedingt noch möglichst oft wiederholt werden, bevor sich, wegen anderer Sorgen, kein Mensch mehr dafür interessiert: Gesellschaften, in denen industrielle Massengüter hergestellt und verbraucht werden, haben deren Erzeugung und Verteilung bislang erfolgreicher mit Hilfe von Märkten und auf der Basis des Privateigentums organisieren können als durch gesellschaftliches Eigentum und Plan. Ihre Produkte sind billiger und begehrter und gelten deshalb auch als besser – dies ist gegenwärtig das allgemeine Effektivitäts-Kriterium. (Über ein anderes können wir uns später mal wieder Gedanken machen – heute wird gefeiert.) Dies Resultat wird nicht nur Marxisten betrüben, sondern alle, die wissen, daß die Geschichte des Kapitalismus zugleich die Geschichte seiner Verbrechen gewesen ist. Der Markt, so könnten sie sich vielleicht trösten, ist wie das Feuer: Es ist unentbehrlich, eine Grundlage der Zivilisation, doch es darf nur kontrolliert angewandt werden. Überläßt man es sich selbst, dann verbrennt es Menschen und Häuser.

Dem scheint die Lehre des Stammvaters der bürgerlichen Ökonomie, Adam Smith, zu widersprechen: Lasse man die Individuen nur ungehindert ihren eigenen Interessen nachgehen, dann stelle sich völlig gewaltfrei eine Art natürliches Gleichgewicht her. Der Markt, lange Zeit allenfalls ein subalterner Teilbereich, wurde bei ihm zum Regulator, durch den das individuelle Gewinnstreben schließlich das gemeinsame Beste erzeuge, als walte eine unsichtbare Hand. Allerdings ist das nur der halbe Adam Smith, nämlich der Verfasser des 1776 erstmals erschienenen Buches »An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations«. Hauptberuflich war er nicht Ökonom, sondern Philosoph, und da las man es bei ihm ein wenig anders. In seiner »Theory of Moral Sentiments«, 1759, schrieb er, daß das Individuum, das sich in der späteren

Schrift so ungeniert und scheinbar skrupellos auf dem Markt tummeln durfte, zugleich eine von ethischen Prinzipien geleitete Person sei. Der Widerspruch, auf dem wir den Denker ertappt zu haben meinen, ist in Wirklichkeit wohl keiner. Bei ihm war der Markt eben kein subjektloses System, sondern bevölkert von humanistisch gesinnten Individuen, und weil diese so beschaffen waren, war die Selbstsucht, die sie dort betätigten, nichts abgrundtief Schlechtes. Und umgekehrt war der universelle Tausch die Voraussetzung dafür, daß diese so glücklich inspirierte Menschennatur sich betätigen konnte, ohne vor lauter Altruismus Schaden zu nehmen. Smith' Kollegen, die Philosophen der Aufklärung, fanden noch andere Einrichtungen der äußeren Welt, in denen die Vernunft sich Instrumente ihres Wirkens schuf, zum Beispiel den Gesellschaftsvertrag.

Im selben Jahr 1776, in dem das Buch über den »Wohlstand der Nationen« erschien, formulierten die »Dreizehn Vereinigten Staaten von Amerika« ihre Unabhängigkeitserklärung. Auch dort ist das seinen Vorteil suchende Individuum die Säule der Gesellschaft. Zu seinen unveräußerlichen Rechten gehören Leben, Freiheit und »the Pursuit of Happiness«. Wiederum fehlt jeder Gedanke daran, daß die Entfesselung der vielen Einzelnen zur Sprengung ihres Zusammenlebens führen könnte. Kein Wunder, denn so ganz ungebunden sind sie nicht: Sie stehen unter Naturrecht und Göttlichem Recht, und es war eine allerhöchste Instanz, nämlich »their Creator«, die sie mit ihren »unalienable Rights« ausstattete. Das verpflichtet. Tatsächlich hat ihre calvinistische Höllenangst nicht nur ihre Habgier angestachelt und den massenhaften Mord und Landraub an den Indianern legitimiert, sondern ihnen auch feste Pflichten nicht gerade gegenüber der ganzen Menschheit, wohl aber gegenüber denen, die sie als ihre Brüder und Schwestern anerkannten, auferlegt. Eine ganz andere Frage war, ob auch eine Ethik als möglich gedacht werden konnte, die auf solche äußere Inspiration (Gott) und Stütze (Gewinn auf dem Markt) verzichten mußte und ausschließlich im individuellen Gewissen oder in einer wissenschaftlichen Herleitung ihrer Maximen fundiert war – eine Position, wie sie wenige Jahre später vielleicht nur im vorkapitalistischen und absolutistischen Deutschland durch Kant formuliert werden konnte.

Alle diese Denk-Übungen entsprachen einer Zwischenperiode in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Der Kapitalismus hatte seine Gründungsverbrechen hinter sich, zu welchen nicht nur die Ruinierung der britischen Bauern, sondern auch die koloniale Expansion gehörten. Die zweite Welle der Brutalität aber hatte selbst in England gerade mal erst begonnen, und ihre verheerenden Auswirkungen waren noch nicht voll sichtbar geworden: die Industrielle Revolution. In deren Fortgang aber wandten sich die Ruinierungskräfte des Kapitalismus gegen immer größere Menschenmassen. Man kam nicht um die Erkenntnis herum, daß der Markt als alleinige Form von Vergesellschaftung nicht ausreichte, ja, daß er diese Funktion nur erfüllte (genauer: seine zerstörerischen Wirkungen dann etwas eingedämmt werden konnten), wenn zusätzliche Maßnahmen ergriffen wurden. Sonst waren individuelle Moral und Gesellschaftsvertrag für die Katz. Die gängige Antwort auf diese Herausforderung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts lautete: Expansion. Gelinge es, die Arbeitsproduktivität zu steigern und die ständig wachsende Waren-Menge nicht nur auf dem Binnenmarkt (»Fordismus«), sondern weltweit abzusetzen, dann könnten alle etwas abhaben. In den USA wurde die sozialstaatliche Komponente zunächst relativ kleingehalten. Dann, seit dem zweiten Roosevelt, gewann sie auch dort an Gewicht, bis hin zu Lyndon B. Johnson, der eben nicht nur den Vietnam-Krieg eskalierte, sondern auch die Parole von der »Great Society« in seine Regierungs-Programmatik schreiben ließ: Wohlstand und Gerechtigkeit für alle bei ständiger Ausdehnung der zu nutzenden materiellen Ressourcen.

Die »konservative Revolution«, 1979 von Margaret Thatcher und 1981 von Ronald Reagan ausgerufen, wurde von diesen als säkulare Wende verstanden: Außenwirtschaftliche Expansion hat in den vergangenen Jahrzehnten ihre wichtigste Grenze keineswegs in der Existenz des Ostblocks gefunden. Im Gegenteil: Als der am vitalsten gewesen ist, florierte auch der Fordismus. Jetzt, da keine Mauer im Osten mehr steht, ist nicht zu übersehen, daß es die Konkurrenz der Industrienationen selbst ist, die zu Restriktionen führen kann: Was die eine gewinnt, verliert die andere. Senkung der Lohnstückkosten und der Lohnnebenkosten wird deshalb als ein notwendiges Mittel der Sicherung von Industriestandorten proklamiert. Deshalb müsse der Sozialstaat reduziert (»umgebaut«) und nach Möglichkeit völlig durch Angebot und Nachfrage ersetzt werden. Frau Thatcher deklamierte, es gebe überhaupt keine Gesellschaft, alle seien nur Individuen, und die jungen Männer in Reagans Stäben trugen Adam-Smith-Schlipse.

Nach eineinhalb Jahrzehnten wirtschaftspolitischer konservativer Revolution werden aber in den USA und Großbritannien neu-alte Nachteile sichtbar, zum Beispiel der Verfall von Infrastruktur, sich ausweitende Armut, finanzielles Klammwerden derer, die von ihrer eigenen Arbeit leben. Schon spottet der alte John Kenneth Galbraith, nicht Saddam Hussein sei eine Gefahr für die Vereinigten Staaten, sondern der Zustand ihrer Straßen und Brücken. Falls er damit auf eine Neuauflage des Keynesianismus spekuliert, hat er sich geschnitten: Schon die Lage der öffentlichen Haushalte, so wird argumentiert, lasse das nicht zu.

Moral ist billiger. Eine Neubelebung von substaatlichen Gemeinschaften, welche die inneren Werte stützen und pflegen, bietet sich an. »Kommunitarismus« ist die Nachsorge zum Marktradikalismus. Am elegantesten geht Michael Walzer vor: Wenn alle das Gleiche wollen – zum Beispiel Geld – , wird es knapp. Falls dabei einer alles kriegt, ist dies totalitär. Besser wäre es, die Gesellschaft gliederte sich in disparate »Sphären der Gerechtigkeit«, in denen und für welche von verschiedenen Menschengruppen jeweils anderes begehrt und verteilt wird: z.B. Macht, Kapital, Ansehen, göttliche Gnade.

Dann kommt man sich nicht ins Gehege. Walzer kritisiert die moralphilosophische Summe des US-amerikanischen Liberalismus, welche John Rawls 1971 in seinem Buch »A Theory of Justice« gezogen hatte. Dort war noch einmal dargelegt worden, Gesellschaft beruhe auf dem Vertrag der autonomen Individuen, die, da sie vernünftig sind, sich auf egalitäre Verteilung der von ihnen allen gleichermaßen angestrebten Güter einigten. Walzer setzt dagegen, die Frage, was wünschenswert sei, werde durch die Zugehörigkeit der Individuen zu verschiedenartigen Wertegemeinschaften schon beantwortet, bevor der (oder die) je einzelne sie sich und anderen stellen könne. Nicht alles schicke sich für alle. Der Gesellschaftsvertrag sei nicht von Individuen abgeschlossen, sondern von Community-Mitgliedern. Er wirke nur, »indem er eine Union, eine Gemeinsamkeit herstellt, die, alle Interessenunterschiede überwindend, ihre Stärke aus Geschichte, Kultur, Religion, Sprache usw. bezieht«. So wird definiert, wer dazugehört und wer draußenbleiben muß. Tatsächlich versucht Walzer, Regeln für den Zuzug und die Abweisung von Fremden aufzustellen. In der deutschen Zeitschrift »Kommune« können wir dann – unter ausdrücklichem Bezug auf den Kommunitarismus – bei deren Autor Peter Lohauß eine Nutzanwendung für hiesige Verhältnisse nachlesen: »Es ist weder Nationalismus noch Rassismus, wenn die Frage aufgeworfen wird, welche Art von Gemeinschaft Deutschland sein kann, wie die in Deutschland erarbeiteten Einkommen verteilt werden und wer legitimiert ist, daran zu partizipieren, ohne selbst zu arbeiten. Im Kern geht diese Debatte um das gemeinschaftliche Gut, das wir erreichen wollen.«

Hier wird politischer Klartext geredet. Dies ist aber nicht immer der Fall. Häufig erscheint das Kommunitarismus-Thema nur innerhalb eines philosophischen Fach-Diskurses. Beläßt man es dort, wird es aber keineswegs unpolitisch. Der von Walzer kritisierte John Rawls bezieht sich stark auf Kant. Nach 1989 konnte man zuweilen lesen, Marx habe verloren, der Philosoph aus Königsberg aber gewonnen: Schluß mit der Klassenmoral, statt dessen Rückbesinnung auf eine Ethik, die ausschließlich auf die Kraft der Vernunft gegründet ist. Jetzt erfahren wir, sie reiche keinesfalls aus, sondern brauche eine außer-rationale Begründung. Es handelt sich also um eine Rücknahme der Aufklärung, und das ist auf lange Sicht wahrscheinlich politisch folgenreicher als die aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Nutzanwendungen.

Vom Schmidtchen zum Schmidt

In den bürgerlichen Gerechtigkeits-Diskursen der vergangenen beiden Jahrzehnte ist Aristoteles vielleicht der meisterwähnte Philosoph. Eine Kritikerin der Differenz-Theorien, Martha C. Nussbaum, hat darauf hingewiesen, daß der alte Grieche dabei häufig nicht im Original genommen wird, sondern bereits in seiner thomistischen, also hochmittelalterlichen Umformung. Die katholische Soziallehre redet auch heute gerne mit. In seiner Enzyklika Centesimus Annus, »gegeben zu Rom, bei St. Peter, am 1. Mai – Gedächtnis des hl. Josef des Arbeiters – 1991, im dreizehnten Jahr meines Pontifikates«, spricht der Papst: »Man kann den Menschen nicht einseitig von der Wirtschaft her begreifen und auch nicht auf Grund der bloßen Zugehörigkeit zu einer Klasse. Der Mensch wird am umfassendsten dann erfaßt, wenn er im Kontext seiner Kultur gesehen wird, das heißt, wie er sich durch die Sprache, die eigene Geschichte und durch die Grundhaltungen in den entscheidenden Ereignissen des Lebens, in der Geburt, in der Liebe, im Tod, darstellt. Im Mittelpunkt jeder Kultur steht die Haltung, die der Mensch dem größten Geheimnis gegenüber einnimmt: dem Geheimnis Gottes. Die Kulturen der einzelnen Nationen sind im Grunde nur verschiedene Weisen, sich der Frage nach dem Sinn der eigenen Existenz zu stellen; wird diese Frage ausgeklammert, entarten die Kultur und die Moral der Völker. Deshalb hat sich der Kampf für die Verteidigung der Rechte der Arbeit spontan mit dem Kampf für die Kultur und die Rechte der Nation verbunden.«

So. Jetzt sollen die Liberalen mal kommen. Und die weltlichen Gemeinschaftsfreunde können sich überlegen, ob sie das schöner und fundierter hätten sagen können. Zbigniew Brzezinski jedenfalls hat sich entschieden. In einem neuen Buch (»Out of Control«) gibt er bekannt, nach dem Ende des Kalten Kriegs und des Amerikanischen Traums sei die Welt aus den Fugen, und nur der Heilige Vater könne sie noch einrenken. Der »Corriere della Sera« titelte aus diesem Anlaß: »Non ci resta che il Papa«.

Das Erbe des Alten und Neuen Testaments und seiner vielen Verzweigungen scheint den Verbreitungsbereich des »Kommunitarismus« ziemlich genau zu bestimmen. Es ist aber nicht auszuschließen, daß die Erfolgsgeschichte der wertgeleiteten Islamischen Republiken den einen oder anderen fixen Denker im Abendland erst auf den Geschmack gebracht hat, und sei es auch nur, um einer drohenden Gefahr etwas Eigenes entgegenzusetzen.

Der Heilige Vater nimmt im übrigen durchaus zur Kenntnis, was die protestantischen, jüdischen und freigeistigen Gelehrten reden und schreiben. So berichtet – im Sammelband mit den Beiträgen aus der »Frankfurter Rundschau« – der Politologe Otto Kallscheuer, welcher inzwischen André Gorz links liegen gelassen hat und sich statt dessen mit Kommunitarismus befaßt: »Das in Wien ansässige Institut für die Wissenschaften vom Menschen hat seit einigen Jahren die Ergebnisse der sog. ›Castelgandolfo-Gespräche‹ veröffentlicht, das sind Kongresse, auf denen eine Creme internationaler Sozialwissenschaftler im Beisein des polnischen Papstes zu Fragen von Gesellschaftstheorie und Grenzfragen der Politik konferiert.« Einige der Arbeiten von Charles Taylor, eines der bekannteren Kommunitarier, seien dort erschienen. Das »Institut für die Wissenschaften vom Menschen« gibt auch »Transit«, ediert im Verlag Neue Kritik

(Frankfurt/Main), heraus. Taylor gehört seinem Wissenschaftlichen Beirat an, Kallscheuer ist dort »Visiting Fellow«. Ihm verdanken wir auch den Hinweis auf einen anderen hochgestellten Interessenten: Als im November 1991 auf dem Capitol Hill eine »kommunitaristische Plattform« bei einem »Teach in« vorgestellt wurde, sei der spätere Vizepräsident Al Gore »zugegen« gewesen.

Es kann also auf Anklang bei den Großen dieser Welt gehofft werden. Einige Sympathisanten der neuen Lehre haben offensichtlich stark auf Clinton gesetzt. Seine Wahlkampf-Reden klangen zuweilen »kommunitarisch«, und seine Praxis ist es ebenfalls: Die Gemeinschaft ist die Nation, die sich auf sich selbst besinnt, also sich selbst, wie gehabt, die Nächste ist, gegen den Rest der Welt.

In der Industriepolitik der USA könnte vielleicht die sogenannte japanische Herausforderung ein Anlaß sein, »kommunitarisch« zu denken. Wenn angeblich jetzt der Fordismus durch den »Toyotismus« ersetzt wird, dann bedeutet das noch lange nicht, daß in den Vereinigten Staaten ein japanischer Kult eingeführt wird. Die Besinnung auf die zumeist religiös definierten Gemeinschaftsbildungen der Gründungszeit, deren nachwirkende Vitalität noch Tocqueville konstatiert hat, liegt näher. Eine säkularisierte Form wäre dann vielleicht die »corporate identity«, in anderen Ländern wird man andere ideologische Ladenhüter haben, um solche neuen Sozialtechniken zu flankieren – falls das überhaupt nötig ist.

In Deutschland wäre zwar die Betriebsgemeinschaft eine gute Analogie, doch ist es um diese – selbst wenn man die historische Belastung beiseite läßt – zur Zeit schlecht bestellt. Der Blick in nahezu jede Lokalzeitung findet Meldungen über Stillegungen, Entlassungen, Standortverlagerungen. Das gemeinsame Gut in der Nähe, um das man sich scharen könnte, wird kleiner. Kiez und Landschaft, seit einiger Zeit wieder populär, reichen als Kompensation nicht aus, trotz Biedenkopfs Kult der Sachsenfahne.

So ist die Volksgemeinschaft letztlich doch unverzichtbar, jetzt allerdings in einer nichtfaschistischen Variante. Ludwig Erhards Konzept der »Formierten Gesellschaft« wird aktualisiert in jenem »Manifest«, in dem einige ausgewiesene Raffzähne bekunden, sie hätten die Raffgesellschaft satt. Einer seiner Autoren ließ es sich nicht nehmen, dieselben Thesen noch einmal vorzutragen: Helmut Schmidt in dem Buch »Handeln für Deutschland«, in dem er nicht nur den Nationalisten und Ökonomen markiert, sondern, nicht zum ersten Mal, auch protestantische Strenge spüren läßt. Er empfiehlt eine einvernehmliche, von den Sozialpartnern, dem Staat und allen einzelnen akzeptierte Rückführung der Einkommen auf den Stand des Jahres 1990 und ein längeres Verharren dort. Die Familien sollten einmal in der Woche aufs Fernsehen verzichten und statt dessen miteinander reden und spielen. »Brücken und Bahnhöfe sind öffentliches Eigentum aller Bürger, nicht Freiflächen für Schmierereien mittels Sprühdosen.« Das ist Ethik.

Manche werde meinen, an den gegenwärtigen Debatten und Vorschlägen sehe man, wie schlecht jetzt der Kapitalismus drauf sei: Allerlei Brimborium werde erfunden, um ihm jene innere Rechtfertigung und jenen moralischen Zusammenhang zu geben, die im Kampf gegen den Kommunismus zeitweilig fast selbstverständlich gewesen seien. Vielleicht wird gerade umgekehrt ein Schuh daraus. Die verhältnismäßige Milde der Mittelchen, welche vorgeschlagen werden, zeigt, wie wenig gegenwärtig vonnöten ist, um den Legitimationszweck zu erfüllen. Der Tugend-Appell wirkt, weil er auch einen Beitrag zur Inneren Sicherheit verspricht. Nicht der Anblick von homeless people beunruhigt, sondern das Risiko, daß die Handtasche weg ist. Wenn der Philosoph sich abends nicht mehr auf die Straße traut, das Bundeskriminalamt einen schlechten Eindruck macht und die Polizei als überfordert gilt, muß der Bergedorfer Gesprächskreis ran. Allzu wissenschaftlich darf es dabei allerdings nicht zugehen. Es könnte sich nämlich herausstellen, daß die sogenannten moralischen Grundlagen kapitalistischer Gesellschaften nur dann garantiert sind, wenn ihre Abwesenheit nicht weiter auffällt. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß diese Produktionsweise die »Moral Sentiments«, welche für Adam Smith selbstverständlich waren, inzwischen so gründlich beseitigt hat, daß ein Rückgriff auf sie nicht nur ins Leere geht, sondern, da bloß Aberglauben zutagefördernd, alles noch schlimmer macht.

Literatur:

Shlomo Avineri und Avner de-Shalit (Hrsg.): Communitarism and Individualism. New York, Oxford University Press 1992

Robert N. Bellah, Richard Madsen, William M. Sullivan, Ann Swidler, Steven M. Tipton: The Good Society. New York, Vintage Books 1992

Brzezinski, Zbigniew K.: Out of Control. Global Turmoil on the Eve of the 21st Century. Scribner Book 1993

Micha Brumlik und Hauke Brunkhorst (Hrsg.): Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Frankfurt/M., Fischer Taschenbuch Verlag 1993

Enzyklika Centesimus Annus Seiner Heiligkeit Papst Johannes Paul II. an die verehrten Mitbrüder im Bischofsamt, den Klerus, die Ordensleute, die Gläubigen der katholischen Kirche und alle Menschen guten Willens zum hundertsten

Jahrestag von Rerum Novarum. 1. Mai 1991. Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 101. Herausgeber: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn

Axel Honneth (Hrsg.): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Frankfurt/Main – New York, Campus Verlag 1993

Peter Lohauß: Great Society? Good Society! In: Kommune 5/1993, S. 9-13; 6/1993, S. 33 f. und S. 43-45

Helmut Schmidt: Handeln für Deutschland. Wege aus der Krise. Berlin, Rowohlt 1993

Transit. Europäische Revue. Heft 5, Winter 1992/93: Gute Gesellschaft

Michael Walzer: Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit. Frankfurt/Main – New York, Campus Verlag 1992

Zahlmann, Christel (Hrsg.): Kommunitarismus in der Diskussion. Eine streitbare Einführung. Berlin, Rotbuch Verlag 1992

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 7/93 über die Bundesrepublik im Frühsommer ‘93

Konkret 09/93, S. 43

Günter Grau

»Dies ist ein schwules Ei«

Schwule kommen aus den Schlagzeilen nicht raus. Erst die Homo-Ehe, dann der Homo-Paragraph und jetzt das Homo-Gen. Lieferten in den ersten beiden Fällen bornierte Politiker den Medien die Schlagzeilen, so im letzteren bornierte Wissenschaftler

Mit der klotzigen Behauptung »Gen für die Veranlagung zur Homosexualität entdeckt« fanden jüngste Spekulationen aus der Homosexualitätsforschung eine ungeteilte öffentliche Aufmerksamkeit. Im Fachblatt »Science« hatte der Molekularbiologe Dean Hamer vom US-Krebsforschungsinstitut bei Washington Hypothesen über die Ursache der Homosexualität veröffentlicht. Im Endabschnitt Xq 28 des Geschlechtschromosoms X liege ein Gen, das als Träger einer homosexuellen Erbanlage angesehen werden müsse. Also falle schon im Eileiter der Mutter die Entscheidung: Dies ist ein schwules Ei. Und für das Kind stehe damit fest, daß es sich unausweichlich zum Homosexuellen entwickeln würde. Derart weitreichende Schlußfolgerungen meint der Biologe ziehen zu können. Er hatte die Verwandtschaft von Homosexuellen Männern untersucht, insgesamt waren es allerdings nur 76 Schwule. Unter den Brüdern der Mutter bzw. den Vettern mütterlicherseits will er eine Häufung von Homosexuellen gefunden haben. Die Veranlagung zur Homosexualität würde also von den Müttern auf die Söhne vererbt, insofern müsse der Verursacher auf jenem Chromosom gesucht werden, das von der Mutter vererbt wird: eben dem X-Chromosom.

Hamers Anspruch, das Rätsel der mann-männlichen Liebe – für die lesbische Liebe hat der Gensucher noch keinen entsprechenden Chromosomenbereich geortet – lösen zu können, findet in den USA und in Europa großen Anklang. Massenmedien haben zu seiner raschen Verbreitung beigetragen. Und sie schrecken dabei vor nichts zurück. Noch geradezu harmlos ist ihr Gefasel vom »Triumph der Biologie«, schon weit gefährlicher die Erwägung über ein »Mehr an Toleranz« für Homosexuelle. Angesichts der wackligen Fundamente, auf denen die Spekulationen vom Homo-Gen aufbauen – die Mutmaßungen tragen vorläufigen Charakter, sie sind unpräzis und methodisch überhaupt nicht überprüfbar – , ist ein solches Vorgehen verantwortungslos. Ein Blick in die Geschichte des nunmehr über ein Jahrhundert andauernden Streits über die Frage, ob Homosexualität angeboren oder erworben ist, lehrt uns allerdings, daß das Interesse der Medien an Ergebnissen der Ursachenforschung zur Homosexualität stets die allgemeine Auffassung reflektierte, der Homosexualität liege eine Störung zugrunde, die von der Wissenschaft zu isolieren sei. Hamers Annahme, Schwulsein beruhe auf einer kontraproduktiven genetischen Veranlagung, paßt perfekt in diesen Deutungszusammenhang. Das erklärt – zu einem Teil zumindest – die große Resonanz in der Öffentlichkeit.

Zugleich ist die These vom Homo-Gen so herrlich einfach. Sie leuchtet jedermann ein, und sie verspricht die Lösung von bisher nicht lösbaren Problemen. Kein Wunder, daß sie von Schwulenaktivisten in den USA geradezu enthusiastisch aufgenommen wurde. »Bio-Schwule« hätten mehr Chancen als »Wahlschwule« auf Anerkennung ihnen zustehender Bürgerrechte, das sei – so will es zumindest der »Spiegel« gehört haben – die Meinung der Schwulen-Lobby in Washington. Sollte den Jungs nicht schon die Debatte der Bigotten über die Situation von Schwulen in der US-Army die Augen geöffnet haben, werden ihnen spätestens Aktionen der allgegenwärtigen Sittenvereine deutlich zu verstehen geben, daß sie sich mit diesen und anderen optimistischen Ausdeutungen der Theorie vom Homo-Gen schlicht auf dem Holzweg befinden. Freilich: Auch Horror-Visionen, die meinen, vor einer neuen Schwulenhatz oder den Gefahren möglicher genetischer Manipulationen warnen zu müssen, sind unangebracht. Sie überschätzen, was derartige Theoriekonstrukte zu leisten vermögen.

Wirklich neu sind die Forschungen von Hamer nicht. Ursachenforschung in der von ihm eingeschlagenen Richtung wird seit Beginn dieses Jahrhunderts betrieben und zwar stets mit dem Anspruch, man stünde kurz vor der entscheidenden Lösung. Alle erwiesen sich als Scheinlösungen. Im Jahre 1916 beschäftigte der Berliner Genetiker Richard Goldschmidt die Öffentlichkeit. Aufgrund von vergleichenden Studien zum Erbgang bei Schmetterlingen glaubte er sich zum Analogieschluß berechtigt, daß homosexuelle Männer genetisch eigentlich weiblich seien, und ordnete ihnen deshalb willkürlich zwei X-Chromosomen zu. 15 Jahre später mußte er seine Annahme als Irrtum zurücknehmen. Das freilich hinderte den Psychiater Theo Lang nicht, 1936 diese Spekulation erneut aufzunehmen. In aufwendigen genealogischen Studien suchte er nach genetischen Gesetzmäßigkeiten im Geschlechterverhältnis von Geschwisterschaften homosexueller Männer. Zugleich forschte sein Kollege, der Psychiater Kurt Lemke, über die genetische Belastung von »Sippen« Homosexueller. Zunächst gefördert im Rahmen der nationalsozialistischen Antihomosexuellenpolitik, verloren die Nazis das Interesse, als sich herausstelle, daß sich die Annahmen nicht bestätigten und somit nicht in Dienst der von ihnen propagierten Ausmerzungspolitik der Homosexualität nehmen ließen. Ihre Aufmerksamkeit galt endokrinologischen Ausdeutungen der Homosexualität, die sie in Experimenten an schwulen KZ-Häftlingen erprobten. Erfolglos, aber durch den Eingriff wurden die Opfer schwer verstümmelt. Im Jahre 1952 erregte der Deutsch-Amerikaner Franz Kalmann Aufsehen. Aus Vergleichsuntersuchungen an eineiigen und zweieiigen Zwillingen glaubte er, auf eine genetische Anlage der Homosexualität schließen zu können. Auch diese Spekulationen hielten einer kritischen Überprüfung nicht stand.

Gefährlich sind – wie allein das Beispiel der KZ-Experimente zeigt – alle diese Konstrukte, gefährlich durch das sie charakterisierende somatische Denken. Es dominiert immer dann – darauf hat erst unlängst der Frankfurter Arzt und Sexuologe Volkmar Sigusch hingewiesen – , »wenn die sozialen und politischen Probleme überhand nahmen. Dann grassierte, wie in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg und am Ende der Weimarer Republik, eine Verrücktheit wie Gesellschafts-Biologie, die sich unverschämterweise selbst so nannte. Verschwistert mit Sozial-, Rassen- und Psychohygiene versprach sie auf die soziale und auf die sexuelle Frage anhand naturwissenschaftlicher Kenntnisse eine abschließende biologische Antwort zu geben.«

Trotz aller Mißerfolge scheint der Drang, den Ursachen der Homosexualität auf die Spur zu kommen, unstillbar zu sein. Zu den Hunderten von Artikeln werden Hunderte neue hinzukommen. Und alle werden mit dem Anspruch auftreten, nun endlich die entscheidende Entdeckung präsentieren zu können. Dem naiven Beobachter mag nach all den Fehlschlägen die erneute Beschäftigung mit dieser Frage nicht sinnvoll erscheinen. Sie ist es auch nicht. Alle Spekulationen über die Ursachen der Homosexualität, egal ob sie nun in genetischen, endokrinologischen, physiologischen oder sonstigen Faktoren gesehen werden, garantieren nicht, was aus politischen Gründen unerläßlich und geboten ist: die volle Gewährung von Menschenrechten für eine Minderheit. Zurückzuweisen ist jeder Versuch, dazu Argumente aus der Ursachenforschung der Homosexualität heranziehen zu wollen. Nützlich erscheint es, sich in diesem Zusammenhang einer Erkenntnis des leider viel zu früh verstorbenen Psychoanalytikers Fritz Morgenthaler zu erinnern. Er erkannte, »daß die Schwierigkeit mit der Homosexualität schließlich darin liegt, daß das einzig Spezifische an ihr sexuell zu sein scheint. Das Sexuelle ist nicht weiter teilbar. Es ist eine Entscheidung des Lebenden. Mit der Heterosexualität ist es nicht anders, nur fällt dort die Schwierigkeit weg, weil man gar nicht auf den Gedanken käme, von der Heterosexualität zu sprechen, gäbe es nicht die Homosexualität.«

Günter Grau ist Sexualwissenschaftler. Er veröffentlichte kürzlich den Dokumentenband »Homosexualität in der NS-Zeit« (S. Fischer Verlag, Frankfurt)

Konkret 09/93, S. 44

Manfred Dahlmann

Unerlaubte Töne?
Fetisch Politik

»Allgemeinplätze, die jedem selbstverständlich sein müßten« – »mickriger Botho-Strauß-Ersatz« – »ekelerregende Forderung nach würdevollen Abschiebungen«: Christoph Türckes Vortrag »Die Inflation des Rassismus«, den KONKRET im letzten Heft dokumentierte, hat, ebenso wie seine Kommentierung durch Ingrid Strobl, Bettina Hoeltje und Hermann L. Gremliza, kontroverse Stellungnahmen provoziert. Drei von ihnen – sie stammen von Manfred Dahlmann, Wolfgang Pohrt und Jan Lam – erscheinen in diesem Heft. Weitere werden folgen. Da am Ende dieser Debatte genauer darüber wird nachzudenken sein, wie unter Linken Texte gelesen und über sie gestritten wird, hat sich die Redaktion entschlossen, weder falsche Zitate zu korrigieren noch böswillige Mißverständnisse auszuräumen

Als die staatskapitalistischen Systeme des Ostens zusammenbrachen, schien zunächst die Hoffnung nicht ganz ohne Grund, endlich »Begriffe wie Kapitalismus, Sozialismus, Kommunismus, Dialektik« (Türcke) nicht mehr umschreiben zu müssen, wenn man der Gefahr entgehen wollte, von Freund und Feind gleichermaßen mißverstanden zu werden. Nicht zuletzt der KONKRET-Kongreß und die Reaktionen auf den Türcke-Vortrag haben jedoch deutlich gemacht, daß die Ursache für die Fetischisierung der zentralen Begriffe radikaler Gesellschafts- und Ideologiekritik auch im Westen nicht allein in der Identifikation der Linken mit den östlichen großen Brüdern gelegen haben kann. Denn es zeigte sich, daß, obwohl kaum jemand sich explizit noch positiv auf den Marxismus-Leninismus bezog, dessen Denk- und Praxisformen in der Restlinken weiterhin ihr (Un)Wesen treiben. Warum auch immer, es bleibt dabei: Die Begriffe Kapital, Praxis, Kritik etc. bedeuten der Ideologiekritik grundsätzlich etwas anderes als den linken Pragmatikern. Ob hier jemals eine gemeinsame Sprache gefunden werden kann, ist zweifelhaft.

Aber Hoffnungslosigkeit ist kein Grund zur Resignation. Und so soll im folgenden am Beispiel des Türcke-Vortrags der grundsätzliche Unterschied zwischen den beiden verschiedenen Formen von Realitätswahrnehmung, die auf dem KONKRET-Kongreß aufeinanderprallten, dargestellt werden, um denen, die noch nicht auf die eine oder andere Sicht der Dinge festgelegt sind, zumindest eine Diskussionsgrundlage anzubieten.

Das, was Türckes Vortrag »kommandierte«, war nicht, wie Hermann L. Gremliza meint, der Wille, Rassismus im Fremdenhaß verschwinden zu lassen, sondern eine Logik, die auf Hegel zurückgeht. Diese unterscheidet sich von den anderen Logiken, also auch der, die Gremliza hat, vor allem in einem Punkt: Begriffe haben in ihr keine von vornherein ihnen eingeschriebene Bedeutung, sondern erlangen diese erst im Verlauf der Darstellung der Sache, für die sie stehen sollen. Als solch ein hegelianischer Philosoph – und in diese Schublade müssen wir Türcke hier der Kürze halber stecken – ist er von der Zeitschrift KONKRET aufgefordert worden, einen Vortrag zum Kongreß-Thema »Differenz und Reaktion« im Rahmen der Rassismus-Debatte zu halten. Jedem Hegelianer sind die Schritte der Erarbeitung eines solchen Vortrages unmittelbar vorgegeben. Als erstes ist zu bestimmen, was der Gegenstand des Rassismus ist. D.h., er muß positiv benennen, wann, unter welchen Bedingungen und in welchen Zusammenhängen der Terminus ›Rasse‹ einen gegebenen, evident einsichtigen und korrekten Sachverhalt bezeichnet.

Niemand, und Türcke schon gar nicht, kann jedoch so naiv sein und übersehen, daß eine im Thema selbst angelegte Schwierigkeit nach einer Lösung verlangt. Der Terminus, um den es hier geht, ist historisch mit extrem grausamen Gehalten aufgeladen. Er ist ein Symbol geworden, das für viele dazu noch mit einem Tabu belegt ist – ob zu recht, kann dahingestellt bleiben, denn ein Umstand scheint dem Philosophen diese Schwierigkeit zu nehmen: Die Veranstalter, und mit ihnen das Publikum, haben ihn von diesem Tabu objektiv entlastet. Denn er soll über nichts anderes reden, als darüber, worüber ständig geredet wird, wenn von Rassismus die Rede ist: über Rassen. Wie er mit dem Tabu des Rassesymbols umgeht, ist also allein in seine persönliche Verantwortung gestellt worden.

Wenn man nun, so oder ähnlich wird sich der Philosoph gedacht haben, den Rassebegriff in die Naturgeschichte der Menschheit einbettet, ergibt sich die Möglichkeit, über ihn in aller gebotenen Distanziertheit, aber doch mit der für das Hegelsche Verfahren unabdingbaren Bestimmtheit zu sprechen. Auf diese Weise läßt sich demonstrieren, was für jeden Hegelianer zu demonstrieren unumgänglich ist: Jede Darstellung hat von einer Selbstverständlichkeit, einem unmittelbar gegebenen Sachverhalt auszugehen. In unserem Fall bedeutet dies: Der Rassebegriff hat auf der Basis der Naturgeschichte der Menschheit, hat als Beschreibung der wechselseitigen Beeinflussung von Seele, Körper und Natur empirisch einen Gehalt. Mensch sein heißt naturgeschichtlich gesehen: eingebettet sein in die objektiv gegebenen Abhängigkeiten eines natürlichen, räumlich begrenzten Stoffwechsels – in dem der menschliche Geist ein Moment unter anderen ist. Berücksichtigen zu sollen, daß im Publikum Zeugen Jehovas sitzen, die davon ausgehen, daß die Seele des Menschen so etwas wie das Abbild eines ewigen, göttlichen Subjektes ist, das immer schon unabhängig von der Natur seiner Körperlichkeit existiert habe und existiert, erscheint dem Philosophen absurd.

Er stellt also eine Reihe von Allgemeinplätzen vor, die jedem so selbstverständlich erscheinen müßten, wie derjenige, daß die Erde um die Sonne kreist. Man ersetze nur in Türckes Vortrag z. B. den Terminus ›Rasse‹ durch ›ethnische Gruppe‹ oder durch die sonstigen Phrasen, mit denen die Linke so warm und herzlich von unterdrückten Völkern spricht, und man hat einen von keinem als anstößig empfundenen Vortrag vor sich, der dann nur einen Mangel hat: Jeder fragt sich, was sein Anfang mit dem Thema zu tun hat.

Um jeden Zweifel daran, daß hier jemand spricht, der sich mit dem bezeichneten Sachverhalt nicht etwa identifiziert, auszuräumen und um zu zeigen, daß er als Person eine Distanz zu seinem Gegenstand aufgebaut hat, benutzt er – quasi als zusätzliche Sicherung – bewußt technizistische (»Kompatibilität«) oder der Chemie (»Durchmischung«), der Biologie (»Paarung«) etc. entlehnte Kategorien. Er, ein ausgewiesener Kritiker des durch solche Technizismen und Biologismen repräsentierten Verblendungszusammenhangs, kann sich unmöglich vorstellen, daß jemand im Saale sitzt, der die Darstellung als eine vom Referenten vertretene »Position« oder gar als dessen politischen Standpunkt mißversteht. Sein Ziel ist ja auch das gerade Gegenteil einer solchen Identifikation mit dem einleitend Dargestellten: Er wird diese naturgeschichtlichen Selbstverständlichkeiten – und mit ihnen erst recht die diese beschreibenden Kategorien – im Verlauf der Darstellung auflösen. Denn er holt, philosophisch gesprochen, die nominalen, allgemeinen und sinnlich-evidenten Bestimmungen in seiner Form der Darstellung in die gesellschaftliche Realität ein. Die Ausgangsbestimmungen erweisen sich auf diesem Wege, und das zeichnet den Hegelianer vor jedem Positivisten aus, zwar nicht als falsch, denn, wie der formale Logiker weiß auch ein Hegelianer, daß sich aus Falschem Beliebiges, also Richtiges oder Falsches folgern läßt. Aber am Ende, wenn die Realität als eine durch den Kapitalismus gesellschaftlich bestimmte ausgewiesen ist, zeigt sich, daß die naturhaft-nominalen Ausgangsbestimmungen in ihr gerades Gegenteil umgeschlagen sind – in gesellschaftlich-reale. Die Darstellung dieses Gedankenganges ist dem radikalen Kritiker alles didaktischen Firlefanzes, der Türcke ist, das probate Mittel, das hervorzurufen, was Ziel aller Philosophen ist: dem Zuhörer einen Erkenntnisgewinn zu verschaffen. Einen Erkenntnisgewinn, der nur darin bestehen kann, daß allgemein Bekanntes in einem neuen Licht erscheint – Hegel sagt: auf den Begriff gebracht ist.

Folgendes hat Türcke beschrieben: Der universalhistorische Vergesellschaftungsprozeß der Menschen reagiert auf naturgegebene Differenzen (man beachte das vorgegebene Thema!), indem er sie »homogenisiert« (Türcke nennt diese Homogenisierung auch: »große Verallgemeinerungsleistung«). Die kapitalistische Form der Vergesellschaftung im besonderen nun führt schließlich dazu, daß jeder einzelne mit allen anderen Menschen dieser Welt in irgendeiner Weise verbunden ist. Und zwar nicht nur in Bezug auf seine Gesellschaftlichkeit, also vermittelt über die kapitalistische Marktvergesellschaftung (die diese Welt erst zur »One world« gemacht hat), sondern auch im genauen, naturwissenschaftlichen Sinne des Wortes biologisch, denn diese Menschen schlafen/vögeln/menscheln miteinander (Türcke nennt das »paaren« – na und?) ungeachtet irgendeiner natürlichen, genetischen Vorbestimmtheit. Der Kapitalismus ändert und revolutioniert zwar alle Beziehungen der Menschen untereinander – aber auch er kann schließlich nichts daran ändern, daß jedes neu geborene Kind zunächst nichts weiter ist als das Resultat verschiedenster Erbanlagen. Die Natur ist nun einmal, sobald in ihr vom Menschen als einem (kapitalistisch) vergesellschafteten Wesen abstrahiert wird, nicht in humanistischen Begriffen, sondern nur in biologistischen zu beschreiben.

Das zentrale Resultat seines Gedankenganges aber ist: Egal mit welchen, der Naturgeschichte entlehnten Kategorien man heute die Gesellschaft (oder die Natur selbst) beschreiben will (ob man mit ihnen Differenzen, wie die Verfechter der »Multikultur«, einklagen oder, wie die Anhänger einer »Universalisierung der Menschenrechte«, aufheben will) – diese naturgeschichtlichen Kategorien sind, ungeachtet ihrer empirischen Evidenz, der Unzulänglichkeit überführt, weil es sich bei ihnen um Kategorien handelt, in die die kapitalistische Form der Vergesellschaftung sich ein für allemal eingeschrieben hat. Damit ist es unmöglich geworden, die biologisch markierte Verschiedenheit der Menschen mit dem Rassebegriff zu systematisieren. Heutzutage, meint und sagt Türcke, »sind Menschenrassen ein Anachronismus«. All das, was einmal Rassen hätte definieren können, ist aufgegangen, überlagert, verdrängt oder »aufgehoben« in einem universalen gesellschaftlichen Prozeß, der mittlerweile ganz andere Differenzierungen konstruiert. Differenzierungen, die für die Menschheit ebenso fatale politische Konsequenzen haben können wie die Ideologisierung der Rassenkunde durch die Nazis.

Türcke versteht unter Kapitalismus also nicht ein über den Menschen stehendes Prinzip, das, wie der christliche Schöpfergott, die Welt aus sich heraus erschafft und zu einer Einheit formt, der die Menschen als ausgebeutete und unterdrückte Objekte gegenüberstehen, sondern als eine Form der Vergesellschaftung, die auch, und dies ist entscheidend, all jene Differenzierungen konstituiert, die Menschen erst zu Individuen, zu Arbeitern, zu Kapitalisten machen usw. Für dieses »Kapital«, das sich auf einem Einheit und Differenzen gleichzeitig konstituierenden Weltmarkt reproduziert, gilt aber, für sich betrachtet, allein das Prinzip: »anything goes«: »Jede Hautfarbe, Sprache, Kultur ist genehm, solange sie mit Wachstum und Wohlfahrt assoziiert ist, und jede ist gefährlich und gefährdet, sobald sie für Krise, Stockung, Zusammenbruch steht.«

Dies stimmt aber nur für die den Kapitalismus konstituierenden Marktgesetze; es stimmt dagegen offensichtlich nicht, und hier hat Gremliza völlig recht, für die aktuelle und historische Wirklichkeit der Gesellschaft. Denn die Menschen werden, wenn zwischen ihnen differenziert wird, nicht allein nach dem Prinzip ökonomischer Nützlichkeit, sondern auch nach ganz anderen Kriterien sortiert: Hautfarbe, Geschlecht, Religionszugehörigkeit, Staatsangehörigkeit etc. Gremliza übersieht allerdings, daß natürlich auch Türcke darum weiß und eben deswegen im zweiten Teil seines Vortrages darlegt, welches Moment für ihn all diesen nicht-ökonomischen Differenzierungen aus Prinzip zugrundeliegt und wie dieses Prinzip in den Kapitalismus eingebracht wird. Er beschreibt daher, wie auch unter kapitalistischen Bedingungen die, wie er meint, in den modernen Menschen noch rudimentär vorhandenen archaischen Urängste vor dem Fremden politisch instrumentalisiert werden.

Auch Türcke ist klar: ›Rein‹ kapitalistisch sind nur die Gesetze des Marktes. Nur hier gilt: anything goes. Das sind zwar Gesetze, die grausam genug sein können, da sie auf Ausbeutung beruhen, die aber allein (in diesem Punkt sind Türcke und Gremliza also völlig einer Meinung!) nicht erklären können, warum Weiße Schwarze, Deutsche Türken, Skins Obdachlose hassen, überfallen und umbringen. Mit der Urangst vor dem Fremden nun glaubt Türcke, den inhaltlichen Fixpunkt ausgemacht zu haben, der den formalen Differenzierungen ihren materialen Gehalt geben kann. (Daß es auch anders geht, daß eine solche Differenzierung der Menschen auch kapitalimmanent, d.h. ohne Rekurs auf Anthropologie erklärt werden kann, erläuterte auf dem Kongreß Joachim Bruhn.)

Gremliza redet an Türcke deshalb vorbei, weil er ihm einen Kapitalbegriff unterstellt, der dem Kapitalismus »alles aufhalsen will und schließlich auch das, was das Volk Nietzsches an den Juden verbrochen hat«. Hier meint er, Türckes entscheidenden »Fehler« entdeckt zu haben. Denn, so Gremliza, wenn allein der Kapitalismus an allem schuld ist, dann auch an allen Rassismen – womit die Individuen, die deren Konsequenzen vollstrecken, entschuldigt wären. Die rassistischen Gewalttaten in Deutschland würden damit »zu einem Fall unter anderen«. Als den Türckes Text »kommandierenden Punkt« unterstellt Gremliza daher die Absicht, Auschwitz und den Mord an M.L. King zu Ereignissen gleicher Qualität erklären zu wollen.

Gremliza könnte recht haben, wenn Türcke den Kapitalbegriff hätte, den Gremliza ihm vorwirft, wenn für Türcke also »das Kapital« das überempirische, souveräne Subjekt der Gesellschaft wäre, dem die Menschen als bloße Objekte gegenüberstehen. Bei Türcke jedoch ist gerade die Differenz der Menschen zur Natur und zu den anderen Menschen integraler Bestandteil des Kapitalbegriffes selbst. Was dies heißt, wird deutlicher, wenn man die Perspektive wechselt: Im Kapitalbegriff der Kritischen Theorie erzeugt das Handeln (und, das ist besonders wichtig, das Denken) der Menschen das Kapitalverhältnis – sowohl in seiner Einheit als auch in seinen Differenzen. Erst im Prozeß dieser Erzeugung bestimmt es das Verhalten – und nicht als ein immer schon vorausgesetztes überempirisches Sein. Dieses Handeln ist mit dem Hinweis auf seine kapitalistische Konstitution gerade nicht »entschuldigt« – im Gegenteil, die Handelnden werden mit diesem Hinweis darauf aufmerksam gemacht, daß sie selbst es sind, die aus sich heraus, meist völlig freiwillig, erzeugen, was sie zu verhindern hätten.

Im übrigen ist Gremlizas Behauptung unwahr, Türcke lasse den Rassismus in der Fremdenfeindlichkeit »aufgehen«. Sondern die Frage, die Türcke an dieses Verhältnis stellt, ist die, ob dem Rassismus die Fremdenfeindlichkeit, oder umgekehrt, der Fremdenfeindlichkeit der Rassismus zugrunde liege (»den Erklärungsschlüssel liefert«). Hier gibt es nur eine richtige Antwort: Da Fremdenfeindlichkeit das historisch allgemeine ist, der Rassismus das besondere, ist Rassismus eine Erscheinungsform der Fremdenfeindlichkeit – und nicht umgekehrt. (Daraus zu schließen, daß die Erscheinung »bloßer Schein«, also unwesentlich sei, ist die Manie der Positivisten und das gerade Gegenteil von Dialektik und von dem, was Türcke sagt.)

Ebenso ist die Aussage nicht von vornherein logisch falsch, daß jeder Deutsche ein Rassist sei. Logisch falsch jedoch ist die Behauptung, daß jeder Rassist auch ein Deutscher sei. Die Sache, um die es in Wirklichkeit geht, ist ja auch die: Solange es Menschen gibt, die einen deutschen Paß ihr eigen nennen, und so lange das Kollektiv derjenigen, die sich Deutsche nennen, historisch weiter existiert, so lange ist dieses Kollektiv mit dem Namen Auschwitz untrennbar verbunden – unabhängig davon, was aus den gesellschaftlichen Verhältnissen und Ideologien, die Auschwitz ermöglichten, mittlerweile geworden ist oder noch wird. Der deutsche Rassismus, der deutsche Antisemitismus, die deutsche Vernichtung der Juden werden so lange eine Besonderheit der Geschichte sein, so lange es eine Geschichte der Deutschen gibt. Die Unterscheidung der amerikanischen Linken zwischen verschiedenen Rassen bleibt damit, was sie ist: Entweder man geht davon aus, wie Türcke der deutschen Linken unterstellt, daß mit dem Rassebegriff die Konnotation »Minderwertigkeit« analytisch untrennbar verbunden ist, dann ist das Reden von Rasse Rassismus – ob der Redner Amerikaner, Deutscher oder sonst was ist – und muß infolgedessen auch als solcher gekennzeichnet werden. Oder man geht, wie Türcke, davon aus, daß das Reden von Menschenrassen mittlerweile ein Anachronismus ist. Und auch dann gilt das für deutsche und amerikanische Rassisten und Antirassisten gleichermaßen. Wenn Gremliza darauf besteht, daß der deutsche Rassismus ein ganz besonderer Rassismus sei, dann hat er einfach recht. Diese Besonderheit bestimmt sich aber nicht aus dem Begriff der Rasse, sondern aus dem des Deutsch-Seins und dem, was Deutsche als Rassisten getan haben und tun.

Es ist nun aber offensichtlich realitätsblind, von Politikern, also den Praktikern, zu verlangen, die Logik Hegels oder Kants zu verinnerlichen, also vor jedem Urteil zuerst auf dessen »Bedingung der Möglichkeit« zu reflektieren. Politik hat ihre eigene Logik – so wie die Hegelsche Philosophie die ihre. Wie die Gesellschaft die Philosophien generiert, die ihr entsprechen, so die ihr entsprechenden Politiken.

Die Aufgabe des Politikers besteht darin, die faktisch-empirisch gegebene Unmittelbarkeit gesellschaftlich zur Geltung zu bringen. Fängt der Politiker an, wie ein hegelianischer Philosoph öffentlich zu reflektieren, ist er raus aus dem Geschäft. Er darf sich durchaus, wie von Ebermann und Fülberth auf dem Kongreß exemplarisch vorgeführt, auch den Anschein von Reflexion geben. Das wird ihm von gewissen Wählerschichten abverlangt. Andere fahren eher auf die Form à la Ditfurth ab. Aber wirkliche Reflexion darf von einem politisch agierenden Menschen nicht vorgeführt werden, es wäre sein Ende als Politiker – weshalb den hier genannten Personen auch kein Vorwurf gemacht werden soll. Natürlich reflektieren auch Politiker manchmal – aber nicht, wie die Philosophen, öffentlich, sondern nachts vor dem Einschlafen oder sonst wann.

Was bei solch einer Reflexion herauskommen kann, führte Bettina Hoeltje vor: Türcke griff in der Debatte, um zu veranschaulichen, wie er den Begriff der Fremdenfeindlichkeit versteht – nämlich als eine Einheit von verschiedenen, sowohl naturhaft-anthropologisch gegebenen als auch diese Naturhaftigkeit überwindenden historischen und gesellschaftlichen Bestimmungen – auf ein historisches Beispiel zurück. Die Indianer zur Zeit der Eroberung Amerikas traten den weißen Kolonisatoren anfangs nicht feindselig gegenüber – was sich, und das kann nun wirklich niemand leugnen, für sie bitter gerächt hat. Dieses Beispiel sollte zeigen, daß man die Kategorie der Fremdenfeindlichkeit ebensowenig wie irgendeine andere für sich betrachten darf, sondern immer aus ihrem historischen und systematischen Zusammenhang bestimmen muß. (Vielleicht wollte Türcke damit auch nur zeigen, daß man seine Thesen nicht anthropologisch-positivistisch mißverstehen dürfe.) So banal das alles ist und so deutlich Türcke in seinem Vortrag gemacht hat, daß die gesellschaftliche Vernunft darin besteht, das zerstörerische und irrationale Potential der naturhaft gegebenen Anlagen des Menschen zu zivilisieren – der Politiker findet in jeder Aussage des Gegners das Haar, das seiner Empörung den Anschein rationaler Berechtigung gibt. Hoeltje brauchte zwar eine ganze Nacht, aber dann ging ihr doch noch der Pferdefuß jenes Beispiels auf: Türcke habe damit sagen wollen, daß die aktuelle Fremdenfeindlichkeit (und mit ihr das, was die Linke den Rassismus nennt) irgendwie auch ihre Berechtigung habe.

Viele waren, wie Hoeltje, nicht nur entsetzt über die Art und Weise, wie Türcke über Rassen sprach, sondern besonders schockiert, weil er ihnen die Botschaft überbrachte, daß für die Mehrheit derjenigen, die ihm da zuhörten, dann, wenn der deutsche Staat sie mal vor die Alternative stellen sollte, entweder die »Flüchtlingsfrage« mit ihm gemeinsam zu »lösen« oder die soziale Sicherung entzogen zu bekommen, ihre Entscheidung eindeutig sein wird. Es gehört schon ein gehöriges Maß an Unfähigkeit zur Selbstreflexion und an Geschichtsblindheit dazu, auf diese Botschaft empört zu reagieren, anstatt sich eine Antwort darauf zu überlegen, wie man dieser fatalen Logik zu entkommen gedenkt.

Natürlich hat Türcke gewußt, daß er sein Publikum provoziert. Gerechnet aber hat er nicht mit der in der Linken grassierenden Penetranz, jeden über ihr Politikverständnis hinausweisenden Gedanken als irrelevant für die Praxis oder noch Schlimmeres zu denunzieren. Und nicht gerechnet hat er mit der Fähigkeit ausgebildeter linker Politikerinnen und Politiker, einen einmal für die eigene Profilierung als günstig erachteten »ersten Eindruck« auch gegen alle Vernunft bis zur Neige politisch auszuspielen – durch penetrante Verkehrung des reflexiven Bedeutungsgehalts einer Aussage in einen politischen oder, wie von Ingrid Strobl vorgeführt, psychologischen.

Was Strobl Türcke vorwarf, war lediglich, daß er in ihren Augen ein Charakterschwein sei. Dies aber sagte sie nicht, sondern: »... das ist in seiner historischen Reihenfolge Biologismus, das ist Eugenik, das ist Rassismus, das ist Antisemitismus, das ist Sexismus«. Es gehört zum Alltagsgeschäft, den politischen Gegner mit irgendeinem Begriff zu belegen, Hauptsache, dieser hat eine negative Konnotation und scheint irgendwie zu passen. Einmal in Fahrt, kommt dabei möglicherweise gleich alles heraus, was man an negativen Kategorien so auf Lager hat. Eindruck schindet das bei einigen sogar; in Wirklichkeit aber zeigt man nur an, daß einen noch nie der Unterschied etwa zwischen Sexismus und Rassismus wirklich interessiert hat – und auch künftig wohl nicht interessieren wird.

Vor allem eines ist dafür verantwortlich, daß die politische Logik funktioniert: Indem Politik auf Unmittelbarkeit zielt, unterscheidet sie nicht zwischen Gesellschafts- und Ideologiekritik einerseits und der Person andererseits. Was für jeden kritischen Philosophen selbstverständlich ist, daß nämlich eine theoretische Reflexion nicht mit politischer Parteilichkeit oder gar mit der reflektierenden Person selbst unmittelbar verknüpft werden darf, gilt für den Politiker geradezu umgekehrt. Er lebt von der Identifikation der Person mit einer ihr zugeschriebenen politischen Identität. Kritik an den logischen Prämissen und Folgen seiner Praxis kann der Politiker deshalb gar nicht anders denn als Angriff auf seine persönliche Integrität begreifen – und er reagiert entsprechend reflexhaft-aggressiv. Nur so stellt er her, was er für sein politisches Überleben braucht: die Identifikation der Repräsentierten mit seiner Person.

Von linken Politikern, die nicht einmal mit der alten Regel zu brechen in der Lage sind, derzufolge man den Boten nicht für seine Botschaft zur Verantwortung ziehen darf; die beständig den Grundsatz der intellektuellen Redlichkeit verletzen, indem sie eine Beschreibung der Realität mit ihrer Affirmation verwechseln (wie dies in der »taz« vom 10.8. der Publizist

Reiner Ansén exemplarisch tat), ist kaum etwas anderes zu erwarten als das immergleiche Gejammere über solche Banalitäten wie die, daß der Kapitalismus ja so viel Unheil und so ungeheuere Ungerechtigkeiten produziere, daß man nun aber endlich zu einer gemeinsamen Praxis finden müsse. Was also tun?

Zunächst: Konstitutives Moment jeder Praxis hätte die Kritik solcher Praxisbanalitäten zu sein. Eine Praxis unterliegt nur dann nicht einer solchen »Kritik der Politik«, wenn in ihr eine reflexiv gewonnene Distanz zur Unmittelbarkeit deutlich wird; eine Distanz, die die Identifikation mit irgendwelchen Politiken durchschaut und durchbricht. Dies würde bedeuten – und dies könnte die Nahtstelle künftiger Auseinandersetzungen sein – , jede Politik, die auf der Unmittelbarkeit des Entsetzens (der Bedürfnisse, der Empirie etc.) setzt, zum Gegenstand der Kritik zu machen. Akzeptiert werden müßte dann allerdings, daß die Verbindung zwischen kritischer Reflexion und gängiger politischer Praxis nur negativ hergestellt werden kann. Mit anderen Worten: Gelingt es nicht, zwischen Theorie und Praxis eine kritische Verbindung herzustellen, dann verschwindet der Philosoph früher oder später in seinem Elfenbeinturm (oder hört auf zu philosophieren), und der Politiker verschwindet im Parlament (oder hört auf, Politik zu machen).

Entweder Pragmatik pur – lediglich aufgemotzt mit einigen Versatzstücken instrumenteller Vernunft. Oder Kritik an der (bei Rechten und Linken) gängigen Form, Politik zu machen. Hier muß man sich entscheiden. So unverbunden, wie sich das Verhältnis der Politik zur Ideologiekritik auf dem Kongreß gezeigt hat, darf es jedenfalls nicht bleiben.

Manfred Dahlmann ist Mitarbeiter der Zeitschrift »Kritik & Krise« und lebt in Hamburg

Konkret 09/93, S. 47

Wolfgang Pohrt

Unerlaubte Töne?
Black or White

»Allgemeinplätze, die jedem selbstverständlich sein müßten« – »mickriger Botho-Strauß-Ersatz« – »ekelerregende Forderung nach würdevollen Abschiebungen«: Christoph Türckes Vortrag »Die Inflation des Rassismus«, den KONKRET im letzten Heft dokumentierte, hat, ebenso wie seine Kommentierung durch Ingrid Strobl, Bettina Hoeltje und Hermann L. Gremliza, kontroverse Stellungnahmen provoziert. Drei von ihnen – sie stammen von Manfred Dahlmann, Wolfgang Pohrt und Jan Lam – erscheinen in diesem Heft. Weitere werden folgen. Da am Ende dieser Debatte genauer darüber wird nachzudenken sein, wie unter Linken Texte gelesen und über sie gestritten wird, hat sich die Redaktion entschlossen, weder falsche Zitate zu korrigieren noch böswillige Mißverständnisse auszuräumen

»Gibt es ein biologisches Substrat«, grübelt die KONKRET-Redaktion, »das es gestattet, Menschenrassen in nichtdiskriminierender Absicht zu unterscheiden?« Trägt die begriffliche Unterteilung der Menschheit in verschiedene Rassen also nur den natürlichen Gegebenheiten Rechnung? Einer der geladenen Referenten habe auf dem Hamburger Kongreß eben dies Problem untersucht, und er sei damit auf heftige Empörung gestoßen. Nun werde der volle Wortlaut des Vortrags abgedruckt, um, wie es im Beschwichtigungsjargon offizieller Verlautbarungen heißt, »eine Versachlichung der andauernden Debatte zu ermöglichen«. Wollen wir also mal ganz wertfrei, ohne Zorn und Aufregung diskutieren, ob die Schwarzen nicht vielleicht doch eine andere Rasse sind. Menschen schon, aber irgendwie ganz anders als wir. Muß ja nicht gleich bös gemeint sein.

Was war da passiert? Der Reihe nach: Einer behauptet, es existierten »Rasseeigenschaften«, die »sich unweigerlich vererben, mit wem die betreffende Person sich auch paare«. Andere begründen, warum sie auf einem KONKRET-Kongreß nicht noch einmal hören möchten, was alle Stammtischbrüder erzählen. Darin wittert die Redaktion ihre Chance.

Hatte nicht gerade der »Spiegel«, wie er sich in der Ausgabe 26/1993 brüstet, mit einer »Reihe von Tabuverletzungen deutscher Intellektueller« Furore gemacht? »Unerhörte Töne – auch unerlaubte?« verspricht der »Spiegel«, seit die Leser zu »Focus« strömen. Konnte analog dazu das Sensatiönchen, daß der Rassebegriff auf einer Veranstaltung der Linken verteidigt wird, nicht besorgen, was der ganze stinklangweilige und von den Medien mit vollem Recht ignorierte Hamburger Kongreß nicht geleistet hat, nämlich die Zeitschrift KONKRET endlich mal wieder ins Gespräch zu bringen? Sicher war dieser blasse Christoph Türcke ein mickriger Botho-Strauß-Ersatz, aber bei KONKRET ist eben alles ein paar Nummern kleiner. Also offeriert das Blatt auf der Titelseite wichtigtuerisch »Die Türcke-Kontroverse«, nennt das Phantom gar eine »andauernde Debatte«.

Den Schwindel leitet die scheinheilige Frage ein, ob die Menschen nicht von Natur aus verschieden seien. Natürlich sind sie das. Jedes Kind heute weiß: Wer Blutgruppe A hat und Blutgruppe Null bekommt oder die falsche Sorte Knochenmark, wird jämmerlich krepieren; hellhäutige Rothaarige müssen sich vor der Sonne schützen; Menschen mit starker Schilddrüsenfunktion sind leicht erregbar.

Jede Person mit Verstand kann daraus folgern, daß die unbestrittene biologische Verschiedenheit der Menschen ursächlich nichts mit ihrer Einteilung in Rassen zu tun hat. Keiner kam je auf die Idee, die Gruppe der Menschen mit Blutgruppe Null eine Rasse zu nennen.

Jedem Linken war klar: Zum Ras-semerkmal wird die Hautfarbe dann, wenn sie sichtbar macht, wer wen ungestraftschlagen und töten darf. Nicht die Haut-farbe, sondern ihre Unterdrückung durchdie Weißen hat aus den Schwarzen eine Ras-se gemacht. Nicht von Natur aus, sondernweil sie Menschen anderer Hautfarbe unter-drückten, wurden die Weißen selber eine Rasse. In ihr ist jeder Unterschied ausgelöscht. Rasse ist, wenn man keine Gesichter mehr erkennt. »Not Races. Faces!« heißt daher die Parole in Michael Jacksons »Black or White«.

Reiner Unsinn daher, wenn Gremliza die vermeintliche Verständnislosigkeit des protestierenden Publikums bejammert: »Begonnen hat Christoph Türcke mit der Behauptung, es gebe zwischen Bewohnern unterschiedlicher Erdregionen Unterschiede, die nicht auf die Hautfarbe und andere unübersehbare körperliche Merkmale beschränkt blieben. Eine Behauptung so wahr wie banal, und doch schon schwer erträglich einem politischen Milieu, das das Differente nur dann ertragen und vor Verfolgung schützen zu können glaubt, wenn es daraus zuvor ein Gleiches gemacht hat«, usw.

Richtig ist, daß die Menschen verschieden sind. Unbegreiflich bleibt, was Türcke und Gremliza ausgerechnet an jener Verschiedenheit so sehr interessiert, die zwischen Bewohnern verschiedener Erdregionen bestehen mag. Mehr als von einem Afrikaner schwarzer Hautfarbe werden beide sich, rein biologisch gesehen, vermutlich von der eigenen Frau oder Freundin unterscheiden. Sollen sie doch an ihr mal das Differente ergründen, wenn es ihnen keine Ruhe läßt. Jedenfalls sollen sie die Ersatzbefriedigung nicht im Befummeln und Beschnüffeln von Bewohnern anderer Erdregionen suchen.

Nicht, daß ein Leipziger Hochschullehrer aus dem Westen auf dem KONKRET-Kongreß erzählt, was Wiedervereinigungsgewinnler so erzählen müssen, ist der springende Punkt. Denn wer kann in diesen Zeiten schon für die politische Position irgendeiner anderen Person garantieren.

Ferner ist es falsch, weil ungerecht, Christoph Türcke einen ordinären Rassisten zu schimpfen. Letzterer gröhlt einfach »Deutschland den Deutschen – Ausländer raus«. Das klingt geradezu erfrischend, wenn man es mit dem verdrucksten, verquälten Gestammel dieses Hochschullehrers vergleicht. Anders als die kurzatmigen rechtsradikalen Schreier besitzt Türcke Ausdauer und Zähigkeit. Was die einen leichtfertig tun, dafür plädiert er schweren Herzens. Denn Figuren, die nichts als schäbig sind, sollen sich als tragische Gestalten begreifen. Es stärkt ihre Schaffenskraft, wenn sie sich an Texten wie dem von Türcke erbauen dürfen. Vom »Wohl und Wehe« liest man da, von »Urmanifestationen«, von der »Kostbarkeit«, von einer ihre »Huld« verteilenden Natur, manches »wallt«, andere »schwelen«.

Daß »noch das an sich Humane und Vernünftige zum Unheil ausschlüge, würde man es hier und jetzt in die Tat umzusetzen versuchen«, windet sich der adornierende Amateur-Rassenkundler, wenn er begründen will, warum die Armen und Elenden nicht reingelassen werden dürfen, obwohl mansie eigentlich nicht verkommenlassen darf. »Bürgerkriegsähnliche Zustände« könnte ihre Anwesenheit provozieren, fürchtet er. Er fürchtet, wonach sich die Revolutionäre in diesem Land seit 150 Jahren vergeblich sehnten. Dabei überschätzt er seinen Mut. Wären nur genug Farbige hier, würde ihm sein hetzerisches Geraune bald vergehen. Gegen die »Furcht vor dem Fremden«, die der sentimentale Rassist zu empfinden meint, wenn er sein Opfer in reale Todesangst versetzt, gibt es ein einfaches Mittel. Es ist die glaubwürdige Drohung: »Du wirst mich noch kennenlernen.«

Der entscheidende Punkt ist vielmehr, daß Karl-Kraus-Fan Gremliza über den ranzigen Schmus, der früher mal in »Christ und Welt« oder im »Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt« gestanden hätte, befindet: »Zu größten Teilen richtig«. Viele größte Teile? Von einem Stück? Sorgfältiger formuliert hat Gremliza auch schon mal. Aber es trifft zu, daß der Hochschullehrer viel Wahres sagt, zum Beispiel: »Freilich, kein Ding ist einem anderen völlig gleich – kein Blatt dem anderen, kein Ei dem anderen.« Wenn allerdings Gremliza Wahrheiten solchen Kalibers neuerdings schätzt, so hat sein Geschmack – und damit KONKRET – sich gewaltig geändert.

Mir ist der Unterschied zwischen Bewohnern verschiedener Erdteile herzlich egal. Wichtig ist mir, mich von einem wie Türcke zu unterscheiden. So wie der mag ich nicht sein. Und wenn er in KONKRET publiziert, tue ich es nicht.

Wolfgang Pohrt schrieb in KONKRET 7/93 über das unsinnige Schlagwort vom «Deutschland ohne Opposition«

Konkret 09/93, S. 49

Jan Lam

Unerlaubte Töne?
Ein deutscher Idealist

»Allgemeinplätze, die jedem selbstverständlich sein müßten« – »mickriger Botho-Strauß-Ersatz« – »ekelerregende Forderung nach würdevollen Abschiebungen«: Christoph Türckes Vortrag »Die Inflation des Rassismus«, den KONKRET im letzten Heft dokumentierte, hat, ebenso wie seine Kommentierung durch Ingrid Strobl, Bettina Hoeltje und Hermann L. Gremliza, kontroverse Stellungnahmen provoziert. Drei von ihnen – sie stammen von Manfred Dahlmann, Wolfgang Pohrt und Jan Lam – erscheinen in diesem Heft. Weitere werden folgen. Da am Ende dieser Debatte genauer darüber wird nachzudenken sein, wie unter Linken Texte gelesen und über sie gestritten wird, hat sich die Redaktion entschlossen, weder falsche Zitate zu korrigieren noch böswillige Mißverständnisse auszuräumen

Rassismus? Aber nein, in Deutschland gibt es keinen Rassismus. Hier nennt man das so: »Die Bedenken der Deutschen gegenüber Ausländern aus Nicht-EG-Staaten sind im vergangenen Jahr deutlich gestiegen. Wie das europäische Statistikamt Eurostat mitteilte, waren bei einer Umfrage in diesem Frühjahr 60 Prozent der Deutschen der Ansicht, daß in ihrem Land zu viele Ausländer von außerhalb der EG lebten.« (»SZ«, 16.7.93)

Auch Christoph Türcke mag das Wort Rassismus nicht mehr hören. Ihn stört, und seine Bedenken dürften die 60 Prozent der Deutschen teilen, daß es »als ausgemachte Sache gilt, daß es Rassen von Natur aus nicht gebe... . Das Kind wird mit dem Bade ausgeschüttet. Weil Juden und Araber keine Rassen sind, sollen Schwarze und Weiße auch keine sein. Weil die Naturdifferenz zwischen schwarz und weiß immer schon in einem gewissen Kontext wahrgenommen wird, soll es sich um eine soziale Kategorie handeln, nicht um eine biologische.« Türcke will das nicht akzeptieren. Für ihn gibt es noch »echte Schwarze, Weiße oder Gelbe«, »Menschengruppen schwarzer, weißer, gelber oder rötlicher Hautfarbe, die sich durch die Gemeinsamkeit erblicher Merkmale signifikant1 von andern unterscheiden.« (Unterstützt wird er dabei vom KONKRET-Herausgeber, der zwar einen Satz in der Vorbemerkung kritisiert, dem zwar der Tonfall mißfällt und der wohl auch nicht glücklich mit der Aussage ist, daß die Nazis Randfiguren seien, der aber inhaltliche Kritik an Türckes Vortrag nicht äußern mag. Wer Türckes Aussagen als »zu größten Teilen richtig und bloß in einem, dem entscheidenden Punkt falsch, in einem Punkt, der im Text gar nicht vorkommt, obwohl er ihn kommandiert« bezeichnet, muß sie sich »zu größten Teilen« selber zurechnen lassen.)

Natürlich liegt Türcke nicht falsch mit der Erkenntnis, daß es verschiedene Hautpigmentierungen gibt. Aber woher nimmt er die Gewißheit, daß diese Pigmentierung mehr bedeutet als der Unterschied »zwischen einem roten oder grünen Anorak«? Abgesehen von Argumenten der Art, daß die Haut nunmal ein »Atmungs- und Wahrnehmungsorgan ersten Ranges« sei, oder daß es einfach »absurd« sei, etwas anderes zu behaupten, stützt er in einer Nachbemerkung seine Behauptung wie folgt: »Ob es das nahgelege(ne) Kraftwerk war, welches ein Kind an Leukämie erkranken ließ, wird sich im Einzelfall nie empirisch nachweisen lassen, obwohl es die Spatzen von den Dächern pfeifen, daß sich im Umkreis von Atomkraftwerken die Rate von Leukämieerkrankungen erhöht. Ob es die reichlich genossenen Gewalt-Videos waren, die Jugendliche in diesem bestimmten Fall motivierten, ihren Altersgenossen zu foltern, wer will das wissenschaftlich zweifelsfrei erhärten? Aber absurd, anzunehmen, derlei Videos erhöhten nicht die Gewaltbereitschaft. Ähnlich kurzsichtig...« zeigten sich jene, die in der Rassenfrage eine andere Meinung hegen.

Daß die Spatzen einmal von den Dächern gepfiffen haben, daß die Juden unser Unglück sind, interessiert in diesem Zusammenhang weder Hermann L. Gremliza noch Christoph Türcke. Dessen Beweisführung, die uns Gremliza als hochtheoretisch-kritisch, ja gar als »theorietrunken« verkauft, entpuppt sich als eine verfeinerte Version von »Das sagen doch alle«. Während Türcke frei von jeglichen Belegen seinen Gegnern nachsagt, ihre Position gelte ihnen »als ausgemachte Sache«, setzt er selber Behauptungen in die Welt, die durch keinerlei Argumente gestützt sind.2

»Paranoid« nannte Türcke auf dem Kongreß, wer so verrückt war, ihn zu kritisieren, und was er in KONKRET 8/93 schreibt, ist die ausformulierte Fassung dieses Befundes: Wo es »absurd« ist, »zu leugnen«, müssen Andersdenkende »wie der Pawlowsche Hund« erscheinen; daß es sie gibt, kann er sich nur damit erklären, »daß... viele nicht nur nicht zuhören wollten, sondern es gar nicht konnten«.

Einerseits betont er selber, wie »unmöglich es ist, genau anzugeben, wie weit dieser Merkmalsunterschied sich über die Hautfarbe hinaus auf Temperament, Neigung, Begabung, Charakter erstreckt«, andererseits wird kurzerhand als unzurechnungsfähig deklariert, wer daraus die Schlußfolgerung zieht, man solle dann auch keine Aussagen darüber machen. (Gremliza ist etwas moderater: bei ihm sind Türckes irre Kritiker nur milieugeschädigt.) Damit aber nicht genug. Von der Tatsache, daß es verschiedene Pigmentierungen gibt, fortzuschreiten zur wilden Vermutung, es existierten Bündel »unweigerlich« vererbbarer Eigenschaften, reicht Türcke nicht aus: Fein säuberlich wird die Menschheit auf der Basis der vermuteten Erbeigenschaften in vier »Varianten« aufgeteilt – rot, gelb, schwarz und weiß. (Das nämlich ist die strittige Aussage von Türckes Text und nicht, wie Gremliza meint, die »Behauptung, es gebe zwischen Bewohnern

unterschiedlicher Erdregionen Unterschiede, die nicht auf die Hautfarbe und andere unübersehbare körperliche Merkmale beschränkt bleiben«; wobei die Differenz zwischen dem Text und Gremlizas »Zitat« auf die zwischen einer Analyse und einem apologetischen Gerede herauskommt.)

Immer noch gilt, wer an dieser Einteilung zweifelt, als geistig umnachtet, obwohl wir mittlerweile endgültig im Reich der Phantasie angekommen sind. So bleibt es dem Einfallsreichtum jedes einzelnen überlassen, in welche der vier Schubladen er Aborigines, Eskimos oder Inder stecken will, und die eben noch als unverrückbar aufgestell-ten Kategorien sind im nächsten Momentreine Ansichtssache: »Es gibt ja nur dreioder vier von ihnen (den Rassen, J.L.), je nachdem, ob man die rothäutige neben der gelben, schwarzen, weißen als eine eigene erachtet oder selbst schon als Mischung.« Wer weiß, jetzt, wo ich ihn an die Aborigines erinnert habe, läßt er vielleicht auch fünf Rassen zu.

Türcke, der ausgezogen war, zu zeigen, daß Rasse eine biologisch nachweisbare Kategorie sei, beweist statt dessen, daß sie »nicht-verifizierbar« und willkürlich (»je nachdem, ob man... erachtet«) gesetzt ist. Man muß nicht sowas wie ein »Gelber« (wie Türcke mich nennt) sein, um die dieser Willkür immanente Brutalität zu bemerken; das wenigstens haben die Protestierenden auf dem Kongreß demonstriert. (Ein – Milieu hin, Milieu her – durchaus erfreulicheres Publikum übrigens, als jener Pöbel, der bei der ihm unbekannten Bettina Hoeltje jene Buhrufe hören ließ, die er sich bei der prominenten Ingrid Strobl feigerweise verkniffen hatte.)

Daß »Rassen« eine biologische Tatsache seien, ist natürlich keine verfemte Außenseiterposition, sondern die als selbstverständlich empfundene Mainstream-Meinung. Wer aber daran glaubt, daß es Rassen gibt, kann als Antirassismus (um einen weiteren ungeliebten Begriff zu verwenden) nur den Wunsch nach einem »friedlichen Miteinander der Rassen« (Clinton, Weizsäcker usw.) begreifen, und als Rassismus nur jene Ideologie, die diesen Frieden stören will, nämlich die »Anschauung von der natürlich-erblichen Überlegenheit einer Rasse« (Türcke). Rassist wäre demnach nicht, wer feststellt, daß der Asiate an sich nicht schmutzt, sondern nur, wer die Neger als Tiere bezeichnet. Der Neger ist aber, das weiß doch der Nazi von heute, nicht schlechter, sondern bloß anders. Wenn Türcke die deutsche Nazi-Szene so schlecht kennt (was ihn nicht davon abhält, Prognosen über ihre zukünftige Bedeutungslosigkeit und Analysen des angeblichen Angstgefühls ihrer Mitglieder zu verfassen), daß er von der Argumentation der »Neuen Rechten« noch nichts gehört hat, derzufolge Rassen nicht gut oder schlecht, sondern eben bloß unvereinbar seien, dann sollte er als Zeitungsleser wenigstens wissen, daß mit ihr die Apartheid gerechtfertigt wurde.

Weil Rassismus das nicht sein darf, was das Leben in den kapitalistischen Metropolen zunehmend prägt, greift Türcke zu einem Begriff, der nun wirklich inflationär oft gebraucht wird: »Fremdenhaß«. Er muß das einerseits, weil er sonst Nietzsche, die Urangst vor dem Unbekannten und die psychische Randlage der Nazis3 nicht einbauen könnte; andererseits aber geben seine und Gremlizas Äußerungen auch beredtes Zeugnis ab von dem Unvermögen, in den Nazi-Opfern nicht zuerst »das Fremde« zu sehen. Türcke meint, wer von Hunderassen rede, könne auch den Begriff Menschenrassen verwenden; und Gremliza vergleicht die Situation der Ausländer mit der Behinderter: »Dem Rollstuhlfahrer die Differenz absprechen heißt, ihn ideell zu erheben und die Abflachung der Gehsteige zu ersparen.« Was dem Rauhhaardackel die Rassezugehörigkeit und dem Gelähmten seine Behinderung, soll dem Nichtarier das Ausländertum sein: sein zentrales Merkmal, der eine Faktor, der sein Leben bestimmt.

Daß es keinen vernünftigen Grund gibt, einen Jugendlichen, weil seine Großeltern in der Türkei geboren wurden, als fremd zu bezeichnen, und daß es vielleicht Menschen gibt, die sich die Bezeichnung »Mitbürger israelischer Herkunft« ebenso verbitten wie »Jude«, kümmert Türcke und Gremliza so wenig wie den Nazi an der nächsten Ecke. Denn wer Jude ist, bestimmt Hermann L. Gremliza, der unter »Arisierung« nicht den Raub jüdischen Eigentums versteht, sondern »einen Juden nicht einen Juden zu nennen«, und der gleich nochmal daneben langt, indem er jeden, der Begriffe wie »Rasse« und »Ausländer« als sozial konstruiert sehen will, in die Nähe der multikulturellen Rassisten rückt. Aber Weizsäcker, Cohn-Bendit, Wallraff und der Rest der Multikulti-Bande betonen nicht, wie er meint, die Gleichartigkeit der Ausländer, sondern ihre Nützlichkeit als Billigarbeiter, Dönerbrater und (bei Wallraff) Seelentröster, die sie gerade dann verlieren, wenn sie wie alle anderen werden.Wer den Nutztiercharakter bestimmter Ausländer hervorhebt, schlägt sie gerade nicht zu »Ehrendeutschen« (Gremliza), sondern rückt ihre Differenz noch in den Vordergrund.

Nur wer bis zum Ende durchhält, erfährt das Motiv, das den Text prägt (oder meinetwegen: den Punkt, der den Text kommandiert), und begreift, warum Türcke auf Rasse als biologischer Kategorie besteht, warum Rassismus als Fremdenhaß und dieser als eine der »ältesten und finstersten Regungen der Menschheit« bezeichnet werden muß. Der versteht auch, weshalb es nötig ist, Nazis als sensible und angsterfüllte Randfiguren darzustellen. Gegen Ende seines Vortrages geht Türcke auf das Thema Asyl ein: »... wenn (der) Einwanderungsdruck einmal seine volle Stärke erreicht haben wird, werden viele, die jetzt das Menschenrecht des Asyls reklamieren, das Hemd näher fühlen als den Rock und genauso umfallen wie die SPD.« Was sich liest wie eine gelungene Denunziation scheinradikaler Oppositioneller, ist in Wirklichkeit das zustimmende Zwinkern des Komplizen. Auch Türcke will nämlich den Einwanderungsdruck eindämmen, um »in Deutschland bürgerkriegsähnliche Zustände« zu vermeiden, weil »noch das an sich Humane und Vernünftige zum Unheil ausschlüge, würde man es hier und jetzt in die Tat umzusetzen versuchen – was nicht heißt, daß man nicht weiterhin

die heuchlerische Unterscheidung zwischen politischen und Wirtschaftsflüchtlingen angreifen und das Asylverfahren auch jetzt schon weniger entwürdigend durchführen könnte.«

So ekelerregend es ist, wie hier ein deutscher Idealist würdevolle Abschiebungen fordert (im Schulterschluß mit Hermann L. Gremliza – das L. steht hier vermutlich für Lichterkette), so erhellend ist seine Formulierung »hier und jetzt«. Denn auf die Frage, wann und wo seinen Vorstellungen nach das Humane und Vernünftige in die Tat umzusetzen versucht werden sollte, müßte er antworten: »irgendwo, irgendwann, irgendwie«, und wäre er ehrlich: »nirgends und nie.« Die häufigste Form der Brutalität ist die staatsbürgerliche Vernunft.

Solange die Verbrechen des Kapitalismus zeitlich oder örtlich weit entfernt sind, kann man getrost für die Weltrevolution kämpfen, indem man eine materialistische Paulusinterpretation erstellt oder Geistreiches über Nietzsche erzählt, ohne daß die Diskrepanz zwischen Mittel und Zweck allzusehr auffällt. Wenn aber nicht »Bedenken gegen Ausländer« oder »Fremdenhaß und Fremdenfeindlichkeit«, sondern Rassismus und Faschismus zwei Drittel der Deutschen bewegen, dann verhöhnt diese Tatsache all die interessanten Plaudereien über Martin Luther und Martin Walser und blamiert all jene Revoluzzer, die die Kongreßfrage »Was tun?« längst mit »Nein, danke« beantwortet haben; die in der Gewißheit, zu Lebzeiten von der Revolution nicht behelligt zu werden, und der Überzeugung, daß das Gute stets das Böse sei, das man unterläßt, sich zwar bereitwillig von Zeit zu Zeit den intellektuell faszinierenden sozialistischen Ideen aussetzen, aber fest entschlossen sind, diese Etappe des langen Marschs durch die Institutionen in der inneren Emigration zu verbringen.

Anmerkungen

1 Reiner Zufall, daß Türcke die Existenz einer jüdischen Rasse verneint; ebensogut lassen sich signifikante jüdische Erbmerkmale behaupten. So schrieb in KONKRET 5/84 Berndt W. Wessling über Giacomo Meyerbeer: »Man sah es ›Meyer‹ deutlich an, daß er Jude war. Sein ›Ponim‹, also sein Gesicht, verriet ihn, die heruntergezogene Nase, die aufgeworfenen Lippen, das Bauchvorstrecken beim Gehen, der Wachtelgang.«

2 Zudem zeigt sich Türcke als echter Zeitgenosse, wenn er die »Gewalt-Videos« verurteilt: Wie er haben Kohl & Co erfolgreich auf das Ressentiment gesetzt, als sie nach den Morden von Solingen gegen die »Gewaltdarstellungen« und die »Brutalisierung« des Fernsehens wetterten.

3 Pech für Türcke, daß eine vom Bundesjugendministerium in Auftrag gegebene Studie ergeben hat, daß die Mehrheit der neofaschistischen Attentäter sich als Teil einer großen Volksbewegung gegen das Asylrecht versteht.

Jan Lam ist Mitarbeiter des Antirassismus-Büros in Bremen

Konkret 09/93, S. 51

Ingrid Strobl

Buch des Monats

Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Argon Verlag, Berlin 1993, 3 Bände, zus. 1914 Seiten, 148 Mark

Nach der hebräischen und der englischen Ausgabe ist nun auch die deutschsprachige Fassung der *Enzyklopädie des Holocaust*, des dreibändigen Standard-Nachschlagewerks über die Shoa, erschienen. In tausend Stichwörtern von »Abs, Hermann« bis »Zyklon B« werden »die Erscheinungsformen, Ursachen und Beweggründe des Holocaust« (Herausgeber Israel Gutman), das NS-System, seine Gliederungen, seine Politik, die deutsche Besatzung in den diversen europäischen Ländern, die antijüdischen Maßnahmen bis zur industriellen Vernichtung in den Gaskammern, der Widerstand, die Rettungsaktionen, Täter und Opfer, das Verhalten der nichtjüdischen Bevölkerung, die Auswirkungen der Shoa nach dem Krieg dargestellt. Im Anhang finden sich – unter anderem – eine sehr brauchbare Chronologie und Übersichten über die Einsatzgruppen und die Nürnberger Prozesse. Alles in allem stellt die Enzyklopädie eine große Bereicherung dar, eine praktische Arbeitshilfe, und das zu einem Preis, der angesichts des Gebotenen bestimmt nicht übertrieben ist.

Ein internationales Herausgebergremium koordinierte unter der Federführung von Israel Gutman (von der Hebräischen Universität Jerusalem) die Erstellung des Werkes, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus aller Welt schrieben die Texte zu den einzelnen Stichwörtern. Das Werk versammelt so nicht nur das aktuelle Wissen zum Thema, sondern auch den neuesten Stand der Theoriebildung, wobei zum Teil sehr unterschiedliche Ansätze zugelassen wurden, wie etwa die Beiträge von Eberhard Jäckel zu Hitler und von Martin Broszat zum Stichwort »Nationalsozialismus« zeigen, die sich inhaltlich krass voneinander unterscheiden.

In diesem, allerdings in seiner Deutlichkeit einmaligen Fall wendet sich der Pluralismus der Herausgeber gegen das Werk, in dem nun bei Broszat zu lesen ist, daß auf die »revolutionäre Phase der Jahre 1933/34« in Deutschland ein »ruhigerer Abschnitt der Machtkonsolidierung mit steten innen- und außenpolitischen Erfolgen« folgte, wobei der Autor wohlgemerkt von der »Phase« spricht, in der unter anderem die Nürnberger Gesetze erlassen wurden und ein Drittel der deutschen Juden aus dem Land floh. Und wenn dann diese Zeit »der Mäßigung« abgelöst wird durch die »sensationellen außenpolitischen Erfolge« des Jahres 1938, so fragt man sich, was uns der Autor damit sagen will, handelt es sich bei diesen »Erfolgen« doch um den »Anschluß« Österreichs und des Sudetenlandes und um das Münchner Abkommen.

Im Vorwort zur deutschen Ausgabe, die von Eberhard Jäckel, Peter Longerich und Julius H. Schoeps herausgegeben wird und die beansprucht, nicht nur eine Übersetzung aus dem Englischen, sondern auch eine aktualisierte und teilweise korrigierte, in jedem Fall jedoch redigierte Fassung zu sein, werden inhaltliche Differenzen angedeutet, aber nicht exemplifiziert. Statt dessen werden – im Gegensatz zur hebräischen und englischen Ausgabe – die einzelnen Artikel nicht namentlich gezeichnet, ein sehr ärgerliches Vorgehen, da man nun im Register mühsam nach dem jeweiligen Autor oder der Autorin suchen muß. Auch der Titel, so Eberhard Jäckel in seinem Vorwort, habe zu Differenzen geführt, und Jäckel läßt durchklingen, daß er selbst – aus guten Gründen – die Verwendung des Begriffes ›Shoa‹ der von ›Holocaust‹ vorgezogen hätte.

Jäckel weist eigens darauf hin, daß »der deutsche Leser zahlreiche Artikel zu ihm weniger vertrauten oder gänzlich unbekannten Personen und Organisationen finden (wird), etwa Biographien jüdischer Widerstandskämpfer und Überlebender oder Würdigungen von Einzelpersonen und Organisationen, die innerhalb und außerhalb des deutschen Machtbereichs an Hilfs- und Rettungsmaßnahmen beteiligt waren. Diese besondere Akzentuierung zu erhalten, erschien den deutschen Herausgebern besonders wichtig, um ein gewisses Gegengewicht gegenüber der in deutschen Publikationen häufig vorherrschenden ganz auf die Täter bezogenen Perspektive zu bieten.«

Tatsächlich ist diese »besondere Akzentuierung« einer der wichtigsten Aspekte der Enzyklopädie. Die Frauen und Männer, die gegen die deutsche Besatzung und die deutsche Vernichtungspolitik gekämpft haben, sei es, indem sie zur Waffe griffen, sei es, indem sie die Rettung von Menschen organisierten, werden in Deutschland noch immer weitgehend ignoriert, wie überhaupt die reale Situation der von den Deutschen verfolgten und ermordeten jüdischen Bevölkerung in den besetzten Ländern. In den drei Bänden der Enzyklopädie nun finden sich hierzu ausführliche Artikel, in denen die Lage des jeweiligen Landes und vor allem seiner jüdischen Bewohner unter der deutschen Besatzung dargestellt wird. Mit einer Einschränkung: Während der jüdische Widerstand in Osteuropa, vor allem in Polen und im besetzten Teil der Sowjetunion umfassend und detailliert dokumentiert wird, gerät die Darstellung des von Juden geleisteten Widerstands in Teilen Westeuropas einseitig und beschränkt: So wird etwa unter dem Stichwort »Frankreich« einzig die (im Vergleich zu anderen Gruppierungen relativ bedeutungslose) »Armée Juive« als Widerstandsorganisation genannt, während die hohe Beteiligung von jüdischen Frauen und Männern am kommunistischen Widerstand, in dessen Rahmen sich auch eigene jüdische Gruppen formierten, nicht erwähnt wird. Ähnliches gilt für Belgien, und auch die jüdischen Kommunistinnen und Kommunisten aus Österreich und Deutschland, die sich im Exil dem französischen und belgischen Widerstand

anschlossen, werden mit keinem Wort erwähnt. Auf diese Art entsteht ein falsches Bild des Widerstands in Westeuropa, was umso bedauerlicher ist, als gerade hierzulande dieser Widerstand ohnehin ausgeblendet wird.

Ärgerlich und offensichtlich Ausdruck der männlichen Beschränktheit des Herausgeberkreises ist, was sich zum Stichwort »Frauen« findet, das zwar auftaucht, allerdings einzig mit dem lapidaren Hinweis versehen: »Siehe Konzentrationslager; Ravensbrück«. Zwar werden erfreulicherweise viele jüdische Widerstandskämpferinnen (vor allem aus Osteuropa) namentlich erwähnt und ihre Lebensgeschichten, soweit bekannt, dargestellt. Eine Einschätzung ihrer Bedeutung jedoch oder eine Erinnerung an die (in einigen Aspekten) besonders quälenden und erniedrigenden Behandlungen von Frauen durch die NS-Täter wird nicht für nötig erachtet.

Nun soll nicht der Eindruck erweckt werden, die Enzyklopädie bestehe weitgehend aus Mängeln. Das Gegenteil ist der Fall. Das vermittelte Wissen ist insgesamt beeindruckend und eine große Hilfe gerade für deutsche Leserinnen und Leser, die eine Menge wichtiger Informationen über viele hierzulande fast oder ganz unbekannte Bereiche und Aspekte der deutschen Besatzungs- und Vernichtungspolitik und über die Opfer und Gegner dieser Politik erhalten. Daß die Enzyklopädie sehr ausführlich die meist völlig ignorierten besetzten Länder in Osteuropa berücksichtigt, ist ein zusätzlicher Gewinn. Nicht nur Schulen und Universitäten, Bibliotheken und Archive sollten sich dieses Standardwerk zulegen, sondern auch Privatpersonen, die nicht das Bedürfnis verspüren, »endlich einen Schlußstrich ziehen« zu müssen.

Ingrid Strobl schrieb in KONKRET 4/93 über den Aufstand im Warschauer Ghetto

Konkret 09/93, S. 52

Friedhelm Rathjen

»Finnegans Wake«, plattgemacht

17 Jahre lang hat der Siegener Autor Dieter H. Stündel an seiner Übertragung des als unübersetzbar geltenden Spätwerks von James Joyce gearbeitet. Vertane Zeit, meint der Übersetzer Friedhelm Rathjen, der Stündel vorwirft, »einen der dümmsten Schildbürgerstreiche der Übersetzungsgeschichte« begangen zu haben

Los geht es mitten im Satz: *... Flußlaufs, vorbei an Adam und Eva, von KüstenKurven zur BuchtBiegung, führt uns durch einen kommodien Ouikuß der Rezierkuhlation zurück nach Haus Castell und Emccebung.**

So beginnt James Joyces letztes Buch *Finnegans Wake* – nein, so beginnt *ein* Versuch unter vielen, *Finnegans Wake* ins Deutsche zu übersetzen, und vielleicht der dubioseste, weil es sich hier jemand allzu leicht macht. Leicht hat es Joyce selber den Übersetzern nie gemacht – wie er es überhaupt niemandem leicht machte: den Druckern nicht, die seine vertrackten Bücher setzen mußten und nicht immer Englisch konnten; den Lesern nicht, die er sich mündig und aktiv wünschte und daher nicht belehrend bevormundete; und auch seiner Familie nicht, die er kreuz und quer durch Europa schleppte, ohne ihr jemals ein Zuhause bieten zu können. Als Joyce 1941 in Zürich starb, hatte er über 60 Umzüge hinter sich (unzählige Hotelaufenthalte nicht mitgerechnet); seine Werke entstanden in Dublin, Pola, Triest, Zürich, Paris.

Bei Joyce war stets alles im Fluß, im *Flußflauf* (oder eigentlich *riverrun*) des *Wake*-Anfangs, und zwar so sehr, daß seine wenigen Bücher am Ende immer etwas anderes wurden, als sie hätten werden sollen. Ganze vier begründen den Joyceschen Ruhm, doch jedes griff auf revolutionäre Weise über das vorhergegangene hinaus. Mehr noch: Auch innerhalb eines jeden Buches gibt sich Joyce nie mit einer Schreibweise zufrieden, sondern treibt die Entwicklung neuer Formen konsequent voran. Höhepunkt dieser Tendenz ist der *Ulysses*, von dem manche glauben, seine einzige Neuerung sei der vielbeschworene ›innere Monolog‹ – dabei bestimmt diese Technik nur die erste Romanhälfte, das Sprungbrett für die eigentlichen Prosarevolutionen dieses Buches. An der Spiegelachse der 18 Kapitel kam für Joyce der Roman erst richtig zur Welt, und das ganz konkret: zwar als Kopfgeburt, aber doch mit einem Körper aus Fleisch und Blut. In den neun letzten *Ulysses*-Episoden *be*schreibt Joyce nicht mehr eine vorhandene Realität, sondern *er*schreibt eine neue sprachliche Wirklichkeit: Der Romankörper bildet Organe aus, vollzieht im halluzinatorischen »Circe«-Kapitel sogar einen sprachlichen Geschlechtsakt, auf den folgerichtig die ›tristesse post coitum‹ der kunstvoll schlaffen, gewollt willenlosen »Eumaeus«-Episode folgt.

Wirkt der *Ulysses* schon wie das Äußerste, was in der Romangattung möglich ist, so vollbringt Joyce mit *Finnegans Wake* das Unmögliche: Er schafft wiederum etwas revolutionär Neues, das allerdings gleichzeitig die konsequente Weiterentwicklung der Eigengesetzlichkeiten im *Ulysses* darstellt. Wurde dort der Roman zum Körper, so ist er im *Wake* ein Kosmos: eine Sprachwelt, in der wir uns nicht zurechtfinden mögen, weil sie sich ebensowenig verstehen läßt wie die reale Welt, in der der Leser aber ein nahezu unbegrenztes Feld für sein ästhetisches Erleben vorfindet. Alles in *Finnegans Wake* verändert sich ständig, und bevor sich in der Lektüre etwas greifen läßt, ist es schon wieder etwas anderes geworden.

Joyce, der Kosmopolit, hat in jedem seiner Bücher zielstrebig die eigenen Grenzen erweitert – und gleichzeitig die Grenzen der Literatur überhaupt hinausgeschoben: die bestehenden Grenzen der Darstellbarkeit, der Sagbarkeit, auch der Schicklichkeit, waren ihm viel zu eng. Allein deshalb ist seine Wirkung auf nachfolgende Autoren – selbst auf solche, die ihn nie gelesen haben – enorm: Joyce hat mühsam Schreibhindernisse aus dem Weg räumen müssen, deren Nichtmehrvorhandensein heute jedermann selbstverständlich scheint.

Aber nicht nur die jüngeren Kollegen kommen um den Joyceschen Einfluß nicht herum. Auch die Sprach- und Literaturtheoretiker müssen ihre Modelle an der Joyceschen Schreibpraxis messen lassen. Für die Semiotiker und Poststrukturalisten, die Erzähltheoretiker und Dekonstruktivisten liefert Joyce unverzichtbares Studienmaterial; wer die literarische Moderne definieren will, muß zunächst den *Ulysses* definieren, und wer eine Theorie der Postmoderne sucht, fängt meist bei *Finnegans Wake* an. Selbst die feministische Literaturwissenschaft interessiert sich sehr für Joyce, denn der hat in seinen beiden letzten Büchern auch die Grenzen der Geschlechter aufgeweicht: Kein Autor der Literaturgeschichte hat männliches Dominanzgehabe und männliche Selbstgewißheit so gründlich untergraben wie er.

Weil Joyce für alles herhalten muß, hat dies naturgemäß zu einer Flut von Sekundärliteratur geführt. Kein Thema ist zu abseitig, um erforscht zu werden: es gibt Studien über Puzzles im *Ulysses*, die Obszönität von Hüten in *Finnegans Wake* und Geburtenkontrolle bei James Joyce. All das mögen Indizien dafür sein, daß er tatsächlich alle Grenzen sprengt; freilich entsteht auch die Gefahr, daß die Unmengen gelehrter Abhandlungen den Autor mit neuen Grenzen umgeben: mit einem Zaun des Spezialistentums, der potentielle Leser abschreckt.

Es gibt ein wirkungsvolles Gegenmittel: die eigenständige, unvorbelastete und vor allem neu-gierige Lektüre. Es wäre ein Fehler, zu glauben, Joyce ließe sich nur nach Kenntnisnahme der gesammelten Sekundärliteratur verstehen – vielmehr hält er jedem Leser, der sich auf spannende Leseerfahrungen einlassen will, etwas bereit. Wer bewußt auf alle gelehrsamen

Hilfsmittel verzichtet und unbeschwert an die Lektüre geht, befindet sich im übrigen in bester Gesellschaft; der amerikanische Komponist John Cage etwa, der sich wiederholt mit *Finnegans Wake* auseinandergesetzt hat, bekennt: »Ich habe eine unwissenschaftliche und naive Haltung dem Buch gegenüber, aber ich ziehe diese Haltung vor, die der Musik näher ist, in der Erfahrung wichtiger ist als bloßes Verstehen.« Aus aktuellem Anlaß sei allerdings hinzugefügt, daß eine derartige Herangehensweise dem Übersetzer nicht genügen kann.

Immerhin ist es offensichtlich, daß zumindest der nicht englischsprachige Interessent auch dann, wenn er Erleben über bloßes Verstehen setzt, auf eine ordentliche Übersetzung angewiesen ist. Bei den ersten drei Joyce-Büchern ist das auch kein Problem – anders aber bei *Finnegans Wake*: Der Zugang des deutschen Publikums ist durch die Schwierigkeiten der Übersetzung mehr als behindert. Die Behauptung, *Finnegans Wake* sei unübersetzbar, ist gewiß nicht zu widerlegen – wobei allerdings darauf hinzuweisen wäre, daß letztlich jeder literarische Text unübersetzbar ist, wenn unter Übersetzung die Überführung in eine andere Sprache unter Wahrung schlechthin aller ästhetisch relevanten Merkmale begriffen wird. Freilich ist der unumgängliche Verlust an ästhetischer Gestalt nirgendwo so groß wie bei der *Wake*-Übersetzung, da in diesem babylonischen Buch immer so immens viel gleichzeitig geschieht, daß der Übersetzer, der das eine im Blick zu behalten versucht, dafür alles andere zu verlieren droht. Wenn daher Verlust auch unumgänglich ist, so darf dies doch kein Freibrief sein, freiwillig gleich alles fahrenzulassen und *Finnegans Wake* von vornherein auf ein reduktionistisches »Lesemodell« hin zu übersetzen, wie Arno Schmidt dies gefordert hat. Vielmehr muß es darum gehen, die unvermeidlichen Verluste zu begrenzen und so zumindest das Prinzip der *Wake*-Textur sichtbar (und erfahrbar) zu machen, so gut es eben geht, und das Prinzip ist das der ständigen Vielfalt. Eine Leserschaft, die auf Übersetzungen angewiesen ist, erhält ein verfälschtes Bild, wenn der Übersetzer einer Passage sich auf sein »Lesemodell« beruft, aus den vielen gleichzeitigen Sinnschichten des Textes eine als ›eigentlich gemeinte‹ auswählt und nur diese in der Zielsprache wiedergibt; das Bild wird allerdings ebenso verfälscht, wenn der Übersetzer die miteinander verwirkten Bestandteile des Originals auseinanderfädelt und in der übersetzten Fassung hintereinanderstellt. Ziel des Übersetzens kann es nur sein, den Überlagerungsprozeß abzubilden; dies läßt sich nur erreichen, indem man die verwobenen Partikel des Originals allesamt identifiziert, Partikel für Partikel in die Zielsprache übersetzt und die gewonnenen zielsprachlichen Partikel nun wieder übereinanderlegt. Daß das in der Praxis so einfach nicht ist, läßt sich denken; wer freilich nicht bereit ist, es zumindest zu versuchen, braucht mit der Übersetzungsarbeit an *Finnegans Wake* gar nicht erst zu beginnen.

Einige Beispiele aus meiner eigenen Praxis mögen erläutern, wie ein solcher Übersetzungsversuch vonstattengeht. Zu sehen sein wird, ob und wieweit das Verfahren funktioniert, allerdings auch, an welche Grenzen es stößt.

Ziemlich zu Anfang des »Mamalujo«-Kapitels von *Finnegans Wake* steht das verschwommene Wörtchen *bleaueyedeal*, das in keinem Wörterbuch zu finden ist. Bevor es ans eigentliche Übersetzen geht, muß katalogisiert werden, was hier an Sinnpartikeln überhaupt vorhanden ist. Das wären unter anderen: ein »beau ideal«, also »Vorbild«, »Musterbild«, »Ideal«; ein »blue-eyed«, also »blauäugig«; dann am Ende auch noch ein »deal«, also ein »Handel«, »Geschäft«, »Übereinkommen« – jedenfalls etwas Geschäftsmäßiges, das ein wenig den Glanz des Idealisierten zur auferlegten Pflicht profanisiert. Nun müssen diese verdeutschten Partikel wieder in ein Schachtelwort zusammengebracht werden, das wiederum in keinem Lexikon stehen darf. Der Lösung komme ich näher, indem ich zunächst zwei der Bedeutungsschichten isoliere, nämlich die besonders augenfälligen: »Musterbild« und »blauäugig«. Leider klingen diese beiden Begriffe einander nicht so ähnlich wie die im Original vorhandenen, und so ist das fast immer. Eine Annäherung läßt sich erzielen durch eine leichte Nuancenverschiebung der Begriffe: Wenn wir zu »Musterexemplar« greifen, so läßt sich mit einigem guten Willen ein »Äugleinblau« einpassen. Das Zwischenergebnis lautet »Musteräugslemblau«. Jetzt können wir von diesem Rohwort ausgehen und sehen, was sich darin noch unterbringen läßt und wenigstens einigermaßen den bislang unberücksichtigten Partikeln des Originals entspricht. Der geschäftsmäßige »deal« läßt sich einbringen, indem die Pflicht aufgelöst wird zu einem handgreiflicheren »das muß der«. Die vorläufig-endgültige Lösung lautet dann: »Mußderäugslemblau«.

Ein zweites Beispiel, das über die Grenzen des Einzelwortes schon hinausgreift: *she might fair as well have carried her daisy's worth to Florida.* Hier haben wir es zunächst mit einer durchgehenden Sentenz zu tun: »she might as well have carried her flowers to Florida«, also: »sie hätte genausogut ihre Blumen nach Florida getragen haben können« (wobei »Blumen nach Florida tragen« soviel sagen will wie »Eulen nach Athen tragen«). Nun steht im *Wake* aber nicht »flowers«, sondern *daisy's worth*, also eine Verbindung aus dem »day's work« (gleich »Tagewerk«) und einem »Gänseblümchenwert«. Das »Gänseblümchen« ist nicht zu retten, aber wenn uns glücklich einfällt, daß es die Blume Tagetes gibt, können wir das Tagewerk einarbeiten, indem wir »den Tageteswert nach Florida tragen« lassen. Nun fehlt nur noch die Verzerrung von »she might as well« zu *she might fair as well*, die ein unterschwelliges Lebwohl (»fare well«) aufruft. Auch hier hat der Übersetzer Glück, denn das läßt sich mühelos in die deutsche Rohfassung eingliedern. Die Endversion lautet: »sie hätte leben so wohl ihren Tageteswert nach Florida getragen haben können.«

In diesen Beispielen war im wesentlichen nur englisches Lautmaterial ins Deutsche zu transferieren; in *Finnegans Wake* sind aber Spuren von ca. 40 weiteren Sprachen enthalten. Wo die mit dem Englischen verwoben sind, muß der Übersetzer

sie statt dessen an deutsche Äquivalente anschließen; er kann natürlich auch selbst dritte Sprachen neu erschließen und sich dadurch die Chancen erweitern, soweit die Fremdsprachenkenntnis das gestattet. So habe ich es in meiner Übersetzung des »Mamalujo«-Kapitels vorgezogen, das Joycesche *Mahazar ag Dod!* durch einen Sprachsprung zu übertragen. *Mahazar ag Dod!* will einerseits auf ein »Mother of God« hinaus, so daß die deutsche Version das entsprechende »Mutter Gottes« durchscheinen lassen müßte; andererseits sind »mahaza« und »agdod« die armenischen Vokabeln für »sterblich« bzw. »schmutzig«. Meine Lösung, die für die armenischen Wörter italienische aufbietet: »Mortal Gottas«; »mortal« heißt wiederum »sterblich«, paßt also vorzüglich, wohingegen »gotta« die »Gicht« bezeichnet, die zwar etwas anderes als »schmutzig« ist, aber doch immerhin in die Sphäre des Verfalls verweist.

Diese wenigen Beispiele zeigen etwas von dem großen Aufwand, der nötig ist, um auch nur einen kleinen Erfolg zu erzielen: Die von mir hier musterhaft vorgeführten Stellen umfassen nicht einmal zwei Zeilen von *Finnegans Wake*; das ganze Buch besteht aus ca. 22.000 Zeilen. Angesichts dieser Zahlen kann man erahnen, warum es so lange gedauert hat, bis Dieter H. Stündel seinen Versuch einer ersten kompletten Eindeutschung fertig hatte, und warum die einzige davor veröffentlichte Komplettübersetzung des *Wake* weltweit – sie stammt von dem Franzosen Philippe Lavergne – eher dürftig ausgefallen ist. Im Vergleich zu Stündels Versuch ist Lavergnes Fassung allerdings fast schon ein Meisterwerk. Wer den Stündel-Text aufmerksam und mit Joyce-Kennerschaft liest, mag kaum glauben, daß der Siegener Aufschneider 17 Jahre dafür brauchte, und man kann sich auch des Eindrucks nicht erwehren, daß der bescheiden klingende Untertitel *Kainnäh ÜbelSetzZung des Wehrkeß fun Schämes Scheuß* das Genialste und jedenfalls Zutreffendste an der ganzen Unternehmung ist. In der Tat hat Stündel den Joyceschen Text nicht übersetzt, sondern ganz und gar ersetzt. Den chaotisch scheinenden, aber ökologisch intakten und funktionsfähigen Urwald namens *Finnegans Wake* hat er erst plattgewalzt, dann auf derselben Grundfläche englischen Rasen angesät und ein Schild *Finnegans Wehg* davorgestellt; für das ahnungslose Marsmännchen, das einen oberflächlichen Blick darauf wirft, mag beides ziemlich gleich aussehen, doch wer genauer hinschaut, den packt das kalte Grausen.

Die Sprache von *Finnegans Wake* ist, nach Ezra Pound, eine Sprache, die bis zur Grenze des Möglichen mit Sinn aufgeladen ist; Stündels *Finnegans Wehg* hingegen ist bis über die Grenzen des Erträglichen hinaus von Unsinn verschüttet. Das dürfte seinen Grund darin haben, daß Stündel immer noch dem irrigen Anfängereindruck verhaftet ist, *Finnegans Wake* sei nichts als ein großes Durcheinander ohne Sinn und Verstand, allenfalls ein »einziger großer Unterleibswitz« (wie Arno Schmidt in einem seiner schwächeren Momente meinte) und eine ideale Spielwiese für die eigene Kalauerwut. Tatsächlich aber ist die Joycesche Textur an jeder Stelle präzise und zielgenau gearbeitet und jede noch so minimale Buchstabenverdrehung mit Bedacht vorgenommen worden. Die Sprachverzerrungen und Kalauer bei Joyce sind keine punktuellen Mätzchen, sondern fügen sich zu Sinnstrukturen, die das ganze Buch durchziehen und zusammenhalten. Zugegebenermaßen hat die prosperierende Joyce-Forschung noch lange nicht für jedes Detail die schlüssige Begründung ermitteln können; um so wichtiger wäre es, so viele Details wie möglich in die Übersetzung hinüberzuretten, damit auch der Leser der Übersetzung noch mittütteln kann. Genau das aber macht Dieter H. Stündel nicht. Seine Methode ist es, stets nur eine oberflächliche (und nicht immer sehr schlüssige) Sinnschicht herauszugreifen, alles andere unter den Tisch fallen zu lassen und die deutsche Übersetzung des herausgegriffenen Schmalspursinns mit ganz und gar eigenen, durch keinerlei Textzusammenhang legitimierten Kalauern und Sprachverzerrungen zuzuschütten. In Stündels Text ist wie im Joyceschen alles falsch geschrieben – aber da, wo dies bei Joyce Methode hat, wird es bei Stündel zum Wahnsinnsprinzip um seiner selbst willen. Er schreibt alles falsch, ohne sich weiter was dabei zu denken. Mit dem Ergebnis solchen Tuns ist folglich auch nichts anzufangen. Stündels ›Lösungen‹ für die oben von mir diskutierten Textdetails beispielsweise lauten: *Blauaugenstiern*; *sie könnte ebben sau gutt ihrer Tausendschöhnchens Werkte nach Florida tragen*; *Muhter Goates!* Das mag man hübsch oder witzig finden, löst aber von den Joyceschen Vorgaben nichts ein.

Nun steht außer Zweifel, daß die Schwierigkeiten einer *Wake*-Übersetzung so immens groß sind, daß ein Übersetzer keine Chance hat, wenn er sich nicht gewisse Freiheiten erlaubt und auch einmal unkonventionelle Tricks anwendet. Joyce ergreift die Gelegenheiten zu sprachlich-lautlichen Überblendungen, wo sie sich ihm in der englischen Sprache bieten, und da sich solche Gelegenheiten im Deutschen oft nicht an gleicher Stelle, dafür aber woanders bieten, darf der Übersetzer Einbußen in einem Wort oder Satz vielleicht durch Zugaben im nächsten wettmachen. Nur sollte gewährleistet bleiben, daß erstens die Zugaben den Joyceschen Intentionen nicht zuwiderlaufen und daß zweitens der Abwechslungsreichtum der in Wahrheit gar nicht so gleichförmigen *Wake*-Textur nicht eingeebnet wird. Beide Vorbehalte kennt Stündel nicht. Er kalauert fröhlich und von Joyceschen Vorgaben nicht im mindesten beschwert vor sich hin. Aus *Irewaker* macht er *IhrFicker,* aus *una mona* wird *eine dumme Fotze,* aus *Sublime Porter* ein *Erhabener SchweifTräger,* aus *Far calls* macht er *Fahr möses* und findet das alles brüllend komisch. Ob bei Joyce ein Passus in verzerrtem oder in völlig korrektem Englisch steht, ob er vielleicht sogar in tadellosem Latein oder verballhorntem Spanisch, in Kindersprache oder Juristenjargon abgefaßt ist – bei Stündel klingt alles gleich; alles ist auf einen stets gleichbleibenden Grad von forcierter Witzigkeit getrimmt worden. Daß

das 40-Sprachen-Gemisch des Originals auf einen Zweieinhalb-Sprachen-Text (viel Deutsch, etwas Englisch, Minibröckchen Französisch) reduziert wird, liegt ganz auf der Linie solcher Einebnungen.

Stündels Verfahren hat immerhin den Vorteil, daß man sich als Übersetzer nicht überflüssig um die Vorgaben des Originaltextes zu kümmern braucht. Man läßt sich nur die grobe Richtung zeigen und ansonsten den eigenen Einfällen freien Lauf; wenn man gelegentlich auch die grobe Richtung noch verliert, macht das ebenfalls nichts, solang's nur alles witzig klingt. Für Stündel ist die Lizenz zur grenzenlosen Eigenmächtigkeit, die er sich ausstellt, Gold wert, denn nur so kann er halbwegs verbergen, daß er zu genauem Hingucken nicht nur nicht willens, sondern auch unfähig ist. Wer beliebige Passagen aus *Finnegans Wake* mit der Stündelschen Nachschrift vergleicht, stolpert darüber, daß Stündel in der Eile ein *not* oder *never* überspringt und dadurch die Satzaussage ins Gegenteil verkehrt. Das Mädchen *Nuvoletta* wird als *Wöllkehlschön* übersetzt, und als wenige Zeilen später die Schwester *Nuvoluccia* auftritt, heißt die bei Stündel ebenfalls *Wöllkehlschön; the one one oneth of the propecies* wird zu *den ein Einsten Probstezeihungen,* als seien 11 und 111 identisch. Aus einem Plural macht Stündel schon mal einen Singular, aus einem Verb ein Substantiv, aus der dritten die zweite Person; wo *for* eindeutig als Konjunktion (= »denn«) steht, liest Stündel die Präposition *für* heraus, obwohl das dann keinen Sinn ergibt, und das Relativpronomen *who* (= »der«) deutet er sich als Interrogativpronomen (= *wer*) – Fehler, die in einer ›normalen‹ Übersetzung dem blutigsten Anfänger nicht passieren dürften, aber in der konfusen Textmasse, die uns Stündel als verdeutschtes *Finnegans Wake* hinstellen will, kaum noch auffallen. Gleiches gilt für das stümperhafte Deutsch, das Stündel sich abringt: Aus der grammatisch eindeutigen und korrekten Formulierung *The Gracehoper who ... yet knew ... his good smetterling of entymology* (= »Der Gnadshoffer der ... doch ... sein gut Schmaetterding von der Entymologie kannte«) wird ein gestammeltes *Der Gnadhoffer der ... wußte dennoch, sein guter Schmätterjung der Entymologie,* und aus *They tell the story ... how ... one ... morning ... he met a cad with a pipe* wird die eines Dreijährigen würdige Satzkonstruktion *Sie erzählen die Geschichte ... wie einer ... am ... Morgen ... er traf einen Kaffer mit einer Pfeife.*

Wie es um die Klangqualitäten seines Textes steht, die Stündel gerne anführt, um inhaltliche Defizite zu erklären, möge ein Beispiel zeigen. Auf Seite 153 von *Finnegans Wake* steht: *My, my, my! Me and me! Little down stream don't I love thee!;* sechs Seiten später setzt sich das fort: *Why, why, why! Weh, O weh! I'se so silly to be flowing but I no canna stay!* Bei Stündel lautet alles zusammen so: *Moi, moi, moi! Mir und mir! Leines fraunes Bäcklein, lieb ich dich nicht! / Warum, warum, warum! Weh, Oh weh! Isse so sümmlich su strömen, aba ich kannich blaiben!* Dabei ist's so schwer gar nicht; hier zum Vergleich meine Fassung: »Mein, mein, mein! Mich und mich! Kleins kaums Träumch lieb ich dich nicht! / Nein, nein, nein! Sprich, O sprich! Isses mir auch blöd zu fließen bleiben canna ich nicht!«

Daß Stündel nichts vom Text mitkriegt, zeigt er, wenn er *joisis crisis* durch *Freud'scher Krieschis* ersetzt (Jesus Christus geht perdu; aus Joyce wird Freud). Da, wo er nur fehlerlos abzuschreiben bräuchte (z.B. Joyces *Tsin tsin tsin tsin*), gibt er in Geberlaune drei Kommata zu; wo Joyce eins stehen hat (z.B. in *zimzim, zimzim*), streicht er's weg. Oder ist das Stündels persönliche Note, daß er schlechthin alles ändert? Beispiele wie die angeführten stehen auf jeder Seite zuhauf, und das Fazit lautet mit Stündels eigenen Worten: *Ein schrecklich primitiver*]sic! *missvierständkliches Spiel.*

Dabei wären die von mir hier aufgelisteten Fehler immerhin in einer (wenn auch mühsamen) Detailkorrektur noch zu beheben; das grundsätzliche Problem bleibt aber Stündels völlige und durchgängige Ersetzung der strukturierten Joyceschen Obertonschichten durch unverbundene, unmotivierte und zumeist zotige Zugaben aus Stündels ureigener Giftküche. Hätte er diese Dreingaben über einem – möglichst bierernsten – eindimensionalen Text vergossen, bei dem er dafür nichts anderes hätte wegzuschneiden brauchen, so wäre das vielleicht noch mäßig ulkig gewesen; daß er aber den ganzen Reichtum der vielfältig verwirkten Textschichten des *Wake* abräumt, um seine armseligen Kalauer an deren Stelle zu setzen, das ist einer der dümmsten Schildbürgerstreiche der Übersetzungsgeschichte.

Die prinzipiellen Defizite der Stündelschen Eindeutschung habe ich schon vor der Publikation von *Finnegans Wehg* in zwei Aufsätzen (im »Merkur« 518 und im »Schreibheft« 39) anhand der mir damals zugänglichen Textpassagen vorgeführt, und wer meint, ich hätte mir untypische Stellen vorgenommen, der lasse es auf einen Versuch ankommen: nach Begutachtung von Stündels kompletter *ÜbelSetzZung* mache ich mich nunmehr anheischig, die von mir bemängelten Defizite auf jeder x-beliebigen Seite nachzuweisen. Immerhin habe ich nach meiner Vorabkritik aus Stündels Mund ein Gegenargument zu hören bekommen: Da im Paralleldruck jeweils auf der linken Seite der Originaltext stehe, könne der Leser ver-gleichen; im deutschen Text dürften daherruhig Veränderungen vorgenommen werden, denn warum solle man genau das, was links steht, rechts nochmals wiederholen? Das klingt logisch, wird auch (vor allem bei Lyrikübertragungen) gerne angeführt, ist aber nicht stichhaltig: Was wäre wohl von einem Übersetzer zu halten, der den Inhalt eines Shakespeare-Sonetts notdürftig in einen Limerick umgießt und sich rechtfertigt, die formale Gestaltung des Textes stehe ja schon daneben und brauche nicht nochmals repliziert zu werden?

Generell stellt sich die Frage, wie sinnvoll eine Übersetzung von *Finnegans Wake* überhaupt ist: Was bringt ein solches Unternehmen? Muß dieses Werk unbedingt übersetzt werden? Ja, wenn irgend möglich. Die oft gehörte Behauptung, wer literarisch hinreichend interessiert sei, könne auch so gut Englisch, daß er sich gleich das Original vornehmen kann, greift

nicht. Die vielbeschworene Lust am Text wird nie empfinden können, wer im Frust mangelnder Fremdsprachenkenntnis gleich abdreht, und das heißt: Ohne Übersetzung erfährt ein großer Teil der Literatur-Fans nie, was *Finnegans Wake* ist. Ihnen bleibt eine einzigartige Lektüreerfahrung vorenthalten.

Was das heißt, möge ein analoges Beispiel verdeutlichen. Einem Kunstliebhaber, der nie einen Picasso sah, fehlt zweifellos eine wichtige Erfahrung, und *Finnegans Wake* ist für die Literaturgeschichte weit bedeutsamer als alle Bilder Picassos für die Kunstgeschichte. Nun kennt die Malerei erfreulicherweise keine Sprachbarrieren; was aber macht der Kunstfreund, der keine Gelegenheit hat, hinzufahren, wo die echten Picassos hängen? Er behilft sich mit Reproduktionen. Noch der schäbigste Schwarzweißdruck eines Picasso-Gemäldes wird ihm mehr sagen als alle kunsttheoretischen Erklärungen ohne Illustration, und so erfährt auch der Leser aus einer – und sei es mangelhaften – *Wake*-Übersetzung mehr als aus der bloßen Kenntnis von Sekundärtexten. (Stündel liefert, um im Bild zu bleiben, eine besonders grobkörnige Schwarzweißreproduktion, die mit Filzstiften in falschen Farben nachkoloriert wurde.)

Sinn macht eine Übersetzung also durchaus – freilich erhebt sich die Frage, ob es denn gleich das ganze Buch sein müsse. Reicht nicht eine Musterübersetzung eines Ausschnitts schon aus, um dem deutschen Leser einen gültigen Eindruck zu verschaffen und ihn den Geschmack des Textes kosten zu lassen? Immerhin ist die Spiegelung des Ganzen in all seinen Teilen eines der Bauprinzipien des *Wake*. Dennoch: Auch der Kunstkenner wird sich mit Ausschnitten von Picasso-Gemälden zu Recht nicht zufrieden geben, und im übrigen liest sich *Finnegans Wake* eben auch nicht in allen Teilen gleich. Joyce hat nicht einfach eine knifflige Schreibweise erfunden und die über 628 Seiten durchgehalten, sondern *Finnegans Wake* ist auch ein Buch der unerhörten Vielfalt in Sprache, Stil, Tonfall und Thema. Außerdem gehört auch der schiere Umfang zu den ästhetischen Eigenschaften des Buches, das sich dem Häppchenabstauber verweigert und den Feinschmecker, der den ganzen Tag zu tafeln versteht, verwöhnt. Nichts gegen Appetitanreger, aber wenn man mir schon Appetit macht, dann wünsche ich auch das komplette Menü und möchte nicht nach dem Horsd'oeuvre das Lokal verlassen müssen. Dies ist denn auch das unbestreitbare eine, einzige Verdienst von Dieter H. Stündel: die quantitative Komplettität. Er hat es geschafft, einmal ganz durchzukommen, vom Beginn mitten im Satz bis zu jenem Ende, das wieder in den Anfang einmündet (wenn auch bei Stündel nicht so organisch wie bei Joyce, sondern ziemlich holprig und ungelenk): *Hinn Weg all ein zu Lättst up saits and lang des*

*Zitate von James Joyce und Dieter H. Stündel erscheinen kursiv

James Joyce: Finnegans Wehg. Kainnäh ÜbelSätzZung des Wehrkeß fun Schämes Scheuß. Von Dieter H. Stündel. Verlag Jürgen Häusser, Darmstadt 1993, 1264 S., Format ca. DIN A3, 840 Mark

Friedhelm Rathjen ist Übersetzer und lebt in Scheeßel. Seine Versuche, Passagen des »Wake« ins Deutsche zu übertragen, sind erschienen in: »Finnegans Wake deutsch. Gesammelte Annäherungen«, Edition Suhrkamp, Frankfurt 1989

Konkret 09/93, S. 56

Dietmar Dath

Versteinert

»Es ist geglückt. Es ist großartig geglückt. Zwei Stunden lang.« – Über Steven Spielbergs Saurier-Film »Jurassic Park«

»Tell me where you been...«
Dinosaur Jr.

»Wilma, dieser Saurier funktioniert wunderprrrrächtig!«
Fred Feuerstein

»... hovering between cultural complicity and critique...«
Elisabeth Bronfen

Man kann jedem Dreck historisches Gewicht verleihen, wenn man ein paar alte Knochen dranhängt, lautet eine halbverwitterte Filmkritiker-Weisheit. Gerade die verdienteren unter den Filmkritikern lassen sich eines Tages, wenn sie dieser Weisheit oft genug entsprochen haben, dazu hinreißen, heimlich an Regeln zu glauben wie die, daß zumindest das allermeiste, was einem unter die Hände kommt, Dreck sein muß. Und dann steht so ein Film vor einem wie der neue, zentnerschwere Spielberg: »Jurassic Park«, und schon auf dem Weg zum Lichtspielhaus erfährt man, daß da etwas passiert, dessen Zeit gekommen ist – auch wenn man die letzten drei Jahre unter der Erde verbracht hat.

Denn vom Coca-Cola-Dino-Menü über den Artikel in der »FAZ«, der die USA einen »politischen Saurier« nennt, bis zum Spielwarenladenschaufenster erzählt alles davon, daß dieser Film eigentlich ein Selbstläufer sein müßte, einer, der nicht mal gut zu sein bräuchte, um eine Existenzberechtigung zu haben. Dann guckt man sich den Film an.

Dann geht man nach Hause. Und obwohl man genau weiß, daß das, was man da gesehen hat, diesmal überraschenderweise kein Dreck war, packt man auch als unerfahrener Filmrezensent doch wieder die Knochen aus, aus infantiler Lust daran, einfach mal auszuprobieren, was schwerer ist: ein Kilo Gold oder ein Kilo Knochen. Also, zurück in die Zukunft: Karl Marx, der eines seiner weniger einflußreichen Werke dem überaus mißverstandenen britischen Naturkundler Charles Darwin widmen wollte, muß sich auch heute noch immer mal wieder den von ihm aus einer vorübergehenden Laune heraus ersonnenen Kalauer anhören, es sei nötig, den versteinerten Verhältnissen solange »ihre eigene Melodie vorzuspielen, bis sie zu tanzen beginnen«. Über hundert Jahre später fragen sich zwei französische Theoretiker, die ihr Denken u.a. auch von Marx herschreiben: »Für wen hält sich die Erde?« Und in Steven Spielbergs neuem Film, in dem lebendige, dicke, breite und schöne Saurier durchs Bild donnern, wird der Paläontologe Dr. Grant gefragt, was er denn nun mit seinem Leben anfangen wolle, wo er doch arbeitslos geworden ist, da sich das Knochenausgraben erübrigt, wenn man das ganze in natura observieren kann. Dr. Grant gibt gallig zurück: »Arbeitslos? Sie meinen wohl ausgestorben.«

Weil das, mit derselben noch nicht ganz von der Wahrheit der eigenen Resignation überzeugten Bitterkeit, auch Karl Marx oder die beiden Franzosen hätten sagen können, deshalb ist KONKRET der einzige Ort, wo dieser hervorragende, euphorische und traurige Film im Guten wie im Bösen angemessen beurteilt werden kann. Es ist gar nicht so kompliziert, wie es aussieht.

Das Buch »Jurassic Park« (in Deutschland lief es zeitweise unter »DinoPark«, weil man die Allgemeinbildung der schöngeistigen Deutschen in Sachen Naturwissenschaft von Seiten des Verlages vollkommen richtig unterhalb der eines 10jährigen Amerikaners angesiedelt hat) schreit eigentlich auf jeder Seite: »Wenn jemand Geld hat, bitte verfilmen!« Da hat ein philanthropischer alternder Zoo-, Zirkus- und Tierschau-Milliardär namens John Hammond die menschheitsbeglückende Idee, das Lieblingskuscheltier aller Kinder und Apokalyptiker, den Dinosaurier, wiederauferstehen zu lassen, und mithilfe der computergestützten Gentechnik und einiger plausibler Zufälle (Dinosaurierblut, das im Körper eines in Bernstein konservierten Moskitos über 40 Millionen Jahre auf Mr. Hammonds Techniker gewartet hat) gelingt das auch. Auf einer abgelegenen Insel läßt Hammond einen Park einrichten, der fortan als Kreuzung aus dem Serengetinationalpark und Disneyland für jung und alt Belehrung und Erbauung bieten soll.

Das einzige, was vor der Einweihung noch fehlt und von den Investoren der Vollständigkeit halber verlangt wird, ist ein wissenschaftliches Sicherheitsgutachten, das entscheiden muß, ob all die elektrischen Zäune, Wassergräben, Monitorüberwachungssysteme und Futterprogramme was taugen, die verhindern sollen, daß es im »Jurassic Park« zugeht wie ... ja eben wie bei den Sauriern. Geschähe das, hätten Menschen dort nämlich nichts verloren.

Auftritt Dr. Grant, Held in den besten Jahren, sowie die Paläobotanikerin Ellie, der Anwalt und Investorenvertreter Gennaro, der Mathematiker/Systemtheoretiker/Chaosforscher Dr. Malcolm und, um zu prüfen, ob der Park ad usum Delphini hält, was er verspricht, des alten Hammond eigene Enkelkinder Lex und Tim. Die Inspektionstour geht schief, es wird alles fürchterlich, Sabotage und tropischer Sturm im Verein mit menschlichem Versagen geben einander die Hand und lassen mal so richtig die Saurier raus. (OK, der war billig. Der Film ist es nicht.)

Dieser Plot hört sich aber nicht nur verfilmbar, sondern vor allem gut an, und genau da täuscht er, was den Roman angeht. Ich habe ihn 1992 gelesen und gleich gehaßt, weil er wirklich was hätte werden können und statt dessen ständig um die Mär von der per se bösen, a priori verdammungswürdigen Vernichtung von »Natur« durch die angeblich immer zerstörerische »Kultur« (Crichton muß als Amerikaner »Technik« sagen, der altdeutsche Quatschbegriff steht ihm nicht zur Verfügung) rotiert, bis man nur noch aussteigen möchte. Kein Wunder, daß bei Crichton am Schluß alles in die Luft fliegt, er hat wohl im Laufe der Arbeit zunehmend selbst die Lust verloren an diesem drögen, denunziatorischen Ton, der das Buch durchsäuert.

Und dann kam Steven Spielberg und gab ihm eine zweite Chance, denn Crichton verantwortet in weiten Teilen auch das Drehbuch zu »Steven Spielbergs Jurassic Park«. Und diesmal hat er alles richtig gemacht. Es fliegt zum Schluß nun nicht mehr alles in die Luft, weil eine gut erzählte Geschichte dieses apokalyptischen Tons durchaus entraten kann. Auch verzichtete man auf Pointen (aber nicht auf Effekte!) im Handlungsgeflecht nahezu vollständig und legte sie nur noch in die Dialoge, hier besonders in den Mund des »Rockstar-Mathematikers« Ian Malcolm, überraschend kompetent gespielt vom in letzter Zeit eher durch lustloses Geldverdienen aufgefallenen Jeff Goldblum.

Malcolm: Also... Gott erschafft den Saurier. Gott tötet den Saurier. Gott erschafft Adam. Adam tötet Gott. Adam erschafft den Saurier.

Ellie: Der Saurier frißt Adam. Eva erbt die Welt.

*Ich höre schon die Einwände: Da würden ernste Themen wie Gentechnologie, Feminismus und Chaostheorie auf das Niveau rhetorischer Pingpongspiele runtergebracht. Falsch, denn in Wirklichkeit wird hier ein amüsanter Dialog zusätzlich mit den scharfen, weil aus der richtigen Welt stammenden Gewürzen Gentechnologie, Feminismus und Chaostheorie gewürzt. Außerdem hat die Frau das letzte Wort. Überhaupt wird der Film dem Anspruch gerecht, uns eine Welt zu zeigen, wie sie sein sollte, ohne daß er dabei aus den Augen verlöre, wie sie tatsäch*lich ist. Kurz, aus einem plump pädagogischen Unternehmen ist eine mehrdeutige spaßige Veranstaltung geworden, pompös und glühend vor Reibungshitze. Keinem der dabei anfallenden Probleme ist Spielberg diesmal ausgewichen, er hat nirgends taktiert und statt dessen seinen Ruf mit Szenen wie dem aus dem Ei schlüpfenden Saurier riskiert. (Vielleicht hat er auch einfach aus der Erfahrung gelernt, daß seine jüngsten Projekte,wie etwa last year's »Hook«, im Versuch, gerade nicht auf Risiko zu spielen, sondern auf Teufel komm raus Produkte eines »drolligen Träumers« statt eines »randalierenden Spinners mit zuviel Geld« zu sein, so schrecklich auf die Schnauze gefallen sind.) Es ist geglückt. Es ist großartig geglückt. Zwei Stunden lang.

Ein Saurier verfolgt einen Jeep, welche Kameraeinstellung wählen wir da? Wir wählen den Saurier im Rückspiegel, der rasend schnell näherkommt. Sehr richtig, sehr gut. Man darf die Saurier nicht immer von unten zeigen, sonst wird der Zuschauer erschlagen statt begeistert, was machen wir da? Wir lassen unsere Protagonisten in Bäumen herumklettern. Auch richtig, noch besser. Die »Botschaft« der Dialoge und, trotz aller Änderungen, auch der Geschichte, ist zwar richtig, aber so schrecklich muffig, denn sie besagt, daß man die schlafende Bestie nicht wecken soll, was doch eh jeder weiß. Wie gehen wir damit um? Wir zeigen die erwachte Bestie als majestätisch, rührend, schrecklich, schön, gräßlich, liebenswert und dementieren uns ständig selber, so daß der Muff verfliegt wie im Sturm. Präzis.

Harlan Ellison attestierte Spielberg vor einiger Zeit einmal »Mean-Spiritedness«, also eine Bösartigkeit von heiligem Ernst, und damit war gemeint, daß der Regisseur von »Jaws« und »E.T.« zu jener Art Gerechtigkeit neigt, die in alten Märchen manchmal böse Menschen über die Möglichkeit stolpern läßt, sich drei Wünsche erfüllen zu lassen. Der Haken dabei: Sie bekommen genau das, was sie wollen, und müssen dann damit fertigwerden. Eben das widerfährt dem »Jurassic Park«-Zuschauer (muß man da nicht schon »Besucher« sagen, nämlich des Parks wie des Films?), wenn etwa die durchnäßten und erschöpften drei Figuren Grant, das Mädchen Lex und der Junge Tim in einer Baumkrone sitzen, ein Saurierkopf sich ihnen im Profil nähert und man so ganz bei sich wünscht: Das Gesicht möchte ich von vorne sehen! Spielberg zeigt das Gesicht, und man fühlt sich beim angeblich Schlimmsten, was es gibt, ertappt: Man hat soeben um Kitsch gebettelt und ihn bekommen. Eine rare Medizin. Du Bambi-Sauriergesicht, Du liebes!

Der hinterhältige Pazifist in mir schmunzelt, wenn ich sehe, wie Spielberg einige »kritische Journalisten«, die während der Pressevorführung in meiner Nähe sitzen, entwaffnet. Denn ich hasse Waffen in den falschen Händen, auch weil diese Leute, deren flüchtige Bekanntschaft ich eben im Foyer machen mußte, sich mit der »Waffe der Kritik« immer nur ins Bein schießen. Etwa so: »Das ist wieder so ein Merchandise-Projekt, der Film selber ist völlig egal...« »Ja, die Dinomania ist eh vorbei...« »Da soll nur wieder Spielzeug verkauft werden...« Was macht man mit solchen Arschlöchern? Man zeigt in kalter Frechheit in einer besonders besinnlichen Szene des Films den Milliardär Hammond, wie er in einem Raum sitzt, an dessen Wänden »Jurassic Park«-T-Shirts, -Baseballkappen, -Tassen usw. aufgereiht sind. Tja, meine Herren Denker, so kapitalismuskritisch wie Ihr Euch wähnt, ist Spielberg schon lange!

Aber wenn man sich schon partout was überlegen muß zu diesem Film, dann benutze man die folgenden Erwägungen zum zentralen Problem von »Jurassic Park«: der Frage, was echt ist.

Zum Beispiel die Dinosaurier: Sie sind nicht echt. Darauf insistiert der Film mit einiger Penetranz, angefangen bei den luziden gentechnologischen Exkursen, die die »geflickte« DNA der Saurofanten vorführen, über die Erläuterungen Ellies zum »schiefen« Ökosystem des Parks (auch ein Saurier also, genau wie ein kritischer Gedanke, wird erst durch seinen Kontext zu einem solchen) bis hin zur praktischen Vorführung der Intelligenz der Saurier, wenn ein Velociraptor eine Tür öffnen lernt und damit natürlich der Zauber dahin ist, der Terror aber erst anfängt. Falsches Fleisch reißt und tötet echte Menschen.

Spätestens hier fangen die Hintergrundinformationen an, uns nahezutreten: über all das etwa, was an digitaler Image-Synthese in den Film eingegangen ist, darüber, daß auch ein neues digitales Soundsystem in einigen ausgewählten Theatern zur Anwendung kommen soll und daß der Autor des Buches und Co-Autor des Films, Crichton, 1973 den Film »Westworld« (starring Yul Brynner) gedreht hat, in dem als einem der ersten Filme damals schon Elemente benutzt wurden, die heute zum weiten Feld der »Virtual Reality« zählen. Ja, das muß man durchaus wissen, aber man kann es ja auch erfahren. Überhaupt wäre zu wünschen, daß der Film zurückwirkt in die exklusiven Zivilisationen und Zirkel, deren Errungenschaften er zusammensieht und zusammenzudenken erlaubt, und daß unter Spezialisten und bei Computermanikern noch lange über ihn geredet wird (die Verdammung von Fachzirkel-Chinesisch ist übrigens einer der gegenaufklärerischen, aus mißverstandener Pop-Gesinnung hervorgegangenen Irrtümer, die man sich genausowenig zuschulden kommen lassen darf wie Konzessionen an die Idioten, die ich eben verflucht habe. Genauer: Wenn »Bild« und allerlei Zeitgeistheftchen den Film jetzt auch loben, muß klar sein, daß ich einen anderen meine und wir nicht denselben gesehen haben).

Die Computerzeitschriften kümmern sich bereits vorbildlich um diese Zusammenhänge, und viel lieber als die dreihundertfünfzigste Besprechung eines amerikanischen Filmes, die dessen »Ideologie« auseinandernimmt, läse ich einmal etwas über den Zusammenhang von Filmen wie diesem und der Disziplin KL, Künstliches Leben, wo aus einfachen Algorithmen und Wachstumsparametern inzwischen nicht mehr nur einfache Bäume in den Computerspeichern wachsen, sondern komplette Biotope.

Auch der spektakuläre Coup, der Spielberg in Sachen Aneignung von Copyrightfreiem Material gelungen ist, wäre als moralisch/juristisches Problem seines Kontextes zu reflektieren. Ich möchte dazu eine kleine Geschichte erzählen: In den frühen achtziger Jahren kam ein Beauftragter einer großen amerikanischen Filmfirma zu Marvel Comics und bot an, die Lizenz für die Comicfiguren »Ka-Zar« und »Werewolf by Night« zu erwerben. »Ka-Zar« ist eine Art Tarzan in vorsintflutlicher Umgebung, eine völlig synthetische Sache, und der Werwolf ist ein ganz normaler Werwolf, wie er in tausend Filmen vorkommt. Da wollte also jemand die Rechte an etwas kaufen, was er sich selbst nicht ausdenken konnte, obwohl es doch auf der Hand liegt, Tarzan mit Sauriern kämpfen zu lassen oder einen Werwolf nach New York zu versetzen. Damals wurde der Mann ausgelacht. Heute, nach den gewaltigen Fortschritten der Gentechnik, ist es in einigen Ländern bereits möglich, Lebewesen patentieren zu lassen.

Die gelungenste Antwort auf diese ethische Katastrophe ist tatsächlich die Spielbergsche, das Patent nun auch auf ausgestorbene Lebewesen anzumelden. Der Wunschtraum jedes kleinen stinkigen Ideologiekritikers, einmal zu zeigen, wie »leer« die Warenform wirklich ist und daß man den Leuten tatsächlich auch Einhörner und ein rotierendes Nichts verkaufen kann – Spielberg verwirklicht ihn, aber dazu darf man eben weder Kosten noch Mühen scheuen.

Nur logisch, daß als nächstes ein »Flintstones«-Film geplant ist, denn Barney Geröllheimer hat immer gewußt, daß alles bös endet. »Jurassic Park« schreckt nicht einmal davor zurück, den Anwalt eines grausigen Todes sterben zu lassen und zwei Stunden lang zwei eigentlich sympathische Kinder zu mißhandeln, nur damit Dr. Grant einsieht, daß Kinder doch in Ordnung sind, und sein Blick am Ende der geliebten Ellie versprechen kann, mit ihr auch welche zu produzieren. Tatsächlich ein Film gegen die ganze Familie.

Ein paar Warntafeln möchte ich trotzdem anbringen. Ich rate davon ab, sich beim Ansehen des Filmes eine Distanzlosigkeit vorzulügen, die partout nicht zugeben möchte, daß einiges eben doch ziemlich gelogen aussieht. Wenn man ein paarmal das Gefühl hat, der Film versage, soll man sich nicht wundern, sondern auf den nächsten Moment der Angst oder Rührung bauen – ich bin zuversichtlich, daß er kommt. Auch einen »Schocker«, den »Bild« versprach, habe ich im dunklen Kino vergeblich gesucht, und das liegt weniger daran, daß »Bild« ein »Dino-Märchen« erwartet hat und dann geschockt war, als vielmehr daran, daß die »Bild«-Leute offensichtlich nicht nur von Pop nichts mehr verstehen, sondern sogar nichtmal mehr was von Märchen (in denen es im Regelfall wesentlich blutiger zugeht als in »Jurassic Park«, nämlich so wie in »Bild«: Töchter morden Stiefmutter, Hände werden abgehackt, und Saurier speien Feuer, they call it Drachen, man).

Desweiteren muß klar sein, daß nur das Zusammentreffen aller beschriebenen Determinanten den Film so gut gemacht hat, das heißt: Crichtons nächster Film, »Rising Sun«, wird wahrscheinlich doch wieder genau der japanerfeindliche, US-chauvinistische Scheiß, den das zugrundeliegende Buch befürchten läßt, und auch Spielberg wird wieder Rohrkrepierer bauen. Man darf sogar vermuten, daß selbst ein Film wie dieser, dem zu allem Überfluß auch noch brillante Musik unterlegt ist, auch einige eher unangenehme Folgen haben wird.

Das muß sogar so sein.

Dietmar Dath schrieb in KONKRET 6/93 über re-politisierte phantastische Literatur

Konkret 09/93, S. 59

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Herrn Ernst Jünger, 88515 Wilflingen

Herrn Frank Schirrmacher, Frankfurter

Allgemeine Zeitung, 60267 Frankfurt

Verlag Klett-Cotta, 70049 Stuttgart

Betr.: Vorsätzlicher (ersatzweise fahrlässiger) Tagebuch-Betrug

Meine Herren,

meinetwegen, um der Wahrheit willen sowie in Bekümmerung der heutigen und aller fürdern in der Nintendo- und Schmierseifenopernwüstenei nicht verdurschten wollnden und drum wie irr an den Zitzen von Literatur und entsprechender Wissenschaft saugenden Germanistikstudiosi erhebt Unterfertigter Veto gegen die in Buch und Vorabdruck von »Siebzig verweht III« aufgestellten Erinnerungen Ernst Jüngers (»Die Welt als Schrapnell und ein Glaserl Perlwein dazu«, Berlin 1919) an ein Telefonat mit Luis Trenker, dem Begründer der Osttiroler Schilehrergewerkschaft (Serfaus, 1907) und massiven Vorkämpfer gegen die Bergmythosscheiße (»Der ewige Schnee als Herrschaftsmetapher«, Bolzano, 1911).

1.Unwahr ist, daß Luis Trenker (L.T.) Ernst Jünger (E.J.) angerufen hat. Wahr ist: Angerufen hat den E.J. der des sprachlichen Wasserfallduktusses L.T.(s sich bedienende Unterfertigte.

2.E.J. behauptet, der vom Unterfertigten gefakete L.T. sei von einem »bösartigen Gartenzwerg« »Mumie« genannt worden. Dies ist unwahr. Wahr ist: Der L.T. ex machina schmähzitierte den Feuilletonisten Dr. Fritz Rumler als »Reporter Rumpler« »von dem deitschen Nachrichtenmagazin«, der ihm ein »Medien-Fossil« übel nachgerufen habe.

3.Unwahr ist, daß L.T. alias Unterfertigter zu E.J. sagte »Goebbels wollte Ihnen goldene Brücken bauen, aber die waren aus Sand«. Wahr ist, daß E.J. zu L.T. sagte, Goebbels habe zu ihm gesagt, er, Goebbels, hätte ihm goldene Brücken gebaut, aber er, E.J., sei (»Da war ich aber ganz vernünftig«) »nicht drübergegangen«. Ferner ist wahr, daß L.T. diese Hahaha-Antifa-Einlassung E.J.'s kommentierte: »Jojo, die goldnen Brückn, da ist drunter meistns a Sand.«

4.Unwahr ist schließlich, daß L.T. sagte, daß bei solchen Jubiläen damit gerechnet werden müsse, »daß die Sauställ mitfeiern«. L.T., d e r Freund des Feuilletonsaustalls wie des alpinen Kleinagrarproletariats, sagte dies nie und nimmer.

Zum Beweis der Plausibilität seines Rektifikationsbegehrens legt Unterfertigter sein seinerzeitiges Gesprächsstenogramm vor.

Meine Herren Offizier bezugsweise Gentlemen! Unterfertigter muß doch wohl nit Ihre literarische Ehre in Zweifel ziehn, sondern darf im Namen des leider viel zu früh verstorbnen L.T. postwendendste Schwärzung der mauen Stellen erwarten sowie Frischdrucklegung der Wahrheit.

Hochachtungsvoll

Der Unterfertigte

Konkret 09/93, S. 60

Hermann Peter Piwitt

Aus einem fremden Land

I

Als bourgeoiser, misogyner, feministischer, jüdelnder, antisemitischer, stalinistischer Fascho-Softie hat es sich bisher leidlich leben lassen. Daß man aber auch schon 1978 geschrieben haben soll, was jetzt Margarita Mathiopoulos in ihrem Buch *Das Ende der Bonner Republik* zitiert, stimmt fast fröhlich: »Man sollte mit einer nationalen Politik beginnen, bevor die Totengräber von einst ihr Abonnement darauf von neuem wahrnehmen.« Und sie versteht es auch noch genauso, wie man es *damals* gemeint hat: als Besinnung auf Traditionen, deren man sich nicht zu schämen brauchte: Thomas Müntzer, Seume, Büchner, Heine bis hin zum antifaschistischen Widerstand; damals; oder noch früher, zum Beispiel im »Monat« 1966: »Man hat den von feudalistischem und totalitärem Ideengut verseuchten Nationalgedanken zunächst einmal einfach eingefroren, statt ihn zu korrigieren, und es ist zu befürchten, daß es stinkt, wenn es taut.«

Inzwischen sind kürzlich auf den »öffentlichen Meinungsschienen« auch Martin Walsers »leere Waggons« angekommen bei der neuesten Stimmung im Westen. Aber mit seiner Forderung, die ›Nation‹ nicht länger zu tabuisieren, kommt er nicht nur zu spät, sondern mittlerweile auch in die denkbar schlechteste Gesellschaft von Wartburg-Burschenschaften und Kyffhäuserbund, Hohenzollernfestivals und einer SPD, die sich anschickt, mit einem der auflagenstärksten deutschen Philosophen, Julius Langbehn (*Rembrandt als Erzieher*,1890) zu intonieren: »Das deutsche Wahrwort muß wieder ein Machtwort sein.«

Und jetzt heißt auch noch die Wilhelmstraße wieder Wilhelmstraße, nach dem Sproß einer der größten Räubersippen Europas.

Nein, *nun* nicht mehr dieses Land.

II

Was ihn die Leute in der Dritten Welt angingen, sagt er; wenn den Kaffeepflückern der Lohn zu niedrig sei, sollten sie Revolution machen. Omnipotenzphantasien, sagt er, für andere mitdenken und -handeln zu wollen. Er ist schlank, er trägt die Haare ordentlich friseurkurz, er hat ein klares offenes Gesicht, rundum natürlich wirkt er, er sagt, was er denkt, und er sagt es frank und frei. Mut zu Deutschland! sagt er, und: reine Lust! was die Menschen treibe, sich auf den Straßen der neuen Länder gegenseitig totzufahren. Von den notwendigen noch schnelleren Wagen spricht er, von den notwendigen noch besseren Straßen und dem natürlich notwendigen ökologischen Umbau der Gesellschaft. Er ist ein deutscher Dichter; ein Jüngling noch, wenn auch schon von Jahren, spricht er von Preisen, die er zu vergeben oder gerade zu empfangen habe... Und schon erwarte ich, wie er im nächsten Augenblick aufspringt und mit silberheller Stimme das Lied anstimmt von der Fahne, die mehr ist als der Tod; nein, eben *das* nicht; aber mit jeder anderen Dummscheiße aus diesem blitzblanken deutschen Kopf rechne ich nun bereits.

III

Bärbel Bohley, die begnadete Malerin, soll sich kürzlich geweigert haben, ihm die Hand zu geben. Sarah Kirsch einen Raum verlassen haben, als er ihn betrat. Jetzt hat Heinrich Burscheidt nach längerem Schweigen wieder eigene Verse vorgelegt. Erledigungen *nennt er das nicht eben schmale Bändchen; aber eher zeigt er sich selbst darin als erledigter Fall, denn statt sich der Realität zu stellen, walzt der Autor, dem es nie gelungen ist, den gegen ihn erhobenen Stasi-Verdacht restlos zu entkräften, nur erwiderte und unerwiderte Gefühle breit. In Gewächshäusern und Blumenbeeten ergeht sich das lyrische Ich, in Feld und Wald, Haus und Hof, Büros, Kaufhäusern und Bahnhöfen, als hätte es da nie Mauer und Stacheldraht gegeben, zu denen Burscheidt so lange beredt geschwiegen hat. Und von Liebe und Tod, Lebens- und Altersüberdruß ist die Rede, so als befänden wir uns drei Jahre nach dem Sieg über den Totalitarismus in einer kafkaesken Situation. Auch trinkt man natürlich gern einen, Burscheidt hat schließlich einschlägige Erfahrungen, besonders, wie Eingeweihte wissen wollen, in Kneipen, von denen es die Spatzen von den Dächern pfeifen, daß dort seinerzeit Kommunisten ein- und ausgingen. – Nun sind von Burscheidt Elogen auf Stalin bisher immerhin noch nicht bekannt geworden. Aus Mangel an Mut, sich zuzeiten für seine wahren Idole zu erklären? Mangel an Mut ist es jedenfalls, was seine Verse charakterisiert; denn zwar scheint er inzwischen dem, wozu er sich feige nie eindeutig bekannt hat, abgeschworen zu haben, aber ein klares Bekenntnis zu Demokratie und Menschlichkeit, zum Hier und Jetzt, zum So- und Anderssein sucht man in* Erledigungen *vergeblich. Dabei ist manchen Versen Wohlklang und Eingebung durchaus nicht abzusprechen. Mit Akribie weiß sich der Ex-68er gewissen künstlerischen Standards von Moderne und Postmoderne anzupassen. Unverständlich dennoch, wieso es ein angesehener Verlag einem Autor gestattete, die Freiheit der Kunst für*

sich in Anspruch zu nehmen, von dem man eine klare Distanzierung von der herrschenden Zensur im System seiner heimlichen Sympathie immer nur vergeblich las.

So nicht, Burscheidt, so nicht!

Heinrich Burscheidt: *Erledigungen. Gedichte.* – Zeitgenössische Musterrezension oder: Die Kunst ist frei; näheres regelt der Markt.

IV

Vor Entzücken knauserig mit jeder Seite, daß es nicht so schnell zu Ende gehen möge, las ich im vergangenen Winter den Roman *Eine Tötung im Angesicht des Herrn Goethe* des (Ost)Berliner Autors Werner Liersch. Ich kann mich nicht erinnern an ein Buch, das ähnlich locker, duftig, gelenkig, episch behaglich und untröstlich einen historischen Stoff vergegenwärtigt und aktualisiert hätte. Erfundene und historische Figuren, den Strickmusterverleger Khnoppf und den Geheimrat, führt es zwischen Weimar und Karlsbad herum um eine dunkle Geschichte, den Mord an dem Dichter Kotzebue, und ihren tragischen Protagonisten, den Studenten Sand. Eine Katastrophe, betrachtet wie durch Chinapapier. Ein unheimliches Salonstück, das wohl nur in der DDR hat entstehen können, wo man sich auf das ›Eigentliche‹ hin zu schreiben, hin zu schocken womöglich, hütete, – um es dann umso bestürzender an den Rändern, auf leicht gewellter Oberfläche zu markieren.

Liersch(Kostbarkeit von 1989 ging in den Turbulenzen der Wende schlicht verloren. Hunderte von Exemplaren landeten mit Büchern von Heym, Hein und anderen auf einer Müllkippe bei Leipzig und wurde später von Pfarrer Weskott aus Katlenburg/Harz geborgen. Liersch wählten indessen die Kollegen vom Schriftstellerverband zum neuen Chefredakteur der »Neuen deutschen Literatur«. In kurzer Zeit machte er daraus eine Zeitschrift von europäischem Format, die Platz bot für Blicke zurück im Zorn wie für die Notate der Schrunden, die die Kolonialisierung riß. Autoren aus dem Westen mischten ihre Skepsis hinein gegen das, was Grass dann den »Pfusch der Wiedervereinigung« nennt. Und Gedichte und Erzählungen gaben zu verstehen, daß und wie bis heute, trotz allem, zwei Kulturen überlebten und was sie voneinander lernen könnten, wenn sie einander nur weiter schön fremd blieben.

Doch dann gibt es Schwierigkeiten. Häusermakler Lunkewitz aus Frankfurt/Main übernimmt den Aufbau-Verlag, wo die NDL erscheint; und fragt, wieso er in *seiner* Zeitschrift Autoren fremder Verlage publizieren, auch noch Propaganda machen solle für die! Auch sollen 100.000 Mark als jährlicher Zuschuß, statt wie bisher 300.000, in Zukunft reichen. Liersch, in Sorge um den Weiterbestand der Zeitschrift, alarmiert die Öffentlichkeit. Endlich, nach der ›Wende‹, glaubt er die Freiheit dazu zu haben. Dpa meldet sich; und Christa Wolf, Simmel und beide PEN-Clubs schreiben Briefe. Und auch Lunkewitz reagiert: mit Kündigung. Eine Abfindung von 6.000 Mark wird Liersch in Aussicht gestellt für den Fall, daß man sich »in gutem Einvernehmen« trenne; Liersch also in Zukunft den Mund halte. Der: denkt nicht daran. Nur, so fragt er sich: Wo mache ich ihn auf? Denn außer »taz« und »FR« nimmt keine deutsche Zeitschrift nennenswert davon Notiz. Und so rundet sich denn der Skandal: Ein sachkundiger und erfolgreicher Mann, geschaßt wegen Aufmüpfigkeit von einem zu Geld gekommenen ehemaligen Apo-Aktivisten, gerade so wie Peter Huchel als Chef von »Sinn und Form« seinerzeit von der SED. Und diesmal empört sich keine »Zeit«, kein »Spiegel« und keine »FAZ«.

In KONKRET 4/93 gab Hermann Peter Piwitt Auskunft über seinen neuen Roman»Die Passionsfrucht« (Rowohlt)

Konkret 09/93, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Manchmal dreht die Welt sich nur für mich allein:

Mit dem Columbus-Preis für hervorragende Amerika-Berichterstattung ist Theo Sommer, der Herausgeber der Wochenzeitung »Die Zeit«, ausgezeichnet worden. Der Preis der Münchner Columbus-Gesellschaft ist dotiert mit 10.000 Mark und wurde von der Verlagsgruppe Bertelsmann gestiftet.

Zwanzig Jahre lang sah ich den Preis des Columbus über Theos Januskopf schweben wie das Ei des Damokles. Jetzt ist es runtergefallen.

Otto Lambsdorff, der seinen Staat um Summen betrogen hat, die andere für zwei Wahlperioden in den Knast gebracht hätten, ist immer der erste, wenn es gilt, die Verworfenheit anderer Übeltäter zu geißeln. Kaum war Franz Steinkühler überführt, legte der Graf los:

Ich empfehle, daß künftig die Kongresse der IG Metall mit dem Lied »Brüder zur Freiheit, zur Börse« beginnen.

Und die Parteitage der FDP mit dem Choral: »Uns von dem Fiskus zu erlösen, können wir nur selber tun«?

Zur Verhandlung über den Einsatz der Bundeswehr in Somalia vor dem Bundesverfassungsgericht hat »Neues Deutschland« die Schlagzeile gedruckt:

Soldaten werden nicht gehört

Die Freude, daß einmal ein deutsches Gericht nichts auf die Ansichten deutscher Militärs gibt, wird dadurch ein wenig getrübt, daß die »sozialistische Tageszeitung« das Ereignis beklagt.

Achtung, Dichterarbeiten:

Das Dorf lag verstreut über zwei zusammenhängende Sanddünen, die sich wie ein Katzenbuckel über das flache Marschland erheben. Auf dem östlichen Hügel stand, der Sonne und den himmlischen Mächten ein Stück näher, die Kirche mit dem Kirchturm, auf dem westlichen Hügel stand die Mühle. Das Rauschen ihrer Flügel kam mir zuweilen so vor wie das Rauschen von Engelsflügeln. Zu jener Zeit galt der Wind noch als der Odem des Herrgotts. Solange ich ein Kind war, kam mir die Mühle riesengroß vor. Überhaupt hatte sie in meinen Augen etwas Zyklopenhaftes. Ihre Flügel brachten uns in Verbindung zum Atem der Weltgeschichte.

Undsoweiter. Und so weiter:

Welch ein Morgen: Osterhymnen kommen mir in den Sinn! Der Tag steht mit betauten Wimpern vor meinem Fenster, auf der Kapuze des Himmels verstreut er blankes Silber. Etwas später schwingt sich der Wind auf's Pferd und eilt davon...Fröstelnd gehe ich über den Roten Platz, diese große Empfangshalle des Weltproletariats, halte Zwiesprache mit dem Genossen Lenin. Die Moskauer U-Bahnhöfe wirken erhaben und erhebend wie Kirchenhallen, sie sind prunkvolle Katakomben tief in Mutter Erdes Schoß, in denen allzu irdisches Trachten ganz von selber abstirbt.

Das eine dichtete ein kommunistischer Funktionär zum Ruhme des Vaterlands aller Werktätigen für einen Parteiverlag, das andere dichtete ein antikommunistischer Denunziant zum Ruhme des deutschen Vaterlands für die Samstagsbeilage der »Frankfurter Allgemeinen«. Der eine Dichter heißt Peter Schütt. Der andere auch. Seine alten Genossen werfen ihm vor, seine neuen Freunde loben ihn, daß er sich verändert habe. Doch das ist doppelt ungerecht, denn sieht man statt auf Äußerlichkeiten wie Bauchumfang oder politische Meinung auf Engelsflügel und Osterhymnen, den Odem des Herrgotts und die Kapuze des Himmels, den Atem der Weltgeschichte und die Empfangshalle des Weltproletariats, die Zyklopen und die Katakomben, muß man zugeben, daß kein anderer in all den wechselvollen Jahren, zwischen den Zwiesprachen mit dem Genossen Lenin und der Bewerbung beim Kameraden Schirrmacher, so treu und beharrlich wie Peter Schütt geblieben ist, was er immer war: ein selten mieser Schriftsteller.

Deutschland ist das Land der Bewegungen. Der Nachrichtendienst der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände berichtet von

Arbeitsplätzen, die schon heute ins Ausland abwandern.

Und die »Frankfurter Allgemeine« weiß vom Kapital zu sagen:

Gegen schlechte Behandlung wehrt es sich nicht mit Gewalt, sondern durch eilige Flucht.

Vermutlich Richtung Mallorca, wo das fliehende Kapital mit den wandernden Arbeitsplätzen und der vagabundierenden Arbeit surfen geht.

Ei wer tommt denn da, wer schreibt da so alternativ-ökologisch-vorschulmäßig, so freundlich nett und blöde daher?:

Wir laden ein zum bauen, lernen, basteln, zuhören, reden, rumspinnen, auseinandersetzen. ES GEHT DARUM, dass Betroffene, Interessierte ihren Stadtteil und LEBENSRAUM gemeinsam definieren.

WER? Eingeladen sind »Fachleute«, Architekten, Handwerker, Künstler, Techniker, Landschaftsplaner, Soziologen und andere, die vielleicht Antworten auf Fragen kennen. Passieren soll neben informieren und diskutieren vor allem aktive arbeiten am konkreten: Malen zeichnen kritzeln Modelle machen, direktes ausprobieren und weiterentwickeln der Vorschläge mit allen Beteiligten, also direktes Zusammenarbeiten, alle Benützer, Zukünftige, kids. Es geht um ein Potpourri von Möglichkeiten zur Diskussion und Auswahl zu stellen.

Die Einladung tommt aus jener brandgefährlichen Gegend, in der das Bundeskriminalamt, der Verfassungsschutz, der Generalbundesanwalt und Hamburgs Polizeisenator den Hort des Terrors entdeckt haben: aus unserer lieben Hafenstraße, der Vorschule der Weltrevolution.

Einer, den sie, weil er Antworten auf Fragen kennt, vielleicht hätten einladen sollen, ist dieser:

Norbert Gansel, Kieler SPD-Bundestagsabgeordneter war eine Woche lang als Müllkutscher in Berlin unterwegs. Als Motiv für die Ferienarbeit sagte er: »Ich möchte nicht vergessen, wie hart viele Menschen ihr Geld verdienen müssen.«

Wenn sich aber in dieser Gesellschaft, wie die demokratischen Sozialisten behaupten und das Verhalten der Berliner Müllmänner, die den Gast keineswegs in die nächste Tonne gesteckt haben, zu bestätigen scheint, kein Proletariat mehr finden läßt, ist mir auch diese Einteilung recht: in das große Pack, das Gansels Erinnerungsarbeit prima findet, und die paar Leute, die der Ekel packt.

Eine Anzeige aus der »Rhein-Zeitung«:

Somalia-Kameraden, wir kommen! Suche dringend einen körperlich und seelisch belastbaren Kameraden (aktiver Reservist der Bw), der mit mir im November oder Dezember 1993 für zwei Wochen einen »Truppenbesuch« in BELET-UEN, Somalia, unternimmt. Urlaubsziel: Guten Tag sagen und einige Kisten Pils spendieren. Übernehme 80 Prozent der Reisekosten!

Ulrich Voell

Hauptmann der PzTr a.D.

ehem. Chef 4. PzBtl. 341

Was heißt PzTr? Polizeibekannter Trottel?

Seit einiger Zeit erhalten Abonnenten des »Spiegel« ungefragt eine Beilage, die sich »zeitgeschichtliches Dokument« nennt und das Publikum mit so aufregenden Manifesten irritiert wie den »Ratschlägen des Hamburger Parteirebellen Helmut Stubbe-da Luz für Eintrittswillige« (»Verpflichten Sie sich auf den Minimalbeitrag und bleiben Sie flexibel«). Der Redakteur, den zu beschäftigen die Beilage erscheint, heißt Sebastian Knauer. Er war dadurch berühmt geworden, daß er den toten Uwe Barschel in der Badewanne entdeckt haben wollte. Seine Kollegen vom »Spiegel«, der dem »Stern« den Teufelsreporter abwarb, entdeckten freilich zu spät, wie der zu seiner Story gekommen war, erzählen es aber gern: Als er die Zimmertür aufstieß, habe der tote Barschel auf einer Chaiselongue gelegen. Halblaut habe der Reporter seinen Fotografen gefragt: »Scheiße, wie schreibt man bloß Schäßlong? Ach was, legen wir ihn...« Der Rest ist zeitgeschichtliches Dokument.